G 1800 EX

Blätter für deutsche und internationale Politik

Karl Unger
Zur aktuellen Situation im südlichen Afrika

Stellungnahmen zur Situation nach der Bundestagswahl und zu den Aufgaben der demokratischen Bewegung

Helmut Gollwitzer
Die Bundesrepublik — Insel der Reaktion in Europa?

Bernd Greiner
Kontinuität und Konzentration
Die Präsidentschaftswahlen und die Perspektiven US-amerikanischer Außenpolitik

Rudolf Hickel
Krise des Mittelstands — Mittelstandspolitik in der Krise

Aufruf des „Internationalen Komitees für Solidarität mit Zypern"

Interview der „L'Humanité" mit Max Frisch

10'76

Oktober 1976 Einzelheft 5,00 DM Im Abonnement 3,50 DM
Für Studenten, Wehrpflicht- und Zivildienstleistende 3,00 DM

Pahl-Rugenstein Verlag Köln

Oktober 1976

CHRONIK DES MONATS SEPTEMBER 1976 1085

KOMMENTARE UND BERICHTE

Zur aktuellen Situation im südlichen Afrika . . . . . *Karl Unger* 1088

Von Algier nach Colombo . . . . . *Manfred O. Hinz* 1091

Frauendemonstrationen in Nordirland . . . . . *Antonius Lind* 1094

HAUPTAUFSÄTZE

Stellungnahmen zur Situation nach der Bundestagswahl und zu den Aufgaben der demokratischen Bewegung
(Wolfgang Abendroth; Detlev Albers; Kurt Bachmann; Hans-Werner Bartsch; Wilfried Frhr. v. Bredow; Karl D. Bredthauer; Ingeborg Drewitz; Walter Fabian; Georg Fülberth; Sebastian Herkommer; Friedrich Hitzer; Jörg Huffschmid; Urs Jaeggi; Lorenz Knorr; Walter Kreck; Achim Maske und Gunnar Matthiessen; Paul Neuhöffer; Reinhard Opitz; Wolfgang Pfaffenberger; Herbert Schui; Gerhard Stuby; Roderich Wahsner; Günter Wallraff; Erich Wulff) 1097

Die Bundesrepublik — Insel der Reaktion in Europa? *Helmut Gollwitzer* 1144

Kontinuität und Konzentration — Perspektiven US-amerikanischer Außenpolitik nach den Präsidentschaftswahlen . . . . . *Bernd Greiner* 1150

Krise des Mittelstands — Mittelstandspolitik in der Krise *Rudolf Hickel* 1163

BÜCHER

Neuerscheinungen / Eingesandte Bücher 1182

WIRTSCHAFTSINFORMATION

Wirtschafts- und sozialstatistische Daten . . . . . *Jörg Goldberg* 1184

DOKUMENTE ZUM ZEITGESCHEHEN

Erklärung der Weltkonferenz für die Beendigung des Wettrüstens, für Abrüstung und Entspannung vom 23. bis 26. September 1976 in Helsinki (Wortlaut) 1187

Aufruf des „Internationalen Komitees für Solidarität mit Zypern" zur Weltkonferenz für Solidarität mit Zypern und zur Durchführung der UNO-Beschlüsse über Zypern vom 29. bis 31. Oktober 1976 in Frankfurt/M. (Wortlaut) 1189

Interview der französischen Zeitung „L'Humanité" mit Max Frisch vom 25. September 1976 (Wortlaut) 1191

Kommentare und Berichte

Zur aktuellen Situation im südlichen Afrika

Die Attribute, deren sich Henry Kissinger bei seinen diplomatischen Aktivitäten in Afrika bedient und die von Kommentatoren oft verwendete Floskel des „Feuerwehrmannes des Westens" mögen bei manchem Betrachter den Eindruck erwecken, hier handle es sich nur um kurzfristig konzipierte Politik und unmittelbares Reagieren auf den Druck der nationalen Befreiungsbewegungen im südlichen Afrika.

Dies ist jedoch höchstens die halbe Wahrheit. Sicherlich enthalten die Pläne des US-Außenministers für den Süden des afrikanischen Kontinents eine Reihe von Momenten, die aus der unmittelbaren Situation einfließen, jedoch darf keinesfalls übersehen werden, daß sämtliche Vorstellungen Kissingers sich nahtlos in eine Afrikakonzeption einfügen, die ihrerseits von den Grundvoraussetzungen und strategischen Zielen der weltpolitischen Gesamtstrategie der USA bestimmt ist.

Nach seinen eigenen Worten ist „Afrika ... in diesem Jahrzehnt ein Prüfstein für das Gewissen und die Visionen der Welt". Oder etwas weniger lyrisch, aber dafür konkreter: „Ein unabhängiges und blühendes Afrika ist von beträchtlichen Konsequenzen für die Sicherheit und die politischen und ökonomischen Interessen aller großen industriellen Demokratien."

Mag in letzter Instanz auch die Bedeutung des Kontinents als Rohstofflieferant, Handelspartner und Ort für höchst profitable Direktinvestitionen entscheidend sein, so dominieren doch im Augenblick die politischen Elemente, denn „die Ausbreitung der nationalen Unabhängigkeit in Afrika hat viel dazu beigetragen, das numerische und politische Make-up der Weltorganisationen und der Natur der internationalen Beziehungen zu verändern." Was sich hinter dieser Formulierung verbirgt, hat der demokratische Präsidentschaftskandidat Carter vor der Außenpolitischen Gesellschaft mit verblüffender Offenheit gesagt: „Die Probleme zwischen den Industrieländern und den Entwicklungsländern sind ernster geworden und haben sich in manchen Regionen in gefährlicher Weise mit der Ost-West-Rivalität vermengt."

Afrika ist — und dies nicht erst seit der Befreiung Angolas — zum zentralen Schauplatz der Systemauseinandersetzung in der Dritten Welt geworden. Dafür gibt es mannigfaltige Gründe: die wichtige ökonomische Bedeutung des Kontinents für die kapitalistischen Industrienationen, das relativ geschlossene Auftreten seiner politischen Führer, die Propagierung und Durchsetzung des Einheitsgedankens unter den Völkern wie in keiner anderen Region der Erde und die erfolgreichen Experimente in mehreren Staaten mit dem nicht-kapitalistischen Entwicklungsweg.

Daher stellt sich das Problem der Afrikapolitik viel stärker in globalen Dimensionen. Obwohl die friedliche Koexistenz auch von den USA als Strukturprinzip der internationalen Beziehungen akzeptiert werden mußte, legen sie ihr doch einen anderen Inhalt zugrunde als die Sowjetunion. Während letztere darunter ein dynamisches, sich entwickelndes Verhältnis faßt, wird von US-amerikanischer Seite dieses Prinzip in Richtung der Aufrechterhaltung des Status quo interpretiert. Denn nach Kissinger hat der Versuch, verbesserte Beziehungen zu der UdSSR

zu schaffen, auch das Ziel, „destabilisierende Konfrontationen in den peripheren Gegenden der Welt — wie Angola — zu verhindern."

Dem steht nun zweierlei entgegen: Weder ist die Sowjetunion bereit, die internationalistischen Prinzipien ihrer Außenpolitik aufzugeben, noch wird eine politische Bewegung in der Dritten Welt ihre Aktionen einstellen, weil sie den Stabilitätsmodellen des Weißen Hauses widersprechen. Notwendigerweise erfordert also die Aufrechterhaltung des Status quo das Eingreifen der USA, da jeglicher Ausstrahlungseffekt einer erfolgreichen Befreiung von imperialistischer Abhängigkeit ebenso vermieden werden muß wie eine durch „Inaktivität" hervorgerufene Verunsicherung westlicher Bündnispartner. Unter den Bedingungen des nuklearen Gleichgewichts sieht Kissinger dabei nur eine Möglichkeit: „Ausbau und Modernisierung der Streitkräfte — Luft, Land und Wasser — für lokale Verteidigung."

Diese Konzeption ist zwar nicht neu, aber dafür in der „Nach-Vietnam-Ära" der US-amerikanischen Außenpolitik um so schwerer durchführbar.

Eine zentrale Schwierigkeit liegt in den USA selbst: Es besteht kein nationaler Konsens — und dies wäre die notwendige Voraussetzung — für eine solch aggressive Außenpolitik. Seit Vietnam nämlich findet sich, wie Jimmy Carter bemerkte, „ein großer Widerstand auf seiten des amerikanischen Volkes, militärisch in die inneren Affären eines Landes involviert zu werden." Die Enthüllungen über die Praktiken des Geheimdienstes CIA und der internationalen Konzerne wie ITT haben ein weiteres dazu beigetragen, die Formen der bisherigen Außenpolitik im Lande selbst zu diskreditieren. Hinzu kommt bezüglich der Afrikapolitik die Bedeutung der afro-amerikanischen Volksgruppe, insbesonders in einem Wahljahr.

Die wachsende ökonomische und militärische Stärke der UdSSR, die nach den Worten des US-Außenministers „nicht aufgehalten werden kann", und die offensive Politik der Entwicklungsländer, wie sie sich zuletzt in Colombo und auf der Seerechtskonferenz dokumentierte, setzen von außen jeglicher Politik, die die Schranken der Diplomatie überschreiten will, enge Grenzen. Auf diesem Hintergrund ist die Afrikapolitik der USA von besonderer Bedeutung, weil alle Möglichkeiten des diplomatischen Instrumentariums genutzt werden, um aus einer Defensivposition erneut die Initiative zu erlangen. Dabei ist eine Lösung der Probleme im südlichen Afrika die conditio sine qua non für einen Erfolg der Gesamtkonzeption. Obwohl Kissingers Vorschläge dazu inzwischen von allen betroffenen afrikanischen Politikern abgelehnt wurden, sind sie von Interesse, weil in ihnen Strukturen entwikkelt wurden, die durchaus als Konfliktlösungsmodelle in anderen Krisenherden angewandt werden können.

Allein durch seine intensive Reisetätigkeit hat der Außenminister seiner Meinung nach „die Initiative zurückgewonnen". Dies ist so falsch nun nicht, da insbesondere durch die damit verbundene publizistische Kampagne der Eindruck entsteht, allein die USA seien fähig und willens, ein Blutbad in dieser Region zu verhindern und eine für alle Beteiligten positive Entwicklung einzuleiten. Gleichzeitig kann dadurch das Prestige als Führungsmacht und Krisenmanager der westlichen Welt aufgebessert werden. Außerdem soll erreicht werden, daß mit den USA verbündete oder deren Politik positiv gegenüberstehende Staatsmänner Schwarzafrikas, die unter dem Druck der Erfolge der Befreiungsbewegungen bereit waren, innerhalb der OAU sich konsequent antiimperialistischen Positionen anzunähern, sich wieder enger am westlichen Bündnis orientieren.

Denn nicht zu Unrecht vermutet Kissinger, daß der Fehlschlag seiner Angolapolitik Zweifel über die Perspektiven der US-amerikanischen Afrikapolitik haben aufkommen lassen.

Seine Bereitschaft, afrikanische Mehrheitsregierungen in Namibia und Zimbabwe zu unterstützen, erklärt sich aus der Notwendigkeit, Zeit zu gewinnen, um den wichtigsten Stützpunkt, die Republik Südafrika, halten zu können. Dabei geht es sowohl darum, staatliche und andere institutionelle Strukturen aufzubauen, die später trotz veränderter politischer Mehrheitsverhältnisse auf indirektem Wege die Dominanz des ausländischen Kapitals und den politischen Einfluß der NATO-Staaten soweit wie möglich sichern, als auch kurz- und mittelfristig das gegenwärtige Regime aus der totalen Isolation zu lösen und an Vorsters Politik der Détente mit ihren, wenn auch marginalen, Erfolgen anzuknüpfen. Das Moment des Zeitgewinns ist auch das wesentliche Merkmal des Rhodesienplans. Dahinter steckt die Hoffnung, daß es innerhalb der politischen Bewegungen zu schwerwiegenden Differenzen kommt bzw. es noch möglich sein könnte, eine Marionettenbewegung vom Schlage der UNITA aufzuziehen und so die Position des Smith-Regimes zu stärken. Auch auf ökonomische Schwierigkeiten jener Länder wird spekuliert, die die Befreiungsbewegungen im südlichen Afrika unterstützen.

Zweitens stellen die Vorschläge den Versuch dar, die illegale rhodesische Regierung auf allen Ebenen aufzuwerten. Sie soll nicht nur als Verhandlungspartner anerkannt werden, sondern auch im Staatsrat für die Übergangszeit den Vorsitzenden stellen und so wichtige Ministerien besetzen wie Justiz und Verteidigung. Die schwarzen Freiheitskämpfer hingegen sollen entwaffnet werden. In die gleiche Richtung zielt der dritte wesentliche Punkt: die Aufhebung der UN-Sanktionen gegen das rassistische Rhodesien. Dies ist nun nichts anderes als der Versuch, das augenblickliche Kräfteverhältnis im nationalen wie im internationalen Rahmen völlig umzudrehen und somit die Überlebenschancen einer am Westen orientierten Politik Rhodesiens sichern zu helfen. Hand in Hand damit geht der Vorschlag, daß die „internationale Gemeinschaft" — worunter wohl USA und EWG zu verstehen sind — „substantielle wirtschaftliche Unterstützung" gewähren solle. Damit soll jenes Maß an wirtschaftlichen Machtpositionen geschaffen werden, welches die politische Handlungsfreiheit einer antiimperialistisch orientierten afrikanischen Regierung entscheidend einschränken kann.

Damit schließt sich auch der Kreis zur allgemeinen Afrikakonzeption, wie sie Präsident Ford im September 1975 entwickelte: Der Kontinent soll „frei von Großmachtrivalität" sein und in hohem Ausmaß an der internationalen Wirtschaftsordnung partizipieren.

Die Essenz dieser Strategie läßt sich auf einen kurzen Nenner bringen: In einer Position politischer Schwäche versuchen die USA, in der globalen Auseinandersetzung mit dem Sozialismus dort Punkte zu sammeln, wo ihre Stärke liegt, denn noch immer sind die ökonomischen Mittel der sozialistischen Staaten für die Dritte Welt beschränkt. Diese indirekte Durchdringung hat zudem den Vorteil, daß sie nicht so ins Auge fällt wie politische Pression, und ist kaum weniger effektiv für die USA einzusetzen, was nicht zuletzt das Beispiel Chile zeigte. Ein Präsidentenwechsel in Washington wird an diesen Grundprinzipien nichts verändern. Lediglich im Detail könnten Korrekturen vorgenommen werden. Eine hat Jimmy Carter bereits erkennen lassen: Stärkere Einbeziehung und Übertragung von Verantwortung auf

die NATO-Partner, aber auch an Israel, Australien und Neuseeland.

Karl Unger

Alle Zitate Kissingers sind seinen Reden entnommen und zwar: 27. 4. 1976 in Lusaka, 13. 5. 1976 vor dem Außenpolitischen Ausschuß des Senats, 29. 1. 1976 ebd., 22. 3. 1976 in Dallas.
Carter wurde zitiert nach seiner Rede vom 23. 6. 1976 und einem Interview mit „L'Express" v. 25. 8. 1976.

Von Algier nach Colombo

I

Vom 16. bis 19. August 1976 fand in Colombo, der Hauptstadt Sri Lankas, die 5. Gipfelkonferenz der nichtpaktgebundenen Staaten statt: Drei Jahre nach Algier — dort tagte vom 5. bis 9. September 1973 die 4. Gipfelkonferenz — zeigt diese Konferenz ein neues Bild des „Nonalignment", auch wenn es im Grundsatz bei der bereits in Bandung (1955) sowie in den Vorgängerkonferenzen (Belgrad 1961, Kairo 1963, Lusaka 1970) eingeschlagenen Linie blieb. Schon äußerlich zeigt sich dieses neue Bild, wobei die Zahl der Teilnehmer der Konferenz von Colombo nur ein Detail ist. Mit 85 Vollmitgliedern, 21 Beobachtern, 7 Gästen und Belize mit Sonderstatus (in Algier betrug die Zahl der Vollmitglieder 75, in Bandung 29) war die Colombo-Konferenz die bislang deutlichste Demonstration der Blockfreiheit. Wichtiger noch als die Zahl erscheint jedoch die Gewichtsveränderung, die sich aus der veränderten Zahl der Teilnehmer nicht ablesen läßt. Der Sieg der Völker Indochinas hat die Demokratische Republik Kampuchea, die Demokratische Volksrepublik Laos und die Sozialistische Republik Vietnam zu wichtigen Stimmenträgern der Blockfreiheit werden lassen. Ähnliches gilt für die ehemals portugiesischen Gebiete, die in Algier noch als Befreiungsbewegungen Beobachterstatus hatten und in Colombo als Sieger (und Mitglieder der Blockfreien) begrüßt werden konnten. Rechnet man hierzu noch die Aufnahme der Demokratischen Volksrepublik Korea wie aber auch der PLO, so läßt sich bestimmen, was die angesprochene Gewichtsveränderung innerhalb der Blockfreien für das internationale Kräfteverhältnis ausmacht: eine Verstärkung der Positionen, die an einer konsequenten antiimperialistischen Politik interessiert sind.

II

Der Eindruck, daß die Blockfreiheit mit Colombo neue Züge erhalten hat, setzt sich fort, wendet man sich den Erklärungen zu, die verabschiedet wurden. Beginnt man mit der politischen Erklärung, so fällt hier etwas auf, was in dieser Form in der entsprechenden Erklärung der Konferenz von Algier fehlt: die Einbindung des Engagements für die Sache der Befreiung (im südlichen Afrika, in Palästina wie anderswo) in ein ausgeprägtes Verständnis davon, daß die internationale Szene heute mehr denn je durch eingrenzbare Interessenszonen gekennzeichnet ist:

Der afrikanische Kontinent — als wichtige Basis für die bisherige Politik der Blockfreiheit wird mit dem weiter erhofften Erfolg des Bemühens um eine neue gerechtere Weltordnung verbunden; Europa — das mit den Ergebnissen der Konferenz von Helsinki eine Plattform gefunden hat, die der Ausgangspunkt für eine dauerhafte Entspannung sein sollte; der Mittelmeerraum — das Spannungsfeld zwischen Europa und dem Mittleren Osten, dem für die Belgrader Nach-Helsinkikonferenz 1977 ein von den blockfreien Län-

dern des Mittelmeers getragener Entspannungserfolg gewünscht wird; der Indische Ozean — der trotz aller Entspannungsbemühungen ein Konfliktherd erster Ordnung geblieben ist. Ein eigenes Wort verdient in diesem Zusammenhang auch die Erklärung zu den Problemen Lateinamerikas. Die Solidarität mit dem unterdrückten chilenischen Volk ist das eine; das sehr klare Bewußtsein von der wachsenden Bedeutung Lateinamerikas für die Politik der Blockfreiheit das andere. In Belgrad (1961) fehlte Lateinamerika noch ganz; in Algier nahmen 7 Länder Lateinamerikas als Vollmitglieder und eine Reihe anderer als Beobachter teil. In Colombo fehlte zwar Chile, die Zahl der Beobachter aus Lateinamerika hatte jedoch weiter zugenommen. Dieses Interesse von und an Lateinamerika ist die außenpolitische Folge der Tatsache, daß auch in diesem Teil der Welt, in dem die Unabhängigkeit von kolonialer Herrschaft schon lange vollzogen wurde, eine Politik zur Lösung aus ökonomischer Abhängigkeit verstärkt eingeleitet wird.

Gerade deshalb ist es denn auch kein Zufall, daß in der politischen Erklärung von Colombo mit Befriedigung die wachsende Bedeutung ökonomischer Fragen in der Politik der Blockfreien hervorgehoben wird. Soll politische Unabhängigkeit eine Realität meinen, wurde in Colombo ausgesprochen, dann müssen die ökonomischen Probleme im Vordergrund der Bemühungen stehen. Welche Probleme sind dies, und wie werden sie gesehen?

Im Grunde standen in Colombo keine anderen Probleme zur Debatte als in Algier, wie sich auch die Sichtweise dieser Probleme seit Algier nicht wesentlich geändert hat. Es würde eher verwundern, wäre es anders: Was in Algier verabschiedet worden war, bildete bereits den Rahmen für das, was auf der 6. UN-Sondersitzung (April, Mai 1974) als Erklärung über die Errichtung einer Neuen Internationalen Wirtschaftsordnung und in der 29. UN-Vollversammlung (Dezember 1974) als die Charta der wirtschaftlichen Rechte und Pflichten der Staaten *) beschlossen wurde. Mit anderen Worten, in Algier wie in der Zeit nach Algier wurden die Grundsätze gestaltet, die über weitere Verhandlungsrunden internationaler Organisationen, der Gruppe der 77, wie auch der Blockfreien (Ministertreffen des Koordinationsbüros im März 1975 in Havanna, Außenministertreffen im August 1975 in Lima) schließlich in das Verhandlungspaket der IV. UNCTAD in Nairobi eingegangen sind. Gleichwohl enthält die ökonomische Deklaration von Colombo mehr als eine Wiederholung der UNCTAD-Forderungen à la Manila (Manila-Deklaration der Gruppe der 77 zur Vorbereitung von UNCTAD IV). Der von den Ländern der Dritten Welt lange und vergeblich geäußerte Anspruch auf mehr ökonomisch wirksame Mitsprache in Institutionen wie Weltbank und Internationaler Währungsfonds, aber auch nach unmittelbarem Einfluß auf den Weltmarkt wurde in Colombo durch Überlegungen unterstrichen, deren Ziel es ist, das gemeinsame Interesse aller durch allen gemeinsame Institutionen abzusichern. Im Rohstoffbereich geht die Richtung auf Stärkung der bestehenden Produzentenvereinigungen, die Förderung der Gründung neuer, die Koordinierung der verschiedenen Vereinigungen durch einen satzungsmäßig abgesicherten Rat der Produzentenvereinigungen. Im Bereich der monetären und finanziellen Zusammenarbeit steht nicht mehr und nicht weniger auf der Tagesordnung, als die Schaffung eines eigenen Währungssystems, einer Bank der Entwicklungsländer und einer Entwicklungsländer-Zahlungsunion.

Was auch immer die konkreten Folgen dieses ehrgeizigen Programms sein

*) Wortlaut in „Blätter", 10/1975, S. 1168 ff.

werden, eine Bewertung heute sollte bedenken, daß es nichts anderes ist als die konsequente politische Umsetzung der Erfahrungen, die die meisten Länder der Dritten Welt mit ihrer Unabhängigkeit bisherigen Zuschnitts gemacht haben. Dabei läßt die auch in der ökonomischen Erklärung von Colombo wie in allen vorangegangenen Erklärungen klar geäußerte Absicht, mit der übrigen Welt (und dabei insbesondere auch mit der kapitalistischen) zu kooperieren, keineswegs den Verdacht aufkommen, die Blockfreien verfolgten die Illusion einer Dissoziierung aus dem Weltmarkt; andererseits steht die Programmatik von Colombo aber auch klar gegen den Zynismus einer Weltmarktwirtschaft: Die Blockfreien haben erkannt, daß es nur *ein* Mittel gibt, der Beherrschung durch den Weltmarkt entgegenzutreten: sich in Gegeninstitutionen zu formieren.

III

Wer die Entwicklung der Bewegung der Blockfreiheit mit kindheitspsychologischen Begriffen angeht (so findet sich in der Hamburger „Zeit" vom 30. August 1976 die Frage: „Sind die jungen Nationen der Blockfreien in ihrer Mehrheit dabei, dem Pubertätsalter zu entwachsen?"), der mag für eine Perspektive der Blockfreiheit befriedigt Probleme auflisten, über die es

Kulturgeschichte

Start zu einer neuen Reihe:

Franz Hofmann
Jan Amos Comenius
Lehrer der Nationen
Eine Bildbiographie
108 Seiten, Ln. mit Schutzumschlag DM 9,80

Die Form der Biographie, in der sein Werk vorgestellt wird, geht letzten Endes auf ihn selber zurück. 1658 erschien sein berühmter Orbis pictus („Die Welt in Bildern"), in dem Wort und Bild in leichter und verständlicher Weise zusammenwirken. Der Autor stellt Comenius als Pädagogen und Politiker, als Philosophen und Theologen, als Sprachformer und Sprachmethodiker vor, beschreibt seine wesentlichen Lebensetappen und bezieht immer wieder das politische und geistige Gefüge seiner Zeit in die Darstellung ein.

Waldemar Seidel
Gottfried Wilhelm Leibniz
Eine Bildbiographie
109 Seiten, Ln. mit Schutzumschlag DM 9,80

Diese ebenfalls vorzüglich ausgestattete Biographie ist einem der großen Universalgelehrten in der Geschichte der Wissenschaften gewidmet. Leibniz gab ihnen in der Frühaufklärung bedeutende Impulse. Nach dem 30jährigen Krieg setzte er sich unablässig für ein friedliches Zusammenleben der Völker Europas ein.

Die Reihe wird fortgesetzt. Ende 1976 erscheint eine Bildbiographie über Johannes Kepler.

Pahl-Rugenstein

keine Einigkeit gibt oder gab. Für den mag es richtig sein, das vergebliche Votum des algerischen Staatschefs und bis Colombo Präsidenten der Blockfreien für die Demokratische Arabische Republik Sahara als Verlust der „Würde und des Maßes seines Amtes" („Die Zeit", ebd.) zu interpretieren. Wer allerdings einen Blick für Realitäten hat, der sollte aus der Geschichte der Jahre seit Bandung wissen, daß eine derartige Politik des Divide et impera nicht minder kurzatmig ist als die der Gewalt. Daß dies richtig ist, belegt besser als alles andere der „Fall" Angola; daß es da eine Phase gab, in der (in der OAU) etwa die gleiche Front gegen die MPLA stand wie heute gegen die Westsahara, ist ein Beispiel für die Durchsetzung einer Bewegung, die das Recht auf Selbstbestimmung auf ihrer Seite hat.

Viel drängender für die Perspektive der Blockfreiheit als das schlichte Ja oder Nein zu Angola und der Westsahara werden die Fragen sein, die sich hinter der Realität eines Angola oder einer Westsahara bereits selbst gestellt haben: die nach dem Zusammenhang einer zunächst vorrangig international betriebenen antiimperialistischen Politik mit ihren jeweiligen nationalen Gegebenheiten und Interessen. Der Gewichtswandel innerhalb der Blockfreien, von dem eingangs die Rede war, ist hier nur *ein* Faktum, das zu beachten ist. Das andere ist, daß in Colombo zum erstenmal (wenn auch nur als Gäste) zwei Länder teilgenommen haben, die Blöcken zuzurechnen sind, Rumänien (Mitglied der Warschauer Vertragsorganisation) und die Philippinen (Mitglied der Süd-Ost-Asien-Vertragsorganisation). Hier bahnt sich eine Veränderung der Blockfreiheit an, die die „spezifische Praxis des demokratischen Konsenses", die der Mitbegründer der Blockfreiheit Tito als ein bedeutsames Charakteristikum der Bewegung hervorhebt, vor neue Aufgaben stellen wird.

Manfred O. Hinz

Frauendemonstrationen in Nordirland

Ursachen und Zusammenhänge

Eine spektakuläre Erscheinung, auch in Kontinentaleuropa mit Sympathie begrüßt, sind die in Belfaster Arbeitervierteln spontan entstandenen, mit Elan an anderen Stellen aufgenommenen Frauen - Friedensdemonstrationen gegen den sektiererischen und militärischen Terrorismus in Nordirland. Anlaß war die Niedermetzelung der Familie Maguire auf offener Straße in Belfast-Andersontown, als britische Soldaten ein mit „provisorischen" Leuten der IRA (Provisionals) besetztes Auto beschossen, das auf den Bürgersteig geriet, drei Kinder tötete, die Mutter und andere Personen schwer verletzte. Die schon vorher begonnenen Frauenaktionen mit Versuchen, durch direkte Einwirkung auf die jungen Provisionals-Freiwilligen oder mittels Trillerpfeifen-Alarm terroristische Unternehmungen in den Arbeitervierteln (dort finden sie immer ihre meisten Opfer) zu verhindern, erhielten durch das schreckliche Unglück starken Auftrieb.

Schon seit etwa Jahresfrist propagierten die Republican Clubs, die nordirische Organisation der Sinn Fein und politischer Arm der Official IRA, mit zunehmender Wirkung unter Slogans wie „Sectarianism Kills Workers" („Sektierertum tötet Arbeiter"), „Workers Against Sectarianism", „Kill Sectarianism, Not Workers" eine antiterroristische Kampagne, die teilweise auch bei den Protestanten (so in South Armagh u. a.) Beachtung fand. Ihre Zeitungen, wie „United Irishman" und „The Irish People" ebenso wie Stadtteil- oder Bezirkszeitungen, so „The Plough", „Ballymurphy News", „Star-

ry Plough", „Republican Worker", „Galway People" u. a., brachten fortlaufend diesen Gedanken unters Volk mit gleichzeitigen Plakatierungsaktionen auch in den Stützpunkten der Provisionals und in den loyalistischen protestantischen Arbeitervierteln, sehr zum Ärger der nationalistischen Provisional IRA, die in den letzten zwei Jahren u. a. sogar einen jungen Zeitungsverteiler der Officials auf der Straße erschoß, andere mißhandelte, im November 1975 zwei Wochen lang (mit unterstützender Duldung der britischen Armee) ein Pogrom gegen die Republican Clubs unternahm, bei dem acht Menschen getötet, annähernd 30 schwer verletzt und über 100 in ihren Wohnungen oder auf offener Straße be- und angeschossen wurden.

Die Berichterstattung über die irischen Friedensdemonstrationen war im Gegensatz zu manchen anderen wichtigen Anlässen verhältnismäßig rege, wohlwollend und positiv. Angesichts des überparteilichen, überkonfessionellen, humanitären und außergewöhnlichen Charakters des Vorgangs könnte wohl nur eine engstirnig reaktionäre, menschenfeindliche und zynische Einstellung zu einer anderen Betrachtungsweise kommen.

Es steht zu hoffen, daß die spontane Frauenbewegung der irischen leidenden Mehrheit noch stärker und vor allem beständig und dauerhaft wird. Versuche reaktionärer Parteien, wie z. B. eines Fine Gael-Parlamentswahlkandidaten in Dublin Süd-West, auf diesen Zug aufzuspringen oder die Führung zu „übernehmen", sind glücklicherweise bisher erfolgreich abgewehrt worden. Die Unterstützung und Mitwirkung der Gewerkschaften, von Frauengruppierungen und auch von Arbeiterorganisationen wird akzeptiert und begrüßt, wenn und soweit sie nicht zur Selbstdarstellung ge- und mißbraucht wird.

Es blieb der Dubliner Zeitung „Irish Independent" (bürgerlich-national, der Fianna Fail-Partei nahestehend, mit deutlichen Sympathien für die Provisional IRA) vorbehalten, in Schlagzeilen und Berichten über die Frauen-Friedensmonstrationen im August dieses Jahres zu versuchen, diese mit Ausdrücken wie „Pettycoat Power" (Streitmacht der Unterröcke), „Pettycoat Army taken on the Provos" (Unterrock-Armee legt sich mit den Provos an) zu diskriminieren. Leider blieb diese üble maskuline nationalistische Arroganz bürgerlicher Journalistik von der zuständigen Berufsorganisation ungerügt; vielleicht kennzeichnet auch dies den reaktionären Geist, der in manchen irischen Kreisen noch vorherrscht.

Daß der Friedensmarsch auch in Dublin, von Gewerkschaften und fortschrittlichen Frauenorganisationen unterstützt, mit 45 000 Teilnehmern einen machtvollen Ausdruck und Zustimmung bei breiten Bevölkerungskreisen fand, mag als positives Zeichen gewertet werden.

Wichtig wird letztlich sein, ob und in welchem Maße die in Bewegung geratenen irischen Frauen die hinter ihrem humanitärem Anliegen stehenden politischen und ökonomischen Probleme erkennen, anpacken und an den notwendigen, besser not-wendenden Lösungen arbeiten und mitwirken werden. Dies muß vor allem deshalb geschehen, um die ursächlichen, nicht vordergründigen Wurzeln des unmenschlichen und sinnlosen Terrors auszurotten; diese Wurzeln sind eigentlich die Widerspiegelungen der gegenwärtigen, geschichtlich gewordenen neokolonialistischen Strukturen und Verhältnisse.

Ohne die horrende irische Arbeitslosigkeit (obwohl für die Ansiedlung neuer, insbesondere ausländischer Betriebe und die Schaffung von Arbeitsplätzen in ganz Irland Milliarden ausgegeben wurden und werden!) hätte sicher die Provisional IRA keinen solchen Zulauf an jugendlichen Freiwilli-

gen, die sich auch nicht dadurch abschrecken lassen, daß allein in diesem Jahr schon zehn Mann von den eigenen Bomben zerrissen wurden. Auf der anderen Seite würden auch die radikalen rechten protestantischen Wehrverbände (UDA, UVF, UDR) sich nicht so zahlreich rekrutieren können, wenn nicht in ihrem potentiellen Reservoir, Arbeiterschaft und Kleinbürgertum, die unterbewußte Angst vor Verlust der Vormachtstellung und vor Arbeitslosigkeit mit sozialem und politischem Abstieg geschürt werden könnte.

Die unglaublichen anderen sozialen Mißstände — Wohnverhältnisse; Mangel an Sozialeinrichtungen: Kindergärten, Jugendzentren, Krankenhäusern, anderen Einrichtungen zur Gesundheitspflege, ärztlichen Praxen; miserable Verkehrsverhältnisse usw. — schaffen den Zustand des Elends und der Hoffnungslosigkeit, der den Nährboden für Terrorismus und illusionäre Kampfvorstellungen abgibt. Angeheizt und angestachelt werden die aus erlittenem oder drohendem Unrecht aufsteigenden Haß- und Rachegefühle durch ein unbeschreibliches Sektierertum — sowohl auf protestantischer wie auf katholischer Seite.

Die erste Quelle des Sektierertums sprudelt in den konfessionellen Schulen beider Staatsgebiete und aller Konfessionen, die in früher Kindheit eine unvorstellbare Verhetzung erzeugen, vielleicht mit wenigen Ausnahmen. Tomas Mac Giolla, langjähriger Präsident der Official Sinn Fein, hat seit Jahren bereits die Forderung vertreten, in ganz Irland das Schulwesen zu entkonfessionalisieren und fortschrittlich zu reformieren, um eine der entscheidenden Grundlagen sektiererischen Hasses zu beseitigen. Die amtlichen Pläne zur Einrichtung von interkonfessionellen Gesamtschulen in Nordirland, ähnlich den englischen Vorbildern, werden nun auf verschiedene Arten attakkiert. Von katholischer bischöflicher Seite wird neuerdings meist kein offener Widerspruch geäußert, intern jedoch, anscheinend nach bisherigem loyalistischen Muster, empfohlen und angestrebt, Trägerschaft und Leitung der neuen Schulen unauffällig in katholische Hand zu bekommen, um dann ungestört nach kirchlichen Maßstäben (weiter-)wirtschaften zu können. Offener und lauter Protest gegen das neue System kam von seiten der Methodisten, die die drohende Zerstörung des bestehenden bürgerlichen kulturellen Bildungssystems beklagen zu müssen glauben. Auf die Dauer wird der Fortschritt auf diesem Gebiet in Nordirland sicher nicht aufzuhalten sein, jedoch sind angesichts der katholischen kirchlichen Macht in der südirischen Republik dort wenig Ansätze zu grundlegenden Veränderungen des Schulwesens zu sehen — obwohl auch dort entsprechende Forderungen geäußert werden.

Hoffnung auf einen nachhaltigen und echten Erfolg der irischen Frauen-Friedensbewegung kann man nur haben, wenn und inwieweit sie sich politisiert — ohne parteilich werden zu dürfen (das nämlich „trüge den Todeskuß für diese Bewegung in sich", schrieb „The Irish People" am 20. August 1976). Die Übernahme der organisatorischen Arbeiten durch Gewerkschaften könnte ausreichend für parteiliche und kirchliche Unabhängigkeit sorgen. Die Furcht der Politiker vor starken und wirksamen Bewegungen, die sie nicht unter ihre eigensüchtige Kontrolle bringen können, muß unterlaufen werden. Die Erfolglosigkeit der politischen Bemühungen zur Lösung der irischen Probleme auf allen Ebenen, das Übermaß an Leiden, Zerstörung und Elend als Resultat von Repression, Terror und männlichem Unvermögen mag den mutigen, realitätsbewußten und emanzipierten irischen Frauen in den katholischen und protestantischen Arbeitervierteln von Belfast, Dublin, Derry, Newry und Cork die große Chance geben.

Antonius Lind

Stellungnahmen zur Situation nach der Bundestagswahl und zu den Aufgaben der demokratischen Bewegung

Prof. Dr. Wolfgang Abendroth, Frankfurt/M.

Die Meinungsforschungsinstitute haben recht behalten: Wahlkampf und Wahlausgang sind wie prognostiziert verlaufen.

Der bitterste Kelch ist noch einmal an uns vorbeigegangen. Aus dem bitteren Kelch müssen wir weiter schlucken, wahrscheinlich noch etwas bitterer als vorher. Schleyer kann triumphieren: Seine CDU/CSU regiert zwar nicht. Aber die SPD und die FDP sind so geschwächt, daß Schmidt bei Verlagerung der sozialen und finanziellen Lasten und bei „disziplinierendem" Druck auf die Industriegewerkschaften, sollten sie etwa die Absicht haben, den Lebensstandard der Arbeiterklasse kämpfend verteidigen zu wollen oder gar die Einstellung arbeitsloser Lehrer erzwingen zu wollen, immer auf seine schmale Mehrheit verweisen und das Argument der Angst vor dem Schlimmsten, der Machtübernahme durch diese „Opposition", ins Spiel bringen kann. Schmidt konnte es sich schon im Wahlkampf in dieser Lage leisten, nun offen zu proklamieren, was der Politik seiner Partei seit Godesberg nur durch einen leichten Schleier verhüllt zugrundelag, aber seit der berühmten Fernseh-Vier-Mann-Diskussion der Parteichefs kurz vor der Wahl nun gänzlich unverhüllt ist: Diese sozialdemokratische Führung von heute hält die Opposition ihrer eigenen Partei gegen die Wiederherstellung des Monopolkapitalismus in den Westzonen und zu Beginn der Existenz der BRD post festum für einen schweren Fehler. So ist das also, und die Zeche müssen wir alle zahlen, auch hinsichtlich der Umdeutung der „freiheitlichen demokratischen Grundordnung" zu der des Kapitalismus.

Noch kann es sich die sozialdemokratische Führung leisten, so etwas ausdrücklich zu sagen. Was auf uns zukommt, wissen wir alle; der „Spiegel" hat in seiner Ausgabe vom 4. Oktober einige der wichtigsten Probleme dazu benannt. Die Klassenfrage, von der SPD sorgfältigst verdeckt, wird sich bei der Reduzierung der Lebenshaltung der arbeitenden Klassen, auf die zugesteuert wird, immer eindeutiger stellen. Aber die Mehrheit dieser Klasse hat kein Klassenbewußtsein, sondern bestenfalls Ansätze zu Klassenempfinden, die sie davor bewahrt haben, Kohl und den Seinen in diesen Wahlen den unmittelbaren Weg zur Macht zu gestatten.

So bleibt nur ein einziger Lichtblick, so klein er auch ist. Trotz ihrer traditionellen Beschränkung auf eine (der Zahl nach) fast sektenhafte Randexistenz und aller Mängel, die sie sonst haben mag und auch hat, ist es dem einzigen winzigen Kader, das Klassenbewußtsein wieder aufbauen will, der DKP, gelungen, seine 0,3 % und seine absolute Stimmenzahl nicht nur zu halten, sondern (gegenüber 1972) leicht zu steigern. Wird es lernen, an jeden noch so kleinen Widerspruch anzuknüpfen, aus jedem Verteidigungskampf der Werktätigen noch so kleine Fortschritte realer Analyse der Situation und also Klassenbewußtsein zu stabilisieren? Das ist nur möglich, wenn diese DKP begreift, daß sie zwar z. Z. das einzige organisierte Kader dieses werdenden Klassenbewußtseins der arbeitenden Massen ist, aber gewiß noch lange nicht *das* Kader, das die BRD braucht, um sie

wieder auf westeuropäisches Niveau zu bringen. Wahrscheinlich kann sie *allein* es auch nicht werden, so wenig es ohne sie entstehen kann. Und deshalb bleibt ihre relative Stabilisierung in dieser Wahl, so winzig die Stimmenzahl dieser Partei auch immer ist, ein kleines Lichtzeichen in der bundesrepublikanischen Nacht.

Denn eine sichere Garantie des Restes an demokratischen Rechten, der uns verblieben ist, und der „freiheitlichen demokratischen Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes" kann es nicht geben, solange kein Kern von Klassenbewußtsein in einer relevanten Minderheit der Arbeiterklasse wieder entsteht, die einem breiten Bündnis zur Verteidigung der Demokratie und des Friedens den Rückhalt und den Ansatzpunkt bietet. Wir brauchen dies Bündnis nach diesen Wahlen mehr denn je.

Assistenz-Prof. Dr. Detlev Albers, Hamburg/Bremen

Das Wahlergebnis vom 3. Oktober, die massiven Stimmengewinne der CDU/CSU und die hiermit verbundene äußerst knappe Mehrheit der sozial-liberalen Koalition lassen erwarten, daß sich die fortschrittlichen Kräfte in allen gesellschaftlichen Bereichen einem noch stärkeren Druck von rechts ausgesetzt sehen werden. Um so mehr werden sich die verschiedenen Teile der Linken wie der demokratischen Bewegung insgesamt bemühen müssen, ein größeres Maß an Gemeinsamkeit und Übereinstimmung in den bisher vertretenen Positionen zu entwickeln und dabei das Problem der Vermittlung und Verbreiterung dieser gemeinsamen Positionen noch bewußter zu berücksichtigen.

Ein Bereich, in dem beiden genannten Momenten besondere Bedeutung zukommt, in dem ihre Anwendung aber aufgrund der vorhandenen objektiven Bedingungen vor extremen Schwierigkeiten steht, sind die Hochschulen. Hier wird ein großer Teil der kommenden Auseinandersetzungen von den Fragen der landesgesetzlichen Ausfüllung des Hochschulrahmengesetzes (HRG) beherrscht sein. Dabei ergeben sich für die demokratisch und gewerkschaftlich orientierten Kräfte an den Hochschulen weniger Probleme in der Einschätzung des HRG. Allzu eindeutig ist das vorliegende Gesetz in allen wesentlichen Punkten (von der Mitbestimmung der Studenten, Assistenten und Dienstleister über das Ordnungsrecht, Regelstudienzeiten, Studienreform- oder genauer: -verhinderungskommissionen bis hin zur Lehrkörperstruktur usw.) nur als eine vielfach reaktionäre Absage an jede ernsthafte Reformpolitik im Hochschulbereich zu verstehen. Wie aber soll sich die Linke gegenüber den kürzlich von Bremen und Hamburg vorgelegten HRG-Anpassungsgesetzen verhalten, die in absehbarer Zeit auch in sämtlichen anderen Bundesländern anstehen? Wie läßt sich der notwendige Kampf um die Novellierung des reformfeindlichen Bundesgesetzes mit dem ebenfalls zwingend gebotenen Eintreten für ein landesgesetzliches Ausschöpfen der vom HRG noch belassenen Spielräume verbinden?

Ungenügend erscheinen jedenfalls zwei entgegengesetzte Positionen, zu denen sich offiziell zwar kaum jemand bekennt, die aber faktisch doch einen erheblichen Einfluß gewinnen können. Die eine Position erschöpft sich in der Beschreibung des reaktionären Gehalts der HRG-Vorschriften und in immer neuen Varianten des Beweises, daß HRG und die Entwürfe auf Landesebene im Kern deckungsgleich sind (was ohnehin an der Hochschule, in den Gewerkschaften und von Seiten der vorlegenden Behörden niemand bestreitet, sondern höchstens wie

in Bremen von CDU-Seite in Abrede gestellt wird). Jeder Versuch, die höchst begrenzten, aber dennoch nicht gleichgültigen Spielräume im Rahmen des HRG zu nutzen, erscheint dann als Anpassung, der nur die Forderungen zur grundlegenden HRG-Novellierung kompromittiert.

Die entgegengesetzte Position beschränkt sich von vornherein auf die Formulierung fortschrittlicher oder, zutreffender ausgedrückt, weniger reformfeindlicher Varianten in den HRG-Grenzen. Weil sie sich die Bedingungen für eine progressive Novellierung des HRG nicht vorzustellen vermag (so als wären die CDU/CSU-Mehrheit im Bundesrat und eine Bildungspolitik nach dem Muster der Großen Koalition im Bundestag gottgegeben), erblickt sie in jeder Forderung, die über das HRG hinausgeht, ein illusionäres Ausweichen vor den realen hochschulpolitischen und gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen. Während die eine Position den kurzfristigen Einfluß demokratischer Reformbewegungen maximalistisch überschätzt, hält ihn die andere resignativ für aussichtslos.

Dagegen wird der Versuch, die Unzulänglichkeiten beider hier bewußt vergröberten Positionen zu vermeiden, zunächst einmal davon ausgehen müssen, daß der Kampf um die HRG-Novellierung unter den gegenwärtigen Bedingungen nur bundesweit und jedenfalls nicht durch bewußten Bruch oder das ausdrückliche Ignorieren bundesgesetzlicher Vorschriften von Seiten eines einzelnen Bundeslandes gewonnen werden kann. Wenn daher an der Festlegung der Ländergesetze auf die HRG-Normen aus rechtsstaatlichen und verfassungsrechtlichen Gründen nichts zu ändern sein wird, bedeutet dies noch lange nicht, daß sich die Hochschulen in ihren Stellungnahmen zu den Gesetzesentwürfen auf die Formulierung HRG-konformer Forderungen beschränken müßten. Vielmehr kommt es darauf an, zu jedem Problembereich die mit den Vorschriften des HRG gerade noch vereinbaren Formulierungen zu entwickeln. In einem zweiten Schritt kann dann eben an dem Auseinanderfallen selbst der progressivsten HRG-Interpretation gegenüber den Grundsatzforderungen zur demokratischen Hochschulreform Punkt für Punkt belegt werden, daß die Auseinandersetzung um die Novellierung des geltenden HRG im gemeinsamen Interesse der Hochschulen, der Gewerkschaften und der fortschrittlichen Kräfte insgesamt fortzuführen ist. Erst wenn es gelingt, den Spielraum im HRG konsequent zu nutzen und zugleich die Unvereinbarkeit noch der so erreichbaren Positionen beispielsweise mit den 23 Thesen des DGB aufzuzeigen, wird der Kampf gegen das HRG konkret. Für die Verankerung der demokratischen Bewegung an den Hochschulen wird viel davon abhängen, ob sich die hier nur angedeutete Position zur Hochschulgesetzgebung rechtzeitig und mit hinreichender Unterstützung von Hochschullehrern, Dienstleistern und Studenten durchzusetzen vermag.

Kurt Bachmann, Köln

Das Ergebnis der Bundestagswahlen hat keine grundlegend neue Lage geschaffen. Es ermöglicht die Fortsetzung der aus SPD und FDP bestehenden Regierungskoalition. Alle Probleme, die die arbeitenden Menschen, die Mittelschichten bewegen, ihre Sorgen und Nöte, alle Fragen, die die Zukunft unseres Landes betreffen, bleiben auf der Tagesordnung.

Die im Bundestag vertretenen Parteien, die CDU/CSU wie auch die SPD und FDP, haben sich schon bisher als unfähig erwiesen, wirksame Maßnahmen gegen die Unsicherheit der Arbeitsplätze und Arbeitslosigkeit, gegen Lehrstellenman-

gel, Preistreiberei und Bildungsmisere zu ergreifen. Als Interessenvertreter des Großkapitals haben sie wie die Unternehmerverbände noch während des Wahlkampfes neue Massenbelastungen, Steuer- und Tariferhöhungen, Verteuerung der Krankenversicherung und Verschlechterung der Sozialleistungen angekündigt.

Darauf kann es für die demokratischen Kräfte, für die Gewerkschaften, für alle Organisationen der Werktätigen und der Mittelschichten nur eine Antwort geben: ihr gemeinsames und entschiedenes Handeln für ihre Interessen und Belange. Nur starke außerparlamentarische demokratische Kräfte können die Versuche der CDU/CSU vereiteln, den Wählerwillen zu verfälschen. Nur außerparlamentarische Aktionen können Angriffe der rechtesten Kräfte des Großkapitals auf die Lebensinteressen des arbeitenden Volkes erfolgreich abwehren. Nur durch Druck auf die zukünftige Koalitionsregierung sind berechtigte Forderungen der Arbeiter und Mittelschichten in Bonn durchzusetzen.

Was auch unter knappen parlamentarischen Mehrheitsverhältnissen möglich ist, dafür gibt die außerparlamentarische Bewegung für die Ratifizierung der Verträge mit der Sowjetunion 1972 ein Beispiel. Sie ist heute notwendig, um eine Rückkehr zum Kalten Krieg zu verhindern und die Fortsetzung der Entspannungspolitik durchzusetzen.

Alle Erfahrungen der Vergangenheit bestärken uns in dieser Schlußfolgerung. Stillhalten gegenüber den Angriffen der rechtesten Kräfte auf erkämpfte soziale Errungenschaften und demokratische Rechte der Werktätigen, gegenüber der Regierungspolitik des Sozialabbaus und der verschärften Aufrüstung zahlt sich für das Volk nicht aus.

Das Wahlergebnis lehrt: Mit ihrem Kurs auf Reformverzicht, Antikommunismus, Lohndruck und Sozialabbau hat die SPD-Führung Unzufriedene produziert. Sie hat so mehr als eine Million Wähler direkt in die Arme der CDU/CSU getrieben. Fortsetzung dieser Politik, die Industriegewerkschaften weiter zum Stillhalten zu veranlassen, würde erneut Unzufriedene der CDU/CSU-Demagogie aussetzen, die politische Labilität verstärken.

Arbeitslosigkeit droht zu einem Dauerproblem zu werden wie Lehrstellenknappheit und mangelnde Ausbildung unserer Jugend. Die DKP hat zu diesen Problemen in Übereinstimmung mit den Auffassungen vieler Gewerkschafter und anderer demokratischer Kräfte ihre Vorschläge unterbreitet. Sie wird sie auch nach der Wahl mit ins Zentrum ihrer Politik und Aktivitäten stellen.

Unter den gegebenen Bedingungen großkapitalistischer Macht- und Herrschaftsverhältnisse ist es unmöglich, das Problem der Arbeitslosigkeit endgültig zu lösen. Eine auf die Arbeiterinteressen gerichtete Politik kann jedoch Arbeitslosigkeit mindern und Arbeitsplätze sicherer machen. Dazu bedarf es vor allem der Stärkung der Massenkaufkraft: durch eine aktive Lohnpolitik, die sowohl höhere Steuer- und Sozialabgaben als auch die Verteuerungen und die Profite der Monopole berücksichtigt; durch Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich, Verlängerung des Urlaubs und die Einführung der zehnten Schulklasse für alle Jugendlichen; durch Erweiterung der Handelsbeziehungen mit den sozialistischen Ländern. Die rechte SPD-Führung erwägt in ihrem jüngsten Thesenpapier Arbeitszeitverkürzungen als ein Mittel zum Abbau von Arbeitslosigkeit. Aber sie plant Arbeitszeitverkürzungen ohne Lohnausgleich, also auf Kosten der Lohnempfänger. Solch verhängnisvoller Absicht gilt es entschieden entgegenzutreten. Die Erkämpfung und Verwirklichung des Rechts auf Arbeit ist eine der dringendsten Zukunftsaufgaben unseres Volkes.

Mehr denn je stehen heute die demokratischen Kräfte in unserem Lande, auch und gerade nach der Bundestagswahl, vor der Aufgabe, durch verstärkte Aktivitäten für den Fortgang der Entspannung einzutreten. Tiefe Verankerung des Entspannungswillens in der Bevölkerung ist die sicherste Gewähr dafür, daß die realistischen Kräfte in den Regierungsparteien unter dem Druck der rechtesten Kräfte nicht noch einmal von bereits bezogenen realistischen Positionen abgehen. Das betrifft besonders unser Verhalten zur DDR und die stetige Verbesserung der Beziehungen zu unserem sozialistischen Nachbarstaat. Es gilt, auf die Regierung in dem Sinne einzuwirken, daß sie *vertragstreu* handelt und eigene konstruktive Beiträge zur Verwirklichung der in Helsinki beschlossenen Prinzipien friedlicher Koexistenz und Zusammenarbeit leistet.

Es gilt, in der Bevölkerung breitere Unterstützung für die Forderung nach Beendigung des Wettrüstens, nach konkreten Abrüstungsmaßnahmen zu gewinnen. Die Ergänzung der politischen durch die militärische Entspannung, durch Rüstungsstopp und Abrüstung ist zur Kernfrage für die Vertiefung der Entspannung geworden. Niemand bedroht uns. Für die Hochrüstung in unserem Lande gibt es keinerlei Berechtigung. Wir leben in gesicherten Grenzen. Gut funktionieren die seit einigen Jahren mit der DDR und der Sowjetunion sowie mit anderen sozialistischen Ländern geschlossenen Verträge. Es entspricht den Lebensinteressen unseres Volkes, wenn die demokratischen Kräfte gegen die Front der entspannungsfeindlichen Scharfmacher ein noch kraftvolleres Bündnis errichten, um das Erreichte zu erhalten und auszubauen.

Diese Aufgabe steht in unmittelbarem Zusammenhang mit der entschiedenen Zurückweisung aller Formen des Antikommunismus und Antisowjetismus, komme er von den reaktionärsten Kräften oder aus der SPD- und FDP-Führung, mit der entschlossenen Verteidigung demokratischer Grundfreiheiten. Es ist zu erwarten, daß unter der Flagge des Antikommunismus die Scharfmacher um Strauß, Carstens und Dregger zu verschärften Angriffen auf die Entspannung übergehen, neue Provokationen gegen die Staatsgrenzen der DDR planen werden. Wehrminister Leber wird weiter unter dem Ammenmärchen von der „Bedrohung aus dem Osten" Gründe für verstärkte Aufrüstung suchen. Solcher Antikommunismus wird wie ein Bumerang auf die realistischen Aspekte der Regierungspolitik selbst zurückwirken. Nutznießer wird vor allem die CDU/CSU sein. Weiter muß der Antikommunismus dazu herhalten, die Praxis der Berufsverbote zu rechtfertigen und zu verschärfen. Aber gerade einige Teilerfolge im Kampf gegen die Berufsverbote haben gezeigt, daß der gemeinsame Kampf aller demokratischen Kräfte etwas auszurichten vermag. Im Verein mit den internationalen Protesten können weitere Erfolge erzielt werden, wenn das demokratische Bündnis gefestigt und erweitert wird. Die Berufsverbote müssen zu Fall gebracht werden.

Die DKP hat nach den Bundestagswahlen erklärt und bekräftigt dies auch jetzt: angesichts einer Situation, da von den im Bundestag vertretenen Parteien keine Lösungen im Interesse der arbeitenden Menschen zu erwarten sind, sondern neue Angriffe auf die sozialen und demokratischen Rechte bevorstehen, reicht sie allen demokratischen Kräften die Hand zu gemeinsamem Handeln. Stillhalten zahlt sich nicht aus. Was wird, hängt wesentlich von der Aktivität der Massen ab.

Prof. Dr. Hans-Werner Bartsch, Frankfurt/M.

Es hat noch kaum einen Bundestagswahlkampf gegeben, der so sehr von Argumenten aus dem christlichen Glauben durchsetzt war, wie der jetzt entschie-

dene. Obwohl die SPD sich seit langem um einen Ausgleich mit den christlichen Kirchen bemüht hat, wirkte der Appell von Helmut Schmidt an die CDU/CSU, den Anspruch zu erfüllen, der sich aus dem C ergibt, und darum „nicht falsches Zeugnis wider den Nächsten" zu geben, eher wie Resignation gegenüber der Möglichkeit, die Kirchen für parteipolitische Neutralität im Wahlkampf zu gewinnen. Er mußte selbst den Pfarrer spielen, da es die beamteten Diener der Kirchen nicht taten.

Die CDU/CSU andererseits brauchte nicht einmal ihr C argumentativ auszuspielen. Ihre verschwommenen und verlogenen Begriffe „Freiheit" und „Sozialismus" hatten nur emotionalen Wert ohne jeden Bezug zur Wirklichkeit. Was das C anging, konnte sich die CDU/CSU auf die katholische Kirche verlassen. Sie hatte eindeutig genug Stellung bezogen. Die Ehegesetzgebung und § 218 waren die Argumente, die den katholischen Wähler bestimmen sollen, *der* Partei ihre Stimme zu geben, die wieder katholische Weltanschauung in bürgerliche Gesetzgebung wandelt. Wenn nicht eine Ehe, so doch wenigstens eine Übereinstimmung zwischen Thron und Altar sollte wieder etabliert werden. Wie verlogen die Entrüstung über die entsprechenden Gesetzesreformen der Regierungsparteien ist, soll noch gezeigt werden. Zunächst ist bedeutsam, daß diese Forderung der katholischen Kirche, der Staat solle ihr wieder seinen Arm leihen, weltanschauliche Positionen durchzusetzen, offenbar südlich der Mainlinie den Vorstellungen der Bürger entspricht. Zwar wand sich der Vorsitzende der Bischofskonferenz, Kardinal Höffner, kurz vor der Wahl noch um eine eindeutige Stellungnahme herum, aber die Wahlempfehlungen waren deutlich genug lange vorher erfolgt. Und sie haben ihre Frucht getragen. Wer gegen Gesetze der Kirche verstößt, soll nach der Vorstellung von 60 % der Bayern vom Gericht des Staates bestraft werden. Auf Gesetze, die die Zivilehe abschaffen und den Religionsunterricht obligatorisch machen, dürften wir für den Freistaat Bayern nicht mehr lange warten müssen.

Das Nord-Süd-Gefälle des Wahlergebnisses wird auch unter konfessionellem Aspekt gesehen werden dürfen. Die Evangelischen Kirchen haben auch indirekt keine Wahlempfehlung gegeben, obwohl sie gegenüber der Abtreibung die gleichen Einwendungen haben wie die katholische Kirche. Daß die Evangelischen Kirchen dies jedoch nicht zur Grundlage einer Wahlempfehlung machten, hat seinen Grund in der stärker demokratischen Tradition und in dem Bewußtsein der Kirchenleitungen, daß eine solche Wahlempfehlung wenig nutzen würde. Darum wird der mehr protestantische Norden weniger für die Demagogie der CDU/CSU anfällig gewesen sein.

Für eine solche Analyse spricht auch eine Initiative „Christen für die Abrüstung", die im Frühjahr in Schleswig-Holstein begann und konkrete Folgerungen aus der entsprechenden Resolution der Weltkirchenkonferenz in Nairobi zog. Sie gewann rasch Hunderte von Unterschriften, die zum größten Teil von kirchlichen Amtsträgern gegeben wurden. Diese Initiative ist inzwischen auch in Hessen aufgenommen worden und erhält immer breitere Zustimmung in allen Bundesländern. Sie war auch indirekt mit keiner Wahlempfehlung verbunden, sondern richtete sich zuerst an die Kirchenleitungen, die aufgefordert werden, Stellungnahmen zu erarbeiten und eigene Schritte zu unternehmen, die 31 Mrd. DM, die 1976 für Rüstung ausgegeben werden, auf die Ressorts Entwicklungshilfe, Bildungs-, Gesundheits- und Sozialwesen überleiten zu lassen. Man wird aus dem Erfolg der Initiative schließen dürfen, daß christliche Wähler protestantischer Konfession eher von der sozial-liberalen Regierung erwarten, entsprechenden Appellen Gehör zu geben, als dies bei einer möglichen CDU/CSU-Regierung der Fall wäre.

Es mag vielen fraglich erscheinen, ob die Kirchenleitungen dafür gewonnen werden können, „sich deutlich gegen die weitere Rüstung in unserem Land und die aufgeblähten Verteidigungsausgaben auszusprechen". Gerade daraus erwächst dann aber die Aufgabe für die Zukunft nach der gefallenen Wahlentscheidung.

Hat der Bundeskanzler sich gegen die Mißachtung christlicher Gebote im Wahlkampf durch die CDU/CSU ausgesprochen, so muß er für den Appell von Christen offen sein, die aus christlicher Verantwortung sich auf einem anderen Gebiet engagieren und ein Tabu durchbrechen, das im Wahlkampf von allen Bundestagsparteien peinlich gewahrt wurde. Es darf nicht wieder geschehen, daß in der Haushaltsdebatte des Bundestages der Verteidigungsetat einstimmig verabschiedet wird, weil die Bundesregierung den militaristischen Vorstellungen der Opposition so weit entgegenkommt, daß es keinen Unterschied, geschweige einen Gegensatz mehr gibt. Gegen diese Einstimmigkeit spricht das Votum der Wähler. Der Bundeskanzler hatte angekündigt, daß er nach der Wahl den Wiener Abrüstungsgesprächen neue Impulse geben wolle. Die Bevölkerung der BRD sollte ihn nicht nur beim Wort nehmen, sondern darauf drängen, daß diese Impulse nicht von der Rüstungslobby und dem ihr geneigten Verteidigungsminister verwässert werden.

Daß die katholische Kirche als Adressat einer solchen Initiative nicht in Frage kommt, obwohl auch einzelne katholische Christen und Priester sie unterschrieben, läßt die Verlogenheit der Entrüstung über die Reform des § 218 deutlich werden. Noch immer wird ein Wehrdienstverweigerer aus Gewissensgründen von der katholischen Kirche als ein „Irrender im Glauben" behandelt, und der Schutz des Lebens vor Krieg und Rüstung — auch vor dem sich ausweitenden Manövertod! — wird nicht zum Aufgabenbereich der Kirche gerechnet. Die Autorität des Staates, die sie gern verstärken möchte, hat demgegenüber Vorrang, wie sie am liebsten auch die Todesstrafe als Ausdruck staatlicher absoluter Autorität wieder eingeführt sehen würde. Das Plädoyer für den Schutz des ungeborenen Lebens ist — wie immer man zu der Frage stehen mag — unglaubwürdig, weil ihm keine entsprechende Haltung zum Schutz des geborenen menschlichen Lebens entspricht.

Muß die Frage der Abrüstung der Bundesregierung in der kommenden Zeit beharrlich immer wieder gestellt werden, so hat ein weiterer Aspekt gleiche Bedeutung. Die Bürger der BRD haben sich angesichts der Alternative „Freiheit oder/statt Sozialismus" — wie heuchlerisch und verlogen sie auch gemeint ist und wie hilflos die SPD-Matadoren darauf reagierten — offenbar für den Sozialismus entschieden und jene „Freiheit" erkannt, als was sie gemeint war. Es ging um die Freiheit der Unternehmer gegenüber Mitbestimmung der Arbeiter, Freiheit der Konzerne zu steigendem Profit gegenüber dem Lohnanspruch der von ihnen Abhängigen, Freiheit der Professoren für die eigenen Interessen gegenüber dem Anspruch der Studenten auf berufsbezogene Lehre, die Freiheit der 5 % Herrschenden gegenüber dem sozialen und ökonomischen Freiheitsanspruch der 95 % Untertanen. Gegen diese „Freiheit" hat sich die Mehrheit der bundesdeutschen Bevölkerung entschieden.

Der Bundeskanzler mag nun Sozialismus verstehen, wie immer er es will, auf jeden Fall hat er zu respektieren, daß dieser Begriff in der Bevölkerung mehr Vertrauen gewonnen hat, als die Freiheitsapostel dachten. Die Diskussion über die Verwirklichung dieses Begriffs muß darum ohne Angst in der Bundesrepublik geführt werden können. Das heißt, daß jener fatale Irrtum, den Willy Brandt

eingestanden hat, endlich korrigiert wird und der Radikalenerlaß ersatzlos verschwindet. Das muß als Konsequenz des Wahlausgangs ebenso beharrlich gefordert werden. Auch diese Forderung ist für Christen unter dem Aspekt ihres Glaubens zu sehen. Wie Jesus sich für die Diskriminierten seiner Zeit eingesetzt und sich mit ihnen solidarisiert hat, so darf gleiches von Christen heute erwartet werden. Die Mitglieder der DKP sind *die* Gruppe in unserem Staat, die Diskriminierung erfährt. Initiativen gegen Berufsverbote sollten kompromißloser die Unterstützung von Christen finden. Es muß möglich sein, sich ohne Angst für die Ziele der DKP einzusetzen. Daß ihr in der Bundestagswahl nur 0,3 % die Stimme gaben, ist kein Ruhmestitel der Bundestagsparteien, sondern eher ein Zeichen mangelnden Freiheitsbewußtseins, so wahr Antikommunismus Verzicht auf ein Stück Freiheit bedeutet.

Der Wahlausgang gibt die Chance, daß christlicher Glaube sich als progressive Kraft in unserer Gesellschaft Geltung verschafft. Seiner reaktionären Verfälschung hat die Mehrheit der Bevölkerung eine Absage erteilt. Dies ist als Aufgabe zu sehen, die in die Zukunft weist. Es kommt darauf an, daß wir sie erfüllen und uns ihr nicht entziehen.

Prof. Dr. Wilfried v. Bredow, Marburg

In den Entwicklungsländern habe die Bundesrepublik lange Zeit auf die Sympathien der neuen, vom Kolonialismus befreiten Länder rechnen können, denn schließlich habe sie in puncto Kolonien nicht die Belastungen anderer westlicher Länder aufgegeben. In neuester Zeit sei diese weiße Weste jedoch nicht mehr ganz so rein, denn in allen internationalen Konferenzen vertrete die Bundesregierung zusammen mit den USA diejenige Position, die den Entwicklungsländern am wenigsten nützt.

Dies sagte eine pakistanische Journalistin vor den Fernsehschirmen der ARD, als die ersten Hochrechnungen über den Ausgang der Bundestagswahl vom 3. Oktober die knappe Mehrheit der sozial-liberalen Koalition ankündigten. Ich habe diese Äußerung als eine deutliche Mahnung empfunden: hinter ihr verbarg sich eine politische Konstellation und ein Problem, über das im Wahlkampf sozusagen mit Nachdruck geschwiegen wurde. Die inhaltsleere Polarisierung von „Köpfen" sowie die in der Tat (wenn auch sehr verschwommen) inhaltsvollen Grobkonzepte der Opposition für die Domestizierung kritischen Denkens (von der Bildungs- bis zur Gesellschaftspolitik) haben diesen Wahlkampf bestimmt. Verdrängt wurde eine Reihe höchst wichtiger Themenkomplexe, verdrängt wurden die Ergebnisse unvoreingenommener Analyse des internationalen Kontextes, in den die Bundesrepublik eingeordnet ist, verdrängt wurde eine Reihe wichtiger Erfahrungen der jüngsten Vergangenheit. Der Wahlkampf bot alles in allem das Bild selbstgerechter Bewegungs- und beschränkter Analysefähigkeit der meisten der politischen Repräsentanten von Regierung und (mehr noch) Opposition. Daß einige linksliberale Intellektuelle, verdrossen und wütend, zwei Wochen vor der Wahl mit dem Gedanken spielten, in einer großen Zeitungsanzeige die Parteien aufzufordern, ihren Wahlkampf wegen dessen Irrelevanz für die wahren politischen Probleme der Gegenwart einzustellen, mag als Grille erscheinen. Bezeichnend ist sie immerhin.

Die Aufzählung der Defizite der westdeutschen Politik ergibt einen umfangreichen Katalog. Ich will mich hier auf Punkte beschränken, die in dem Bereich

der Außenpolitik angesiedelt sind. Hier ist eine ansteigende Linie von Deutschland-zentrierter Engstirnigkeit zu konstatieren, die schon mittelfristig auch die relative wirtschaftliche Stabilität aufs äußerste gefährden kann. Die gegenwärtigen Konfliktlinien und -intensitäten der internationalen Politik werden kaum zur Kenntnis genommen, stattdessen ein gegen die DDR gerichteter und mit Imponiergehabe in Richtung Westeuropa demonstrierter Neo-Nationalismus, der sich von einem normalen Patriotismus weit zu entfernen droht. Weder die westeuropäische Integration, noch die atlantische Allianz, weder die gesamteuropäische Sicherheitspolitik, noch die im Rahmen der internationalen Verhandlungen über eine neue Weltwirtschaftsordnung geführten Gespräche werden mit den provinziellen Kriterien, derer sich die einheimischen Führungseliten bedienen, angemessen erfaßt. Mangelhafte Problemdefinitionen führen aber unweigerlich zu verfehltem politischen Handeln.

Der hinter uns liegende Wahlkampf hat dem demokratischen Potential in der Bundesrepublik Abbruch getan. Einem als mündig anerkannten Bürger, dem man Initiative und Entscheidungsfähigkeit zutraut, darf man nicht einmal Waschmittel so verkaufen wollen, wie man heute Politik verkauft. Dies ist keine moralische Argumentation: die gegenwärtige Gesellschaft ist so komplex, daß man es sich einfach nicht leisten kann, ihre Mitglieder planmäßig zu verblöden. Hinter den gegen-reformatorischen Konzepten der Opposition verbirgt sich ein ähnlicher perfektionierter Quietismus, den auch der Orientierungsrahmen sozialdemokratischer Politik mit seinem Reform-Bauchladen anzustreben scheint. Verlust an Problemorientierung, Personalisierung politischer Entscheidungen heißt aber auch Verlust an Rationalität, letztlich Verlust der Politik selbst. „Es muß wieder Politik gemacht werden!" forderte Ralf Dahrendorf im Wahlkampf 1969. Diese Forderung ist aktueller denn je.

Vor welchen außenpolitischen Optionen steht die Bundesrepublik heute? Innerhalb des westlichen Bündnissystems werden wir bald vor der Frage stehen, ob die Bundesrepublik die Rolle eines europäischen „Jungen Mannes" der USA übernimmt oder ob eine sinnvolle Verbindung in einem allerdings weitaus weiter „links" orientierten Westeuropa zustande kommt. In der Ost-West-Politik wird sich herausstellen, ob Entspannung, Rüstungsreduzierungen und Kooperation widerwillig akzeptierte Konsequenzen weltpolitischer Veränderungen oder breit ausgebautes Fundament friedensrelevanter Außenpolitik werden. In der Politik gegenüber den Entwicklungsländern wird entweder ein kurzfristigen Interessen gehorchendes Abblocken der berechtigten Forderungen der armen Länder und die Allianz mit reaktionären Regimen in Subzentren (Iran, Brasilien) dominieren oder das Eingehen auf diese berechtigten Forderungen im Rahmen einer neuen Weltwirtschaftsordnung.

Diesen Optionen haben sich die Parteien im Wahlkampf nicht gestellt. Neben Hinweisen darauf, daß die sozial-liberale Koalition auf vielen Gebieten den Selbstfesselungen des Wahlkampfs verhaftet bleibt, gibt es auch einige maßvoll ermutigende Indizien dafür, daß die Gefahr jener selbstgerechten und umweltblinden Bewegungsunfähigkeit ansatzweise erkannt worden ist. Ein Prüfstein dafür wird sein, ob die Bundesregierung ihre vorsichtigen Ankündigungen in Richtung auf neue Impulse für die Wiener Verhandlungen über Truppenabbau in Mitteleuropa wahr macht.

Karl D. Bredthauer, Bonn

Helmut Frenz, dem vor einem Jahr von der Junta des Landes verwiesenen und seither in der Bundesrepublik lebenden früheren Bischof der evangelisch-lutherischen Kirche in Chile, wurde kürzlich folgende Frage gestellt: „Sie sprachen einmal davon, daß sie ‚Kommunikationsschwierigkeiten' in der Bundesrepublik hätten. Woran liegt das?" Helmut Frenz antwortete: „Das liegt an dem bereits erwähnten irrationalen Antikommunismus. Man wird schon beim Gebrauch bestimmter Worte abgestempelt. Da fängt bei vielen Leuten ein ganzer Film an abzulaufen. Dies verbindet sich beispielsweise mit dem Wort Sozialismus. Ein anderes Wort, das ich anfangs ahnungslos gebrauchte, war ‚Klassenkampf' . . .". Auf seine Einstellung zu Luis Corvalan, dem Führer der KP Chiles, angesprochen, antwortete der ehemalige Bischof, er habe Corvalan nie persönlich kennengelernt, „ich könnte mir aber vorstellen, daß ich mit Corvalan wenig Kommunikationsschwierigkeiten habe und wir uns sicher sehr schnell einigen könnten, wie wir im gemeinsamen Kampf um Menschenrechte und Menschenwürde zusammenarbeiten könnten . . ." (Interview der Progress-Presseagentur/PPA vom 7. September 1976).

Eine so unbefangene Konstatierung dessen, was ich den anhaltenden geistigen Ausnahmezustand in diesem Lande nennen würde, habe ich lange nicht gelesen.

Wie sehr die Bundesrepublik, im Hochmut geistiger Selbstisolierung, den Anschluß, den Kontakt zur Wirklichkeit verloren hat, zeigt das ungeteilte Befremden in West wie Ost über den zurückliegenden Bundestagswahlkampf, über die Freiheit-oder-Sozialismus-Pantomine, die ihre Urheber offenkundig über den Wahltag hinaus am Leben zu erhalten gedenken, zur Abschottung der herrschenden Verhältnisse gegen eine immer weniger verstandene Umwelt und gegen jeden kritischen Luftzug — hier zeigt sich (so ist meiner Meinung nach auf die Frage, wie es nach diesen Wahlen nun weitergehen solle, zu antworten) der brennendste Nachholbedarf, den es in der Bundesrepublik aufzuarbeiten gilt: der mit den Ostverträgen eingeleiteten *äußeren* muß nun endlich auch die *innere* „Normalisierung" folgen, d. h. die Beendigung des inneren ebenso wie die bereits zähneknirschend erfolgte Einstellung des außenpolitischen „Kreuzzugs gegen den Kommunismus". Undenkbar, daß etwa ein deutscher Sozialdemokrat ähnlich vorurteilsfrei über die Möglichkeit einer Zusammenarbeit — oder auch nur eines friedlichen Nebeneinanders — mit Kommunisten redet wie der chilenische Bischof? Natürlich nicht. Vom gemeinsamen Widerstand gegen den Hitlerstaat bis zur ganz unumgänglichen Zusammenarbeit in Betriebsräten oder Bürgerinitiativen heute gibt es zahlreiche Gegenbeispiele.

So exotisch ist die Bundesrepublik nicht, daß der Antikommunismus über jede „Gefahr" der Infragestellung durch das wirkliche Leben erhaben wäre. Hier nur ein einzelnes Beispiel, das insofern aus dem Rahmen fällt, als ein Funktionär der Freiheit-statt-Sozialismus-Partei, der CDU, in ihm als Kronzeuge für die handgreifliche Schädlichkeit des Antikommunismus auftritt: in einer ARD-Sendung über das Auftreten der PVC-Krankheit bei Dynamit Nobel in Troisdorf, einen Tag nach der Wahl (ARD, 4. Oktober 1976, 21.45 Uhr), erklärte der Troisdorfer CDU-Funktionär und Arzt Dr. Schmettkamp: „Die Meßwerte der DKP (die frühzeitig auf die PVC-Gefahren hingewiesen hatte, d. Verf.) sind bisher nie ernst genommen worden. Man hat immer geglaubt, es sei reine Propaganda . . . Das hing damit zusammen, daß das, was von kommunistischer Seite behauptet wird, nicht ernst genommen wird. Es gibt hier in der Bundesrepublik eben einen Anti-

kommunismus . . ." Der Moderator fragte: „Und hatte der Nachteile für die Arbeiter?" und erhielt zur Antwort: „Der ist sehr nachteilig für die Arbeiter, weil ich sicher davon überzeugt bin, daß, hätte man diese Werte früher als jetzt ernst genommen . . . viele Arbeiter nicht an VC-Vergiftungen erkrankt wären." Ein Randbeispiel? Von der VC-Krankheit mag sich nur eine Minderheit betroffen fühlen. Aber vor uns allen stehen Fragen — Fortsetzung des Wettrüstens oder Abrüstung; erneutes Abgleiten nach rechts oder die hierzulande noch immer als Schimpfwort verstandene „Volksfront" aller Demokraten, die der Reaktion den Weg verlegen könnte; Sozialabbau und Existenzunsicherheit oder starke, aktive Einheitsgewerkschaftspolitik — Fragen, bei deren Lösung der Antikommunismus heute ebenso schwer behindert wie je, ob 1918 oder 1933 oder 1956.

Daß diese Einsicht generell schlecht von der Hand zu weisen ist, andererseits im politischen Alltag der BRD zum Verstoß gegen eingeschliffene Denk- und Verhaltenweisen nötigt und insofern unbequem wirken kann, zeigt sich an einer seltsamen, aber ziemlich weitverbreiteten Haltung: Zur Kenntnisnahme der Kommunisten und gegebenenfalls Zusammenarbeit mit Ihnen in der Außenpolitik, aber auch in anderen Ländern — kaum veränderte Diskriminierung aber der Kommunisten im eigenen Lande, konkret der DKP. Da gibt es die zweifellos unhaltbare Vorstellung, außenpolitische Anerkennung der Realitäten — und z. B. wirtschaftlich vorteilhafte Zusammenarbeit mit kommunistischen Ländern — ließe sich auf die Dauer mit einer Konservierung der innenpolitischen Regeln des Kalten Krieges verbinden. Da gibt es aber auch ganz konkrete Vorstellungen, warum man Kommunisten im Prinzip selbstverständlich anerkenne, nur eben die DKP aus der Zusammenarbeit ausgeschlossen werden müsse. Wären die deutschen Kommunisten so wie die italienischen, heißt es, so könne man vielleicht oder gewiß mit ihnen zusammenarbeiten. Nur: Wir leben eben in Deutschland und nicht in Italien. Die deutschen Kommunisten müssen im Unterschied zu den italienischen mit einem KPD-Verbot leben, das als permanent in Reserve gehaltenes Damokles-Schwert über der politischen Szenerie dieses Landes hängt; sie haben unabschüttelbare Erfahrungen mit der Brutalität der herrschenden Klassen ihres Landes machen müssen, vom Mord an Rosa Luxemburg und vielen anderen nach 1918 über die grausame Verfolgung durch die Nazis bis zur Kommunistenverfolgung unter Adenauer und der Infamie der Berufsverbote heute, Erfahrungen, die es in dieser Härte in der italienischen Geschichte ebensowenig wie in der der meisten anderen europäischen Länder gegeben hat. Es wäre geschichtsblind, zu erwarten, daß die besonderen geschichtlichen Erfahrungen, die Besonderheiten des „Nationalcharakters", des kulturellen und sozialökonomischen Lebens einen Bogen um jene Bürger eines Landes machten, die Kommunisten sind. Die kommunistische Bewegung ist, wie die maßgeblichen bürgerlichen Richtungen heute auch, eine internationale Bewegung, aber sie ist, wie ein halbwegs nüchterner Blick zeigt, keineswegs ein Einheitsbrei, sondern besteht aus vielen nationalen Parteien, in Italien dem PCI, in Frankreich dem PCF, in der Bundesrepublik der DKP. Es wäre ein wesentlicher Schritt zur „Normalisierung" des politischen Lebens und zur Stärkung des demokratischen Lagers in der Bundesrepublik, wenn sich hier die anderswo selbstverständliche Erkenntnis endlich Bahn bräche, daß man Demokratie, Linkseinheit, sozialen Fortschritt nicht à la carte — die Sozialdemokratie etwa nach schwedischer, die KP nach italienischer, die Radikalen/Liberalen nach französischer Art — zusammenstellen kann, daß es andererseits kein entwickeltes kapitalistisches Land in Europa gibt, wo die beiden Hauptrichtungen der Arbeiterbewegung, die kommunistische wie die sozialistisch/sozialdemokratische, nicht existent oder irrelevant wären, wie unterschiedlich nach nationaler Prägung und aktueller Stärke auch immer.

Unter diesem Aspekt erscheint es mir besonders kurzsichtig, wenn die Tatsache, daß die DKP an Wählerstimmen nach wie vor sehr schwach und, allein schon aufgrund der undemokratischen 5 %-Klausel, in den Parlamenten (mit einigen z. T. ganz bemerkenswerten Ausnahmen auf kommunaler Ebene) bisher nicht vertreten ist, mit politischer Irrelevanz dieser Partei gleichgesetzt wird (mir scheint, die vernünftige Schlußfolgerung wäre, für die Beendigung der Abnormität eines derart amputierten parlamentarischen Betriebes einzutreten, besonders dann, wenn einem die parlamentarischen Chancen einer Bündelung des ganzen Spektrums der fortschrittlichen Kräfte in anderen Ländern vor Augen stehen). Wer übrigens die Praxis in den betrieblichen Auseinandersetzungen, oder in Bürgerinitiativen, kennt, kann über die Rede von politischer Irrelevanz der bundesdeutschen Kommunisten nur lächeln. Gelegentlich lohnt es, die Auffassung eines bürgerlichen Leitorgans wie der FAZ zur Kenntnis zu nehmen, die da kürzlich (14. September 1976) über die Mitgliederstärke der DKP (ca. 40 000) folgende Überlegung anstellte: „Wie aber nehmen sich diese 40 000 aus gegenüber den rund 70 000 der FDP, einer staatstragenden, mit Ministern reich gesegneten Partei? ... Diese Organisation ist einem Leitungsnetz vergleichbar, in das jederzeit Energie einströmen kann. Das kann zum Beispiel geschehen, wenn in den westlichen Nachbarstaaten Regierungen unter kommunistischer Beteiligung etabliert werden, wenn die den Menschen viel abverlangende Koppelung von außenpolitischer Entspannung mit innenpolitischer Abwehrbereitschaft als zu anstrengend aufgeben wird."

Was die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" hier fürchtet, gibt der demokratischen Bewegung, mit der das Organ der Großbourgeoisie im allgemeinen so wenig im Sinn hat wie mit den Kommunisten im besonderen, interessante Denkanstöße. Es kann nicht verwundert, daß das gleiche Blatt (hier stellvertretend für die Lehrmeinung der Herrschenden zitiert) seit einiger Zeit verstärkte Mühe darauf verwendet, den angeschlagenen Ruf des Antikommunismus wiederherzustellen, ihn besonders der Sozialdemokratie als Ausweis demokratischer Ehrbarkeit werbend und drohend zugleich ans Herz zu legen. In der Tat: Wo stände das deutsche Großkapital heute, hätte es den Hebel Antikommunismus nicht mehr in der Hand?

Dr. Ingeborg Drewitz, Berlin (West)

Während noch allenthalben Analysen des Wählerverhaltens kursieren, Fehler in der Wahlstrategie gesucht und benannt werden (rechts wie links), während die Regierungsbildung im Gespräch ist und die Opposition „die Klingen wetzt", sinnt der Wähler seinen Zukunftswünschen nach, die er in Wahlversammlungen wohl formulieren konnte, die er aber mit der Stimmenabgabe weitergegeben hat.

Er weiß, daß der flache Wirtschaftsaufschwung in der Bundesrepublik bald wieder in einen Abschwung geraten wird und die Angst vor sozialer Unsicherheit die deutsche Bevölkerung entpolitisiert, weil ihre Mehrheit die Wohlstandsgrenze überschritten hat, hinter der das Bewahren wichtiger wird als das Wagnis und die Verantwortung für die sozial Schwachen, aber auch für die Verantwortung über die Grenzen des Landes hinaus.

Er wünscht sich also, daß diese Verantwortung über die Grenzen hinaus deutlicher gemacht wird, nicht aber alle, die das blinde Nutznießen des Währungs-

gefälles durch die bundesdeutsche Tourismusindustrie beklagen oder auf weltwirtschaftliche Verstrickungen der bundesrepublikanischen Wirtschaft aufmerksam machen, als Störenfriede abqualifiziert werden.

Er wünscht sich endlich den Abbau der Bildungsprivilegien zugunsten eines differenzierten Ausbildungsangebots für alle Jugendlichen.

Er wünscht sich als Antwort auf die Wegrationalisierung der Arbeitsplätze Freizeitmodelle ohne Streß, d. h. Lebens- und Verhaltensweisen ohne Leistungsdruck, auf die der Mensch in der Bundesrepublik erst wieder eingeübt werden muß (d. h. u. a. die Aufwertung der Human-Wissenschaften, der Künste).

Er wünscht sich die Abschaffung von Zensurmaßnahmen, das Ende pragmatischer Rechthaberei mit ihren Verteufelungspraktiken und ihrer heimlichen Staatsvergottung.

Er wünscht sich weltoffene Information, d. h. die offene Auseinandersetzung mit der Situation der Bundesrepublik und ihrer Wirtschafts-, Bündnis- und Kulturpolitik im Weltzusammenhang. Er wünscht sich die Überprüfung der Bodenpolitik und in der Folge davon auch der verhängnisvollen Besitzermentalität, die jedermann zum Feind jedermanns macht und den Abstand zu den sozialen Randgruppen erschreckend geschwind wachsen läßt.

Er wünscht sich das Recht, über Schwächen der Verfassung nachzudenken und darüber zu sprechen, ohne sogleich als Staatsfeind diffamiert zu werden.

Er wünscht sich Aufklärung über die Datenbanken, durch die sein Persönlichkeitsrecht beeinträchtigt wird.

Er wünscht sich eine Definition des Freiheitsbegriffs, die sich nicht nur einseitig politisch abgrenzt.

Prof. Dr. Walter Fabian, Köln/Frankfurt/M.

Die Frage „Wie wird es nach den Wahlen weitergehen?" verleitet ringsum — in jeder Zeitung, die man aufschlägt, wie in allen Sendungen von Funk und Fernsehen — zu einem Ratespiel, ob und wielange man mit 8 Stimmen Mehrheit im Bundestag regieren könne, ob die Koalition „halten" werde und wie gut oder schlecht es zwischen CDU und CSU in den kommenden vier Jahren funktionieren könnte. Solches Rätselraten ist naheliegend, aber ziemlich unergiebig; es kann nicht weiterführen als bestenfalls zu Prophezeiungen, daß diese mögliche parlamentarische Entwicklung wahrscheinlicher sei als jene. Daraus mögen dann vielleicht Partei- und Fraktionsführungen Folgerungen für ihre Politik von Tag zu Tag ableiten. Aber die Politik ist eine viel zu ernste Sache, als daß wir sie allein diesen Taktierern überlassen dürften.

Für den politisch bewußten Staatsbürger muß gerade nach diesem Wahlkampf und angesichts dieses Wahlergebnisses deutlicher werden, daß auch in der parlamentarischen Demokratie das Parlament nicht alles ist — für die Bundesrepublik gilt das mindestens so wie für andere westliche Demokratien. Anders ausgedrückt: Wir haben viel mehr Möglichkeiten, als unsere Stimme abzugeben — und diese anderen Möglichkeiten müssen wir aktivieren und mehr als bisher nutzen. Soll heißen: Initiativen im vor- und außerparlamentarischen Raum kön-

nen und sollten vermehrt, verstärkt und, wo die Voraussetzungen gegeben sind, koordiniert werden.

Bürgerinitiativen haben sich, wenn ich es richtig sehe, bei uns bisher am besten entwickelt, wo es darum geht, etwas zu verhindern: etwa die Zerstörung der Umwelt, die Belästigung durch Lärm, den Bau ungenügend gesicherter Atomkraftwerke, die Vernichtung historisch gewachsener Stadtteile oder für Luft und Erholung wichtiger Grünflächen, Initiativen gegen die Berufsverbote u.a.m.

Solche Abwehr-Initiativen sind in vielen Fällen notwendig und nützlich und können zur Politisierung und Solidarisierung vorher unpolitischer Menschen beitragen; sie können aber auch unter zu eng lokalen oder unter reaktionären Vorzeichen antreten, z. B. Elternverbände, die gegen progressive Entwicklungen in den Schulen „ihrer" Kinder kämpfen.

Stärker als bisher und kontinuierlicher müssen solche außerparlamentarischen Initiativen entwickelt werden, die — gerade nach diesem Wahlkampf, der alle wirklichen Probleme aus dem Bewußtsein unseres Volkes zu verdrängen bemüht war — eben diese Probleme bewußt machen: verstärken wir Initiativen für Abrüstung, für internationale Zusammenarbeit, für die Verbesserung und Normalisierung der Beziehungen zwischen den Völkern unterschiedlicher Gesellschaftsordnung; das weitverbreitete Desinteresse an diesen existentiellen Fragen muß durch geduldige Aufklärungsarbeit überwunden werden.

Es muß auch klar erkannt werden, daß dieser Wahlkampf mit einer CDU/CSU-Parole „Freiheit statt Sozialismus" zu einer nicht geringen Verwirrung aller Begriffe und zum Anwachsen antisozialistischer Ressentiments sehr viel beigetragen hat. Dem kann man nur mit offenem Visier und offensiv entgegentreten, also nicht mit entschuldigendem Abschwören, sondern mit eindeutigem Bekennen zum Ziel Sozialismus. Nur durch solche Haltung kann das trostlose Niveau dieses Wahlkampfs und das weitverbreitete lähmende Gefühl der Machtlosigkeit überwunden werden.

Klärung muß auch geschaffen werden über die Rolle und die Rechte der Gewerkschaften in unserer Gesellschaft. Die demagogischen Angriffe Biedenkopfs könnten sich, auch auf längere Sicht, als nützlicher Anstoß erweisen, wenn sie dazu beitragen, daß sich die Gewerkschaften ihrer gesellschaftspolitischen Möglichkeiten und Verpflichtungen bewußter werden; Ansätze dazu sind erfreulicherweise schon sichtbar.

Alles in allem: mehr Klarheit, mehr politisches Bewußtsein und Selbstbewußtsein, offensiver Kampf für progressive Entwicklungen und Ziele in der Innen- und Außenpolitik.

Prof. Dr. Georg Fülberth, Marburg

Seit 1961 gab es keinen Bundeskanzler mehr, der die ungekürzte Legislaturperiode eines Parlaments überstanden hätte. Der einzige, der nach Adenauer überhaupt noch mehr als vier Jahre im Amt war, Brandt, schaffte dies nur über eine vorgezogene Bundestagswahl, also den Abbruch der Legislaturperiode, und stürzte bald danach.

Sie alle — auch Adenauer — wurden ausgewechselt im Zusammenhang mit tiefgreifenden politischen Veränderungen oder doch — wie 1974 — bei einem Versuch zu einer solchen Kursänderung. Diese Abfolge von Personen und gravierenden Umschwüngen vollzog sich in einem seiner Zusammensetzung nach gleichförmigen parlamentarischen Parteiensystem, das nur allmähliche Prozentverschiebungen durchlief. Das zeigt, daß diese Konstellation eine hohe Elastizität hat, daß sie aber auch zunehmend auf diese angewiesen ist.

Das Wahlergebnis vom 3. Oktober 1976 kann der Ausgangspunkt für eine jetzt neu eintretende Erstarrung der westdeutschen Innenpolitik sein. Darauf deutete schon die Alternativenarmut im Wahlkampf der Bundestagsparteien hin. Die sozial-liberale Koalition hat eine so schwache Mehrheit, daß neue, nach vorn weisende Aufgaben nur mit großem Kraftaufwand und hoher Mobilisierung ihres gesamten demokratischen Potentials gelöst werden können. Sie ist überdies — wie schon in der vergangenen Legislaturperiode — durch Bundesrat und ein restriktiv argumentierendes Bundesverfassungsgericht eingeengt und zunehmend auch in sich paralysiert durch das Vordringen fortschrittsfeindlicher Kräfte in FDP und SPD.

Zugleich aber ist das Wahlresultat vom 3. Oktober auch dadurch gekennzeichnet, daß die Notwendigkeit der Abrüstung, einer alternativen Wirtschaftspolitik, der Verteidigung demokratischer Rechte und des Ausbaus staatlich vermittelten gesellschaftlichen Konsums im Abschneiden der einzelnen Parteien sich ausprägte. Gewinnen bzw. eine noch schlimmere Niederlage vermeiden konnte nur, wer trotz allen demagogischen Wortschwalls der drei Bundestagsparteien eine Antwort auf diese Fragen entweder hatte oder zumindest vorzuspiegeln vermochte. Die SPD bremste ihren Rückschlag in der Schlußphase des Wahlkampfes dadurch, daß sie sich wieder stärker zur Entspannung bekannte. Nirgends fand Schmidt mehr Anklang, als wenn er sich der „Feuerschutz"-Polemik der CDU/CSU entgegenstellte. Diese konnte ihre Aufforderung zu einer neuen Embargopolitik nicht durchhalten, sie wurde zurückgepfiffen.

Ihre Stimmengewinne verdanken Strauß und Kohl nicht der „Freiheit-statt-Sozialismus"-Parole, sondern der Tatsache, daß SPD und FDP in den Fragen der Arbeitsmarktpolitik und der Plazierung öffentlicher Investitionen (insbesondere im Bildungswesen) sowie der Sicherung demokratischer Rechte entweder kein Konzept hatten oder bessere Konzepte früherer Zeiten aufgaben. Ein solcher Blackout der Reformpolitik bringt nicht einfach nur Stillstand: er reißt die Lücke, durch die antisozialistische und antidemokratische Politik vordringt und neue Fakten schafft. So sieht sich die sozial-liberale Koalition jetzt auf eine rechte Plattform verschoben, von der aus sie nur schwer wieder nach vorn kommen kann.

Die Stichworte für eine solche reformerische Offensive kamen denn auch bezeichnenderweise in den letzten zwölf Wochen nur immer leiser — wenn überhaupt — aus dem Spektrum der Bundestagsparteien selbst, sondern viel eher und deutlicher aus der die sozial-liberalen Parteien teils durchziehenden, teils außerhalb von SPD, FDP und CDU agierenden, fast immer gewerkschaftlich orientierten demokratischen Bewegung: jener mittlerweile bereits jahrzehntealten Repräsentation der Anderen Bundesrepublik, die ihre größte kurzfristige Wirksamkeit jeweils in Ein-Punkt-Bewegungen („single purpose movements") erzielte, von da aus aber stets auch zu einem über den Tag hinausreichenden Rekrutierungsfeld des demokratischsten Potentials unseres Landes wurde. Nach dem Kampf gegen Wiederbewaffnung, Atomausrüstung, Notstandsgesetzgesetz-

gebung, für den Frieden in Vietnam, demokratische Bildungsreformen und eine neue Außenpolitik der Bundesrepublik sind die Themen dieser Bewegung in den letzten eineinhalb Jahren nicht mehr auf einen oder wenige Punkte konzentriert, sie erscheinen deshalb zuweilen minder vernehmlich. Doch das täuscht: sie sind nur vielgestaltiger. Fünf Punkte können genannt werden:

Ein zentraler Gegenstand der Auseinandersetzungen muß der Kampf um Abrüstung sein, die Massenwirksamkeit dieses Themas zeigte sich am 22. Mai 1976. Zweitens der Kampf um eine neue Wirtschaftspolitik, die Arbeitsplätze durch Stärkung der Massenkaufkraft schafft. Das Memorandum der 41 Wirtschaftswissenschaftler vom November 1975 muß realisiert werden. Drittens der Kampf gegen den Abbau demokratischer Rechte, insbesondere die Berufsverbote. Seine internationale Dimension verbindet sich immer mehr mit einer vierten Aufgabe: der Abwehr außenpolitischer Interventionen der Bundesrepublik, welche die Selbstbestimmung nicht nur von Ländern der Dritten Welt, sondern auch der EG (Italien, Großbritannien, Frankreich, Portugal, der demokratischen Kräfte Spaniens) einschränken und unser Volk mit einem neuen Chauvinismus durchdringen. Fünftens: Sicherung der natürlichen Ressourcen, einer menschenwürdigen Umwelt und einer leistungsfähigen lokalen Infrastruktur — solche Probleme gewinnen an Kraft, wie sich gerade an einigen örtlichen Wahlergebnissen zeigt, die aus der kommunalen Zusammenballung überregional bedingter Widersprüche zu erklären sind.

Das sind meiner Meinung nach die Stichworte, welche die demokratische Bewegung in den nächsten Monaten und Jahren dem etablierten Parteiensystem vorgeben muß, soll dieses nicht zu unser aller Schaden in einen Zustand gefährlicher Erstarrung, ja der Fäulnis übergehen.

Prof. Dr. Sebastian Herkommer, Berlin (West)

Wie soll es weitergehen mit der demokratischen Bewegung? Die Frage der „Blätter" erinnert mich an eine Szene auf dem Soziologentag in Bielefeld, zwei Tage vor den Wahlen. An ein ziemlich theoretisch aufgelegtes Podium zum Thema „Ökonomische Entwicklung und politisches Bewußtsein" richtete sich die drängende Frage eines ungeduldigen intellektuellen Revolutionärs, wann es denn endlich anders werde in diesem Lande. Der einzige Nichtwissenschaftler, ein Vertreter des DGB, darauf knapp: am Montag. Egal wie die Wahlen ausgehen würden, für ihn stand fest, daß die organisierte Arbeiterklasse nicht länger auf eine gefährdete Regierungskoalition von Sozialdemokraten und Liberalen würde Rücksicht nehmen können, vielmehr in gewerkschaftlichen und auch politischen Auseinandersetzungen eindeutig für ihre Interessen kämpfen würde.

Ist diese Einschätzung realistisch? Sind die Voraussetzungen demokratischer Politik und sozialistischer Alternativen nach dem knappen Verlängerungsvotum für die Sozialliberalen günstiger als zuvor? Bei der Beantwortung kann von drei wesentlichen Problemkomplexen nicht abgesehen werden: 1. den erkennbaren Tendenzen in den ökonomischen Verhältnissen der Bundesrepublik, 2. der bisherigen Reaktion der Bevölkerung auf die Verschärfung dieser ökonomischen Verhältnisse, 3. den politisch-organisatorischen Formen der demokratischen Bewegung, die sich im Ziel einer antikapitalistischen gesellschaftlichen Veränderung einig ist.

Wissenschaftliche Untersuchungen und jüngste Unternehmer-Aussagen lassen erkennen, daß die relativ niedrige Kapazitätsauslastung in der industriellen Produktion für den vor einem Jahr begonnenen und etwa bis 1978/79 reichenden siebenten Weltmarktzyklus der Nachkriegsepoche keine beschleunigten Investitionen von zusätzlichem fixem Kapital erwarten läßt (vgl. Tendenzwende? Bundesrepublik 1976, Sonderheft der Beiträge zum wissenschaftlichen Sozialismus, VSA Westberlin; sowie „Der Spiegel" Nr. 42 vom 13. 10. 1976). Geht man von der in unserer Gesellschaftsform notwendigen Erweiterung der Kapital-Verwertung aus, so wird unter diesen Umständen in erster Linie mit bloßen Einsatzinvestitionen für verschlissene Produktionsanlagen, mit Rationalisierungsinvestitionen und mit verstärkter Intensivierung der Arbeit zu rechnen sein. Trotz den bereits bestehenden Einschränkungen in der Beschäftigung ausländischer Arbeiter wird deshalb die Arbeitslosigkeit, vor allem für die nachrückenden geburtenstarken Jahrgänge, für Frauen, für die älteren Arbeiter und Angestellten, zu einer bleibenden Krisenerscheinung. Die Verschlechterung der Beschäftigungssituation, die stagnierende oder rückläufige Einkommensentwicklung und die Verschärfung der Arbeitsbedingungen durch die verstärkte Ökonomie in der Anwendung der lebendigen Arbeit hat auch für die übrigen abhängigen Bevölkerungsgruppen Rückwirkungen, so daß sie sich auf die Lebensbedingungen der Klasse der Lohnarbeiter *und* der Zwischen- und Übergangsklassen insgesamt auswirken werden: Es ist in allen einschlägigen Analysen Konsens darüber, daß mit einer weiteren Zuspitzung der finanziellen Situation des Staates gerechnet werden muß, und daß sich das in Versuchen niederschlagen wird, die gesetzliche Rentendynamik zurückzunehmen, die Krankenversorgung einzuschränken, die Erziehungs- und Ausbildungsaufwendungen zu kürzen und Umfang und Qualität der übrigen öffentlichen Dienstleistungen zu vermindern.

Im Bewußtsein der Bevölkerung haben sich die seit 1974 manifest werdenden Krisenerscheinungen bereits deutlich niedergeschlagen. Die „Unsicherheit unter den Leuten" (Willy Brandt) reicht weiter als die unmittelbar von Restriktionen der Arbeitssituation und der Lebenslage ausgelöste Betroffenheit. Nun ist auffällig, und darauf spekulierte der in allen großen Parteien eingeschlagene Rechtskurs, daß beträchtliche Teile nicht nur der Mittel- und Zwischenklassen, sondern auch der Arbeiterschaft angesichts der Weltwirtschaftskrise einer massiven Aktivierung von Vorurteilen durch die ideologischen und politischen Repräsentanten des Kapitals zugänglich sind, soweit auf diesem Weg die Rückkehr zur gewohnten Prosperität versprochen wird. Meine These ist, daß die Verunsicherung der Lebenslage zu einer Zuspitzung der widersprüchlichen Seiten des Bewußtseins führt; zum einen die verstärkte Erwartung an die politischen Instanzen, die Existenzgrundlage wiederherzustellen, auf der allerdings auch die bürgerlichen Vorstellungen gedeihen, die in den „ruhigen" Phasen der kapitalistischen Gesellschaft sich notwendigerweise herausbilden: die Vorstellungen von Freiheit und Gleichheit und individueller Leistung. Zum andern die zunehmende Einsicht in die kollektive Abhängigkeit vom Kapital und dessen Bestimmung aller Lebensbereiche sowie der wachsende Zweifel, ob die versprochenen Reformen und soziale Gerechtigkeit auf dem Boden dieser gesellschaftlichen Produktionsweise herstellbar sind.

Die demokratische Bewegung in der Bundesrepublik muß an die ökonomische Situation und an das Bewußtsein der Bevölkerung anschließen. Es ist ein Teil ihrer theoretischen und organisatorischen Festigung, die genaue Tendenzanalyse mit wissenschaftlichen Mitteln durchzuführen und die Widersprüchlichkeit der Vorstellungen und Anschauungen genauso in Rechnung zu stellen wie die schon

vorhandenen Einsichten in die in letzter Instanz maßgeblichen Ursachen der Verschlechterung der Lebensbedingungen. Die verstärkt einsetzende Sozialismusdiskussion muß aber auch in der leidigen Frage des kleineren Übels der Sozialdemokratie weiterkommen; klären, ob Stimmen für die deutschen Kommunisten nur negatorisch als „Erinnerungsstimmen" für den demokratischen Willensbildungsprozeß in den Gewerkschaften und in der SPD empfohlen werden sollte (Wolfgang Abendroth, zit. nach Bredthauer, „Blätter", 9/1976); dringlich fragen, worauf sich noch die Hoffnungen auf eine wirksame Linke in der SPD berufen können; aber auch grundlegend die These in Frage stellen, die westeuropäischen kommunistischen Parteien würden dann, wenn sie das parlamentarische System anerkennen, einem Sozialdemokratisierungsprozeß erliegen. Hier ist theoretische Vereinheitlichung anzustreben.

Es gibt unmittelbare praktische Aufgaben, deren Inangriffnahme auf der Tagesordnung steht und die demokratischen Kräfte aus der politischen Defensive herausführen wird:

1. Die geschilderten Restriktionen in den Arbeits- und Lebensbedingungen werden es zur zwangsläufigen Aufgabe der Gewerkschaften machen, die Reallöhne zu sichern und die Politik der Humanisierung der Arbeit in eine Schutzpolitik gegenüber verstärkter Intensivierung der Arbeit und Ausbeutung der Arbeiter zu transformieren. Die Ebene ist die gewerkschaftliche Organisation ebenso wie die unmittelbar betriebliche Arbeit der Gewerkschaftler.

2. Einschränkungen im Reproduktionsbereich erfordern und ermöglichen auf kommunaler wie regionaler Ebene die gemeinsame Interessenwahrnehmung der betroffenen Bevölkerung. Apathie angesichts „übermächtiger Zwangsverhältnisse" und die daraus abgeleitete Hoffnung auf den starken Mann lassen sich auflösen, wo demokratische Aktionen sichtbar an die Bedürfnisse der Menschen und an deren greifbare Not anschließen.

3. Demokratische Bewegung schließt ein den Kampf für freie Lehre und für wissenschaftliche Forschung im Dienst der gesellschaftlich Abhängigen und Ausgebeuteten. Das unter dieser Perspektive zu stärkende Bündnis von Gewerkschaften einerseits und lehrender und forschender Wissenschaft andererseits ist eine wichtige Bedingung dafür, um die der Regierungskoalition versprochenen grauen Jahre nicht zu schwarzen Jahren der Arbeiterbewegung werden zu lassen.

Friedrich Hitzer, München

Am 5. Oktober 1976 las ich im „Münchner Stadtanzeiger", einer Beilage der „Süddeutschen Zeitung", folgende Formulierung: Auch der 29jährige „quirlige Manfred Brunner" (FDP) sei nicht durchgekommen (beim „Erdrutsch in München" — die Überschrift des Beitrags), obwohl sich dieser *„seit vier Jahren nahezu täglich Notierungen"* in den Medien sichern konnte. Mir scheint, daß dieser Hinweis auf tägliche Notierungen in den Medien ins Zentrum öffentlicher Meinungsbildung trifft. Der Hinweis stammt von Erich Hartstein, Chefredakteur des „Stadtanzeigers", ein Möchte-gern-Löwenthal und einer der täglich Notierungen trifft — das heißt, seit Jahren an der Hetze und Diffamierung aller Demokraten, vor allem von Sozialisten und Kommunisten, in den Medien Bayerns mit-

gewirkt hat. Wer sich in den Medien keine Notierungen sichert, den soll es nicht geben. Wer die Notierung schafft, soll Einflüsse ausüben, Menschen motivieren, auf Probleme aufmerksam machen oder von anstehenden Aufgaben ablenken.

Der Mechanismus ist bekannt, und doch sollten wir immer wieder darauf aufmerksam machen. Vor allem in der gegenwärtigen Situation.

Es gibt nämlich immer weniger Mitarbeiter der Massenmedien, die von sich behaupten können, daß sie ihre eigenen Meinungen und Vorstellungen eigener Phantasie unters Volk bringen. Die Konzentrationsbewegungen der Kapital- und Kontrollfunktionen durch eine immer kleiner werdende Gruppe von Marketing- und Politmanagern hat dazu geführt, daß die Massenmedien der BRD anfälliger werden. Das Verführungs- und Lügenmonstrum kann sich zwar noch weiter vergrößern, kann noch brutaler und gefräßiger werden, aber damit erhält es auch die Bewegungsfreiheit eines Dinosauriers, um den nicht viele weinen werden, wenn er von der Erdoberfläche verschwindet.

Die Zahl der Mitarbeiter in allen Kulturbranchen hat sich vergrößert, deren Beruf auf dem Spiel steht. Für einen Schriftsteller ist ein Buch in der Regel eine „teure Visitenkarte" — die dürftigen Ergebnisse auf der Buchmesse 1976 veranschaulichen diese Formulierung von Carl Amery, VS-Vorsitzender, deutlich. Für einen Filmregisseur ist ein Film mit Anspruch, in ästhetischer und thematischer Hinsicht, ein Risiko auf Bankrott. Für Theaterschaffende sind die Rationalisierungen des Stadttheatersystems, um das uns immer noch viele Länder beneiden, Maßnahmen, die Dauerarbeitslosigkeit und berufliche Umschulungen ohne Perspektive bedeuten. Über allem hat sich aber ein Klima der Furcht und Verdächtigungen ausgebreitet: die Einschränkungen geistiger Freiheit — vor und nach Verabschiedung des Zensurparagraphen —, Folgen von langeingeübter Selbstzensur, von Berufsverbot und Ängsten, einen ohnehin unsicheren Arbeitsplatz zu verlieren, drohen die BRD in eine Kulturprovinz mit Potemkinschen Fassaden und hohlen Köpfen zu verwandeln. In der BRD geht der Kulturabbau so weit, daß man schon vom Kampf um die Erhaltung einer nationalen Kultur sprechen kann.

Zur Sicherung dieser nationalen Kultur wird aber keine Nationalstiftung helfen, so lange diese auf „gesamtdeutsche" Ansprüche und die Gängelung wirtschaftlich schwach gewordener Kulturschaffender gründet. Die Alternative lautet schlicht: Kultur durch Sozialismus. Unmittelbar geht es jedoch um demokratische und soziale Rechte, um die Sicherung der Existenz ganzer Sparten — Schriftsteller, Künstler, Journalisten und Publizisten. Daher fordern die meisten Verbände, in denen Kulturarbeiter — zum Teil schon gewerkschaftlich ausgerichtet — organisiert sind:

1. Praktische Maßnahmen für eine Mediengewerkschaft, ohne die auch die anderen Gewerkschaften immer weniger Möglichkeiten haben, ihre Interessen in der Öffentlichkeit zu propagieren. Auf der Tagesordnung stehen demokratisch kontrollierte Massenmedien. Der Kampf der in den Medien Beschäftigten um ihre Freiheit und Existenz verbindet sich mit dem Kampf gegen das Rechtskartell der Massenmedien.

2. Die Bedrohung der Grundrechte und der geistigen Freiheit läßt kreative Fähigkeiten verkümmern. Sie verstärkt auch die Tendenzen zur öffentlichen Aufputschung von Aggressionen, von Angst und Panik, hinter denen sich individuelle und gesellschaftliche Energien in unabwägbaren Zerstörungsakten entladen können. Der Kampf um demokratische Massenmedien ist damit auch eine Frage der Sicherheit, des Friedens und der Demokratie unseres Volkes.

3. Die Wahlergebnisse haben die Gefahr eines massenhaften Einflusses der Rechtskräfte nicht gebannt. Gerade von seiten der in den Medien tätigen Autoren (der Schriftsteller und Publizisten), der Theater- und Fernsehschaffenden usw. kann der historische Anachronismus eines reaktionären Bollwerks BRD in Mitteleuropa aufgezeigt und damit den Menschen geholfen werden, diesen Anachronismus ad absurdum zu führen. Die Arbeit gegen Enthumanisierungs- und Unterdrückungstendenzen wird nicht durch den Rückzug ins Private, in die Innerlichkeit oder gar in die innere Emigration geleistet. Der Geist von Sonthofen kann durch eine Offensive neuer Art gestoppt werden. Die hierfür nötige Breite muß in alle Strömungen und Institutionen hineinreichen, in denen — wenn auch noch so geringe — Ansätze des Humanismus und einer auf Frieden und Vernunft gerichteten Politik zu finden sind.

3. Wer nur auf das Ausland hofft, wartet auf Godot. Eine Isolierung der BRD ist kein Vorteil für die Demokraten unseres Landes. Dieser Entwicklungsprozeß zu einer neuen Isolierung ist in vollem Gange. Er kann aufgehalten und umgekehrt werden. Eine der wichtigsten Voraussetzungen dafür ist die Überwindung des Antikommunismus — und nicht der klägliche, provinzielle Versuch, mit ausländischen Kommunisten zu kokettieren und die des eigenen Landes klein zu halten.

Prof. Dr. Jörg Huffschmid, Bremen

Man darf sich keinen Illusionen hingeben: die neue Bundesregierung wird versuchen, ihre bisherige Linie der Wirtschafts- und Sozialpolitik auch weiterhin fortzusetzen: Wirtschaftspolitik mit der uneingeschränkten Priorität auf der Förderung der Unternehmergewinne und der Versicherung, daß dies zum Besten aller sei; Sozialpolitik als Verteilung der Reste des Volkseinkommens, die nach der Befriedigung aller oder der meisten sonstigen Ansprüche übrig bleiben und die in angespannter wirtschaftlicher Lage empfindlich kleiner werden! Der knappe Wahlsieg der sozial-liberalen Regierungskoalition und die geschrumpfte Mehrheit im Bundestag wird sogar dazu führen, daß der ohnedies schon völlig unangemessen große Einfluß der FDP in Grundfragen der Wirtschafts-, Sozial- und Gesellschaftspolitik ins Unerträgliche wachsen und der Richtlinienkompetenz eines sozialdemokratischen Bundeskanzlers Hohn sprechen wird. Was diesem Bundeskanzler freilich gar nicht unlieb sein und seine sowie die Position der rechten Kräfte in der SPD stärken und den Druck auf die Linken in der SPD verschärfen wird.

Dabei kann diese Regierungskoalition gerade in wirtschafts- und finanzpolitischer Hinsicht wahrhaftig keine Erfolgsbilanz vorweisen. Kein einziges der wirtschafts- und sozialpolitischen Probleme, die die Bevölkerung in den letzten Jahren besonders bedrückt haben, ist gelöst, und für keines zeichnet sich unter der gegenwärtig vorherrschenden Orientierung der Politik eine Lösung ab:

— Das dringendste Problem, die Arbeitslosigkeit, besteht nach wie vor in zahlenmäßig fast unverminderter Höhe und nimmt — wie die Strukturuntersuchung der Bundesanstalt für Arbeit zeigt — für die Betroffenen immer härtere Formen an (Dauer der Arbeitslosigkeit). Die Arbeitslosigkeit wird in den nächsten Monaten zweifellos wieder zunehmen und auch längerfristig aufgrund der Rationalisierungswelle der Privatwirtschaft bestehen bleiben. Eine Bundesregierung, die ihre Erfolge in der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit anpreist und ankündigt, auch in den nächsten Wochen und Monaten werde es kein weiteres Arbeitsbeschaf-

Pahl-Rugenstein Verlag

Vorgebirgstraße 115 · 5 Köln 51 · Telefon 36 25 01

Betrifft: Buchbestellung

Abonnenten unserer Zeitschriften können nachfolgend aufgeführte Bücher beziehen, und zwar gegen Vorüberweisung des Kaufbetrages mittels anhängender Zahlkarte. Bitte vermerken Sie auf der Rückseite des Zahlkarten-Empfängerabschnitts **unbedingt** die **Bestell-Nummern** sowie die **Anzahl** der Exemplare.

Die Lieferung der Bücher erfolgt **porto- und verpackungsfrei.**

Beispiel:

Bestell-Nr.	Anzahl	Preis
2	1	9,80
13 a+b	je 2	168,–
113	3	84,–

Bestell-Nr.	Autor und Titel	Preis
1	*Abendroth u. a.,* Sozialdemokratie und Sozialismus. Bebel und die Sozialdemokratie heute, 284 S.	**12,80 DM**
118	*Arnaszus/Beyer/Sandkühler u. a.,* **Materialismus — Wissenschaft und Weltanschauung im Fortschritt,** 259 S.	**12,80 DM**
2	*Badstübner/Thomas,* Restauration und Spaltung. Entstehung und Entwicklung der BRD 1945—55, 512 S.	**9,80 DM**
3	*Balzer,* Klassengegensätze in der Kirche, 2. Auflage, 196 S.	**14,80 DM**
100	*Bethge u. a.,* **Die Zerstörung der Demokratie in der BRD durch Berufsverbote,** 390 S.	**7,80 DM**
5	BRD-DDR. Vergleich der Gesellschaftssysteme, 442 S.	**12,80 DM**
101	*Buhr/Irrlitz,* **Der Anspruch der Vernunft.** Bürgerliche deutsche Philosophie als theoretische Quelle des Marxismus, 280 S.	**14,80 DM**
122	*Butterwegge,* **Alternativen der Wirtschaftslenkung,** 200 S.	**9,80 DM**
11	*Däubler,* Gesellschaftliche Interessen und Arbeitsrecht, 57 S.	**9,80 DM**
12	*Deppe,* Das Bewußtsein der Arbeiter, 359 S.	**12,80 DM**
102	*Deppe,* **Arbeiterbewegung und westeuropäische Integration,** 368 S.	**14,80 DM**
	Deutschland im zweiten Weltkrieg, 4 Bände Je 650 S. Ln. mit Schutzumschlag, Großformat, je Band 42,– DM	
13a	Bd. 1: 1939—1941.	**42,— DM**
13b	Bd. 2: Juni 1941—November 1942.	**42,— DM**
14	*Doernberg/Galtung u. a. (Hrsg.),* Probleme des Friedens, der Sicherheit und der Zusammenarbeit. Beiträge aus Ost- und Westeuropa, 355 S.	**17,80 DM**
15	*Elsner,* Die EWG — Herausforderung und Antwort der Gewerkschaften. 208 S.	**9,80 DM**
16	*Engelberg (Hrsg.),* Probleme der marxistischen Geschichtswissenschaft, 356 S.	**38,— DM**
18	*Foltin/Würzberg,* Arbeitswelt im Fernsehen. Programmanalysen, 126 S.	**12,80 DM**
103	*Frauenaktion Dortmund (FAD),* **Schwangerschaft und der neue § 218.** Hdb. für Frauen, 203 S.	**9,80 DM**
19	*Freyberg/Fülberth u. a.,* Geschichte der deutschen Sozialdemokratie 1863—1975, 456 S.	**9,80 DM**
22	Das Grundgesetz. Verfassungsentwicklung und demokratische Bewegung in der BRD, 145 S.	**14,80 DM**

bitte wenden

Fett gedruckte Titel sind Neuerscheinungen im 2. Halbjahr 1976

Bestell-Nr.	Autor und Titel	Preis
23	*Hahn,* Theoretische Probleme der marxistischen Soziologie, 348 S.	**14,80 DM**
24	*Halfmann (Hrsg.),* Das Konzept der deutschen Rechten. Aus Reden und Schriften des F. J. Strauß, 239 S.	**9,80 DM**
25	*Hanstein,* Hand- und Kopfarbeit in der materiellen Produktion, 238 S.	**14,80 DM**
26	*Haug,* Vorlesungen zur Einführung ins „Kapital", 196 S., 2. verb. Aufl.	**12,80 DM**
27	*Hervé,* Studentinnen in der BRD, 206 S.	**12,80 DM**
105	*Hinrichs/Peter,* **Industrieller Friede?** Arbeitswissenschaft, Rationalisierung und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik, 300 S.	**12,80 DM**
106	*Hofmann,* **Jan Amos Comenius.** Bildbiographie, 108 S. Ln.	**9,80 DM**
29	*Hofschen/Ott,* SPD im Widerspruch. Zur Entwicklung und Perspektive der Sozialdemokratie, 182 S.	**12,80 DM**
119	*Huffschmid/Schui (Hrsg.),* **Gesellschaft in Konkurs?** Handbuch der Wirtschaftskrise in der BRD 1973–1976, 530 S.	**12,80 DM**
30	*Kedrow,* Klassifizierung der Wissenschaften. 2 Bände, Band 1 509 S.	**17,80 DM**
31	*Kempe,* SPD und Bundeswehr, 279 S.	**12,80 DM**
32	*Kievenheim/Leisewitz (Hrsg.),* Soziale Stellung und Bewußtsein der Intelligenz, 384 S.	**14,80 DM**
33	*Kramer,* Freizeit und Reproduktion der Arbeitskraft, 279 S.	**14,80 DM**
34	Kritik der bürgerlichen Geschichtsschreibung, Handbuch, StA., 566 S.	**19,80 DM**
35	*Krysmanski/Marwedel (Hrsg.),* Die Krise in der Soziologie. Ein kritischer Reader, 294 S.	**12,80 DM**
38	*Kühnl,* Der deutsche Faschismus in Quellen und Dokumenten, 317 Dok. und 13 Abb., 512 S.	**9,30 DM**
39	*Maase,* Leseinteressen der Arbeiter in der BRD, 125 S.	**12,80 DM**
40	*Matthiessen,* Kritik der philosophischen Grundlagen und der gesellschaftspolitischen Entwicklung des Maoismus, 216 S.	**9,80 DM**
41	Medizin und gesellschaftlicher Fortschritt. Sammelband, 396 S.	**14,80 DM**
99	*Menschik,* Grundlagentexte zur Emanzipation der Frau, 424 S.	**9,80 DM**
107	*Meyer,* **Das politische und gesellschaftliche System der UdSSR.** Ein Quellenband, 500 S.	**14,80 DM**
43	Mitbestimmung als Kampfaufgabe. Grundlagen, Möglichkeiten, Zielrichtungen, 282 S.	**10,— DM**
45	*Opitz,* Der deutsche Sozialliberalismus 1919–1933, 304 S.	**14,80 DM**
46	*Oppolzer,* Entfremdung und Industriearbeit. Die Kategorie der Entfremdung im Denken von Karl Marx, 303 S.	**19,80 DM**
48	*Parygin,* Grundlagen der sozialpsychologischen Theorie, 320 S.	**17,80 DM**
49	*Peter,* Literarische Intelligenz und Klassenkampf. Die „Aktion" 1911–1932, 221 S.	**17,80 DM**
50	*Priester,* Der italienische Faschismus. Ökonomische und ideologische Grundlagen, 336S.	**14,80 DM**
52	*Räuschel,* Die BASF. Zur Anatomie eines multinationalen Konzerns, 264 S.	**9,80 DM**
108	**Rechtswissenschaft und Arbeitsbewegung.** Festschrift für E. Rabofsky, 295 S.	**17,80 DM**
109	*Ridder/Ladeur,* **Das sogenannte politische Mandat von Universität und Studentenschaft.** Rechtsgutachten. 2. Auflage	**9,80 DM**
54	*Schleier,* Die bürgerliche deutsche Geschichtsschreibung in der Weimarer Repueblik, 594 S.	**38,— DM**
110	*Seidel,* **Gottfried Wilhelm Leibniz.** Bildbiographie, 109 S. Ln.	**9,80 DM**
57	*Semjenow,* Kapitalismus und Klassen. Zur Sozialstruktur in der modernen kapitalistishen Gesellschaft, 379 S.	**19,80 DM**
120	*Simon,* **Macht und Herrschaft der Unternehmerverbände** BDA, BDI und DIHT, 237 S.	**9,80 DM**
58	*Sorg,* Marxismus und Protestantismus in Deutschland. Zur Marxismus-Rezeption in der evangelischen Kirche 1848–1948, 237 S.	**14,80 DM**
111	*Stankowski,* **Linkskatholizismus nach 1945 in der BRD,** 383 S.	**25,— DM**
59	*Stiehler,* Gesellschaft und Geschichte. Grundlagen und Triebkräfte des historischen Fortschritts, 308 S.	**19,80 DM**
60	*Streisand,* Deutsche Geschichte von den Anfängen bis zur Gegenwart. Eine marxistische Einführung, 3. Auflage, 484 S.	**9,80 DM**
121	*Strutynski,* **Die Auseinandersetzungen zwischen Marxisten und Revisionisten um die Jahrhundertwende,** 384 S.	**19,80 DM**
61	*Stuby/Mayer,* Die Entstehung des Grundgesetzes. Beiträge und Dokumente, 338 S.	**14,80 DM**
62	*Suchodolski,* Einführung in die marxistische Erziehungstheorie, 562 S.	**12,80 DM**
63	*Tjaden-Steinhauer,* Das Gesellschaftsbewußtsein der Arbeiter. Umrisse einer theoretischen Bestimmung, 184 S.	**12,80 DM**
65	*Tumanow,* Kritik der bürgerlichen Rechtsideologie, 352 S. Ln.	**17,80 DM**
112	*Wagner,* **Recht als Widerspiegelung und Handlungsinstrument,** 196 S.	**12,80 DM**
113	**Wörterbuch der Psychologie.** 2500 Stichwörter und über 100 Abb., 596 S. Ln. Großformat	**28,— DM**

Bestell-Nr.	Autor und Titel	Preis

Bitte deutliche Absenderangabe nicht vergessen!

Erziehung und Bildung

67	*Christian* Probleme des Erkenntnisprozesses im politischen Unterricht, 152 S.	**14,80 DM**
104	*Gerhard-Sonnenberg,* **Marxistische Arbeiterbildung in der Weimarer Zeit** (MASCH), 250 S.	**14,80 DM**
68	*Heinemann* Arbeit und Technik in der Erziehung. Zum polytechnischen Unterricht in der DDR, 160 S.	**14,80 DM**
69	*Hofmann* Allgemeinbildung: Problemgeschichtliche Studie, 175 S.	**12,80 DM**
70	*Keseling u. a.* Sprach-Lernen in der Schule, 110 S.	**9,80 DM**
71	*Koch* Berufstätigkeit der Mutter und Persönlichkeitsentwicklung des Kindes, 176 S.	**14,80 DM**
72	*Ljublinskaja* Kinderpsychologie, 544 S., Ln.	**19,80 DM**
73	*Lompscher (Hrsg.)* Sowjetische Beiträge zur Lerntheorie. Die Schule P. J. Galperins, 320 S.	**19,80 DM**
74	Materialistische Wissenschaft und Psychologie, 446 S.	**14,80 DM**
75	*Petrowski (Hrsg.)* Allgemeine Psychologie, 488 S.	**19,80 DM**
76	Plädoyer für eine demokratische Bildungspolitik, Sammelband, 192 S.	**9,80 DM**

Hefte zu politischen Gegenwartsfragen

77	*Kühnl* Die von F. J. Strauß repräsentierten politischen Kräfte und ihr Verhältnis zum Faschismus, 32 S.	**3,— DM**
78	*Volpert* Die „Humanisierung der Arbeit", 32 S.	**3,— DM**
79	*Grossner/Schierholz* Projekt MRCA, 64 S.	**
80	*Krusewitz/Kade* Anti-Enzensberger, 47 S.	*
82	Protokoll des Tribunals gegen Kolonialismus und Apartheid im südlichen Afrika, 64 S.	**
83	*Fülberth/Harrer* Kritik der sozialdemokratischen Hausgeschichtsschreibung, 48 S.	*

bitte wenden

Bitte ausschneiden!

Postscheckkonto Nr. des Absenders

Empfängerabschnitt

für Postscheckkonto Nr. **2809 90-503**

DM | Pf

Absender (mit Postleitzahl) der Zahlkarte bzw. Postüberweisung

Postscheckkonto Nr. des Absenders

Zahlkarte/Postüberweisung

DM | Pf

für **Pahl-Rugenstein Verlag**

in **5000 Köln 51**

Ausstellungsdatum

Unterschrift

Postvermerk

Absender der Zahlkarte

DM | Pf | für Postscheckkonto Nr. **2809 90-503**

PSchA — Postscheckkonto Nr. des Absenders — Postscheckteilnehmer

Die **stark umrandeten Felder** sind nur auszufüllen, wenn ein **Postscheckkontoinhaber** das Formblatt als **Postüberweisung** verwendet (Erläuterung s. Rückseite)

(DM-Betrag in Buchstaben wiederholen)

für Postscheckkonto Nr. **2809 90-503** Postscheckamt **Köln**

in **5000 Köln 51**

Postvermerk

Für Vermerke des Absenders

Postscheckkonto Nr. des Absenders

Einlieferungsschein/Lastschriftzettel

DM | Pf

für Postscheckkonto Nr. **2809 90-503** Postscheckamt **Kln**

Pahl-Rugenstein Verlag
Vorgebirgstraße 115

in **5000 Köln 51**

Postvermerk

Bitte Eintragungen „Für Mitteilungen an den Empfänger" nicht vergessen. Nach Eingang des Kaufbetrages liefern wir die bestellten Titel umgehend porto- und verpackungsfrei.

Bestell-Nr.	Autor und Titel	Preis
84	*Matthiessen u. a.* Von der Entspannung zur Abrüstung, 79 S.	**
85	*Becher/Bethge/Beutin u. a.* Integration oder Auflösung der Bundeswehrhochschulen? 32 S.	*
114	*Wüstenhagen,* **Atomindustrie** und Bürgerinitiativen gegen Umweltzerstörung, 48 S.	*
115	*Heinemann/Gollwitzer/Benz/ Améry/Fritzsche,* **Reden gegen das Berufsverbot,** 48 S.	*
116	*Hinz/Krusewitz/Krysmanski/ Wüstenhagen,* **Umweltmisere, Bürgerinitiativen und die Verantwortung der Wissenschaftler,** 60 S.	**

* Einfachband — **4,— DM**
** Doppelband — **6,— DM**

Hefte zum Geschichts- und Sozialkundeunterricht
Je Heft 48 S., **3,— DM**

86	1 *Ermel* Vom Kapitalismus der freien Konkurrenz zum Imperialismus in Deutschland	
87	2 *Fülberth* Die Wandlung der deutschen Sozialdemokratie	
88	3 *Halfmann* Der Anteil der Industrie und Banken an der faschistischen Innenpolitik	
89	5 *Albrecht* Die Wiederaufrüstung der BRD	
90	6 *Weiß* Geschichte der deutschen Spaltung 1945–55	
91	7 *Rupp* Sozialismus und demokratische Erneuerung. Die Konzeptionen der Parteien in den Westzonen nach 1945	
92	8 *Breuer* Deutschland in der Weltwirtschaftskrise 1929/1932	

Sport · Arbeit · Gesellschaft

98	*Schulke (Hrsg.)* Sport, Wissenschaft und Politik in der BRD, 320 S.	**19,80 DM**
117	*Schulke (Hrsg.),* **Die Zukunft der olympischen Spiele.** Die olympische Bewegung zwischen Moskau und Montreal, 216 S.	**DM 14,80**
123	*Weinberg (Hrsg.)* **Lehren und Lernen im Sport.** Zum 7. ADL-Kongreß, 128 S.	**12,80 DM**

Gesamtverzeichnis bzw. ausführliche Reihenverzeichnisse bitte anfordern!

Bitte ausschneiden!

Für Mitteilungen an den Empfänger			
Bestell-Nr.	Anzahl	Preis	B Kaufbetrag

Hinweis für Postscheckkontoinhaber:

Dieses Formblatt können Sie auch als Postüberweisung benutzen, wenn Sie die stark umrandeten Felder zusätzlich ausfüllen. Die Wiederholung des Betrages in Buchstaben ist dann nicht erforderlich. Ihren Absender (mit Postleitzahl) brauchen Sie nur auf dem linken Abschnitt anzugeben.

1. Abkürzung für den Namen Ihres Postscheckamts (PSchA) siehe unten
2. Im Feld „Postscheckteilnehmer" genügt Ihre Namensangabe
3. Die Unterschrift muß mit der beim Postscheckamt hinterlegten Unterschriftsprobe übereinstimmen
4. Bei Einsendung an das Postscheckamt bitte den Lastschriftzettel nach hinten umschlagen

Abkürzungen für die Ortsnamen der PSchÄ:

Bln W	= Berlin West	Kln	= Köln
Dtmd	= Dortmund	Lshfn	= Ludwigshafen am Rhein
Esn	= Essen	Mchn	= München
Ffm	= Frankfurt am Main	Nbg	= Nürnberg
Hmb	= Hamburg	Sbr	= Saarbrücken
Han	= Hannover	Stgt	= Stuttgart
Klrh	= Karlsruhe		

Einlieferungsschein/Lastschriftzettel
(nicht zu Mitteilungen an den Empfänger benutzen)

Gebühr für die Zahlkarte: 1,- DM
(wird bei der Einlieferung bar erhoben)

Bei Verwendung als Postüberweisung gebührenfrei

Bedienen Sie sich der Vorteile eines eigenen Postscheckkontos
Auskunft hierüber erteilt jedes Postamt

Feld für postdienstliche Zwecke

fungsprogramm geben, unterschlägt, daß die gegenwärtige Arbeitslosigkeit — nach einem Jahr „Aufschwung"! — immer noch erheblich höher ist als auf dem Tiefpunkt der Krise 1966/67. Statt die Ursachen dieser trotz aller Konjunkturprogramme immer noch außerordentlichen Arbeitslosigkeit zu analysieren und bei ihnen anzusetzen, wählt die Bundesregierung den Weg, die Bevölkerung psychologisch auf den „mittelfristig unvermeidbaren Sockel" von ca. 800 000 Arbeitslosen vorzubereiten.

— Das Problem der Preissteigerungen und der damit verbundenen Reallohneinschränkungen ist trotz gegenteiliger Versicherungen keineswegs gelöst: Immer noch wird der größte Teil der ausgehandelten und erkämpften Lohnsteigerungen durch die Inflation aufgefressen, der Rest — und oftmals mehr — muß für steigende Sozialversicherungsbeiträge aufgebracht werden. Die materielle Lage der lohn- und gehaltsabhängigen Bevölkerung hat sich in diesem Jahr des „Aufschwungs" bisher nicht verbessert, sondern verschlechtert.

— Die Politik der Reformen hat unter Hinweis auf die mangelnden Finanzierungsmöglichkeiten ein jähes Ende gefunden, und das „dichte Netz sozialer Sicherheit" hat sich unter der ersten ernsten Belastung als an einigen Stellen durchaus brüchiges Gewebe erwiesen, wie vor allem die faktische Kürzung des Arbeitslosengeldes zeigt.

Daß diese Probleme auch heute noch in derart gravierendem Ausmaß bestehen, ist Resultat einer Wirtschafts- und Sozialpolitik, zu der es angeblich keine Alternative gibt und die nur — aber immerhin! — dazu führte, daß die Unternehmensgewinne in diesem Jahr um über 20 % steigen werden. Die Politik hat die vom Bundesverband der Deutschen Industrie geforderte „Bereinigung der Verzerrungen im Verteilungsgefüge" d. h., eine erhebliche Umverteilung zugunsten der Privatwirtschaft, gebracht, der versprochene Aufschwung ist jedoch — für die große Mehrheit der Bevölkerung jedenfalls — ausgeblieben.

Und die Probleme werden in den nächsten Jahren nicht geringer, sondern drükkender werden:

— die Rationalisierungswelle wird weitere Arbeitskräfte auf die Straße werfen;

— das relative Zurückbleiben des privaten Konsums (immerhin rund zwei Drittel der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage) wird bei steigender Produktion sehr schnell neue Absatzprobleme hervorrufen, denen sich die Unternehmen nicht unbeschränkt durch Export entziehen können;

— die wohl schon im nächsten Jahr zu erwartenden neuen Krisenmomente bei den Unternehmen werden nicht zu Preissenkungen, sondern zu neuen staatlichen Subventionen führen, die die öffentlichen Haushalte noch mehr als bisher belasten;

— diese Anforderungen der privaten Wirtschaft werden die Spielräume der Sozialpolitik noch mehr einengen als bisher und auch bisher für gesichert gehaltene soziale Leistungen angreifen (vor allem die Rentenversicherung).

Eine Wirtschafts- und Sozialpolitik, die an der bisherigen Orientierung festhält, muß die materielle Lage der Lohn- und Gehaltsabhängigen in der BRD notwendigerweise Schritt für Schritt verschlechtern. Sie wird sich damit aber auch zunehmend in Gegensatz zu der Masse der Bevölkerung manövrieren und deren Loyalitätsbasis untergraben. Sie wird auch zunehmend in Gegensatz zu den Gewerkschaften geraten, deren Mitglieder den wachsenden Druck auf ihre Lebens-

bedingungen am unmittelbarsten erfahren und deren Führungen die Reaktionen hierauf nicht unbeschränkt abblocken können noch wollen. Eine Bundesregierung, die an der bisherigen Wirtschafts- und Sozialpolitik hartnäckig festhält, wird nicht nur in kurzer Zeit das materielle Lebensniveau ihrer Wähler herunterwirtschaften, sie wird auch im Verlaufe der nächsten vier Jahre gründlich abgewirtschaftet haben und ihre Quittung erhalten.

Es gibt jedoch Alternativen. Es eröffnet sich ein ganzes Feld von — im einzelnen genau zu untersuchenden und abzuwägenden — Alternativen, sobald die dogmatische und schädliche Fixierung auf die Unternehmensgewinne (die in Wirklichkeit zum größten Teil Gewinne der Großunternehmen sind) aufgegeben und stattdessen eine unmittelbare und konsequente Orientierung an den Hauptproblemen der Bevölkerung und den Haupterfordernissen zu ihrer Lösung ins Auge gefaßt wird:

— eine Arbeitsmarktpolitik, die die tatsächliche Schaffung langfristiger Arbeitsplätze zur Bedingung für die Förderung privater Unternehmen macht;

— eine Preispolitik, die die Preisgestaltung für die wichtigsten Güter des Lebensbedarfs kontrolliert und ungerechtfertigte Preiserhöhungen verbietet;

— eine Sozialpolitik, die die Sicherung und Ausweitung des Systems der Sozialleistungen zur erstrangigen Priorität erklärt;

— eine Haushaltspolitik, die den öffentlichen Haushalt bewußt zur Erreichung dieser Prioritäten einsetzt und entsprechend zu Lasten der Subventionen und der Rüstungsausgaben und zugunsten arbeitsmarkt- und sozialpolitischer Prioritäten umstrukturiert.

Selbstverständlich kann eine derartige Änderung der Prioritäten in der Wirtschafts- und Sozialpolitik weder von allein noch ohne Widerstand erfolgen. Sie kann nur das Ergebnis von Bewegungen sein, die energisch diese Änderungen fordern. Während des Wahlkampfs haben sich in einigen Städten und Kreisen derartige Alternativen und Forderungen vorstellen und profilieren können und einige punktuelle Erfolge erzielt. Das ist trotz allem ermutigend, und es kommt darauf an, auf dieser Ebene weiterzuarbeiten, die Vorstellungen zu konkretisieren und die arbeitenden Menschen und ihre Organisationen für sie zu gewinnen.

Prof. Dr. Urs Jaeggi, Berlin (West)

Die Bundesrepublik — analog den großen Nachbarländern, wenn auch auf einem andern politischen Niveau — hat eine prekäre Regierungsmehrheit bekommen. Die Wähler zeigen sich polarisiert, obwohl dies im Wahlkampf lediglich von rechts als Klassenziel angeboten worden war: Sozialismus oder Nicht-Sozialismus. Würde das Wahlergebnis tatsächlich diese Links-Rechts-Alternative spiegeln: es wäre ein linker Wahlsieg. Es ist keiner, noch nicht einmal tendenziell. Überraschend höchstens, daß eine sozial-liberale Koalition trotz Affären, Radikalenerlaß, Paragraph 88 a und trotz vielfach enttäuschter Reformdurchsetzung etwas mehr als die Hälfte der Bevölkerung zu binden vermochte. Angesichts der parteiintern gefestigten FDP halte ich die sozial-liberale Koalition für stabil. Sie wird noch stärker eine gemeinsame (sozial-liberale) Politik machen müssen.

Das Wählerpotential scheint abgesteckt. In westlichen Industrieländern ohne maßgebliche kommunistische Parteien verfügen die Sozialdemokraten offenbar

über ein Reservoir von 40—45 %. Nicht unkontestiert. Jungwähler (die über 18jährigen, im Gegensatz zu den Jungwählern von 1972, die der Koalition „treu" geblieben sind) lassen sich schwerer an die sozial-liberale Koalition binden; die „Aufsteiger" und die Angehörigen der Mittelklasse „pendeln" überdurchschnittlich: sie pendeln in wirtschaftlichen Krisenzeiten in der Bundesrepublik überdurchschnittlich nach rechts.

Schmidt-Genschers (bisherige und neue) Antwort: Sachverstand; am wirtschaftlichen Wachstum orientiertes Krisenmanagement. These von links: lediglich profilierte Reformpolitik kann die Abwanderungs- und Abbröckelungstendenzen stoppen. Diese These ist (auch gesamteuropäisch) plausibler: die abgewanderten SPD-FDP-Wähler scheinen in einem geringeren Umfang durch eine vage, nichtbegründete Sozialismusangst bestimmt zu sein; es sind Protestwähler, die in der CDU/CSU, die sich zunehmend als Mitgliederparteien mit modernem Management durchmausern, eine echte Alternative sehen: Volkspartei gegen Volkspartei; der jeweils aktuell Glaubwürdigere gewinnt. Allerdings geht, Hand in Hand mit dieser Modernisierungstendenz, der Neokonservativismus als Antwort auf die prekäre ökonomische Situation. Ein Trend, der in Deutschland und in der Bundesrepublik Tradition hat; anders als in andern europäischen Ländern reagieren die Wähler auf Wirtschaftskrisen mit Angst; mit Angst gegen „links". Sie fallen zurück in scheinbar überholte Denkfiguren.

Die SPD hat, angesichts dieses Back-lashs, zwar schlecht, aber nicht allzuschlecht abgeschnitten. Pessimistischer ist die künftige Entwicklung einzuschätzen. Eine weiter nach rechts, von den Reformen wegdriftende Partei wird die Regierungschance über 1980 hinaus bei Null sehen müssen. Versuche, den linken Rand der Partei stärker unter Druck zu setzen und diese Gruppen in eine ohnehin in einem erstaunlichen Maße vorhandene Loyalität bis zur Selbstaufgabe einbinden zu wollen, würde die SPD zur Mitte und drüber hinaus nach „rechts" offener machen; nur schwer würde sie aber mit einer solchen Strategie mit der modernisierten CDU/CSU auf Dauer erfolgreich konkurrieren können.

Das Ergebnis ist für die DKP mies. Allein oder auch nur vorwiegend die regionalen, historischen (bundesrepublikanischen) Umstände dafür verantwortlich machen zu wollen, ist diesmal verfehlt. Das Resultat müßte die Partei erschüttern. Woran ich freilich vorläufig nicht glaube; eher ist zu erwarten, daß im Vertrauen auf die historischen Gesetzmäßigkeiten (und die sozialistischen Nachbarländer) der Immobilismus sich noch einmal durchsetzen wird. Argumente gibt es dafür keine, jedenfalls keine guten. Es war in einem gewissen Sinne auch diesmal eine „Angstwahl", gewiß. Aber die DKP kann dieses Argument diesmal eben nicht mit der gleichen Selbstverständlichkeit wie 1972 als Grund für das schlechte Abschneiden verstehen. Noch wenn einmal mehr die Fünf-Prozent-Klausel einen Teil potentieller (Protest)-DKP-Wähler abgehalten haben mag; weit stärker als 1972 muß man vermuten, daß es, insbesondere aus „Intelligenz"-Kreisen, tatsächlich DKP-Protest-Wähler gab. Das Resultat ist niederschmetternd. Konsequenzen zu ziehen, wäre wichtig, bis hin zur Überlegung, ob eine Auflösung und Neugründung unter anderen, weniger an den existierenden sozialistischen Ländern unbedingt orientierte Neugründung nicht die beste Lösung wäre. Meiner Meinung nach wäre sie es.

Jenseits einer solch unwahrscheinlichen „Lösung": eine neue Linke? Ein verstärktes Neuaufflackern der Organisationsdebatte wird mit Sicherheit stattfinden. Ganz offensichtlich ist: die Rechts-Mitte-Links-Abgrenzung läuft in der Bundesrepublik auch nicht einmal annähernd sauber den Grenzen der bestimmenden

Parteien entlang. Das findet sich zwar woanders auch; nur findet sich woanders nicht das Fehlen (zumindest relativ) erfolgreicher Linksparteien. Eine organisierte „Linke" fehlt, die DKP kann, aus vieldiskutierten Gründen, diesen Bezugspunkt nicht bilden. Ein anderer Organisierungskern (das Sozialistische Büro verhält sich in dieser Frage, angesichts der politisch heterogenen Sympathisanten, mit Recht äußerst zurückhaltend) zeichnet sich nicht ab. Daher meine These: eine (auch personell) neukonzipierte und neu organisierte Nachfolgeorganisation der DKP.

Was wird geschehen?

Als „logische" Weiterentwicklung deutet sich an, daß die sozial-liberale Koalition auf einem noch etwas zurückgeschraubten Reformniveau weiterregiert. In spätestens vier Jahren wird die Ablösung der sozial-liberalen Koalition fällig — nach rechts. Die CDU/CSU wird sich, um ihr Ziel zu erreichen, als konservativ-moderne Partei weiter radikalisieren. Die bundesweite Ausbreitung der CSU scheint wahrscheinlich. Die DKP wird weitermachen (und auf Bundesebene weiter nicht existent bleiben).

Die sozio-ökonomische Entwicklung (Verschärfung der internen und externen Krisensituation) kann dieses Bild rasch verändern; bei Zuspitzung der Krisensituation kann die sozial-liberale Koalition platzen; an die Stelle würde mit hoher Wahrscheinlichkeit keine linke, sondern eine rechte Politik treten.

Lorenz Knorr, Frankfurt/M.

Jede Frage nach weiteren Aufgaben und Perspektiven westdeutscher Politik muß neben objektiven Notwendigkeiten auch die subjektive Situation berücksichtigen. Dabei ist festzustellen, daß die CDU/CSU den Wahlkampf benützte, um einen politischen Irrationalismus und Antikommunismus zu produzieren, wie er seit dem Kalten Krieg nicht mehr vorhanden war. Er basiert vorwiegend auf der Ausnützung der gewachsenen Krisenhaftigkeit des Kapitalismus. Mit Angstmache und Haß errichtete man beachtliche Barrieren gegen alle Fortschritte bei Entspannung und Abrüstung, bei Sozialreformen und demokratischer Entfaltung. Zugleich soll damit der Druck von rechts auf die Regierung verstärkt und Berufsverbote bzw. jede Hatz auf die Linke gerechtfertigt werden.

Diese gefährliche Mobilisierung der für Parolen des Kalten Krieges ansprechbaren Teile der Basis macht es für die Linke in allen Parteien zur Hauptaufgabe der nächsten Zeit, das für Entspannung und Sozialreformen ansprechbare gesellschaftliche Potential zu aktivieren, um eine aufgeklärte Gegenmacht wider den geschichtsblinden und emotionalisierten Bevölkerungsteil zu stellen.

Diese wichtige Aufgabe leistete die Bundesregierung unter Helmut Schmidt weder im Wahlkampf, noch wird sie diese offenbar in Zukunft zu bewältigen versuchen. Man ist auf Parlament und Regierung fixiert und sieht in jeder demokratischen Selbsttätigkeit eine Einengung des eigenen politischen Handlungsspielraums. Das emanzipatorische und koexistenzbereite gesellschaftliche Potential ist durch Scheitern der versprochenen Reformpolitik z. T. enttäuscht, z. T. hält man es bewußt in Passivität. Gerade letztere begünstigte das gezielte Wirken der aggressiven und irregeleiteten Anhänger eines harten Kurses nach innen und außen.

Soll die aus Frustrierung und regierungsamtlicher Förderung entstandene Passivität des humanen Teils der westdeutschen Bevölkerung überwunden werden, ist nicht nur die Funktion inaktiven politischen Verhaltens zu vergegenwärtigen. Auch die Ursachen gescheiterter Reformpolitik sind klarzumachen. Sie liegen nicht nur in der systembedingten Krise, sondern auch im überproportionalen Rüstungsaufwand. Die geistige Aufarbeitung politisch passiven Verhaltens und die Rückgewinnung jenes Engagements, das die Bundestagswahlen 1972 kennzeichnete, ist eine Voraussetzung dafür, den Druck entspannungs- und reformfeindlicher Kräfte aufzufangen und umzudrehen.

Konkret heißt das, gezielte Schwerpunktaktionen auf breitest möglicher Basis einzuleiten für den Ausbau der koexistentiellen Zusammenarbeit im Sinne der Realisierung der Schlußakte der KSZE, für die Unumkehrbarmachung der Entspannung durch erste Schritte zur Rüstungsbegrenzung und Abrüstung, für die Verbesserung der materiellen und kulturellen Lebensbedingungen, für die Fortsetzung der Reformpolitik und für „mehr Demokratie" bzw. gegen Berufsverbote, Antikommunismus und irrationale Verblendung der Menschen.

Solche Aktionen können den nötigen Resonanzboden finden, weil — wie das Wahlergebnis zeigte — der für friedliche Koexistenz und sozialen Fortschritt ansprechbare Bevölkerungsteil immer noch größer ist als der vernunftwidrig beeinflußte. Das Problem liegt in der Mobilisierung dieses positiven Potentials, das die jetzige Regierung nur als Wähler betrachtet und damit degradiert. Den Gewerkschaften käme bei dieser Mobilisierung eine hohe Verantwortung zu.

An die Bundesregierung wäre noch vor der Regierungserklärung die Forderung zu stellen, Maßnahmen zu ergreifen, um bei der im Juni 1977 stattfindenden Überprüfungskonferenz für die Durchführung der Ergebnisse der KSZE eine positive Bilanz vorweisen zu können. Die BRD kann sich nur isolieren, wenn sie bei internationalen Tagungen versucht, die Probleme der beiden deutschen Staaten hochzuspielen oder die Resultate der KSZE zu verfälschen. Es liegt im Interesse der Bevölkerungsmehrheit der BRD, die Schlußakte der KSZE, sowohl was die Friedenssicherung mit politischen Mitteln und gesamteuropäischen Zusammenarbeit als auch die daraus resultierende Verbesserung der Lebensbedingungen und die Solidarität der Völker betrifft, in lebendige politische Wirklichkeit umzusetzen. Eine solche Politik untergräbt die Demagogie und die politischen Ansatzmöglichkeiten der aggressivsten Kräfte.

Der verstärkte Druck der Strauß, Dregger, Carstens & Co. kann durch Initiativen, gerichtet auf gesamteuropäische Verständigung, weltweiten Interessenausgleich und neue demokratische Entfaltungsmöglichkeiten in der BRD, von einer aktivierten Basis getragen, neutralisiert werden. Eine politische Offensive, die der weltweiten Veränderung der Kräfteverhältnisse zulasten der aggressivsten Potenzen in der NATO entspricht, ist keine Utopie, sondern eine auch in der BRD realisierbare Aufgabe. Alle, die den Begriff der Demokratie nicht als Tarnung von Konzerninteressen mißbrauchen, vor allem die Friedenskräfte, sind zu dieser Offensive aufgerufen. Angesichts der Gefahr müssen zweitrangige Unterschiede zurückgestellt werden. Die vereinte Kraft reicht, um Entspannung und Sozialreformen zu sichern und voranzubringen.

Prof. Dr. Walter Kreck, Bonn

Kein Wort wird heute im politischen Tageskampf so sehr strapaziert wie der Begriff Freiheit, der als oberster Grundwert und als unvereinbar mit Sozialismus

propagiert wird. Dabei ist Freiheit offenbar primär verstanden als das möglichst uneingeschränkte Recht des einzelnen, zu tun und zu lassen, was ihm gut dünkt. Mag dieses Recht in theoretischen Programmen und Grundsatzerklärungen mit den Forderungen von Idealen wie Sozialbindung, Chancengleichheit und Toleranz verbunden sein, so zeigt doch das faktische politische Verhalten allzu oft und allzu deutlich, wie sehr es hier um die Wahrung des Rechts des wirtschaftlich Stärkeren geht, sich im Sinn seiner Interessen ökonomisch und gesellschaftlich möglichst frei zu betätigen.

Freiheit im christlichen Verständnis dieses Wortes meint nicht nur, daß der Christenmensch, wie Luther sagt, im Glauben ein freier Herr aller Dinge und niemand untertan sei, sondern daß er zugleich in der Liebe jedermann zu dienen berufen ist. Freiheit ist also nie nur meine Freiheit, sondern immer in gleichem Maß die des anderen. Darum sind heute die Apostel der Freiheit, zumal wenn sie sich auf christliche Grundsätze berufen, zu fragen: Wie verträgt sich mit eurer Beschwörung der Freiheit die im Grundgesetz geforderte soziale Bindung des Eigentums, wenn man in den konkreten Entscheidungen wie Eindämmung einer hemmungslosen Bodenspekulation, Ermöglichung einer wirksamen Mitbestimmung in der Wirtschaft, Entgegenkommen gegenüber den Forderungen der überwältigenden Mehrheit der Völker der Erde angesichts der ungerechtigten, zu fortschreitender Verelendung in der Dritten bzw. Vierten Welt führenden Welthandels- und Wirtschaftsordnung Freiheit primär als das Recht des Stärkeren handhabt?

Wie steht es faktisch mit der gesetzlich bei uns geschützten Pressefreiheit, wenn es ein offenes Geheimnis ist, daß man durch wirtschaftliche Macht wie z. B. Drohung mit Anzeigenboykott Pressezensur ausüben kann? Was heißt Gesinnungsfreiheit, wenn man ständig zu einer Gesinnungsschnüffelei und Diskriminierung politisch Andersdenkender aufruft, die selbst unsere westlichen Nachbarn in Erinnerung an unselige deutsche Vergangenheit zum Protest aufrüttelt? Nicht große Worte, sondern das konkrete politische Verhalten ist der Prüfstein dafür, wieweit die Rede von der Freiheit (und zwar gerade auch des anderen) glaubwürdig und wieweit sie demagogisch ist.

Skrupelloser noch als die Verwendung des Begriffs Freiheit ist heute der Gebrauch des Wortes Sozialismus. Die in der politischen Propaganda als notwendig suggerierte Assoziation von Mauer, Stacheldraht, Stalinismus und Terrorismus, die Ablenkung von der mit dem Begriff Sozialismus weithin in der ganzen Welt verbundenen humanistischen Grundtendenz, die Fixierung auf ein Erscheinungsbild, das nur partiell historisch und noch viel schwerer prinzipiell abzudecken ist, grenzt mitunter ans Groteske. Man kann natürlich auch die christliche Kirche, indem man ihre wechselvolle Geschichte einzig unter dem Aspekt der Kreuzzüge, der Ketzerverbrennungen und Hexenverfolgungen, der Intoleranz gegen Andersdenkende (bis in die jüngste Gegenwart hinein) beschreibt, kurzerhand erledigen. Aber eine sachliche Kritik, die hier wie dort notwendig ist, hat sich doch an dem jeweiligen Selbstverständnis zu orientieren. Die an Stelle rationaler Auseinandersetzung hierzulande (im Unterschied zu anderen westlichen Ländern) sich ausbreitende Hysterie verrät nicht nur die Angst der wenigen, die um ihre Privilegien zittern, sondern vor allem die Blindheit und mangelnde Informiertheit der Masse, die im Banne traditioneller Vorurteile und permanenter propagandistischer Berieselung keines differenzierten Urteils fähig ist.

Hier ist ganz schlicht an das Gebot zu erinnern: „Du sollst nicht falsch Zeugnis reden wider deinen Nächsten!" Oder heißt es nicht falsch Zeugnis reden, wenn

man verschweigt, daß der Sozialismus als Kampf um die Befreiung des Menschen aus wirtschaftlicher Unterdrückung und Ausbeutung angetreten ist, und daß er —, trotz aller notwendigen Kritik an manchen seiner ideologischen Prämissen wie bisheriger praktischen Verwirklichungen, — noch immer für Millionen Menschen in der Welt, die auf der Schattenseite des Lebens stehen, hoffnungsvolle Perspektiven erweckt? Ist es ehrlich, von den nicht zu leugnenden Einschränkungen von Freiheit im Sozialismus zu reden, ohne zugleich von der Beseitigung von Hunger, von Arbeitslosigkeit, von Privilegien und Diskriminierungen, von Fortschritten hinsichtlich Bildungswesen, Gesundheitswesen, Gleichstellung der Frau u. a. zu sprechen? Ist die Gegenüberstellung eines „freien Westens" und eines den Menschen „versklavenden Ostens", d. h. die gezielte Verschweigung von Schattenseiten hier und Lichtseiten dort, nicht ein durch (auch im Westen hinlänglich zugängliche) Daten und Fakten längst widerlegtes Schwarz-Weiß-Gemälde, das man uns in der ganzen Welt, übrigens nicht zuletzt auch in christlichen Kirchen des Ostens, nicht mehr einfach abnimmt? Weshalb sind bei uns hierzulande gesellschafts- und wirtschaftspolitische Grundsatzdiskussionen, die in anderen westeuropäischen Ländern ohne Scheu geführt werden, in Glaubens- und Dogmenfragen hochstilisiert, ja, geradezu in manchen Kreisen tabuisiert? Ist das nicht Heuchelei und Götzendienst?

Vor 30 Jahren rief Karl Barth den christlichen Kirchen — insbesondere den deutschen — folgende Worte zu, die heute unverminderte, wenn nicht gar gesteigerte Aktualität haben:

„Wäre es doch so, daß die christlichen Kirchen dem kommunistischen Osten ein Gesicht zeigen würden, in welchem auch er statt der frommen Heimtücke eines endlich und zuletzt doch nur auf die Erhaltung des kapitalistischen Wirtschaftssystems bedachten Abendlandes Jesus Christus und also des Menschen längst geschaffene, aber nun eben gründlich und allseitig zu bestätigende Freiheit erkennen dürfte!"

Achim Maske, Bonn, und Gunnar Matthiessen, Köln

Das Ergebnis der Bundestagswahlen vom 3. Oktober steht fest. Es ermöglicht eine Neuauflage der SPD/FDP-Koalition. Die CDU/CSU hat ihr Wahlziel, die Ablösung der bisherigen Regierung, trotz massiver Demagogie und Irreführung der Wähler nicht erreicht.

Fest steht aber auch, daß alle drei Bundestagsparteien im Wahlkampf die für unser Volk wirklich entscheidenden Fragen nicht genannt haben. Praktisch erst in „letzter Minute" besann man sich in der Führung der SPD darauf, wofür die Wähler 1972 mit großer Mehrheit gestimmt hatten, wofür die demokratische Öffentlichkeit aktiv wie selten zuvor gewesen war, wofür Arbeiter gestreikt hatten, für die konsequente Fortführung der Entspannungspolitik. Es stünde zu befürchten, ließe die Öffentlichkeit den neuen Bundestag allein, daß die Frage der Fortführung der Entspannungspolitik und der Einleitung von effektiven Schritten der Rüstungsbegrenzung und Abrüstung, die vielleicht letztlich und endlich den Ausschlag für die Wahlentscheidung gegeben haben mag, sehr schnell wieder in Vergessenheit geraten würde. Denn unter den neuen Bundestagsabgeordneten sind wohl kaum mehr aktive und initiativreiche Vorkämpfer einer solchen Politik zu finden als in den vier vergangenen Jahren. Die Formulie-

rung und Durchsetzung von Alternativen wird mithin auch in Zukunft eine Aufgabe der außerparlamentarischen Öffentlichkeit sein.

Die Problematik der konsequenten Fortführung der Entspannungspolitik und ihre Sicherung und Ergänzung durch Fortschritte bei der internationalen Begrenzung der Rüstungen wird nicht wegmanipuliert werden können. Die hohe Arbeitslosigkeit, die fortbestehende Inflation, die Unsicherheit der Rentenversicherung, um nur einige Probleme zu nennen, verlangen gebieterisch den Stopp des gegenwärtig betriebenen Rüstungswettlaufs, der gleichzeitig alles das an mehr internationaler Sicherheit und Frieden gefährdet, was die Entspannungspolitik gebracht hat. Solche Einsichten, die von den Bundestagsparteien im Wahlkampf fast völlig verschwiegen wurden, bestimmen aber heute immer stärker die internationale Politik. Darin ist sich die Weltöffentlichkeit mit der Mehrzahl der in den Vereinten Nationen vertretenen Regierungen einig. Wie anders kann man die Forderung der Konferenz der Blockfreien in Colombo nach Durchführung einer Sondertagung der UNO zur Abrüstung verstehen. Wie anders sind die Reden der meisten Sprecher auf der gegenwärtigen Vollversammlung der Vereinten Nationen zu deuten? Es ist nicht zu übersehen, daß vor allem in den USA und der Bundesrepublik diejenigen Kräfte über großen Einfluß verfügen, die den Rüstungswettlauf anheizen und verewigen möchten. Doch genauso fest steht, daß niemals zuvor in der Geschichte eine solche vielgestaltige Koalition von so großer Kraft und politischer Breite unter Einschluß der Mehrheit der Regierungen der Welt bestanden hat, die sich für Abrüstung und Entspannung einsetzt. Dies wurde wiederum deutlich auf der Ende September in Helsinki abgehaltenen Weltkonferenz für die Beendigung des Wettrüstens, für Abrüstung und Entspannung. Mit großer Einmütigkeit setzten sich Vertreter von 52 internationalen Organisationen, darunter des Weltkirchenrates, der Internationale der Jungsozialisten, der jungen Christdemokraten aus der EG, der Liberalen Jugend Europas, des Weltfriedensrates und Repräsentanten aus neunzig Ländern der Erde, darunter zahlreiche Minister und Abgeordnete, Vertreter kommunistischer, sozialistischer, sozialdemokratischer, liberaler und konservativer Parteien für eine Reduzierung der Rüstungshaushalte und die Einberufung einer Weltabrüstungskonferenz ein. Die Verzögerungspolitik, die bisher von Bonn in diesen Fragen betrieben wurde, fand auf diesem wirklich repräsentativen Forum der Weltöffentlichkeit wenig Verständnis.

Sicher ist auch, daß sich die Öffentlichkeit unseres Landes, gestützt auf diese starke internationale Unterstützung, zu Wort melden wird. Die vierzigtausend Teilnehmer der großen Friedens- und Abrüstungsdemonstration vom 22. Mai 1976 haben unterstrichen, daß sie ihre Kräfte vervielfachen und vereinigen werden, um Fortschritte bei der Abrüstung durchzusetzen. Noch vor der Konferenz von Belgrad, auf der die Regierungen aller Staaten Europas, der USA und Kanadas im Juni nächsten Jahres über die Durchführung der Ergebnisse der Helsinki-Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa sprechen werden, wird die Bundesregierung mit der Frage konfrontiert werden, was sie denn getan hat, um die Schlußakte der KSZE zu verwirklichen und mit Leben zu erfüllen, und insbesondere, was aus der von ihr unterschriebenen Absichtserklärung, alles zu tun, um Fortschritte auf dem Wege der allgemeinen und vollständigen Abrüstung zu erzielen, denn eigentlich geworden ist. Dabei wird sicherlich der zweite Besuch des Generalsekretärs der KPdSU, Breschnew in der Bundesrepublik wichtige Anstöße geben.

Das Ergebnis der Bundestagswahlen hat die Bemühungen der Öffentlichkeit um mehr Entspannung und um Rüstungsstopp und Abrüstung weder überflüssig

gemacht noch zusätzlich erschwert, sondern im Gegenteil darauf verwiesen, daß ohne außerparlamentarische Initiativen und Aktivitäten Fortschritte nicht erreicht werden könnten. Jetzt kommt es darauf an, den offenen Dialog über diese Schlüsselfragen unseres Volkes zu vertiefen, um dadurch neue, stärkere Aktivitäten aller Teile der demokratischen Öffentlichkeit für Rüstungsstopp und Entspannung zu ermöglichen.

Paul Neuhöffer, Solingen

Die Wahlkämpfe in den USA und bei uns machen in eigentlich heilsamer Weise deutlich, daß die Parteien des Kongresses und des Bundestages nicht einmal mehr dem Verständnis von formaler bürgerlicher Demokratie folgen können. Gab es früher noch Alternativen zum jeweiligen Regierungsprogramm, hinter denen sich meist zwar nur oppositioneller Schein verbarg, so sehen sich die letztlich ganz am Interesse des Großkapitals orientierten Parteien heute nicht einmal mehr imstande, dekoratives Alternativ-Zubehör vorzuzeigen. Die von Jahr zu Jahr kleiner, enger und komplizierter werdende Welt der Monopole kann sich den Alternativluxus günstigstenfalls noch in methodischen Fragen leisten. Alternatives Denken, sei es nur in Ansätzen, könnte unerwünschtes alternatives Handeln zur Folge haben und Gefahren für die noch einigermaßen intakten imperialistischen Zentren USA und Bundesrepublik heraufbeschwören.

Woran liegt das? In fast allen Teilen der Welt konnten die demokratisch-antiimperialistischen Kräfte in den letzten Jahren ihre Positionen verbessern. Besonders in den Entwicklungsländern, aber auch in Ländern wie Italien und Frankreich, die zu den Kernländern der imperialistischen Welt zählen, ließ sich der Einfluß der Monopole und ihrer Parteien zurückdrängen. Sieht man von einigen relativ bedeutungslosen Ländern ab, so waren die Monopole und ihre konservativen und liberal-sozialen Parteien eigentlich nur noch in den USA und in der Bundesrepublik imstande, ihre Positionen zu behaupten.

Die amerikanischen und deutschen Monopole wissen jedoch zu gut, daß sie sich nicht in einer nur momentanen, sondern in einer nur als historisch zu bezeichnenden Defensive befinden. Jenseits und diesseits des Atlantiks spüren die Inhaber und Lenker der Konzerne und Banken sehr wohl das Anwachsen der antiimperialistischen Befreiungsbewegungen in der sogenannten Dritten Welt und der demokratischen Bewegungen in den schwächeren, teils niederkonkurrierten Ländern des Kapitalismus. Das deutsche Großkapital sieht sich beispielsweise immer mehr bedrängt: Im Osten durch die ökonomisch und sozialpolitisch stärker werden sozialistischen Ländern, im Süden und Westen Europas durch die großen demokratischen Bewegungen in Italien und Frankreich. Deshalb beantwortet es die Veränderungen des Kräfteverhältnisses in der Welt und Europa vor allem mit Angriffen auf die demokratischen Kräfte in der Bundesrepublik. Deshalb begegnet es dem allgemeinen positiven weltpolitischen Trend mit verstärktem politischem Druck auf die EG-Staaten. Und deshalb unterstützt es alle reaktionären Kräfte in den verschiedensten Kontinenten. Und deshalb schließlich erhöht es die Militärausgaben im eigenen Land.

Die verstärkte Pression erfolgt, um italienische, französische, englische und selbst skandinavische politische und ökonomische Entwicklungen vom eigenen Operationsfeld fernzuhalten. Die hauptsächlichen Mittel, derer sich die Monopole und ihre Parteien zur Einschüchterung der demokratischen Kräfte und der arbei-

tenden Bevölkerung gegenwärtig bedienen, sind nicht neu. Sie wurden bereits im vergangenen Jahrhundert, in der Weimarer Zeit, im Faschismus, aber wiederholt auch in der Nachkriegszeit eingesetzt. Es sind, wie gehabt, lautstarke antikommunistische Kampagnen, diesmal gekoppelt mit Berufsverboten und Berufsverbotsdrohungen. Mit Hilfe antikommunistischer Kampagnen soll alles Denken und Handeln, das sich am Interesse des Volkes und nicht am Interesse der Monopole orientiert, in Verruf gebracht werden. Und mit der Berufsverbotspraxis sollen die vorhandenen und potentiellen Alternativkräfte an jeder Entfaltung gehindert werden. In der Tat werden mit der Berufsverbotspraxis alle im öffentlichen Dienst tätigen Arbeiter, Angestellten und Beamten, also etwa ein Drittel der arbeitenden Bevölkerung, unmittelbar und ständig politisch gegängelt. Die Berufsverbotspraxis erzeugt aber auch bei Arbeitern und Angestellten in anderen Bereichen der Wirtschaft Angst, Unsicherheit und politisches Wohlverhalten. Wie es in den Betrieben aussieht, dazu äußerte sich der DGB-Vorsitzende H. O. Vetter auf dem 10. Gewerkschaftstag der GdED folgendermaßen: „Duckmäusertum breitet sich aus, Schweigen und Anpassung, als gelte es nur noch die eigene Haut zu retten. Der um sich greifenden Atmosphäre von Angst und Bespitzelung müssen wir ein Ende machen. Die politische Atmosphäre muß wieder offen werden für die Diskussion gesellschaftlicher Alternativen." Und Heinrich Böll sprach erst dieser Tage davon, daß die Folgen des 1972 ergangenen Radikalenerlasses sich wie eine Lähmung über das Land legen. Die volle Wahrheit hätte er gesagt, wenn er zugleich die Ideologie des Antikommunismus als Lebensbedingung für die Berufsverbotspolitik erwähnt hätte.

Nur ein verängstigter und auf der abschüssigen Bahn der Geschichte wandelnder Imperialismus kann sich in einem Land mit schwachen demokratischen Traditionen und relativ schwachen demokratischen Kräften die Praxis der Berufsverbote leisten. Daß der deutsche Imperialismus es jedoch dreißig Jahre nach seinem faschistischen Experiment wieder wagt, mit halbfaschistischen Mitteln Demokraten zu unterdrücken, zeigt der ganzen Welt seine Gefährlichkeit. Gottlob weiß heute die Öffentlichkeit in allen europäischen Ländern, daß die hinter den Berufsverboten stehenden Kräfte dieselben sind, die Westeuropa — diesmal allerdings nicht mehr mit militärischen Mitteln — ökonomisch und politisch in Griff bekommen möchten. Deshalb die breite Unterstützung der Gegner der Berufsverbotspolitik durch fast alle politischen Kräfte im Ausland.

Die von den Demokraten vergangener Generationen erkämpften politischen Freiheiten und Rechte sind aber nicht allein durch die Berufsverbotspolitik bedroht. Antidemokratische, antisoziale Tendenzen und raffinierte administrative Praktiken zeigen sich heute in beinahe allen gesellschaftlichen Bereichen. Sie treten in Erscheinung in Betrieben, in den Medienbereichen Fernsehen, Presse und Film, in der Schule und selbst im ohnehin per „Radikalenerlaß" bereits erfaßten Hochschulbereich. Unmerklich für eine Vielzahl von Bürgern ist unser Land in Gefahr, immer weiter nach rechts zu treiben. „Die Demokratie wird kleiner in der Bundesrepublik", sagte kürzlich ein Literat. Über 4000 Bürgerinitiativen sind beredter Ausdruck für die Rigorosität der Monopole in allen Lebensbereichen, sind Ausdruck für das ungenügend demokratisch kontrollierte monopolistische System und die Monopolabhängigkeit der Bundestagsparteien. Wer die jüngsten Angriffe von Schleyer und Biedenkopf gegen die Gewerkschaften zur Kenntnis genommen hat, und wer ferner die Gängelungen der Gewerkschaften von anderer Seite nicht übersieht, weiß auch, daß neue Angriffe auf den sozialen Besitzstand bevorstehen.

Für die demokratische Bewegung in diesem Lande ist es deshalb notwendig, den Kampf gegen den Abbau von demokratischen Rechten mit dem Kampf gegen den Abbau des sozialen Besitzstandes zu verbinden. Und da jene, die diesen Abbau betreiben, und jene, die heute in der deutschen Geschichte noch nie dagewesene Summen in die Hochrüstung stecken, und jene, die eine volle Entfaltung des Entspannungsprozesses in Europa mit den verschiedensten Mitteln zu hintertreiben versuchen, ein und dieselben Kräfte sind, ist es nur logisch, daß die demokratische Bewegung die Abrüstungs- und Entspannungsfrage in den Prozeß des allgemeinen und konkreten Kampfes für die Bewahrung des demokratischen und sozialen Besitzstandes einbezieht. Erfolge wird dieser Kampf nur bringen, wenn die Kräfte der Demokratie, der sozialen Sicherheit, der Abrüstung, der Entspannung und des Friedens enger und in breiteren Bündnissen als bisher zusammenarbeiten. Nur durch gemeinsame Aktionen, an denen sich Gewerkschafter, Sozialdemokraten, Kommunisten, Liberale und Christen beteiligen, und sei es nur auf der Basis von örtlichen, regionalen oder bundesweiten Minimalprogrammen, wird es allmählich möglich sein, in der Bundesrepublik ein besseres gesellschaftspolitisches Klima zu schaffen. Auf dieses bessere gesellschaftspolitische Klima hoffen auch die progressiven Kräfte in aller Welt.

Dr. Reinhard Opitz, Köln

Zunächst: Welche Lage haben die Wahlen geschaffen, bzw. was wird nun absehbar eintreten?

Die SPD wird, ihrer Staatsmannslogik und Helmut Schmidt Intentionen getreu, jetzt noch mehr Sachgemeinsamkeit mit der CDU/CSU ansteuern, unter Berufung auf ihre jederzeit gefährdete Regierungsstellung und radikalem Verzicht noch auf die Reste des Scheins eigenen Reformwollens — damit allerdings auch auf einen großen Teil jener Nuancierungen, denen sie ihr integrationspolitisch wichtiges Renomee des „kleineren Übels" (und damit, das sieht sie selbst, ihren staatspolitischen Wert) verdankt. Die F.D.P. wird schon bei den Koalitionsverhandlungen gegen alles, was sich gleichwohl noch hier und da an industrieungenehmen Akzentuierungen miteinschleichen könnte, kräftige Pflöcke setzen und es aus einer gemeinsamen Regierungsplattform heraushalten. CDU aber und CSU werden desungeachtet ihr Propagandatrommelfeuer gegen den Marsch der beiden in den „Sozialismus" unvermindert fortsetzen, mit dem immerfort lautstark verkündeten Ziel des Regierungssturzes durch Koalitionssprengung, und damit der SPD das gegenüber den Gewerkschaften und allen demokratischen Kräften benötigte Argument von einer fortdauernden Stillhaltepflicht angesichts einer anhaltenden Situation des Kopf-an-Kopf-Rennens liefern.

Eine, vom Kapital her gesehen, geradezu ideale Konstellation also! Die CDU/CSU bleibt, gestärkt und nunmehr wirklich jederzeit abrufbar, in Reserve, der von ihrer Regierungsübernahme zu befürchtende Polarisierungseffekt vermieden, die bislang immer noch schwer ersetzliche Integrationswirkung der SPD in die Gewerkschaften hinein weiter erhalten, doch nun vermittels einer SPD, über die auf Dauer der Legislaturperiode das Damoklesschwert ihres Sturzes für den Fall der Erregung nur des geringsten Mißmuts der ihren kleineren Koalitionspartner steuernden Industrie- und Bankkreise gehängt ist und die daher schon aus purer Furcht vor dem Verlust des Regierungsauftrages alles versuchen wird, den ihrer politischen Obhuts- und Observationspflicht anheimgegebenen Bevölkerungs-

kreisen den Dauernotstand der Kopf-an-Kopf-Situation zu verkünden und sie mit eiserner Hand auf dem kapitalgewollten Wege des Opferbringens für einen neuen Aufschwung der ökonomisch-politischen Expansionskraft der Bundesrepublik beieinanderzuhalten.

Nur daß dieser Weg auch der sichere Weg des Verschleißes der SPD selbst binnen längstens vier Jahren ist. Denn die Wählerenttäuschung über sie läßt sich zwar in parteioffiziellen Wahlanalysen agitatorisch den Linken in die Schuhe schieben und so in ein Argument für eine noch profiliertere Rechtsschwenkung ummünzen, doch da sie in Wirklichkeit ja wirtschaftlich-soziale Enttäuschung ist, die sich hierzulande — dank der nicht zuletzt wieder von der SPD eifrig mitgeförderten Regierungs-Oppositions-Illusion — noch immer mehrheitlich im Überwechseln zur CDU/CSU niederschlägt, ist der SPD gerade dann, wenn es Schmidt gelingen sollte, die ganze Legislaturperiode hindurch zur Zufriedenheit der Industrie genügend sozialrepressiv zu regieren und folglich nicht vorzeitig gestürzt zu werden, ihr Abfall auf eine zur Regierungsbildung nicht mehr ausreichende Stimmenzahl — soweit nicht ein ungewöhnlicher Konjunkturboom den deus ex machina spielt — schon heute sicher (und vor dieser Perspektive verliert die Fixierung des Blicks auf die Frage des vorzeitigen Sturzes — die in Wirklichkeit ganz allein vom Konjunkturverlauf und der aus ihm resultierenden Möglichkeit oder Unmöglichkeit, die Gewerkschaften bei der Stange zu halten, beantwortet werden wird — natürlich viel von ihrer Überzeugungskraft).

Was also, nun für die demokratischen Kräfte gefragt, ist zu tun? Weiter im Banne der Suggestion des Kopf-an-Kopf-Rennens und der Solidaritätsverpflichtung gegenüber dem „kleineren Übel" verharren und damit sehenden Auges in den gerade dann Schritt für Schritt immer näherkommenden CDU-Staat hineinschlittern? Das doch wohl kaum! — Dann aber bleibt nicht anderes, als aus diesen Sugestionen auszubrechen. Soll der an Weimar gemahnende Automatismus der Eskalation immer weiter nach rechts außer Funktion gesetzt werden, dann geht es darum, genau umgekehrt, allen Stillhalte-Beschwörungen zuwider, gegen das, was SPD/FDP und CDU/CSU uns und der Welt in der kommenden Wahlperiode zuzumuten beabsichtigen — den wieder offeneren Imperialismus, das freche Deutschland-Geschrei, den Vorbildanspruch für ganz Westeuropa und die Entwicklungsländer ausgerechnet in Sachen Antidemokratismus (Berufsverbotspolitik als die deutsche Genesungsempfehlung für die Welt = „Modell Deutschland"), deren handfeste Instrumente und Implikationen Rüstung und rüstungsförderliche Panikmache, minimierte Entspannungsgeneigtheit, Alimentierung der Monopolprofite aus den Mitteln der kleinen Leute, Sozialabbau, Arbeitslosigkeit, Geschäft mit der Angst um den Arbeitsplatz usw. usw. — das in diesem Lande aktuell und latent vorhandene demokratische Potential in Bewegung zu sezen, dagegen aufzubieten, es zur Aktion zu mobilisieren und in den Aktionen zu einer immer gewichtigeren politischen Kraft zu entwickeln, die auf den Gang der Dinge zunehmend Einfluß gewinnt.

Wie? In den jetzt notwendig werdenden Diskussionen hierüber kommt es vor allem darauf an, sich sehr viel deutlicher als bisher bewußt zu machen und davon auszugehen, daß alle, die in unserer Gesellschaft gerade am Imperialistischen in der Außen- und Innenpolitik von CSU und CDU, F.D.P. und SPD Anstoß nehmen und es mißbilligen (genau das also ablehnen, was für diese das Substantielle und sie verbindende ist), eben auch schon dadurch von ihnen nicht in dem einen oder anderen peripheren Punkt, sondern grundsätzlich richtungsmäßig unterschieden sind (denn was wäre sonst das heute elementar Richtungsschei-

dende, wenn nicht der Unterschied von Imperialismus und Antiimperialismus?) — sie also nicht der sich in einige Varianten bzw. Subrichtungen differenzierenden imperialistischen, sondern der in eine Vielzahl von Varianten oder Subrichtungen aufgefächerten demokratischen poltischen Grundrichtung zugehören (die so klein, wie es Wahlergebnisse erscheinen lassen, dann aber kaum sein kann) —, und von daher dann sich Rechenschaft darüber zu geben, daß es bisher doch hauptsächlich wohl — bis soeben in die Wahlen hinein — die antikommunistische Hypnose war, unter deren Wirkung sich das der Grundrichtung nach Zusammengehörige nicht auch als praktisch zusammengehörig begriffen und entsprechend verhalten hat, es also bisher nicht dazu gekommen ist, daß sich das demokratische Potential in seinem ganzen Umfang geschlossen den Parteien imperialistischer Inspiration entgegengestellt hat.

Es ist mithin die leidige und schon klassische Frage: Wie halten wir's mit den Kommunisten?, die jetzt noch einmal wiederaufgerollt und neu durchdacht werden muß. Denn ohne Zweifel ist sie der Punkt, auf den alle Selbstlähmungen der demokratischen Bewegung der Bundesrepublik zurückgehen, aus denen u. a. resultiert, daß sich deren Potential schließlich immer wieder, von Wahl zu Wahl, von den eigentlich doch relativ simplen Integrationsmechanismen des Systems weitgehend aufsaugen und damit immer aufs neue in das frustrierende Gefühl der quantitativen Bedeutungslosigkeit manövrieren läßt. Aus dem circulus vitiosus dieser Selbstparalyse aber führt kein anderer Weg heraus als der, nun eben doch endlich aufzuarbeiten und zu verarbeiten, daß zur demokratischen Richtung in allen Ländern der Welt strukturnotwendig — und ja auch schon historisch-entwicklungslogisch — die Kommunisten hinzugehören, eine demokratische Bewegung, die die Kommunisten aus sich ausschlösse, ein Widerspruch in sich selbst wäre, und daher auch eine zwischen Antiimperialismus und Antikommunismus unentschieden schwankende Bewegung solange, wie sie in diesem Zustand verharrt, auch nur immer ein zur Ohnmacht verurteilter Bastard bleiben könnte. Auch die vielfach beliebte Übung — desto beliebter, je verquer-spinnriger einer denkt — sich erst einmal den Merkmalen der eigenen Richtungsvariante anverwandelte Kommunisten zu wünschen, ehe man die Zusammenarbeit mit ihnen glaubt erwägen zu können, dürfte sich bei auch nur etwas gewissenhafterer historischer Problembetrachtung rasch in ihrer ganzen Lächerlichkeit und Nichtigkeit erweisen. Vom Kapital gefürchtet und daher auch von seinen Parteien politisch in Rechnung gestellt, werden die demokratischen Bewegungen überall in der Welt jedenfalls immer erst dann, wenn sie das, wovor sie am meisten gewarnt werden und was zu verhindern der gesamte Propagandaapparat beauftragt ist, tun (oder doch unmittelbar darauf Kurs nehmen). Erst dann kommen die Dinge, auch bei uns hier, in Bewegung, sonst nicht.

Es geht dabei natürlich nicht um Organisationsfragen, also nicht etwa um Parteien- oder Gruppenzusammenschlüsse, denn die Richtungsselbständigkeit innerhalb der demokratischen Bewegung gehört ebenfalls zu deren historischen Konstitutions- und Entwicklungsbedingungen, und es geht nicht einmal unbedingt und jedenfalls nicht vorrangig um mögliche zukünftige Wahlkartelle o. ä. Wohl aber geht es um das gemeinsame, volksfrontgemäße Auftreten der Kräfte demokratischer Richtung, um die Aktionsgemeinschaft also in der Auseinandersetzung mit der imperialistischen Politik und ihren Trägern. Und dies, die Wendung der demokratischen Kräfte, des überwiegenden Teils ihrer schon artikulierteren Potentiale zumindest, zu einer Volksfrontorientierung oder, was dasselbe besagt, einer den Antikommunismus hinter sich lassenden aktiven allseitigen Kooperation, würde allerdings den Übergang der demokratischen Bewegung der Bundes-

republik von der Defensive in die Offensive bedeuten und sie auf einen qualitativ neuen Entwicklungsstand bringen.

Nicht, daß daran illusionäre Erfolgsverheißungen geknüpft werden sollen, vor denen sich jeder, dem unsere Verhältnisse geläufig sind, hüten wird. Aber es ist dies die Grundfrage, von der die Entwicklung einer effizienten demokratischen Kraft in der Bundesrepublik aus ihren heute ineffizient zersplitterten einzelnen demokratischen Kräften der Möglichkeit nach abhängt — und also wohl doch das, worauf es jetzt ankommt.

Prof. Dr. Wolfgang Pfaffenberger, Oldenburg

Die sozial-liberale Koalition, einmal mit dem Ziel der Reformpolitik gebildet, hat diese in fast jeder Hinsicht aufgegeben. Insbesondere wegen der knappen Mehrheit im Bundestag muß dies in der nächsten Legislaturperiode zu einer Verschärfung der Gegensätze im Regierungslager führen. Denn konnte sich eine Reformpolitik stets als eine Politik darstellen, die den Interessenausgleich in der Gesellschaft durch ein Weitertreiben der gesellschaftlichen Entwicklung herbeizuführen versucht, so erweisen sich jetzt die Handlungsspielräume der Politik deutlich als durch die Sicherung der Unternehmergewinne gesetzt.

Die 1972 gebildete Regierung hat eine „Stabilitätspolitik" begonnen, die sich deutlich als Stabilisierung im Sinne der Unternehmen erwiesen hat: Während seit Mitte 1975 die Gewinne kräftig steigen, hält die Lohnentwicklung mit der Inflation nicht mehr Schritt; während die Unternehmer ihre steigenden Investitionen mit Hilfe staatlicher Investitionsprämien und der steigenden Gewinne zu fast hundert Prozent selbst finanzieren können, ist die Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer in diesem Jahr weiter zurückgegangen; während die Produktivität der Wirtschaft wächst, stagnieren die Lohnstückkosten; während die Exporte steigen, jammern die Industrie und der herrschende Sachverstand über die mangelnde Konkurrenzfähigkeit der deutschen Wirtschaft auf dem Weltmarkt.

Trotz aller Erfolge, die die Unternehmer so verbuchen können, ist die Hauptforderung der Industrie an die neue Regierung, diese Politik auf Dauer fortzusetzen. So meinte der Präsident des Bundesverbands der deutschen Industrie, Sohl, wenige Tage vor der Wahl, die Überwindung von Inflation und Rezession erfordere eine auf mehrere Jahre angelegte Politik, und: „Es führt kein Weg an der Einsicht vorbei, daß im Bereich der Lohnpolitik auch die entscheidende Weichenstellung für eine dauerhafte Verstärkung der Investitionstätigkeit getroffen werden muß" („Handelsblatt" v. 23. September 1976).

Quasi darauf antwortend, erklärte der wirtschaftspolitische Sprecher der FDP-Fraktion, Otto Graf Lambsdorff, wenige Tage nach der Wahl, daß die „Stabilitätspolitik" konsequent fortgesetzt werden müsse. Dazu müsse die Staatsausgabenquote dringend gesenkt, die Mehrwertsteuer jedoch erhöht werden. Kündigt so die FDP bereits an, daß weiterhin die Abwälzung der Krisenlasten auf Arbeitnehmer und Rentner auf dem Programm steht, so zeigt sich deutlich, daß die zahlenmäßige Schwäche der Regierungsfraktionen im Bundestag von den Kapitalinteressen als Stärkung ihrer Position aufgefaßt wird, die sie in der nächsten Zeit auch offensiv vertreten werden.

Sollte die SPD-Führung aber weiterhin ihre Politik als mit bestimmten sozialpolitischen Schönfärbungen versehene Umsetzung des von der Kapitalseite kom-

menden Drucks formulieren, so würde sie damit einen wesentlichen Stützbalken der gegenwärtigen Regierungspolitik selbst zersägen. Denn die Gewerkschaftsführungen können den Weg des stillen Kompromisses, der sich in den letzten Jahren eingespielt hat, nur begrenzt mitgehen. So paradox es klingen mag: die Wahlerfolge der CDU zwingen als Ausdruck des Protests gegen die gegenwärtigen gesellschaftlichen Zustände auch die Gewerkschaften, von der Regierung abzurücken (freilich ohne sich damit auf die CDU-Programmatik festzulegen).

Die SPD befindet sich damit in einer Zwickmühle: Der bisher mit gewissem Erfolg versuchte Ausweg aus der Wirtschaftskrise, diese Krise ins Ausland zu exportieren, stößt zunehmend auf Widerstand im Ausland (z. B. kritisierte kürzlich der Internationale Währungsfonds die Stabilitätspolitik der BRD als übertrieben). So wird die SPD-Führung in der nächsten Regierungsperiode deutlicher machen müssen, auf welcher Seite sie im Innern steht. Es bedarf mehr als des „besseren Mannes", um eine Politik zu formulieren, die von den Interessen der arbeitenden Menschen her konzipiert ist. Mehr denn je wird unsere Gesellschaft in den nächsten Jahren nach neuen gesellschaftspolitischen Lösungen suchen müssen. Die zahlenmäßige Schwäche der demokratischen Bewegung in der BRD sollte nicht darüber hinwegtäuschen, daß gerade sie in der gegenwärtigen Situation gefordert ist.

Dr. Herbert Schui, Bremen

Nachdem das Wahlergebnis für die nächsten vier Jahre den „Sozialismus" nach Art der Koalition bietet, wir von der christlich-sozialen „Freiheit" dagegen einstweilen verschont bleiben, kann nun wieder zu alltäglicheren und klarer umrissenen Dingen übergegangen werden.

Was nach wie vor zur Debatte steht, sind die hohen Arbeitslosen- und Kurzarbeiterzahlen. Was gedenkt die neue Regierung hiergegen zu unternehmen? Die in den vorangegangenen Krisenjahren eingeschlagene Strategie war eindeutig: „Die Gewinne von heute schaffen die Investitionen von morgen und die Arbeitsplätze von übermorgen." Die Gewerkschaften haben das Ihre dazu beigetragen. Die überaus mäßigen Lohnabschlüsse haben den Unternehmen hohe Gewinne verschafft. Wie bekannt, rechnet man für dieses Jahr mit Lohnsteigerungen von 6 % und Gewinnsteigerungen von 20 %. So feiert die Metallindustrie, nachdem die Lohnstückkosten im ersten Halbjahr 1976 um 3,8 % gefallen sind, die beste Rendite seit 1970.

Wir sollten nun, wenn des Kanzlers Wort von den heutigen Gewinnen, die die Investitionen von morgen bewirken, in Kürze eine zunehmende Investitionstätigkeit und rasch sinkende Arbeitslosenzahlen zu verzeichnen haben. Doch das letzte Wort hierüber hat, wie wir wissen, grundsätzlich der Unternehmer. Dieser, beispielsweise vertreten durch Horst Knapp, den stellvertretenden Vorstandsvorsitzenden des Gesamtverbandes metallindustrieller Arbeitgeber, meint zum Zusammenhang von Gewinnen, Investitionen und Arbeitslosigkeit („Frankfurter Rundschau" vom 30. September 1976), „daß höhere Gewinne keinesfalls" automatisch höhere Investitionen und demzufolge mehr Arbeitsplätze beinhalten. Auch für die kommenden Jahre müsse man mit einer relativ hohen Arbeitslosenquote rechnen." Weiterhin empfiehlt Knapp diesem Pressebericht zufolge den Gewerkschaften, „ein zweites, ein drittes, vielleicht auch ein viertes Mal Zurückhaltung in der Lohnpolitik zu üben, weil sonst noch mehr Arbeitslose durch eine

verstärkte Rationalisierung produziert würden." Die Formel von den hohen Gewinnen, den hohen Investitionen und der sinkenden Arbeitslosigkeit hat offenbar für diejenigen, für die sie ausgedacht war, keine Gültigkeit und Bedeutung.

Insgesamt ein rechtes Lehrstück für sozialdemokratische Politik. Wann wollen die führenden SPD-Politiker hieraus lernen?

Nicht nur, daß dem letzten Wort der Unternehmer zufolge die durch die geringen Lohnabschlüsse zustandegekommenen Gewinne weder zunehmende Investitionen noch Beschäftigung zur Folge haben, mehr noch: erst wenn die Löhne weiter sinken, kann vielleicht nach einem fünften Mal mit Investitionen gerechnet werden. Andererseits allerdings wird von den Unternehmern argumentiert, daß die Binnen- und Exportnachfrage fehlt. In der Tat kann erst diese letzten Endes die Unternehmen zu solchen Investitionen veranlassen, bei denen die Kapazitäten ausgedehnt und Arbeitsplätze geschaffen werden. Nun ist eine Erhöhung der Exportnachfrage nur schwer zu erreichen; sie bedeutet schließlich Export von Arbeitslosigkeit, was auf den erbitterten Widerstand der Haupthandelspartner stößt. Nicht umsonst drängen daher die internationalen Währungsbehörden, so die Weltbank und der Internationale Währungsfonds, auf eine Aufwertung der DM. Bleibt also als Strategie nur eine Ausdehnung der binnenländischen Endnachfrage als Ergebnis von Lohn*erhöhungen* und nicht Lohn*senkungen*. Da dies allerdings nicht nur steigende Nachfrage nach Produkten, sondern auch steigende Kosten bedeutet, ist diese Strategie erstens für die individuellen Unternehmen nicht annehmbar und würde zweitens — wenn sie dennoch durchgesetzt würde — am letzten Wort der Unternehmer, nämlich an Preiserhöhungen, scheitern.

Zu lösen ist dieses Problem nur, wenn die Unternehmenspolitik und insbesondere die unternehmerische Preispolitik in geeigneter Weise demokratischer Kontrolle und Mitgestaltung unterworfen wird, wenn also das letzte Wort die betroffenen, d. h. die Masse der Bevölkerung, haben.

Da die Dinge so liegen, ist eine Partei besser beraten, in ihrer Öffentlichkeitsarbeit immer wieder auf diese tatsächlichen Ursachen der Arbeitslosigkeit hinzuweisen, statt die fatalen Ergebnisse der Unternehmensentscheidungen in Art von gelehrigen Musterschülern als eigene Entscheidungen zu vertreten und zu verantworten.

Prof. Dr. Gerhard Stuby, Bremen

Die im Wahlkampf verkündeten Zielsetzungen der Bundestagsparteien waren nahezu identisch. Dem Begriffsstutzigsten hätte dies spätestens bei dem großen Fernsehduell zwischen den Spitzenrepräsentanten der drei Parteien einige Tage vor der Wahl aufgehen müssen. Und dennoch hat sich eine wenn auch nur knappe Mehrheit für die sozial-liberale Koalition ausgesprochen. Aus welchen Gründen hält sie diese Konstellation nach wir vor für günstiger, wenn doch die Zielsetzungen aller Gruppierungen nahezu identisch sind?

Hinsichtlich der Programmatik wird man zunächst eine kleine, wenn auch nicht unwichtige Korrektur anbringen müssen. Zumindest in der Außenpolitik, d. h. in der weiteren Durchführung der einmal eingeschlagenen Ostpolitik, konnte man von der sozialliberalen Koalition trotz ihres Zauderns, ihrer Inkonsequenz, bei der Durchführung der Entspannungspolitik und der antikommunistischen Anpas-

sung gerade hinsichtlich der Abmachungen von Helsinki andere Töne hören als von der Opposition. Dieser Unterschied hat sicherlich mit eine große Rolle gespielt, daß trotz aller Enttäuschung über die Politik der sozial-liberalen Koalition insgesamt diese knappe Mehrheit zustande kam.

Für den Rückgang der Stimmen der SPD gegenüber der Wahl von 1972 ist jedoch vor allen Dingen die Enttäuschung auf innenpolitischem Gebiet (Konzeptionslosigkeit hinsichtlich der Probleme der Arbeitslosigkeit, Berufsbildung, Bildungspolitik, Rüstungspolitik etc.) ausschlaggebend. Von den großen Versprechungen der Koalition ist wenig oder nichts übriggeblieben.

An diesem auf die genannte Inkonsequenz zurückzuführenden Scheitern konnte die Demagogie der Opposition ansetzen. Manche Wähler, vor allem aus dem sogenannten Mittelstand, die 1972 noch SPD oder FDP gewählt hatten, mögen der Union auf den Leim gekrochen sein, klangen doch einige Töne im Wahlkampf geradezu antimonopolistisch, z. B. in der Diskussion um die Berufsausbildung. Daß in Wirklichkeit diese Parolen Wasser auf die Mühlen der Großkonzerne darstellten, hätten sie bei der Umsetzung bald zu spüren bekommen. Bei diesem Wählerpotential mögen auch die Parole: Freiheit statt Sozialismus und die schrillen antikommunistischen Töne in der Ostpolitik angekommen sein. Das Gros der Werktätigen jedoch (Arbeiter, Angestellte, viele Vertreter der technischen Intelligenz) ist gerade vor diesem Kalte-Krieg-Antikommunismus zurückgeschreckt. Nur wenige sehen im Sozialismus eine Alternative zur gegenwärtigen Gesellschaftsordnung. Der demokratische Sozialismus ist für sie erschüttert, der reale und die von der demokratischen Bewegung in den westeuropäischen Ländern propagierten Schritte dorthin sind für sie nicht faßbar. Der reale Sozialismus ist aber für sie eine mächtige Realität, in manchen Punkten sogar imponierend (Bildungssystem, fehlende Arbeitslosigkeit, Gesundheitsversorgung etc.). Die Volksfrontbewegungen in den westeuropäischen Nachbarländern werden zunehmend trotz aller Verzerrungen in der veröffentlichten Meinung als mit dem realen Sozialismus in Zusammenhang stehende mächtige Faktoren betrachtet. Soweit gehen inzwischen die Kenntnisse über die wirklichen Fakten, daß die Mehrheit der Bevölkerung beurteilen kann, ob und wie der von der SPD angebotene demokratische Sozialismus sich unterscheidet vom realen Sozialismus und wie weit er identisch ist mit dem von der CDU perhorreszierten. Ebenso weiß sie, daß weder militärischer Druck, den die Scharfmacher der Opposition zwar nie offen zu propagieren wagten, aber nirgends explizit ausschlossen, noch ökonomischer Druck, der von ihnen offen gefordert wurde, den realen Sozialismus in die Knie zwingen wird. Selbst das noch vor einigen Jahren vorhandene Vertrauen in die rechtssozialdemokratische Propagierung der sogenannten Änderung von innen: „Wandel durch Annäherung" ist problematisch. Ja, die sublime Form dieses Antikommunismus schlägt auf die Beurteilung des demokratischen Sozialismus insgesamt zurück, ohne allerdings schon eine Alternative zu erkennen.

Insofern ist der SPD/FDP wider Willen durch den Antikommunismus aus den CDU-(Dreck)schleudern eine unerwartete Chance eingeräumt worden, obwohl sie sich doch streckenweise redlich bemühte, mit ähnlichen Schleudern genauso weit zu feuern. Auf dieses Geschäft verstehen sich die Reaktionäre zum Glück besser. Andererseits verkennen Reaktionäre wie Rechtsopportunisten die Widerspiegelung gesetzmäßiger gesellschaftlicher Entwicklungen in den menschlichen Hirnen, so daß sie die wirkliche Reife der Wählermassen oft falsch einschätzen.

Aber nicht der knappe Sieg der sozial-liberalen Koalition trotz aller Alternativlosigkeit und überdimensionaler antikommunistischer Demagogie ist das Herausstechende oder Überraschende dieser Wahl. Vielmehr sind gerade angesichts der genannten Faktoren erstaunliche Ansätze sichtbar geworden, die bei einigen Wählern die Zurkenntnisnahme einer möglichen Alternative andeuten. Auf Kommunalebene konnte die DKP einige Erfolge verbuchen, die zwar nicht überbewertet werden dürfen, die aber zeigen, daß dort, wo reale an den unmittelbaren Interessen der Bevölkerung aufsetzende Alternativen aufgezeigt werden können, der Protest gegen das herrschende Parteienkartell nicht wie bisher nach rechts ausschlägt, sondern sich der ach so verfemten Volksfront zuwendet. Besonders an diesen kommunalen Schwerpunkten, aber auch insgesamt ist festzustellen, daß die DKP ihre Position halten, wenn nicht sogar verbessern konnte. Was aber noch wichtiger ist: Die SPD konnte sich gegenüber der CDU in diesen Regionen besser behaupten als dort, wo die DKP keine sichtbare Rolle spielt. Bedarf es noch eines Beweises, daß die opportunistische Variante mancher Sozialdemokraten eine zu starke Frontstellung gegen den Antikommunismus oder gar gemeinsame Aktionen mit Kommunisten schade der SPD, an der Wirklichkeit vorbeigeht. Sollte dies nicht zur Erkenntnis bei vielen Sozialdemokraten beitragen, gerade in der nächsten Zeit, wenn zur großen Hatz gegen die unbequeme Linke in der eigenen Partei aufgerufen wird, daß jede Form des Antikommunismus letztlich ein Sägen an dem Ast bedeutet, auf dem die SPD insgesamt sitzt.

Diese in den herrschenden Massenkommunikationsmitteln kaum wahrgenommenen Phänomene spiegeln zwei für die weitere gesellschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik wesentliche Faktoren wider: 1. ein wichtiges demokratisches Potential außerhalb der herrschenden Parteien und des parlamentarischen Lebens ist entstanden. 2. Trotz der Alternativlosigkeit der programmatischen Zielsetzungen von SPD/FDP und CDU ist durch den Sieg der sozial-liberalen Koalition für die demokratische Bewegung eine günstigere Situation entstanden, die langfristig zumindest eine Veränderung der parlamentarischen Ebene über die Einwirkung in die herrschenden Parteien bedeuten kann.

Zu 1.: In der mächtigen Bewegung gegen die Berufsverbote, in den verschiedenen Bürgerinitiativen gegen Umweltverschmutzung, überregionalen und lokalen Aktionen für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit wie gegen Preiserhöhungen von kommunalen Dienstleistungen, in den Hochschulen um den Kern der demokratischen Studentenbewegung herum etc. hat sich in den letzten Jahren ein demokratisches Potential entwickelt, das partiell immer dann wirksam werden konnte, wenn es sich mit den entschiedenen fortschrittlichen Kräften in den Gewerkschaften und in den Parteien, vornehmlich in der SPD, gegen die Reaktion und gegen die opportunistischen Kräfte in den genannten Organisationen verbinden konnte. Hier wurden die eigentlichen Alternativen zur herrschenden Politik zumindest ansatzweise und punktuell artikuliert. Die DKP ist in diesem Spektrum sicherlich als ein wichtiger Faktor zu werten, der seinen Einfluß auf linkssozialdemokratische Gewerkschaftler und Intellektuelle bei einer stärkeren Differenziertheit der Argumentation und politischen Verhaltensweise vergrößern könnte. Gerade auf kommunaler Ebene gerieten die herrschenden Parteien mit ihren Scheinalternativen gegenüber der Bevölkerung durch die aktive Politik der Kommunisten in die Defensive.

Ein wichtiger Faktor war in dieser Konstellation, wie die Bewegung gegen die Berufsverbote zeigt, das demokratische Ausland, das gegenüber den reaktionären Tendenzen eine Sperrwirkung entfalten konnte, so daß der Spielraum der

fortschrittlichen Kräfte erhalten, wenn nicht sogar erweitert werden konnte. Hier liegt auch für die Zukunft der Ansatzpunkt für die Weiterentwicklung alternativer Vorstellungen mit realen Durchsetzungschancen. Hier ist der Angel- und Drehpunkt, der die SPD daran hindern kann, sich noch mehr nach rechts anzupassen und damit weiter am eigenen Grab zu schaufeln.

Zu 2.: Man hat im Wahlkampf bisweilen die These gehört, im Grunde sei es gleich für die fortschrittliche Bewegung, ob die CDU oder die sozialliberale Koaltion siege, ja ein Sieg der CDU wäre insofern günstiger, als sich die fortschrittliche Bewegung enger zusammenschließe und vor allem die Gewerkschaften kämpferischer und in diesem Zusammenhang die SPD linker würde. Solche Thesen gehen an der Gesetzmäßigkeit der gesellschaftlichen Entwicklung in der BRD und ihrer Rückwirkungen auf das gesellschaftliche Bewußtsein vorbei. Äußerlich mögen die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen in der insgeheim gewünschten Konstellation schärfer werden. Die SPD-Führung hätte sicherlich das eine oder andere systemkritischere Tönchen gewagt. Allerdings sozusagen ohne Veranwortung für die Folgen unter Hinweis auf die parlamentarischen Kräfteverhältnisse. Die Einsicht in die grundsätzliche Alternativlosigkeit der herrschenden sozialdemokratischen Politik wäre damit der Mehrheit der Bevölkerung jedoch verstellt oder zumindest erschwert worden. Sicherlich ist dies nach dem Sieg der sozial-liberalen Koalition vor allem durch die Möglichkeit des Hinweises auf den liberalen Partner nach wie vor möglich. Daß dies aber schwieriger sein wird, zeigen die gemessen an den Ziffern der herrschenden Parteien geringe, aber unter diesem Gesichtspunkt gewichtigen Stimmengewinne der DKP an bestimmten Schwerpunkten.

Die SPD-Führung ist gezwungen, in ihrer Politik die materiellen Interessen und die hieraus resultierenden politischen Erwartungen der Mitgliedschaft und der im Kontext gewerkschaftlicher Vorstellungen stehenden Wählermassen zu berücksichtigen. Je stärker das Bewußtwerden einer realen Alternative ihre Integrationspolitik durch Anbieten von Scheinalternativen brüchig macht, um so mehr muß sie demokratischen Forderungen nachgeben. Sicherlich würde dies auch eine CDU/CSU-Regierung nicht völlig negieren können. Sie könnte jedoch leichter und rücksichtloser auf die disziplinierende Variante staatsmonopolistischer Politik umschalten, was die Aktionsmöglichkeiten der demokratischen Kräfte mehr einschränken würde als in anderen Konstellationen.

Fazit: Dieser Wahlausgang zeigt gegenüber den früheren neuen Momente, die einen Anschluß an die gesellschaftlichen Entwicklungen und das Niveau der politischen Auseinandersetzungen in anderen westeuropäischen Ländern in einer kurzfristigeren Perspektive möglich machen, als man bisher angenommen hat. Daß dies kein selbsttätiger Prozeß ist, sondern vor allem von der Weiterentwicklung und der Reife derjenigen Kräfte abhängt, die hierzulande als Volksfront diffamiert werden, versteht sich von selbst.

Prof. Dr. Roderich Wahsner, Bremen

I

Die Wahl ist entschieden. CDU und CSU sind gestärkt daraus hervorgegangen. Sie haben sich mit antikommunistischer Demagogie, wie sie in keinem anderen westeuropäischen Land denkbar gewesen wäre, im Wahlkampf als Sammelbek-

ken der politischen Reaktion dieses Landes angeboten und waren damit erfolgreich. Ihr Hauptziel — den angestrebten Machtwechsel — haben sie trotzdem nicht erreicht.

Die parlamentarische Basis der sozial-liberalen Koalition ist schmaler geworden. Die Regierung wird, vom Austausch einiger Personen abgesehen, unverändert bleiben. Die Grundlinie ihrer Politik ebenfalls. Kein einziges der grundlegenden gesellschaftlichen Probleme hat die Wahlentscheidung einer Lösung näher gebracht. Die alten Aufgaben der demokratischen Opposition innerhalb wie außerhalb von FDP und SPD sind die neuen.

Den Kampf gegen die Berufsverbote und gegen politische Disziplinierung im öffentlichen Dienst und in den Betrieben verstärkt weiterführen, die Politik der Abrüstung und der internationalen Zusammenarbeit vorantreiben, die Gewerkschaften stärken im Kampf gegen Arbeitslosigkeit und steigende Preise im Kampf für humanere Arbeitsbedingungen und größere soziale Sicherheit, die konzentrierten Angriffe der Unternehmerverbände und ihrer Repräsentanten in CDU und CSU auf gewerkschaftliche Positionen zurückweisen, die gewerkschaftlichen Forderungen nach wirksamer Mitbestimmung und wirksamer Kontrolle wirtschaftlicher Macht unterstützen — das sind einige der wichtigsten Aufgaben auch in der nächsten Zeit. Vor allem wird es weiterhin darauf ankommen, der politischen Reaktion überall entgegenzutreten und — über Parteigrenzen hinweg und gegen alle Widerstände — die Zusammnarbeit all derer weiterzuentwickeln, die den Antikommunismus nicht nur — mit Thomas Mann — als „Grundtorheit dieses Jahrhunderts", sondern auch als eine in der Bundesrepublik leider immer noch sehr ernst zu nehmende Gefahr ansehn.

II

Im Wahlergebnis wird nicht erkennbar, daß das demokratische Potential in diesem Lande schwächer geworden wäre. Es besteht zwar kein Anlaß zum Jubel, aber auch kein Grund, den Kopf in den Sand zu stecken. Auch kleine Anzeichen von Veränderung sollten nicht übersehen werden.

Die Einbußen, die vor allem die SPD hinnehmen mußte, sind zweifellos nicht nur den rechten Parteien zugute gekommen. Die bescheidenen Stimmengewinne der DKP deuten an, daß die Kommunisten ihre, allerdings immer noch schwache, Position konsolidieren konnten. Ferner dürfte ein Teil der gegenüber der letzten Wahl um 50 000 auf über 350 000 angewachsenen ungültigen Zweitstimmen sowie der über 40 000 Zweitstimmen für Gruppierungen mit einer — wirklich oder scheinbar — linken Programmatik als Ausdruck eines — wenn auch hilflos-ohnmächtigen — demokratischen Protests gegen die Politik der sozialliberalen Regierung zu werten sein. Bei alledem ist schließlich zu berücksichtigen, daß die undemokratische 5%-Klausel eine wirklich freie Stimmabgabe für Parteien links von der SPD aufs schwerste behindert, weil alle, die gern so wählen würden, befürchten müssen und sollen, daß ihre Stimme bei der Sitzverteilung den schon starken rechten Parteien zugute kommen könnte. Interesse verdient in diesem Zusammenhang die Tatsache, daß die Zahl der Erststimmen für Direktkandidaten der DKP, die gegenüber 1972 um fast 25 000 (= 0,1 %) zugenommen haben, um über 50 000 höher liegt als die der Zweitstimmen für die Landeslisten der Partei. Der größte Teil dieser 50 000 Wähler dürfte die Zweitstimme der SPD gegeben haben, um das größere Übel einer CDU/CSU-Regierung zu verhindern. Diese Verteilung der beiden Stimmen auf SPD und DKP bringt — wenn auch unter dem Druck der 5%-Klausel erfolgt — objektiv zum Aus-

druck, daß die Abgrenzungspolitik der Sozialdemokratie gegenüber den Kommunisten auf Schwierigkeiten zu stoßen beginnt und daß die Zahl derjenigen zunimmt, innerhalb wie außerhalb von SPD und FDP, die eine Ausweitung der auf unterer Ebene und in Teilbereichen schon jetzt praktizierten Zusammenarbeit mit den Kommunisten nicht nur als wünschenswert, sondern als langfristige Alternative zur jetzigen Situation ansehen. Fortschritte in diese Richtung hängen allerdings auch davon ab, ob die DKP stärker als bisher Anschluß findet an die Entwicklung derjenigen kommunistischen Parteien, die — in den Ländern Westeuropas — unter in etwa vergleichbaren Bedingungen eines hochentwickelten Kapitalismus arbeiten.

III

Der Aufruf zur Bundestagswahl 1976, der von einem Kreis von Bremer Hochschullehrern ausging und der u. a. von Abendroth, Bloch, Gollwitzer, Jens, Kade, Niemöller, Ridder und Wulff mitunterzeichnet wurde, war — trotz einiger Pannen bei der Veröffentlichung in den „Blättern" und in der DVZ — ein nicht ganz fehlgeschlagener bescheidener Versuch, als Vorbedingung für die langfristig notwendige Zusammenarbeit mit den Kommunisten die gegenwärtige Diskriminierung der DKP zu durchbrechen. Die Reaktionen auch auf die Anzeige in der „Frankfurter Rundschau" zeigen, daß der Aufruf von vielen verstanden worden ist. Mehrere Unterschriften sind noch nachträglich eingegangen. Eine Zuschrift schließt mit der Aufforderung, „diesen Weg weiterzugehen".

Wir sollten ihn weitergehen trotz der Fehler, die beim ersten Versuch gemacht wurden. Anregungen und Kritik, die den Initiatoren des Aufrufs von verschiedenen Seiten zugegangen sind, werden hilfreich sein, ähnliche Fehler künftig zu vermeiden.

Günter Wallraff, Köln

Die Stimm-Abgabe hat stattgefunden, was keineswegs mit Stimm-Aufgabe verwechselt werden sollte. Jetzt ist es an der Zeit, unabhängig von wahltaktischen Überlegungen zum eigentlichen politischen Handeln überzugehen. (Wie viele Linke, habe auch ich bei der Wahl meine Stimme schließlich der SPD gegeben — aber nicht übereignet —, um dem Rechtsruck einer Regierungsübernahme durch Strauß und Kohl entgegenzutreten, aber nicht um Schmidt zu autorisieren, die Bundesrepublik weiter nach rechts abdriften zu lassen.

Heute zeichnet sich nun immer deutlicher ab, daß — jetzt auch unter ausdrücklicher Berufung auf die knappe Mehrheit im Bundestag — der Kurs der Anpassung nach rechts fortgesetzt werden soll. Es wäre aber genau die falsche Reaktion, wenn die Linke sich durch das Beinahe-Patt im Bundestag zu einer Haltung des politischen Stillhaltens und „Überwinterns" verleiten ließe.

Gerade die verstärkte Tendenz zu einer verschleierten Allparteienkoalition in Bonn („SPD — beste CDU die's je gab") erfordert eine breite und massive Aktivierung außerparlamentarischer Kräfte, ohne die auch fortschrittliche Auffassungen innerhalb der Regierungsparteien immer mehr an die Wand gedrückt werden. Daß eine solche demokratische Mobilisierung durchaus auch unter den Bedingungen der Bundesrepublik Erfolge haben kann, hat zuletzt die Durchsetzung der Entspannungspolitik 1970—1972 unter ähnlich knappen Mehrheitsverhältnissen in Bonn gezeigt; eine breite demokratische Bewegung hat dabei sowohl Anstoß geben als auch wiederholt nachhelfen müssen.

Diese Bewegung, die Zusammenarbeit der unterschiedlichen in ihr vertretenen Kräfte, muß entschieden weiterentwickelt werden. Die Gegner der Entspannung haben noch längst nicht aufgegeben. Und sie sind die gleichen, die innenpolitisch soziale Demontage und die Aushöhlung der Demokratie betreiben (Berufsverbote sind die erschütterndsten, aber bei weitem nicht die einzigen Beispiele in der Bundesrepublik) und die jeden, der sich Stillhalte-Erlassen und Denk-Verboten nicht fügen will — ob in Betrieben oder Schulen, in Ämtern wie in Zeitungen und Rundfunkanstalten oder wo auch immer —, zum Staatsfeind stempeln und politisch vernichten wollen.

Die deutsche Geschichte zeigt besonders deutlich, daß die politische und soziale Entmündigung der Bevölkerungsmehrheit immer mit dem Versuch beginnt, das demokratische „Frühwarnsystem", die sogenannten Radikalen, auszuschalten. Die Verteufelung, die versuchte Isolierung und Kriminalisierung der Kommunisten und anderer entschiedener Demokraten ist aber immer nur der Anfang. Kommt es in dieser Situation nicht zu einer gemeinsamen Abwehrfront aller potentiell Betroffenen, d. h. eben aller Demokraten, dann werden sie der Reihe nach einzeln erledigt — Kommunisten, Sozialdemokraten und Liberale, Gewerkschafter ebenso wie sozial engagierte Christen.

Der Antikommunismus ist nach wie vor das bewährteste Mittel, um der Offensive der Rechten zum Durchbruch zu verhelfen. Unter anderen Bedingungen (aber durchaus mit bezeichnenden Parallelen zur Entwicklung in den ersten Jahren des nachfaschistischen Deutschland) habe ich die Funktion des Antikommunismus in Portugal geradezu modellhaft erleben müssen. In gleichem Maße, wie der Antikommunismus angefacht wurde, geriet die mit soviel Hoffnungen verbundene Bewegung des 25. April 1974 ins Stocken. Erst das Gegeneinanderaufbringen von Sozialisten und Kommunisten ermöglichte es den in Portugal scheinbar am Boden liegenden Rechtskräften, zur „Gegenreformation" überzugehen. Soares, der Schrittmacher und derzeitige Vollstrecker dieser Entwicklung, der seinerzeit noch mit verbal weitgehenden Sozialismus-Bekenntnissen angetreten ist, aber unter der Flagge des Antikommunismus, meidet in neuesten Regierungserklärungen bereits den Begriff „Sozialismus" und setzt die Gewerkschaften unter massiven Druck.

An dem Versuch, Portugal eine Art „Modell Deutschland" zu verschreiben, haben alle herrschenden Parteien der Bundesrepublik entscheidenden Anteil — eine Herausforderung nicht nur für die Portugiesen, sondern auch für alle demokratischen Kräfte in der Bundesrepublik!

Prof. Dr. Erich Wulff, Hannover

Der Wahlkampf in der Bundesrepublik ist zu Ende gegangen. Dregger als Innenminister, Carstens als Außenminister und Strauss als heimlicher Kanzler sind uns erspart geblieben.

Die Bundesregierung und die Parteien der Koalition, die sie tragen, brauchen auf kurzfristige wahltaktische Erwägungen, die im letzten halben Jahr manche Aktionsbündnisse schwierig gemacht haben, weniger Rücksicht zu nehmen. Aufgabe der demokratischen Kräfte in unserm Lande wird es sein, ihre Forderungen in der Öffentlichkeit, aber auch der Bundesregierung gegenüber jetzt ganz klar zum Ausdruck bringen. Im innenpolitischen Raum zählt zu diesen Forderungen

vor allem, den Abbau der freiheitlichen Rechte in unserm Land zu stoppen, in den letzten Jahren hier verloren gegangenes Terrain wiederzugewinnen. An erster Stelle müssen wir hier für die Beseitigung der Berufsverbote kämpfen.

Dies hat seine Bedeutung auch für die antiimperialistische Solidaritätsbewegung. Solange jemanden bei seiner Bewerbung zum Öffentlichen Dienst — und seit einiger Zeit auch nicht nur dort — vorgehalten werden kann, er habe an Chile- oder Südafrikademonstrationen teilgenommen, wird es schwer sein, das Potential an Solidarität zu mobilisieren, das für eine wirkungsvolle Arbeit gebraucht wird. Die Aufgaben, die hier anliegen, haben sich nicht wesentlich verändert. Chile ist immer noch unsere Hauptsorge. Vom 24.—26. Nov. 1976 werden deshalb auch — in Bonn und Nürnberg — zum Gedenken auch an den 30. Jahrestag der Urteilsverkündung beim Nazi-Hauptkriegsverbrecher-Prozeß — Hearings veranstaltet, die den verbrecherischen Charakter der Militärjunta in Chile für die Bürger unseres Landes noch deutlicher machen sollen.

An zweiter Stelle steht die Solidarität mit den Völkern des südlichen Afrikas. Nachdem der Imperialismus hat erkennen müssen, daß er seine klassische Kolonialpolitik in der besonders widerwärtigen Form der Apartheit in Teilen dieser Gebiete — so in Namibia und Rhodesien — nicht mehr aufrecht erhalten kann, versucht er — repräsentiert durch Kissinger — eine Übernahme der Macht durch afrikanischen Klienten zu erreichen, die der neokolonialistischen Ausbeutung Tor und Tür öffnen sollen. Die Völker des südlichen Afrikas haben die Pläne der USA und der andern imperialistischen Mächte klar erkannt und sie entschieden abgelehnt. Unsere Aufgabe ist es, diese Position auch in unserm Lande verständlich zu machen.

Im Nahen Osten haben die fortschrittsfeindlichen Kräfte in den letzten Monaten erheblich an Boden gewinnen können. Der palästinensische Widerstand ist, schon 1971 in Jordanien, von der physischen Liquidation durch die libanesischen Rechtskräfte und die sie unterstützenden syrischen Truppen bedroht. Wenn wir uns auch über unsere Machtlosigkeit angesichts dieser Lage nicht hinwegtäuschen lassen dürfen, unsere Solidarität gehört mehr denn je dem arabischen Volk von Palästina in seinem Kampf. Für diesen Kampf in einem Land Verständnis zu werben, dessen Massenmedien die Palästinenser pauschal als „Terroristen" diffamieren, und in dem die Tendenz besteht, die eigenen Verbrechen gegen das jüdische Volk während des Faschismus durch eine blinde Parteinahme für Israel aus dem Bewußtsein zu verdrängen, ist sicher schwieriger als nahezu überall anderswo.

Die demokratischen Kräfte in unserm Land haben sicherlich nun für ihre Arbeit einen — durch das relative Anwachsen der Rechtskräfte — eingeengten Spielraum. Diesen gilt es jedoch um so entschiedener zu nützen.

Die Bundesrepublik – Insel der Reaktion in Europa*)

Von Helmut Gollwitzer

Meine Damen und Herren,

zunächst habe ich mich eines Auftrages zu entledigen: Gustav Heinemann, der wegen einer Erkrankung verhindert ist, hier zu sein, möchte neben seinem schriftlichen Grußwort, das Sie auf den Einladungen gelesen haben, auch mündlich hiermit grüßen lassen und der Veranstaltung die Wirkung, die wir wünschen, ebenfalls wünschen im Sinne seines schriftlichen Grußwortes.

Nun zur Sache. Die Angehörigen meiner Generation sind im Laufe ihres Lebens Zeugen mehrfacher, rascher Umwälzungen des politischen und geistigen Klimas in unserem Lande geworden.

Die Veränderung der letzten 4 Jahre — „Tendenzwende" oder „Rechtsruck" genannt — ist vielleicht darum die Eigenartigste. Denn hier hat nicht eine massive äußere Ursache die Veränderung bewirkt, nicht ein verlorener Krieg oder die Machtergreifung einer totalitären Partei.

Die wirtschaftliche Rezession, gewiß, hat die äußeren Verhältnisse geändert. Aber sie ist ja alles andere als eine Rehabilitierung des kapitalistischen Systems; sie ist im Gegenteil eine Widerlegung des apologetischen Optimismus, mit dem es von seinen Verteidigern als das bestmögliche System gerechtfertigt wurde und noch wird, und ist eine Bestätigung der Systemkritik, die zum zentralen Inhalt der linken Protestbewegung gehörte.

Anfang 1966 erntete Rudi Dutschke noch Lachen bei seinen Genossen für die Voraussage von demnächst 600 000 Arbeitslosen. Bei der damaligen Rezession wurde diese Voraussage nicht bestätigt; heute aber gewöhnt man uns systematisch daran, daß wir uns mit einer strukturellen Arbeitslosenzahl hoch über Dutschkes Prophezeiung abfinden müßten und daß die frühere Vollbeschäftigung künftig ein unerreichbares Ideal bleiben werde. Die Verelendung des Lebens nimmt zu, das Schulelend macht die ganze neuere pädagogische Literatur zu Makulatur, zerstört unsere Kinder und unsere Jugendlichen. Diese Gesellschaft kann nicht einmal mehr das leisten, was frühere privilegierte Schichten zur Verteidigung von Klassenherrschaft motiviert hat: die gesicherte, privilegierte Zukunft ihrer eigenen Kinder.

Jugendarbeitslosigkeit in den Unterschichten und akademisches Proletariat kennzeichnen die Zukunftslosigkeit, zu der die Gesellschaft ihre eigene Jugend verdammt.

Die Zustände im Gesundheitswesen und die psychiatrische Versorgung schreien zum Himmel. Der Schutz von Boden und Landschaft mißlingt, und ein neuer Wirtschaftsboom würde das Unbewohnbarwerden unserer Städte und ihrer Umgebung nur noch steigern.

*) Dieser Aufsatz ist gleichzeitig in Nr. 27 der „Hefte zu politischen Gegenwartsfragen" des Pahl-Rugenstein Verlags erschienen (Gustav W. Heinemann / Helmut Gollwitzer / Georg Benz / Jean Améry / Klaus Fritzsche, Reden gegen das Berufsverbot). D. Red.

Es geht allseitig abwärts mit unserer Lebensqualität, und dieser Abwärtsgang ist es, den wir mit der unsere Arbeit und unsere Mittel auffressenden Rüstung schützen. Das alles haben die Jüngeren in Sorge um ihre eigene Zukunft damals deutlicher gesehen als die Älteren. Darum schlugen sie los und schlugen um sich und gingen auf die Straße, und wie recht sie damit hatten, spürten auch die Älteren, auch die Etablierten. Deshalb wurden sie unsicher, ließen sich auslachen und Farbbeutel an den Kopf werfen und versuchten, sich mit Angeboten einiger Reformen aus der Schlinge zu ziehen. Das Establishment geriet in die Defensive, „links" war „in", die Vokabeln der Protestbewegungen sickerten ein in die Umgangssprache; wer da nicht Konzessionen machte, konnte sich kaum halten.

Als die Wirtschaftskrise kam, wirkte sie nicht als weiterer Auftrieb. Sie brachte zwar neue Dringlichkeiten der Systemveränderung, neue Argumente dafür. Aber statt dessen erlahmten Protest und Reformforderung. „Systemveränderer" ist in diesem Verelendungssystem nicht mehr ein attraktives, sondern ein abschreckendes Etikett. Wählerstimmen kann sich versprechen, wer Erhaltung des Status quo verspricht. Bischöfe bekennen ungescheut die Identität der Interessen von Kirche und Kapital. Wer noch linke Gedanken vorträgt, muß seiner Antiquiertheit wegen überlegenes Lächeln fürchten. Bald wird das Ho-Tschi-Minh-Plakat als nostalgisches Relikt über dem Bürgersofa hängen; denn „konservativ" ist „in", die Schlagenden Verbindungen nehmen zu, und bei Eltern, Bürokraten, Parteien und Kirchenleitungen breitet sich erleichterte Freude darüber aus, daß sich die Demonstrationsgeneration aufgelöst hat und daß die nächstjüngere Generation wieder brav, strebsam, religiös und unpolitisch ist — oder mindestens zu sein scheint.

Wie ist es zu dieser Zurückdrängung der ersten großen linken Bewegung in der deutschen Jugend seit 1848 gekommen, da nicht massive äußere Ursachen, auch nicht brutale Niederschlagung — wie damals 1848/49 — dafür genannt werden können? Der Wechsel der Mode mag beigetragen haben; denn die kapitalistische Vergeudungswirtschaft lebt vom Wechsel der Mode, und dies hat auch geistige Wirkungen.

Die Analyse der Ursachen, die nicht Aufgabe dieser Stunde ist, wird auch Anklagen enthalten an verschiedene Adressen, von denen ihres Programms und Anspruchs wegen Besseres zu erwarten war. Also besonders Anklagen an die SPD, die Kirche, die zuerst auf der Woge der Reformdringlichkeit schwimmende sozialliberale Regierung. Wichtiger aber ist für uns jetzt, uns einige Erkenntnisse klarzumachen, die wir aus den Erfahrungen dieser zehn Jahre gewinnen können.

Die erste Erkenntnis besteht darin, daß wir mit einer viel stabileren Gegenmacht zu kämpfen haben, als damals viele meinten: mit der Macht ungeheurer Interessen, an denen von oben nach unten auf vielfältige Weise partizipiert wird, dazu mit der Macht von Trägheit, Gewöhnung und Veränderungsangst, die für jene Interessen leichter zu mobilisieren ist, als sich der Wunsch nach Besserung auch bei den von der Verelendung zunehmend Betroffenen wachrufen läßt.

Die zweite Erkenntnis besteht darin, daß die tatsächlich Macht habenden Gruppen in dieser Gesellschaft zwar unfähig sind, in dem Maße für die Zukunft zu planen, wie es heute nötig wäre; daß sie aber sehr wohl fähig sind, zur Sicherung ihrer eigenen Gegenwart prophylaktisch zuzuschlagen, potentielle Bedroher ihres privilegierten Status zu Aussätzigen zu stempeln und sich damit zugleich für jene vorübergehende Verunsicherung und Beleidigung kräftig zu rächen.

Daraus folgt als dritte Erkenntnis die von der Ambivalenz der bürgerlichen Gesellschaft, wie sie im Grundgesetz der BRD ihren Ausdruck gefunden hat.
Wir stehen zu diesem Grundgesetz und vor allem zu seiner eigentlichen Substanz, den von ihm selbst als unaufhebbar — also auch nicht durch Parlamentsmehrheit aufhebbar — erklärten Grundrechten der Bürger. Sie sind die grundlegende Selbstdefinition unseres Staates, in unserer deutschen Geschichte noch nie so dagewesen. An ihnen ist die Verfassungswirklichkeit zu messen. Sie müssen wir mit Klauen und Zähnen verteidigen und zugleich für ihre Realisierung arbeiten, und eben darum geht es auch im Kampf gegen „Radikalen"-Erlaß und Berufsverbote.

Zur Vermeidung von Illusionen muß aber klar sein: die Zusage der Grundrechte für alle geschah auch in unserem Grundgesetz nicht in revolutionärem Bruch, sondern — wenn auch in strikter Absage an die faschistische Perversion — in Kontinuität zu den Grundstrukturen der bürgerlichen Gesellschaft, und die sind nicht die Verwirklichung des großen Versprechens von 1789: „Freiheit — Gleichheit — Brüderlichkeit", sondern es sind hierarchische Strukturen zur Sicherung von Privilegien-Unterschieden. Dadurch ist die bürgerliche Gesellschaft immer von dem Dilemma begleitet: *entweder* ihrem Programm gemäß dem Mehrheitswillen in freien, gleichen und geheimen Wahlen die Entscheidung über den Zukunftsweg zu überlassen, auch wenn die Mehrheit sich für eine Beseitigung der bürgerlichen Privilegien, also für irgendeine Form von Sozialismus entscheidet — *oder* ihre gegenwärtige Macht dafür auszunützen, daß die Mehrheit gar nicht auf diesen naheliegenden, aber gefährlichen Gedanken kommt, und dann, wenn sich dieser Gedanke gefährlich ausbreiten sollte, die Mehrheitsentscheidung überhaupt abzuschaffen.

Wenn die Illusionen vom Wohlstandsstaat für alle, von Vollbeschäftigung und Chancengleichheit in der Krisenzeit sich aufzulösen beginnen, muß man besonders wachsam sein und Träger von gefährlichen Gedanken, Phantasten, die von einer besseren Gesellschaft träumen, Anreger von Alternativen so diffamieren oder notfalls eliminieren, daß keine Ansteckungsgefahr mehr von ihnen ausgeht.

Wenn aber dennoch das mit der Verfassung geschmückte, aber noch widersprechende Haus des gesellschaftlichen Privilegiensystems ins Wanken gerät, dann „muß notgedrungen das Ultimatum des Militärs folgen", das „seinen verfassungs- und gesetzmäßigen Auftrag erfüllt, durch die Machtübernahme Ordnung, Sicherheit und Ruhe im Lande wieder herzustellen." So heißt es soeben in einem Artikel der „Deutschen Corps-Zeitung" des Kösener-SC-Verbandes [1]). Gemeint ist das chilenische Militär. Spanien und Deutschland in den dreißiger Jahren, Griechenland, Indonesien und Chile in den letzten fünfzehn Jahren sind Beispiele unter vielen anderen, wie das Militär, d. h. seine Befehlshaber, den ihrem Willen unterworfenen Befehls- und Waffenapparat als Instrument der herrschenden Klasse angesehen haben. Denn in allen diesen Staaten war die „Ordnung, Sicherheit und Ruhe" ja nie die von unten geforderte Ordnung, die Sicherheit vor Hunger, Arbeitslosigkeit und Auspressung, sondern immer die Privilegordnung, die Sicherheit der privaten Verfügungen über die Produktionsmittel, die Ruhe vor den Forderungen der Einlösung der demokratischen Versprechungen.

Spätestens seit der faschistischen Machtergreifung in Chile wissen wir, daß sich an dieser nur bedingungsweisen Bejahung der Demokratie, also der Volksherr-

[1]) „Frankfurter Rundschau" v. 5. 5. 1976.

schaft durch Mehrheitswillen, nichts geändert hat, spätestens seit der mehr oder weniger offenen Bejahung des chilenischen Militärputsches durch die Sprecher der CDU/CSU und der ihr nahestehenden Kreise, wie dieser Schlagenden Verbindungen. Der Lateinamerika-Experte der CDU, Heinrich Gewandt, sagte es kürzlich klar heraus: „Wenn Sie wählen müßten zwischen dem Regime der Unidad Popular und dem des heutigen Chile, für welches würden Sie sich entscheiden?" Er antwortete nicht als Demokrat: das Volk soll durch Abstimmung entscheiden, sondern er antwortete: „Nie für die Unidad Popular" [2]). Vor die Wahl gestellt also deutlich: Lieber Faschismus mit Massenhinrichtungen, Folter, KZ, Arbeiterentrechtung und Massenhunger zur Erhaltung der Privilegienstruktur — als Sozialismus.

Die Frage, die von unserer Presse und unseren Politikern ständig den italienischen Kommunisten gestellt wird, um das antikommunistische Mißtrauen zu erhalten — nämlich ob sie dann, wenn der Mehrheitswille, der sie in die Regierung gebracht hat, sich einmal gegen sie wenden sollte, auch wieder den demokratischen Spielregeln gemäß aus der Regierung weichen würden —, diese Frage ist von unseren Rechten durch ihre Zustimmung zum chilenischen Putsch und durch ihre Nekrologie auf Franco schon deutlich beantwortet. Unbedingte Bejahung demokratischer Spielregeln wird nur von den Sozialisten und den Kommunisten gefordert; für unsere rechtstendierenden Kreise gilt die Bejahung der Demokratie nur bedingungsweise, nur solange daraus keine Gefährdung der Besitzverhältnisse resultiert. Und damit es nicht so weit kommt, daß man eines Tages wieder einmal „notgedrungen" die gefährlich gewordene Demokratie abschaffen muß, damit linke Minoritäten nicht eines Tages zu Majoritäten werden, müssen schon vorher einzelne demokratische Regelungen abgeschafft werden, muß der Spielraum der Bürgerfreiheit so eingeschränkt werden, daß der Wunsch nach Systemveränderung sich auch dann nicht ausbreitet, wenn die Kosten des gegenwärtigen Systems Millionen Menschen auf verschiedenste Weise zunehmend die Lebensluft abschnüren — und die obersten Gerichte, die die Verfassung schützen sollen, lassen sich dazu verwenden.

Dieser Widerspruch ist — das läßt sich nicht leugnen — schon in das Grundgesetz eingebaut, gemäß der Mentalität seiner Verfasser. Immer mehr wird zur „herrschenden Meinung" unserer Juristen, d. h. unserer Staatsrechtler, die ja selbst der privilegierten Schicht angehören, eine Auslegung des Grundgesetzes von seinem Art. 14 aus, in dem der Schutz des Eigentums (also auch des Eigentums an Produktionsmitteln) zugesichert wird. Von daher läßt sich z. B. paritätische Mitbestimmung, ein neues Presserecht und ein neues Bodenrecht als verfassungswidrig bezeichnen, und das heißt, daß die Demokratisierung der Betriebe, die Erhaltung der Reste der für die Demokratie lebenswichtigen Pressefreiheit und jede Rettung unserer Landschaft vor den Folgen des jetzigen Bodenrechtes illusorisch werden [3]).

Wer sich also, wie es richtig ist, auf das Grundgesetz beruft und auf frühere Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts, die die Entscheidung zwischen den privatwirtschaftlichen und einem irgendwie sozialistischen System als vom Grundgesetz offengelassen erklären, der muß sich dieses Widerspruchs bewußt sein, auch der Spannung zwischen dem erwähnten Artikel 14 GG und dem Artikel 15 GG, der von der Sozialverpflichtung des Eigentums und der Möglichkeit seiner Überführung in Gemeineigentum spricht — der muß das Grundgesetz auslegen von seinen Grundversprechungen in den Grundrechten für alle her, von

2) „Chile-Nachrichten", Nr. 36 v. 20. 4. 1976.
3) Vgl. Wolfgang Däubler, „Demokratischer Sozialismus — verfassungswidrig?" in: „Forum DS", 1/1976, S. 41—46.

seinem Freiheitsversprechen, das nicht nur die Freiheit einiger, etwa der Unternehmer, sondern die Freiheit, die freie Entfaltungsmöglichkeit und Mitbestimmung aller meint.

Es zeigt sich daran: Nicht nur die Demokratie, sondern auch ihre geltende Verfassung, das Grundgesetz, ist nicht ein selbstverständlicher, unverlierbarer Besitz. Erhaltung und Realisierung müssen täglich neu erkämpft werden gegen mächtige Widerstände, die sie zur bloßen Fassade aushöhlen wollen. Die „herrschende Meinung" der Juristen ist nur ein Beispiel der Widerstände und der dahinterstehenden, mächtigen Interessen, die die Macht der Gegenaufklärung, also der Verblendung, in solchem Maße haben, daß ihnen immer wieder gelingt, die Volksmassen so weit zu bringen, daß sie sich ihre Metzger selber wählen. Wie sie für Kaiser, Führer und immer fürs Kapital in den Krieg zogen, so wählen viele von ihnen immer noch und wieder die Parteien des Kapitals, entgegen ihren eigenen Interessen, und sehen die Enteigner ihres Lebens bei den „Systemveränderern" und nicht bei unserem Wirtschafts-System, das zunehmend als Enteignungs-System sich enthüllt.

Die Folgerung aus dem Ganzen (und die *wahre* Lehre von 1933!) demokratische Grundrechte sind für privilegierte Schichten immer nur ein bedingter Wert. Begrenzt konzediert, solange damit nicht die Privilegierung gefährdet wird — ein unbedingter Wert aber für die Nichtprivilegierten, für die sogenannten „breiten Massen", für die da unten, mit zunehmender Proletarisierung, das heißt mit zunehmender Verwandlung von selbständig Arbeitenden in unselbständig Arbeitende, für die meisten von uns. An der realen Demokratie hängt unsere Mitbestimmung im öffentlichen Leben, damit wir mehr sind als nur Kapitalfutter, Produktionsfutter und Kanonenfutter, damit wir wirklich eine Gesellschaft freier Menschen werden.

Das ist unmöglich, wenn die Presse durch technische Entwicklung und Kapitalinteressen gleichgeschaltet wird — wenn das Bundesverfassungsgericht sein verfassungsmäßiges Privileg, über die Verfassungsfeindlichkeit zu entscheiden, aufgibt und die Entscheidung dem Kartell der drei sogenannten staatstragenden Parteien und der Willkür der Behörden überträgt — wenn der Spielraum der politischen Diskussion und die Phantasie für Alternativen so eingeschränkt wird, daß schon abweichendes Denken gefährlich wird. Dann wird die Bundesrepublik in Europa eine Maulkorbinsel, eine Insel der Verdummung, ein „langweiliger und gefährlicher Staat" [4]).

Was die Demokratie braucht, ist eine aufgeklärte und couragierte Bürgerschaft. Ohne sie geht sie zugrunde. Was bei uns geschieht — vom Radikalenerlaß bis zum jetzigen Bundestagswahlkampf — ist systematische, antidemokratische Verdummungs-Politik. Der Antikommunismus, der sich nicht mehr politisch mit den von den Kommunisten vertretenen Problem-Lösungen auseinandersetzt, sondern die Kommunisten als aussätzig tabuisiert, in Wirklichkeit aber Antisozialismus ist, dem dient auch das Bemühen, anstelle einer aufgeklärten Beamtenschaft eine obrigkeitsstaatliche zu schaffen, die nach oben buckelt und nach unten tritt. Das Grundgesetz verlangt eine Beamtenschaft, die ständig dazu erzogen wird, eifersüchtig über den wahren Sinn der freiheitlich-demokratischen Grundordnung zu wachen, die Rechte der Bürger zu schützen, sie möglichst auszuweiten und sie nicht einer angeblichen Staatsräson zu opfern. Stattdessen proklamiert das Bundesverfassungsgericht die Einschränkung der Grundrechte der Beamten und will sie mit Berufung auf das aus dem Obrigkeitsstaat Hergebrachte wieder zu besinnungslosen Obrigkeitsdienern machen.

4) Erich Kuby, in: „Frankfurter Hefte", 4/1976.

In deutscher Gründlichkeit dehnt man das dann gleich noch auch auf den ganzen öffentlichen Dienst, also auf Millionen von Staatsbürgern, die als Arbeiter und Angestellte im öffentlichen Dienst tätig sind, aus. Ihnen allen sollen die Grundrechte eingeschränkt werden. Immer wieder hört man auch von Kritikern des Radikalenerlasses den zugestehenden Satz: Selbstverständlich müsse verhindert werden, daß Verfassungsfeinde in den öffentlichen Dienst kommen. Abgesehen von der Willkürlichkeit, mit der hier Menschen ohne Rücksicht auf die Bestimmungen des Grundgesetzes zu Verfassungsfeinden gestempelt werden — wieso eigentlich sollen Leute, die lieber eine andere Verfassung hätten, mit diesem Wunsche aber keine Straftaten begehen, nicht Friedhofswärter, Raumpflegerinnen, Techniker, Ärzte im öffentlichen Dienste sein? Und wenn sie es hier nicht sein dürfen — wieso eigentlich irgendwo anders? Wieso dann auf kirchlichen Friedhöfen, in privaten Krankenhäusern, in Redaktionen und Verlagen? Sind sie dort gefährlich, dann auch hier. Die Konsequenz ist also die totale Ausmerzung aller Andersdenkenden.

Deshalb muß zunächst einmal diese generelle Vokabel „öffentlicher Dienst" weg, und als nächstes das allgemeine Reden von der Beamtenschaft. Wenn eine Regierung meint, sie könne in der gegenwärtigen internationalen Lage Beamten, die Kommunisten sind, nicht genügend trauen, dann braucht sie sie ja nicht an Verschlußsachen heranzulassen (wobei es sich lohnt, daran zu erinnern, wie viele Geheimnisbrüche die sozialliberale Regierung schon von CDU-Beamten erfahren hat!). Das ist eine einfache Frage der Arbeitszuteilung. Wieso ein Beamter, der Fahrdienstleiter bei der Bundesbahn, Leiter einer Postdienststelle oder eines Wasserwerks ist, in seinem Dienst nur deswegen unzuverlässig wäre, weil er Kommunist ist, ist nicht einzusehen. Kein westeuropäisches Land, in dem das gang und gäbe ist, hat hierin einschlägige Erfahrungen gemacht, die die westdeutschen Befürchtungen bestätigen würden; und wo kommunistische Spione enttarnt wurden, waren diese ja gerade nicht Mitglieder der DKP, sondern tarnten sich wohlweislich als eifrige Antilinke — wie Guillaume.

Diese Befürchtungen sind nichts anderes als irrationale Hexenangst, und die nun gerade auf dem größten betroffenen Gebiet, nämlich bei Schulen und Hochschulen. „Möchten Sie denn, daß Ihr Kind von einem kommunistischen Lehrer unterrichtet wird?" wird man oft genug gefragt, und kann darauf nur gelassen antworten: „Wieso denn nicht, wenn er ein guter Lehrer ist?"! In unserem weltanschaulichen und politischen Pluralismus müssen christliche Eltern ihre Kinder von atheistischen Lehrern, evangelische Eltern ihre Kinder von katholischen Lehrern, linke Eltern ihre Kinder von rechten Lehrern unterrichten lassen und umgekehrt, und das ist gut so, eben das gehört zu einer aufgeklärten Demokratie. Die einzige Forderung kann sein, daß er ein guter Lehrer ist, und dazu gehört, daß er ein verantwortlicher Pädagoge ist, d. h. ein Erzieher, der die Schüler zu selbständigem, kritischem Denken, auch ihm gegenüber, erzieht und sie also nicht mit seinen Auffassungen indoktriniert. Und freilich, selbst wenn einer das ab und zu als Katholik, Kommunist oder CSU-Mensch höchst unpädagogisch täte — wenn die Kinder sonst in Schule und Elternhaus zu selbständigem Denken erzogen werden, wird ihnen auch das nicht schaden. So wie ich von mir glaube sagen zu dürfen, daß mir die zwei eifrig indoktrinierenden Lehrer, von denen der eine sehr schwarzer Katholik und der andere wütender Nationalist war und die beide fachlich ausgezeichnete Lehrer waren, nicht geschadet, sondern mich gefördert haben, durch den guten Fachunterricht und die geistige Auseinandersetzung mit ihnen.

Wieder ist es irrationale Hexenangst, Ansteckungsangst, die den Lehrer mit kommunistischen Anschauungen als *die* große Gefahr für die Kinder erscheinen läßt. Dabei ist die Bemerkung nicht überflüssig: in *keinem* der vielen mir bekanntgewordenen Berufsverbote wurde den Betroffenen Verletzung dieses einzigen Kriteriums für einen Lehrer — der pädagogischen Fähigkeit und Verantwortung — zum Vorwurf gemacht, immer nur seine formelle Mitgliedschaft bei einer politischen Gruppierung.

Häufig bewiesen die Solidaritätsproteste nicht nur der Schüler, sondern auch der Kollegen und Eltern, die doch überwiegend sicher keine Kommunisten sind, daß die pädagogische Verantwortung nicht verletzt worden war, und die Behörden mußten das oft genug zugeben. Diese Hexenangst wird bei uns künstlich geschürt, aus sehr erkennbaren Interessen, und sie ist Neuauflage früherer Hexenangst — damals gegen Juden oder Andersgläubige —, der mit den Grundrechtsartikeln des GG gerade abgeschworen werden sollte. Denn sie ist eine der größten Gefahren einer demokratischen Gesellschaft, manipulierbar im Dienste der Entdemokratisierung. Sie — und der Niederschlag, den sie in der Radikalenverfolgung bei uns gefunden hat — ist es, gegen die die wahre Solidarität aller Demokraten sich endlich erheben muß.

Kontinuität und Konzentration

Die Präsidentschaftswahlen und die Perspektiven US-amerikanischer Außenpolitik

Von Bernd Greiner

I

Am 2. November 1976 sind 150 Millionen Amerikaner zur Präsidentschaftswahl aufgerufen. Wesentliche politische Alternativen stehen nicht zur Wahl. Für die BRD sind, angesichts der engen Anbindung der Politik Bonner Parteien an Washington, vorrangig die Konstanten und Variablen der außenpolitischen Strategie der USA unter dem Aspekt der Wahlen und darüber hinaus von Interesse. Eine Einschätzung dieser Wahl sollte von folgenden Gesichtspunkten ausgehen: Die Republikanische wie die Demokratische Partei sind bundesstaatlich organisierte Wahlkoalitionen ohne festgefügten Parteiapparat, aber auch ohne verbindliche Grundsatzprogramme, die über ein allgemeines Bekenntnis zum „American Way of Life" hinausgehen. Beiden gemeinsam ist die rückhaltlose Bejahung des amerikanischen Kapitalismus. Strittig sind allein die Mittel zur effektivsten Verwaltung und Aufrechterhaltung dieser Gesellschaftsordnung. Als Anhänger des traditionellen „Laissez-faire" verteidigen die Republikaner die „Eigen-

initiative des bürgerlichen Individuums", d. h. das ungehinderte Wirken kapitalistisch-marktwirtschaftlicher Prinzipien. Regierungseingriffe in die Wirtschaft zielen auf die Sicherung und Ausweitung der Profite der Großindustrie, während die Lösung sozialpolitischer Fragen gemeinnützigen Institutionen, den Kirchen und der individuellen Selbsthilfe überlassen bleibt. Die stärkere Betonung der Sozialgesetzgebung und der Rassenintegration hingegen brachte spätestens seit Franklin D. Roosevelts „New Deal" der Demokratischen Partei die Unterstützung der Gewerkschaften und der Minoritäten.

Diese Kriterien sind auch am ehesten dazu geeignet, die Unterschiede in den diesjährigen Wahlkampfprogrammen zu bestimmen. Die jüngsten Erklärungen Jimmy Carters legen jedoch nahe, daß auch künftig der Unterschied zwischen Republikanern und Demokraten weniger in ihrer praktischen Politik als vielmehr im ideologischen Anspruch zu finden sein wird: „... während meiner Präsidentschaft werden keine neuen (Sozial-, d. Verf.)Programme durchgesetzt werden, solange wir nicht sicher sein können, daß die Kosten mit dem Ziel eines ausgeglichenen Haushalts vor dem Ende meiner Amtszeit zu vereinbaren sind ... Sollte es z. B. erforderlich sein, die Wohlfahrtsreform oder die Krankenversicherung aufzuschieben, um 1981 einen ausgeglichenen Haushalt vorzuweisen, dann wird es diese Verzögerungen geben" [1]).

In der Außenpolitik verwischen sich traditionell die Unterschiede zwischen den beiden Parteien vollends. Die Trennungslinien laufen quer durch die jeweilige Partei, so daß andere als parteispezifische Bewertungskriterien angelegt werden müssen — etwa die Differenzierung zwischen „Tauben" und „Falken", Befürwortern der Entspannung und ihren Gegnern, Friedenspolitikern und „Kalten Kriegern". Die gesamte amerikanische Außenpolitik nach 1945 — vom Marshall-Plan bis zur Beendigung des Vietnam-Krieges — stützte sich auf die „überparteiliche" Zusammenarbeit zwischen Republikanern und Demokraten.

Bei einer umfassenden Analyse der Außenpolitik muß erstens berücksichtigt werden, daß die USA nach der Niederlage in Vietnam, der Ölkrise und dem Aufschwung der antiimperialistischen Befreiungsbewegungen in Asien und Afrika vor einer neuen qualitativen Veränderung des internationalen Kräfteverhältnisses stehen. Zweitens verbindet die unbestreitbare Führungsrolle der USA im kapitalistischen Lager die Bewertung der außenpolitischen Perspektiven im Wahljahr 1976 notwendig mit der Frage nach den Entfaltungsmöglichkeiten und Handlungsspielräumen der US-Verbündeten innerhalb der amerikanischen Globalstrategie. Gerade der Außenpolitik des „zuverlässigsten" und wichtigsten NATO-Partners BRD werden bestimmte Leitlinien vorgeschaltet. Diese Leitlinien aus den Grundpositionen zukünftiger US-Außenpolitik heraus zu entwickeln, heißt also gleichzeitig, die Berührungspunkte der amerikanischen Wahlen mit bundesrepublikanischer Politik herzustellen.

II

Nach dem erzwungenen Rückzug aus Vietnam wurde gemeinhin über ein „Abrücken der USA von ihrer weltpolitischen Verantwortung", über eine „Vertrauenskrise" im Westen und über „neoisolationistische Tendenzen" (wie nach dem Ersten bzw. vor dem Zweiten Weltkrieg), selbst über einen angeblich bevorstehenden UN-Austritt der USA spekuliert sowie ein Zick-Zack-Kurs in deren Außenpolitik unterstellt.

1) „Time" v. 13. 9. 1976, S. 27.

Solche Urteile leiteten sich in erster Linie aus den Konflikten der Exekutive mit dem seit 1974 eindeutig demokratisch beherrschten Kongreß [2]) her: von 1945 bis Anfang der 70er Jahre war die Außenpolitik von den Präsidenten bestimmt, von der Legislative dagegen lediglich akklamiert worden. Die langfristige Erosion außenpolitischer Einflußmöglichkeiten und die Hintergehung von Senat und Repräsentantenhaus während des Vietnam-Krieges und vor allem beim Einmarsch in Kambodscha führten zusammen mit Watergate schließlich seit 1973 zu Teilkorrekturen der US-Außenpolitik:

So scheiterte 1973 der Handelsvertrag mit der UdSSR, weil der Kongreß an die Meistbegünstigungsklausel die Bedingung knüpfte, eine größere Anzahl Juden aus der UdSSR ausreisen zu lassen. Das tiefe Mißtrauen gegen Präsident und Außenministerium zeigte sich 1974/75 nicht nur in der Verabschiedung des „War-Power-Gesetzes", das die Vollmachten des Präsidenten im Kriegsfall einschränkt, sondern besonders deutlich bei der Begrenzung der Militärhilfe für Südvietnam. Im Februar 1975 verhängte der Kongreß das Waffenembargo gegen die Türkei, und 1976 wurden die finanziellen Hilfen an die rechtsgerichteten FNLA und UNITA in Angola drastisch reduziert. Diese Entscheidungen gingen unzweifelhaft auf die vietnamesischen Erfahrungen zurück.

Zu weiteren Unklarheiten über den außenpolitischen Kurs der USA führten schließlich Vorstöße im Kongreß, die einen Truppenabzug aus Westeuropa forderten, und die Äußerungen Präsident Fords, den Begriff „Détente" durch „Frieden durch Stärke" zu ersetzen. Letzteres war der bundesdeutschen Reaktion um Franz Josef Strauß und Werner Marx Grund genug, das „Scheitern der Entspannungspolitik" und den Beginn eines „harten Kurses" gegenüber der Sowjetunion zu feiern [3]).

Mißverständliche Erklärungen zur US-Politik in Afrika und gegenüber Kuba wurden letztlich als „Führungsschwäche" der USA ausgelegt.

Diese Tendenzen deuten nicht nur auf Machtverschiebungen zugunsten der Legislative, sondern offensichtlich auf Neubestimmungen bzw. Korrekturen der amerikanischen Außenpolitik in Folge einer veränderten weltpolitischen Großwetterlage hin, die allgemein als das „Ende der Nachkriegsepoche" bezeichnet wird. In der Beurteilung dieser Veränderungen zeigen sich bemerkenswerte Parallelen zwischen Zbigniew Brzezinski, dem außenpolitischen Mentor der Demokraten, und Henry Kissinger:

Um die Gesamtentwicklung zu verstehen, muß auf das Jahr 1968, die Regierungsübernahme durch Richard Nixon, zurückgegriffen werden. „Als wir ins Amt kamen, fanden wir 550 000 amerikanische Soldaten in Vietnam vor, eine totale Vereisung unserer Beziehungen zur Sowjetunion, keinerlei Beziehungen zur Volksrepublik China, kümmerliche Beziehungen zu Europa. Zwangsläufig mußten wir zuerst das Vietnam-Problem anpacken und unser Verhältnis zu Westeuropa wie zu den kommunistischen Ländern auf eine neue Basis stellen, ehe wir uns energisch auf die Probleme der Entwicklungsländer konzentrieren konnten" [4]). Die folgenden Jahre können als „außenpolitische Frontbereinigung" verstanden werden: sie waren gekennzeichnet durch intensive Verhandlungen und eine Normalisierung der Beziehungen mit der Sowjetunion und der VR China

2) Vgl. Hans Schauer, Zum Einfluß des amerikanischen Kongresses auf die Außenpolitik, in: „Europa-Archiv", 24/1975, S. 765—773. — Vgl. Manfred v. Nordheim, Der 94. Kongreß und die amerikanische Außenpolitik, ebd. S. 774—780.
3) Vgl. „Der Spiegel", Nr. 11/1976, S. 102—104.
4) Henry Kissinger, Handeln, als wäre Amerika unsterblich, in: „Die Zeit" v. 2. 7. 1976, S. 3.

und bereiteten insgesamt die allgemeinen Voraussetzungen, auf denen das erste Kabinett Brandt/Scheel mit seiner Ost- und Deutschlandpolitik aufbauen konnte und die wesentlich zum Erfolg der neuen Bonner Außenpolitik beitrugen.

Es wäre falsch, von einer einseitigen Gewichtung der amerikanischen Außenpolitik in jener Zeit zu sprechen. Vielmehr handelte es sich um ein notwendiges Durchgangsstadium auf dem Weg zur Erarbeitung einer umfassenden politischen Strategie, die nicht als Abfolge unterschiedlicher Prioritätensetzungen zu fassen ist, sondern als geschlossenes System sich ergänzender Variablen zur Aufrechterhaltung der Weltmachtposition der USA verstanden werden muß.

Ausgangspunkt war dabei die Erkenntnis einer unwiderruflichen Einschränkung der Machtbasis des amerikanischen Imperialismus, die Einsicht in den Verlust der nach 1945 jahrelang ungebrochenen Vormachtstellung der USA. Als Stationen dieser Entwicklung seien genannt: das Scheitern der „Roll-back"-Politik des Kalten Krieges, die ökonomische, soziale, politische und militärische Stärkung der sozialistischen Länder, die zunehmende Konkurrenz durch Westeuropa und Japan sowie die Entkolonialisierung bei gleichzeitiger Vertiefung der Krisenhaftigkeit der kapitalistischen Entwicklung durch die tendenzielle Angleichung der internationalen Krisenzyklen. Die Ölkrise und der Zusammenbruch des kapitalistischen Weltwährungssystems während der Krise 1974/75 waren lediglich weitere Symptome auf einem bereits jahrelang vorgezeichneten Weg. Darüber hinaus deuteten die Niederlage in Südostasien, der Sturz des Faschismus in Portugal und Griechenland und die Konflikte mit der Türkei auch eine Schwächung der militärischen Machtbasis der führenden kapitalistischen Länder an, während gleichzeitig wegen der sich verschärfenden ökonomischen Krise des Kapitalismus nationalstaatliche Abgrenzungstendenzen die politische Zusammenarbeit erschwerten. Vor diesem Hintergrund benannte Henry Kissinger die Alternativen: man gleite in ein „allgemeines Chaos" ab, würde es versäumt, zum jetzigen Zeitpunkt eine zukunftsorientierte Außenpolitik zu konzipieren: „Die durch den Kalten Krieg geprägte Struktur der internationalen Beziehungen ist zerfallen, aber es gibt noch keine neue, stabile internationale Ordnung.

Die im Wandel befindliche Welt stellt neue Anforderungen an unsere Führungsqualitäten. Unsere Politik muß flexibler, komplizierter, geschmeidiger und einfallsreicher sein als in der ersten Nachkriegsperiode ...

Wenn es zwischen den widerstreitenden Wirtschaftsinteressen der Industriestaaten oder zwischen den Industriestaaten und den Entwicklungsländern nicht zu einem gütlichen Ausgleich kommt, dann werden wir uns einem Wirtschaftskampf von zunehmender Heftigkeit gegenübersehen, in dem der Ölpreisanstieg und das Ölembargo nur ein erster Anfang wären.

So stehen wir heute vor den folgenden Fragen: Wird die Welt in die Anarchie abgleiten — in Wirtschaftskrieg, Verbreitung von Vernichtungswaffen und regionale Konflikte — oder wird es zur Schaffung eines neuen Systems stabiler internationaler Beziehungen kommen, das den nachfolgenden Generationen Aussicht auf dauerhaften Frieden verheißt?" [5])

Brzezinski [6]) und andere führende Außenpolitiker der Demokraten unterstützen diese Einschätzung voll und ganz. Wie steht es jedoch mit Brzezinskis und

5) Henry Kissinger, Rede vor dem World Affairs Council von St. Louis am 12. 5. 1975, in: „Europa-Archiv", 13/1975, S. D 329/331.
6) Vgl. u. a. Brzezinski, U. S. Foreign Policy, The Search for Focus, in: „Foreign Affairs", July 1973. — Vgl. Ders., Recognizing the Crisis, in: „Foreign Policy", 17/1974—75.

Jimmy Carters Vorwurf, die Nixon/Ford-Administration hätte versäumt, eine den neuen Voraussetzungen angemessene Außenpolitik zu konzipieren?

Bei näherer Betrachtung zeigt sich, daß die seit Beginn der 70er Jahre vorgebrachten Einwände inzwischen an Substanz verloren haben. Sofern sie heute noch vertreten werden, ist dies eher wahltaktischen Überlegungen als realen politischen Differenzen geschuldet. Hinsichtlich der Bündnis-, Entwicklungs- und Entspannungspolitik sind ebensowenig Unterschiede zwischen Republikanern und Demokraten auszumachen wie in der neuerlichen Betonung des Führungsanspruchs der USA. Die Kritik der Demokraten im Wahljahr 1976 reduziert sich somit auf die Ablehnung der imperialen „Ein-Mann-Politik" Kissingers, denn: Die von den Demokraten, abweichend von den Republikanern, vorgeschlagene Kürzung des Verteidigungshaushalts und der teilweise Truppenabzug in Asien und Westeuropa sollen durch Effektivierung und Verwaltungsreform durchgesetzt werden, d. h. eine reale Abrüstung wird damit nicht angestrebt. Dahinter stecken keine realen Alternativen, sondern eine dem Wahlkampf Jimmy Carters angemessene populistische Agitation. Auch die angebliche Tolerierung kommunistischer Regierungsbeteiligung in westeuropäischen Staaten durch Carter deckt sich mit Kissingers Auffassungen, da sich der demokratische Präsidentschaftskandidat wie der jetzige Außenminister alle Optionen offenhält:

Zwar „müssen (wir) lernen, mit politischen Verschiedenheiten zu leben. Wir müssen lernen, (mit allen Politikern) zusammenzuarbeiten ...", aber nur „solange sie demokratisches Verhalten achten, bestehende internationale Abmachungen einhalten *und keinem äußeren Druck unterworfen sind*" [7]). Erfahrungsgemäß bestimmt sich dieser „äußere politische Druck" nach ureigenem amerikaischen Urteil.

III

Welches ist nun das außenpolitische Konzept, das Republikaner wie Demokraten in den nächsten Jahren befolgen wollen, worin liegen dessen Möglichkeiten und Grenzen, und welche Konsequenzen ergeben sich daraus für die Verbündeten der USA?

Von allen Seiten wird die Vermeidung eines thermonuklearen Krieges als oberstes Ziel amerikanischer Außenpolitik genannt. Über die wesentliche Begründung für das Einschwenken der USA auf das Prinzip der friedlichen Koexistenz in den Beziehungen mit der UdSSR (in der Grundlagen-Erklärung von 1972) besteht unter den Außenpolitikern demnach auch heute kein Dissens. Die wesentlichste Voraussetzung hierzu, mithin die Grundlage der gesamten Außenpolitik wird in dem zu vertiefenden Bündnis der kapitalistischen Industrienationen gesehen: da die USA ihre frühere militärische, wirtschaftliche und politische Vormachtstellung eingebüßt haben, sollen die „industriellen Demokratien" USA, Westeuropa und Japan als die wichtigsten kapitalistischen Restbestände zu einer Art „Dreibund" zusammengeschweißt werden. Zur Erarbeitung eines gemeinsamen Vorgehens wurde daher von David Rockefeller die Trilaterale Kommission gegründet, der ca. 200 westeuropäische, japanische und amerikanische Regierungs- und Kapitalvertreter angehören; der führende Theoretiker ist Brzezinski.

Ziel der Bündnispolitik ist ein geeintes Auftreten der kapitalistischen Hauptländer und die Konsolidierung ihres Machtbereichs, um sowohl gegenüber der Dritten

[7]) Jimmy Carter, zit. nach „Die Weltwoche" v. 28. 7. 1976, S. 11.

Welt wie gegenüber den sozialistischen Staaten mit größerem Nachdruck auftreten zu können. Nicht zuletzt wird darin ein Beitrag zur inneren Stabilisierung der kapitalistischen Staaten selbst gesehen.

Mittel hierzu ist die Ausweitung der Zusammenarbeit vom militärischen auf den wirtschaftlichen, politischen und sozialen Sektor: so sollen Welthandels- und Währungsprobleme, Inflation, Energieengpässe, Rohstoff- und Nahrungsmittelverknappung, Bevölkerungsüberschüsse und Umweltschutzfragen über gemeinsam einzurichtende Institutionen und Gremien gelöst werden. Es wird also eine umfassende Integration der „freien Welt" angestrebt in all „den dringenden Fragen beiderseitigen Interesses . . ., denen sich ein sich einigendes Europa, die Vereinigten Staaten und alle demokratischen Industriestaaten gemeinsam stellen müssen: gemeinsame Verteidigung, Ost-West-Beziehungen und internationale Wirtschaft" [8]).

Die weltpolitischen Machtverschiebungen gebieten also eine Arbeitsteilung der imperialistischen Großmächte: „Ich glaube, daß ein Europa, wenn es zur politischen Einheit findet, bei der Bewältigung vieler weltpolitischer Aufgaben ein bedeutsamer Akteur sein sollte. So würde ich denken, daß gegenüber dem südlichen Afrika die Kooperation Europas beinahe unverzichtbar ist; hier kann amerikanische Politik allein nichts ausrichten. Im Hinblick auf Rhodesien ist Großbritanniens Beitrag bedeutsam; im Hinblick auf andere Aspekte des südlichen Afrika kann die Europäische Gemeinschaft ein Element der Garantie und der Stabilität beitragen, das die Vereinigten Staaten allein nicht zu leisten vermögen. In der ganzen Entwicklungspolitik ist die engste Zusammenarbeit zwischen Europa und Amerika unverzichtbar. Ich glaube auch, daß uns die Realitäten an einen Punkt bringen werden, wo wir in den Ost-West-Beziehungen, den politischen wie den wirtschaftlichen, unsere Strategie synchronisieren müssen" [9]).

Als gleichermaßen bedeutsam wird die „ökonomische Integrationskraft" vor allem der BRD zur umfassenden Stabilisierung der europäischen NATO-Partner eingeschätzt: das Wirtschaftspotential der BRD soll zur „sozialen Befriedung" der krisengeschüttelten Südostflanke der NATO eingesetzt werden [10]). Vor diesem Hintergrund sind u. a. die Italien-Äußerungen Helmut Schmidts und die Einmischung der BRD in die portugiesische Entwicklung zu sehen.

Bereits die Anlage dieser bündnispolitischen Strategie birgt den Keim zukünftiger Konflikte, unter Umständen sogar ihres letztendlichen Scheiterns:

Zwar ist es „den Vereinigten Staaten nicht zuträglich, das einzige Zentrum der Initiative und Führung in der demokratischen Welt zu sein. Und es ist Europa nicht zuträglich, nur ein passiver Teilnehmer zu sein . . ." [11]), weil dies im Endeffekt eine Schwächung gegenüber den „neuen Machtzentren" in der Dritten Welt und gegenüber den sozialistischen Staaten bedeutet. Aber der ungebrochene Führungsanspruch der USA [12]) — auch im Hinblick auf ein Vereintes Europa — verunmöglicht a priori gleichberechtigte Zusammenarbeit und wird

8) Henry Kissinger, Solidarität der demokratischen Industriestaaten notwendig. Rede am 25. 6. 1976 vor dem Institut für Strategische Studien in London, in: „Amerika-Dienst", 12/1976, S. 7.
9) Kissinger, Handeln . . ., a.a.O.
10) Vgl. „Time" v. 2. 6. 1975, S. 10: Time Symposium, The U.S. and Europe: Like a Rose.
11) Kissinger, Solidarität . . ., a.a.O., S. 6.
12) Vgl. Felix Gilbert, Bicentennial Reflections, in: „Foreign Affairs", Bicentennial Edition 1976. — „Wenn wir den Geist Amerikas zusammennehmen und unsere Einheit wiederherstellen, werden wir eine entscheidende und positive Wirkung auf eine Welt ausüben, die mehr denn je sich auf unser Leben auswirkt und nach unserer Führung schreit." Henry Kissinger, Außenpolitische Bilanz, Rede in Boston vor dem World Affairs Council am 11. 3. 1976, in: „Amerika-Dienst", 5/1976, S. 18.

neue Spannungen verursachen: um die Rückschläge der 60er Jahre auszugleichen, wird Amerika „seine Welt- und Westpolitik wohl noch ... rücksichtsloser und vermehrt an Eigeninteressen orientiert betreiben als bisher. Auch das ist eine Konsequenz des Vietnamdebakels" [13]).

Jedoch ist die absehbare innere Schwäche eines kapitalistischen „Dreibundes" nur bedingt auf die Hegemonialbestrebungen der Weltmacht USA zurückzuführen. Entscheidend sind die mit dem widersprüchlichen europäischen Integrationsprozeß vergleichbaren Interessenkollisionen: es sind dies in erster Linie unterschiedliche nationale Interessen, die sich aus den jeweils verschiedenen ökonomischen Ausgangsbedingungen eines jeden Landes herleiten, durch das kapitalistische Konkurrenzprinzip vermittelt zum Tragen kommen und somit der politischen Integration Grenzen setzen. Hierzu nur ein Beispiel:

Wie Präsident Ford in seinem Bericht über die internationale Lage 1975 feststellte, bedeutete das Scheitern des Handelsabkommens 1972 mit der UdSSR, „daß Westeuropa und Japan in diese Lücke vorstießen. Sie haben während der letzten sechs Monate Kredite gewährt, die die Acht-Milliarden-Grenze überschritten. Hier bestanden wirtschaftliche Chancen — Arbeitsplätze und Aufträge für die Industrie —, die Amerika für sich hätte nutzen können" [14]).

Kissinger betont immer wieder, daß ein störungsfreies Wirtschaftswachstum ohne inflationäre Belastungen, also die Überwindung der nationalen wie der Weltwirtschaftskrisen, unabdingbare Voraussetzung für eine erfolgreiche politische Zusammenarbeit der kapitalistischen Hauptländer ist. Da die Bewegungsgesetze des Kapitals, die diese Krisen naturwüchsig nach sich ziehen, unangetastet bleiben, werden auch die politischen Divergenzen — z. B. in Form sich widersprechender nationalstaatlicher Wirtschafts- und Finanzpolitik — periodisch wiederkehren. Dies um so mehr, als einige Krisenerscheinungen wie Inflation und Arbeitslosigkeit in den führenden kapitalistischen Ländern nicht mehr nur zyklisch auftreten, sondern chronisch werden.

Die ökonomischen Antagonismen ziehen gerade in einigen NATO-Ländern politische und soziale Differenzierungsprozesse nach sich, die ihrerseits dem US-amerikanischen Integrationismus, dem Streben nach „sozialer Stabilität" zuwiderlaufen und im Zweifelsfall zu der Anwendung repressiver Mittel der Machtsicherung führen: die USA drohen unverhüllt mit Truppenabzug bei einer Regierungsübernahme der Kommunisten in westeuropäischen Ländern, und Kissinger erklärt: „Wir können nicht den Fortschritt kommunistischer Parteien ermutigen oder einen Präzedenzfall schaffen, in dem unsere Untätigkeit den Erfolg einer kommunistischen Partei befördert. Wie weit solch eine Partei Moskaus Linie unterstützt, ist dabei uninteressant. Selbst wenn Portugal dem italienischen Modell gefolgt wäre, hätten wir dagegen opponiert" [15]). Bei anderer Gelegenheit formuliert Kissinger wesentlich schärfer: die USA würden sich einer Beteiligung der Kommunisten an Regierungen in NATO-Staaten nicht nur „energisch widersetzen" (Ford) [16]), sondern „die Herrschaft kommunistischer Parteien in Westeuropa ist nicht akzeptabel" [17]). Wirtschaftsblockade ist eines der möglichen Abwehrmittel: so empfiehlt z. B. der „Investment-Rat", eine Gruppe einflußreicher amerikanischer Kapitalvertreter, einen Investitionsstopp in Italien,

13) „Die Zeit" v. 9. 5. 1975, S. 3.
14) Bericht Präsident Fords über die internationale Lage am 10. 4. 1975, in: „Europa-Archiv", 9/1975, S. D. 247.
15) „Die Zeit" v. 16. 4. 1976. — Vgl. „Süddeutsche Zeitung" (SZ) v. 15. 4. 1976.
16) SZ v. 12. 4. 1976.
17) „Der Spiegel" v. 5. 4. 1976, S. 130.

um die dortige Wirtschaft zu „destabilisieren" bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung der Kontrolle über den italienischen Markt [18]).

Aus der Beschneidung der Macht der Vereinigten Staaten wird also weiterhin der Versuch abgeleitet, den politischen, wirtschaftlichen und militärischen Druck auf deren Bündnispartner zu verstärken — sei es zur Durchsetzung einer gemeinsamen, letztendlich aber primär an US-Interessen orientierten Politik, sei es zur Zurückdrängung fortschrittlicher politischer Bewegungen vornehmlich in den Ländern der westlichen Allianz. Die Umstände des Sturzes der Junta in Griechenland zeigen jedoch die Grenzen des amerikanischen „Containment". Ferner wird der Rückgriff auf die BRD als Transmissionsriemen bei der politischen Disziplinierung der NATO-Länder durch die USA die nationalen Gegensätze in West- und Südeuropa zusätzlich vertiefen.

Die Beziehungen zu Japan wurden 1971/72 insbesondere durch die amerikanische China-Politik stark belastet, da diese ohne japanische Konsultation formuliert worden war. Eine Annäherung und dauernde Verbesserung des Verhältnisses wird in erster Linie von der Entwicklung der ökonomischen Konkurrenz USA-Japan abhängen.

Auch die Mittel zur Durchsetzung amerikanischer Interessen unterlaufen somit die skizzierten langfristigen Ziele der politischen Konsolidierung des Kapitalismus. Instabile Bündnisse der kapitalistischen Staaten untereinander aber werden unweigerlich und für die USA störend auf die Politik gegenüber den Entwicklungsländern zurückwirken, die — nach dem Verständnis der herrschenden Kreise in den USA — von den kapitalistischen Industrienationen unter amerikanischer Führung gemeinsam konzipiert und umgesetzt werden soll. Die von der Trilateralen Kommission und von Henry Kissinger abgesteckten Aufgaben bauen insbesondere auf den Erfahrungen der Ölkrise von 1974 auf:

Schlagartig war damals die Anfälligkeit der kapitalistischen Länder gegen Boykottmaßnahmen der erdölexportierenden Staaten klargeworden. Auch wurde immer deutlicher, daß der Differenzierungsprozeß zwischen armen und reichen Nationen in der Dritten Welt weiter voranschreitet und neues Konfliktpotential schafft. Ein vereintes Vorgehen des Imperialismus war notwendiger denn je geworden, d. h. nach Kissinger der „konstruktive" Einsatz „unsere(r) wirtschaftliche(n) Stärke ... zur Gestaltung eines besseren internationalen Klimas ..."[19]).

Es geht hauptsächlich darum, eine Umverteilung des Reichtums zugunsten der Entwicklungsländer zu verhindern, d. h. eine Politik durchzusetzen, die das kapitalistische Weltwirtschaftssystem nicht nur vor innerkapitalistischen Antagonismen, sondern auch vor äußeren Krisenherden in der Dritten Welt schützen soll. Um dies zu erreichen, wird eine zweigleisige Politik vorgeschlagen [20]):

Einerseits die Schaffung internationaler Institutionen wie der Internationalen Energiebehörde (IEA) oder des Internationalen Industrialisierungsinstituts zur Koordinierung des Vorgehens gegenüber der Dritten Welt; bereits bestehende Gremien wie z. B. die Weltbank sollen stärker als bisher zur Optimierung des Kapitalflusses in die Entwicklungsländer herangezogen werden Die jüngsten amerikanischen Pläne sehen eine Internationale Ressourcenbank mit einem

18) „berliner Extra dienst" v. 23. 7. 1976, S. 14/15.
19) Kissinger, Solidarität . . ., a.a.O., S. 17.
20) Vgl. Henry Kissinger, Rede vor dem Rat für Internationale Beziehungen von Kansas City am 13. 5. 1975, in: „Amerika-Dienst", 10/1975. — Vgl. Ders., Rede auf der Welthandelskonferenz in Nairobi am 6. 5. 1976, in: „Amerika-Dienst", 8/1976. — Vgl. Ders., Rede vor dem Ministerrat der OECD in Paris am 28. 5. 1975, in: „Amerika-Dienst", 11/1975.

Stammkapital von einer Milliarde Dollar vor zur „Förderung einer rationelleren, systematischeren und faireren Erschließung von Ressourcen in den Entwicklungsländern ... Sie würde die technologische Entwicklung und die unternehmerische (!) Ausbildung in den Entwicklungsländern erleichtern" [21]).

Andererseits sollen möglichst viele Entwicklungsländer, insbesondere die in der OPEC zusammengeschlossenen erdölproduzierenden Staaten, in die „Gemeinschaft der Freien" einbezogen, d. h. von den übrigen Nationen der Dritten Welt abgespalten werden:

Eine Studie der Trilateralen Kommission geht davon aus, daß zur Abwehr weiterer Verschlechterungen in den Entwicklungsländern „eine Erhöhung der öffentlichen Leistungen zur Entwicklungshilfe um jährlich fünf Milliarden Dollar für die Jahre 1976 bis 1980 ein absolutes Minimum" darstellt [22]). Da die kapitalistischen Länder von der Entwicklung auch der ärmsten Nationen langfristig tangiert werden, Wirtschaftskrisen und politische Erschütterungen der bürgerlichen Demokratien gezielte wirtschaftspolitische Programme gegenwärtig aber verunmöglichen, „liegt es ganz offensichtlich im Interesse der Industrieländer, finanzielle Mittel von den OPEC-Ländern — die diese Mittel nicht für Importe aus den Industrieländern ausgeben können — in andere Entwicklungsländer zu transferieren, die dies können. ... Es ist an der Zeit, einen Trilateralismus neuer Art in Erwägung zu ziehen: ein System, in dem die OPEC-Länder einen Teil ihrer in den Industrieländern angesammelten flüssigen Reserven in langfristige Darlehen an die unterentwickelten Länder überführen, die wiederum diese Mittel für Importe aus den Industrieländern verwenden" [23]).

Diese Pläne zeigen nicht nur die inneren ökonomischen Schranken kapitalistischer Entwicklungspolitik, sondern stoßen zusätzlich auf politische Realisationsschwierigkeiten: wie auch in dem Kommissionsbericht eingesehen wird, ist zur Verwirklichung derartiger Vorhaben vorausgesetzt, daß die OPEC-Länder nicht als Erfüllungsgehilfen instrumentalisiert, sondern als Partner (z. B. innerhalb des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank) anerkannt werden. Eine solche Forderung kollidiert aber mit den Führungsansprüchen der kapitalistischen Staaten. Auch ist keineswegs absehbar, welche politischen Konflikte sich aus der für die OPEC-Länder angeblich „nützliche(n) Zwischeninstanz gegenüber den ärmsten Entwicklungsländern" [24]) ableiten können: zwar würde sich kurzfristig wegen der Spaltung der Solidarität der Dritten Welt der ökonomische und politische Druck auf den Imperialismus verringern, dies aber nur um den Preis neuer Konkurrenz im durch die OPEC-Staaten erweiterten Lager der kapitalistischen Industrienationen. D. h.: die Lösungsvorschläge selbst enthalten Momente langfristiger Instabilität. Auch bleiben sie solange theoretisch, wie es gerade den USA nicht gelingt, mit den Erdöl- und Rohstoffproduzenten die seit 1974 offenen wirtschaftlichen und politischen Streitfragen zu lösen. Von einem Ausgleich bzw. einer Minderung der Widersprüche in naher Zukunft kann also nicht ausgegangen werden.

Ergänzend zur Entwicklungspolitik stehen die Versuche, soziale und politische Revolutionen in der Dritten Welt diplomatisch und durch gezielte Waffenlieferungen zu unterbinden. Die in den letzten Monaten verstärkt vorangetriebene Afrika-Politik illustriert diese Strategie. Versagen derartige Anstrengungen zur

[21]) Kissinger, Rede vor Welthandelskonferenz . . ., a.a.O., S. 12.
[22]) Gardner/Okita/Udink, OPEC — Industrieländer und Dritte Welt, in: „Europa-Archiv", 5/1975, S. 143—152.
[23]) Ebd., S. 146.
[24]) Ebd., S. 151.

Festigung des amerikanischen Machtbereichs (da sie immer weniger dazu geeignet sind, soziale Gesetzmäßigkeiten zu unterdrücken), wie dies z. B. in Angola der Fall war, so werden künftig sowohl Wirtschaftsboykott („Brot"- und „Butter"-Imperialismus) als auch direkte militärische Gewaltanwendung als Mittel des „Containment" unmittelbarer als bisher drohen, denn: die Schwierigkeiten des Weltwirtschaftssystems „sind nicht technischer Natur; sie *gehen an den Kern des Problems der Weltordnung:* ob die großen Industriestaaten und die Entwicklungsländer ihre Probleme gemeinsam lösen können, oder ob wir einer Zeit entgegengehen, in der die wirtschaftlichen Probleme und die politischen Herausforderungen durch *Machtproben* gelöst werden" [25]).

Entscheidenden Druck zur Lösung dieser Machtproben können die USA zum einen durch ihre Nahrungsmittelhilfe ausüben: Nach Kissinger liegt „die Kluft zwischen dem, was Entwicklungsländer produzieren können und was sie brauchen, ... gegenwärtig etwa bei 25 Millionen Tonnen. Bei den gegenwärtigen Wachstumsraten der Produktion und der Bevölkerung dürfte sich diese Kluft in zehn Jahren verdoppeln oder verdreifachen" [26]). Die USA liefern zwei Drittel allen Weizens, den die Entwicklungsländer einführen, und die Abhängigkeit der Dritten Welt nimmt weiter zu: „Der Wert der Getriedeausfuhr der USA nach rund 90 Entwicklungsländern betrug zu Weltmarktpreisen 1972 1,7 Milliarden Dollar, 1975 schon 7 Milliarden" [27]). Eine Studie amerikanischer Wissenschaftler kommt zu dem Ergebnis: „Die von den Vereinigten Staaten über den Weltgetreidehandel ausgeübte Kontrolle ist größer als die Beherrschung des Ölhandels durch die OPEC-Staaten" [28]), denn der US-Anteil an den Netto-Getreideexporten in der Welt liegt bei drei Vierteln. Die abzusehenden Nahrungsmittelknappheiten in den nächsten Jahren werden die Monopolstellung der USA noch weiter ausbauen und könnten den USA verlorenes Machtterrain wiedergewinnen. Die Frage ist dabei nicht, ob die USA Hungerkatastrophen provozieren werden; dies verstieße in der Tat gegen ihre langfristigen Interessen. Vielmehr geht es darum, welche Spielräume den USA offenstehen, ihre bisherige Politik fortzusetzen, einerseits durch Manipulation der Nahrungsmittelhilfe versteckte Militärhilfe zu leisten, andererseits — wie z. B. in Chile unter Allende — durch gezielte Verzögerung von Getreidelieferungen unmittelbaren wirtschaftlichen Druck auf politische Gegner auszuüben mit dem Ziel des Umsturzes. Auch kann der Abhängigkeit vieler Entwicklungsländer von amerikanischen Düngemitteln in Krisensituationen entscheidende Bedeutung zukommen.

Zum anderen steht die Warnung der USA vor einem Atomwaffeneinsatz bei der „Strangulierung der westlichen Welt" durch die erdölexportierenden Staaten trotz aller Initiativen zur Zusammenarbeit weiterhin im Raum; gleichzeitig darf nicht vergessen werden, daß die Vereinigten Staaten ihren Verbündeten in aller Welt verstärkt Militärhilfe gewähren, um lokale Konflikte unterhalb der Schwelle eines Atomkrieges austragen zu können. So wird z. B. seit dem Rückzug aus Vietnam Indonesien wegen seiner strategischen Lage an den See- und Luftverbindungswegen zwischen dem Pazifik und dem Indischen Ozean zu einem Bollwerk gegen den Kommunismus aufgerüstet [29]). Seit 1972 wurden Kriegsgerät im Wert von zehn Mrd. Dollar an den Iran geliefert sowie 25 000 Militärtechniker

25) Kissinger, Rede in Kansas City, a.a.O., S. 15.
26) Ders., Rede vor Ministerrat der OECD, a.a.O., S. 10.
27) SZ v. 24. 1. 1976.
28) „Frankfurter Rundschau" (FR) v. 3. 9. 1976. Vgl. Weizen als Waffe — Eine Studie des North American Congress on Latin America (NACLA), Reinbek 1976.
29) Vgl. Guy J. Pauker, Die Ziele der amerikanischen Südostasien-Politik nach der Niederlage in Vietnam, in: „Europa-Archiv", 6/1976, S. 189—197.

und Ausbilder dorthin entsandt [30]). Persien soll befähigt werden, die größten Erdölreserven der Welt im Mittleren Osten im Auftrag der USA zu verteidigen. Wie ist die unverminderte Aggressivität des amerikanischen Imperialismus mit der *Entspannungspolitik* zu vereinbaren, die unzweifelhaft den dritten Schwerpunkt der amerikanischen Außenpolitik in der „nachvietnamesischen Ära" bildet? Ist die Entspannungspolitik gar einseitig gefährdet? Welchen Stellenwert haben die Äußerungen Jimmy Carters, gegenüber der Sowjetunion härter auftreten zu wollen, und wie ist Henry Kissingers Drohung zu werten, die Entspannungspolitik könne ein „zweites Angola" nicht überleben?

Die scheinbaren Angriffe auf die Entspannungspolitik in den letzten Monaten sind auf Wahlkampfauseinandersetzungen zurückzuführen, deuten also keinen Kurswechsel der USA an. Auch ist die Entspannung nicht an zweite Stelle hinter die Bündnispolitik getreten, sondern letztere bildet lediglich die Basis, auf der sowohl Entwicklungspolitik wie auch das Verhältnis zu den sozialistischen Ländern gestaltet werden. In einer Rede vor dem Commonwealth Club in San Francisco am 3. Februar 1976 faßte Henry Kissinger noch einmal die Prinzipien der Entspannungspolitik aus amerikanischer Sicht zusammen [31]):

Auszugehen ist von dem Fehlschlagen der amerikanischen Politik der 50er Jahre: „Wir meinten, daß die Politik der Eindämmung die Sowjetunion umformen würde und daß aus einer gewandelten sowjetischen Gesellschaftsform zwangsläufig ein verträgliches und brauchbares Mitglied einer harmonischen internationalen Völkergemeinschaft hervorgehen würde." Heute dagegen sind nicht nur die sozialistischen Länder stabilisiert, sondern gleichzeitig die amerikanische nukleare wie wirtschaftliche Vorherrschaft gebrochen, und die Dritte Welt strebt nach Unabhängigkeit. Hinzu kommt die ideologische Systemauseinandersetzung. Aus diesen geänderten Grundlagen ergibt sich nicht nur der Zwang zur engeren Kooperation mit den anderen kapitalistischen Staaten und zu einem neuen entwicklungspolitischen Konzept, sondern auch zur Entspannung mit der Sowjetunion: oberstes Ziel muß dabei bleiben, die strategischen Atomwaffen zu begrenzen und einen thermonuklearen Krieg zu verhindern, da dieser Selbstzerstörung bedeutet. Am Zwang zur Koexistenz führt kein Weg mehr vorbei. Zusammen mit der Bündnis- und Entwicklungspolitik bietet sie den USA die Chance, dafür zu sorgen, daß die „industrielle, technologische und militärische Macht der Sowjets ... nicht eingesetzt wird, um den sowjetischen Einfluß zu unserem Nachteil auszuweiten."

Jedoch soll „Détente" nicht dabei stehenbleiben, die Sowjetmacht ohne globalen Krieg einzudämmen — sowohl den Verzicht, als auch die unnötige Konfrontation zu vermeiden". Zusammenarbeit auf wirtschaftlicher, technologischer und kultureller Ebene soll „zur guten Gewohnheit" werden. Das bedeutet gleichzeitig: es muß vermieden werden, „jede Krise in eine massive Konfrontation zu eskalieren". Daher kann es auch keine Alternative zu einer Weiterführung der SALT-Verhandlungen geben: „Aber wir werden unsere nationale Sicherheit keiner Gefahr aussetzen." Auch das „sowjetische Eingreifen" in Angola kann nicht geduldet werden. „Das amerikanische Volk verlangt ..., daß Amerika weiterhin an der Gestaltung der internationalen Ordnung der kommenden Generation nach unseren Idealen (!) mitwirkt."

Der von Präsident Ford geprägte Begriff „Friede durch Stärke" steht nicht im Gegensatz zu Kissingers Ausführungen: auch der Außenminister setzt die mili-

30) „Deutsche Volkszeitung" v. 12. 8. 1976; FR v. 7. 9. 1976.
31) Henry Kissinger, Rede vor dem Commonwealth Club in San Francisco, 3. 2. 1976, in: „Amerika-Dienst", 4/1976.

tärische Stärke der USA und ihrer Verbündeten den Entspannungsbemühungen voraus. Ford hielt darüber hinaus an der konstruktiven Zusammenarbeit mit der Sowjetunion auf allen Ebenen fest. Jimmy Carter und sein außenpolitischer Beraterstab vertreten ebenfalls dieses Konzept, dessen Kritiker aus dem Lager der „Falken" — etwa Senator Jackson, Ronald Reagan, James Schlesinger, George Wallace u. a. — augenblicklich zurückgedrängt sind.

Zusammenfassend kann also festgestellt werden, daß die politischen Kräfte, die seit 1969 in den USA der Entspannungspolitik zum Durchbruch verhalfen, weiterhin wirksam sind. Dies wird auch nicht ohne Rückwirkungen auf Westeuropa und vornehmlich die BRD bleiben:

Die BRD, die ihre Ost- und Deutschlandpolitik seit 1969 im Kielwasser und mit Zustimmung der USA betrieben hat, ist nicht in der machtpolitischen Position, die es ihr erlauben könnte, durch einen Angriff auf die Entspannungspolitik der amerikanischen Gesamtstrategie entgegenzuarbeiten. Kurzfristig schließen darüber hinaus die festgefahrenen SALT-Verhandlungen, die auch von den USA zu Ende geführt werden wollen, einen harten Kurs US-Verbündeter gegenüber den sozialistischen Staaten aus. Selbst eine CDU/CSU-Regierung hätte dem amerikanischen Ziel nach Kooperation mit der UdSSR nachzugeben, ohne freilich auf eine „begrenzte Einfrierung" der Beziehungen zum sozialistischen Lager verzichten zu müssen. Die möglichen Konflikte mit der BRD leiten sich aus dem Umstand ab, daß die USA die bisher größten Einbußen ihrer Macht zu einem Zeitpunkt hinzunehmen hatten, als die BRD zur ökonomisch führenden Nation Westeuropas aufstieg und die Entspannungspolitik daher nicht zum Ausgleich von Machtverlust betreiben mußte, sondern vielmehr, um international der politischen Isolation zu entrinnen.

Eine Infragestellung der Entspannungspolitik ist langfristig jedoch nicht ausgeschlossen: Erstens blieben die erweiterten Beziehungen zu den sozialistischen Ländern bisher ohne erkennbaren Einfluß auf den militanten Antikommunismus innerhalb der USA, d. h. einer Veränderung der außenpolitischen Linie würden innenpolitisch von daher keine bewußtseinsmäßigen Widerstände entgegenwirken — allerdings läßt das Zurücktreten der entspannungsfeindlichen Töne im Laufe des Wahlkampfes den Schluß zu, daß Kreuzzugsklänge nicht mehr unbedingt mehrheitsträchtig sind. Zweitens betont Kissinger immer wieder: „... entspannte Beziehungen zur kommunistischen Welt setzen die politische Einheit und die wirtschaftliche Lebenskraft der Industrieländer voraus" [32]). Die oben genannten Widersprüchlichkeiten der kapitalistischen Bündnis- wie Entwicklungspolitik stellen zusammen mit der inneren Labilität des Imperialismus eine latente Bedrohung des Entspannungsprozesses dar. Scheitern politische Lösungen innerkapitalistischer Konflikte und der Antagonismen zur Dritten Welt, so birgt dies immer die Gefahr zunehmender Militanz — auch gegenüber den sozialistischen Staaten — in sich. Die Atomwaffendrohung gegenüber Nordkorea mag als Beispiel dienen.

Drittens versuchen die USA — wie im Fall Angola deutlich wird — ein Junktim zwischen „Détente" und der Eindämmung nationaler Unabhängigkeits- und revolutionärer Befreiungsbewegungen herzustellen, d. h. begreifen Entspannung auch als Fortsetzung imperialistischer Politik mit anderen Mitteln: „Der politische Wettstreit muß eingedämmt werden", erklärte Präsident Ford am 1. August 1975 bei der KSZE-Abschlußsitzung in Helsinki. Die lokalen Spannungsherde und die

32) Ders., Rede vor Ministerrat der OECD, a.a.O., S. 6.

Auseinandersetzungen mit den sozialistischen Ländern, die das berechtigte Anliegen der Entwicklungsländer unterstützen, werden sich also mit fortschreitender Befreiung der Dritten Welt vermehren und die weitere Entspannung belasten. Viertens schließlich sind amerikanische Störmanöver gegenüber den osteuropäischen Staaten jederzeit möglich: nicht nur Brzezinski vertritt das langfristige Ziel des „evolutionären Wandels", d. h. der allmählichen Auflösung der sozialistischen Staatengemeinschaft. Präsident Ford betonte: „Die osteuropäischen Länder dürfen nicht der Vorherrschaft durch die Sowjetunion unterworfen sein", und „wies darauf hin, daß Washington sein Möglichstes tue, um die Unabhängigkeit dieser Länder zu gewährleisten" [33]). Außenminister Kissinger argumentiert noch detaillierter: „Die Vereinigten Staaten werden, gleichlaufend mit ihren Verbündeten, fortfahren, die Beziehungen zu Osteuropa weitmöglichst auszubauen. Das ist ein langfristiger Prozeß; es ist absurd, zu glauben, daß eine Konferenz allein schon die innere Struktur der kommunistischen Regierungen ändern kann. Worte sind kein Ersatz für geduldige und realistische Taten" [34]).

IV

Insgesamt gesehen, steht die zu Beginn der 70er Jahre neu konzipierte US-amerikanische Außenpolitik erst am Anfang und wird sich — abgesehen von der Entspannungspolitik — für die herrschende Klasse in den USA erst noch bewähren müssen. Eine Kursänderung ist augenblicklich nicht zu erwarten. Schon allein die Ambivalenz der internationalen Situation würde solches verbieten. So nannte Präsident Ford als außenpolitische Ziele nach einem Wahlsieg u. a. „ein ‚vernünftiges' SALT-II-Abkommen, Fortschritte bei den Gesprächen mit der Sowjetunion über einen Truppenabbau in Europa, Stärkung der NATO, Fortschritte in Richtung einer friedlichen Lösung im Süden Afrikas, eine Stärkung des Bündnisses im pazifischen Raum und die Arbeit für eine Normalisierung der Beziehungen mit China" [35]).

33) SZ v. 15. 4. 1976.
34) Kissinger, Solidarität . . ., a.a.O., S. 16.
35) SZ v. 10. 8. 1976.

Kleine Bibliothek Neuerscheinungen 2. Halbjahr 1976

72 *Huffchmid/Schui (Hg.)* Gesellschaft im Konkurs? Handbuch der Wirtschaftskrise in der BRD 1973–1976. 530 S. DM 12,80

74 *Frauenaktion Dortmund* Schwangerschaft und der neue § 218. Handbuch für Frauen. 204 S. DM 9,80

75 *Meyer (Hg.)* Das politische und gesellschaftliche System der UdSSR. Ein Quellenband. 500 S. DM 14,80

76 *Simon* Macht und Herrschaft der Unternehmerverbände BDA, BDI und DIHT. 240 S. DM 12,80

82 *Butterwegge* Alternativen der Wirtschaftslenkung. 200 S. DM 9,80

84 *Hinrichs/Peter* Industrieller Friede? Arbeitswissenschaft und Rationalisierung in der Weimarer Republik. 298 S. DM 12,80

Pahl-Rugenstein

Krise des Mittelstands – Mittelstandspolitik in der Krise*)

Von Rudolf Hickel

Vorbemerkung

Wenn man die bundesrepublikanische aktuelle Situation betrachtet, dann fällt auf, daß die politische Diskussion um den Mittelstand — die Mittelstandspolitik — einer gewissen politischen „Zyklizität" folgt. Immer dann, wenn vor allem große Wahltermine anstehen, merkt man in der bundespolitischen Szene, wie eine als „schweigende Mehrheit" bezeichnete Gruppe — oder besser: „schweigend gehaltene Mehrheit" — offensichtlich politisches Interesse findet. Es handelt sich um die Gruppe des Mittelstandes. So liegt etwa seit Ende des Jahres 1975 der vielgepriesene Vorschlag zu einem Bundesmittelstandsförderungsgesetz der CDU vor. Schließlich hat vor kurzem auch die sozial-liberale Regierungskoalition mit der Vorlage ihres schon längst versprochenen „Mittelstandsberichts" politisches Interesse am Mittelstand bekundet [1]). Betrachtet man also diese Aktivitäten im politischen Raum, dann könnte man meinen, eigentlich müßte doch alles in bester Ordnung sein, wenn so viel an „Aktionsprogrammen", „Grundsatzprogrammen", „Gesetzesentwürfen" und an Berichten zum Mittelstand vorgelegt wird. Aber es bleiben viele Kontrollfragen bezüglich der Qualität dieser Dokumente, vor allem von denen, die von der existentiellen Krise im Mittelstand betroffen sind. Handelt es sich bei diesen aufwendigen Aktivitäten um nichts anderes als wahltaktische Beschwichtigungen? Ist die Mittelstandspolitik, die in diesen Programmen vorgeschlagen wird, in der Lage, die Ursachen der Krise des Mittelstandes zu beseitigen? Oder ist diese Mittelstandspolitik vor den Wahlen nur beschwichtigend am Kurieren von Symptomen orientiert? All diese Fragen zwingen uns, die reale Situation des Mittelstandes ursächlich durch diese Dokumente hindurch zu beurteilen, um herauszubekommen, ob wirklich das Attribut — das alle Parteien sich einerseits anhängen wollen und andererseits gegeneinander streitig machen — stimmt, daß ihre Wirtschaftspolitik in der Gesamtheit „mittelstandsfreundlich" sei. Diese Frage ist im Hinblick auf den aktuellen Bundestagswahlkampf zu stellen, da zum wiederholten Male mit der ökonomischen Situation, mit der ökonomischen Krise des Mittelstandes politisch-ideologisches Geschäft betrieben wird. Wenn man genau die Töne versteht, die sich hinter der antikommunistischen Propaganda „Freiheit statt Sozialismus" verbergen, dann stellt man fest, daß der von der Krise bedrohte Mittelstand wieder einmal für rechte, marktideologische Politik herhalten muß. Deshalb, meine ich, ist es politisch äußerst wichtig, sich einige Ursachen, einige Zusammenhänge zu vergegenwärtigen, denn es gibt im Vergleich zum Mittelstand kaum einen anderen gesellschaftlichen Bereich in der Bundesrepublik, über den dermaßen viel Ideologisches, Verfälschendes und Vernebelndes auf der politischen Bühne formuliert wird.

*) Bei dem nachstehenden Beitrag handelt es sich um einen für die „Blätter" überarbeiteten Vortrag, den der Verfasser beim „Mittelstandstag 1976" der Deutschen Friedens-Union am 13. 6. 1976 in Mainz gehalten hat. D. Red.

1) Vgl. Bericht der Bundesregierung über Lage und Entwicklung der kleinen und mittleren Unternehmen (Mittelstandsbericht), BT-Drucksache 7/5248, 21. 5. 1976. — Entwurf eines Gesetzes zur Förderung der kleinen und mittleren Unternehmen sowie der freien Berufe und zur Sicherung von Arbeitsplätzen in der mittelständischen Wirtschaft (Bundesmittelstandsförderungsgesetz), vorgelegt von der CDU/CSU, BT-Drucksache 7/4284, 6. 11. 1975.

Es gibt aber noch zwei Vorbemerkungen, die ich ausführen muß, da sie die Relevanz ungeschminkter Analyse der ökonomischen Situation des Mittelstandes unterstreichen. Wenn man die aktuellste wirtschaftspolitische Diskussion in der BRD betrachtet, so fällt auf, daß gebetsmühlenhaft darauf hingewiesen wird, wir befänden uns ja jetzt im Klima unmittelbaren, konjunkturellen Aufschwungs. Wer wird da so „kleinlich" sein, die Krisenlasten der Arbeiter oder die des Mittelstandes zu reklamieren? In der Tat, wir sind so „kleinlich", denn wir müssen bei dieser ökonomischen Krise ganz genau im Auge behalten: Wir werden zwar in diesem Jahr sicherlich einen konjunkturellen Aufschwung erhalten; wir dürfen uns dadurch aber von zentralen Fragen nicht ablenken lassen: Wer hat eigentlich die Lasten zur Überwindung dieser konjunkturellen Krise getragen?

Es gibt auch eine andere Fragestellung, die uns dazu zwingt, uns nicht den Blick für die ökonomische Realität durch die Beschwörungen zum Aufschwung verstellen zu lassen. Denn es gehört schon eine gute Portion Zynismus dazu, sich nur noch auf diesen konjunkturellen Aufschwung zu fixieren und dabei zu vergessen, daß sich dieser auf einem festen, unbeeinflußten Sockel struktureller Krisen vollzieht. Wir wissen, dieser Aufschwung wird den Sockel struktureller Arbeitslosigkeit (im Jahresdurchschnitt ca. 1 Mio.) sowie eine Inflationsrate von ca. 5 % nicht beseitigen. Wir wissen weiterhin, daß dieser Aufschwung die existentiellen Bedrohung des Mittelstandes nicht abschaffen wird. Also meine ich, daß der Hinweis (der im Bundestagswahlkampf eine große Rolle spielen wird) darauf, daß wir uns eigentlich voll im ökonomischen Aufschwung befänden, uns überhaupt nicht von der Frage befreit: Wer sind eigentlich die Lastenträger dieser Krise? Wichtig bleibt diese Frage im Hinblick darauf, daß bereits jetzt schon, wo sich alles auf den Aufschwung fixiert, erkennbar ist: Dieser Aufschwung geht schon wieder mit dem nächsten Abschwung schwanger, der Verschärfung der Krise bedeutet.

Es gibt aber einen zweiten Versuch, von den existentiellen Krisenproblemen der abhängig Beschäftigten und des Mittelstandes abzulenken, den ich für ganz wesentlich halte und der mit der Verfassungspraxis der Bundesrepublik zusammenhängt. Über Mittelstand zu reden, heißt ja im Kern, die Frage nach der Funktionsfähigkeit der Marktwirtschaft zu stellen: Heißt also die Frage nach der Funktionsfähigkeit der Marktwirtschaft im Hinblick auf ihre sozial-ökonomische Effizienz vor allem für die Menschen, die von ihr existentiell abhängen, zu stellen.

Überprüfung der Funktionsfähigkeit bedeutet Überprüfung der Sozialbindung der Marktwirtschaft im Sinne des Verfassungsauftrages. Jedoch, derjenige, der sie stellt, gerät immer mehr im Klima autoritärer Verfassungsinterpretation ins Abseits der Verfassung. Und wir müssen konstatieren, daß dies auch Konsequenzen für die Diskussion der Probleme des Mittelstandes hat. Wir stellen in der Bundesrepublik fest, daß vor allem konservative Kräfte versuchen, die soziale Marktwirtschaft, die eigentlich als ökonomisches Instrument in der Verfassung gedacht ist und die als Instrument auf ihre soziale Wirksamkeit hin streng überprüft werden muß, dieses instrumentell gedachte System sozialer Marktwirtschaft immer mehr in den Himmel „eherner" Grundwerte zu erheben. Dies ist der Hintergrund, vor dem sich heute Berufsverbotspraxis vollzieht: Wer soziale Marktwirtschaft auf ihre Funktionsfähigkeit und Wirksamkeit hin kritisiert, läuft Gefahr, sich den Vorwurf einzuhandeln, daß er bereits gegen einen „ehernen" Grundwert redet und daß er von daher ins Abseits der Verfassung eskamotiert wird.

Ich meine an dieser Stelle einleitend feststellen zu müssen: Es gehört zu einer radikalen, d. h. an die Wurzel der Verhältnisse gehenden demokratischen Praxis, sich dieses Recht der sozialen Kontrolle, der Kontrolle sozialer Wirksamkeit des marktwirtschaftlichen Systems nicht streitig machen zu lassen. Die Diskussion über den Mittelstand verstehe ich in der Tat als einen Beitrag demokratischer Verfassungskontrolle.

Situationsanalyse — Stand des Mittelstandes

Nach diesen Vorbemerkungen stellt sich nun die Frage: Wie ist eigentlich die Situation des Mittelstandes, wie ist der „Stand des Mittelstandes" einzuschätzen? Wenn man die Literatur einigermaßen kritisch überprüft, fällt auf, daß bereits die Definitionen dessen, was Mittelstand ist, ausgesprochen schillernd sind. Überprüft man sie genauer, dann läßt sich feststellen, daß je nach politischen Interessen die Definitionen für Mittelstand unterschiedlich ausfallen. In die Definition dessen, was Mittelstand sein soll, gehen also von vornherein unterschiedliche Interessenstandpunkte ein.

Nehmen wir uns einleitend eine Definition vor, die ich im Hinblick auf die Verortung des Mittelstandes im marktwirtschaftlichen System für wesentlich halte. In der Definition des Mittelstandes durch das Bundeswirtschaftsministerium wird auf drei Kriterien abgestellt:

1. auf das ganz wesentliche Kriterium der „Selbständigkeit";
2. auf ein Kriterium begrenzter Größe und
3. auf das Kriterium der unmittelbaren Mitarbeit des Eigentümers.

Es ist jedoch interessant, daß bei derartigen Mittelstandsdokumenten von einer eigensten, originären Selbständigkeit nie die Rede ist, sondern daß die Selbständigkeit immer schon defensiv gegenüber anderen, die diese bedrohen, formuliert ist. Man sieht deshalb, daß in die entsprechende Mittelstandspolitik von Anfang an eine Größe mit eingeht, die eigentlich von einem marktwirtschaftlichen Verständnis her da nichts zu suchen hätte: Selbständigkeit wird gegenüber den Großen, also gegenüber den Monopolen und Großkonzernen definiert. „Mittelstandspolitik" wird daraus folgend damit begründet, daß die Selbständigkeit durch ein politisches Eingreifen des Staates gesichert werden muß. Damit können wir eins schon festhalten: Die Marktwirtschaft aus sich heraus hat kein Interesse am Mittelstand. Sie produziert vielmehr durch Konzentrationsprozesse die dauerhafte Bedrohung des Mittelstandes, den der Staat schützen muß. Im marktwirtschaftlichen System vollstreckt sich genuin nicht die Versorgung menschlicher Bedürfnisse, sondern Produktion und Versorgung sind vielmehr an Prinzipien des Gewinnemachens ausgerichtet. Mit dieser Profitorientierung sind die marktwirtschaftlichen Systeme auf Konzentrationsentwicklung angelegt. Die Marktwirtschaft trägt damit in sich den Kern für die Krise des Mittelstandes. Der größte Feind der Freiheit ist demnach die sogenannte „freie" Marktwirtschaft selbst. Es bedarf also von vornherein — und dies gilt es ganz deutlich festzuhalten — eines „Schutzes" des Mittelstandes, der nicht im Wettbewerbssystem selbst liegt. Es bedarf eines „Schutzes" des Mittelstandes, durch staatliche Politik außerhalb der Marktwirtschaft. Deshalb ergibt sich zu Recht mit der Analyse des Mittelstandes die Frage, wie sieht eigentlich diese staatliche Politik für den Mittelstand aus, wenn sie sich nicht auf den Abbau marktinhärenter Konzentration ausrichtet. Dieser Frage werde ich mich im späteren Verlauf meiner Äußerungen zuwenden.

Vorher aber noch eine Bemerkung zu der Frage: Wie wird der Mittelstand seiner Funktion nach bestimmt, wenn die Marktwirtschaft aus sich selbst heraus ihn nicht will und wenn es ständig staatlicher Eingriffe bedarf, um diesen Mittelstand überhaupt am Leben zu erhalten?

Hier fällt auf, daß vor allem zwei Funktionen für den Mittelstand reklamiert werden: Die erste Funktion bezieht sich auf die ökonomische Rolle des Mittelstandes zwischen Produktion und Verbrauch. Der Mittelstand ist die Restgröße eines wirtschaftlichen Systems, für das „Anpassungsfähigkeit" und allgemeine ökonomische „Flexibilität" reklamiert werden. Es ist interessant, daß mit diesem Restbereich „Mittelstand" Funktionen verbunden werden, deren Gültigkeit uns die Ideologen der Marktwirtschaft immer für die gesamte Marktwirtschaft — also auch für die Monopole — einreden wollen. Wir werden uns jedoch die Frage stellen müssen, wer eigentlich die Nutznießer dieser „Anpassungsfähigkeit" und „Flexibilität" sind. In diesem funktionalen Bestimmungszusammenhang taucht die einschränkende Forderung nach einem „leistungsfähigen" Mittelstand auf. Im Prinzip ist es richtig, einen „leistungsfähigen Mittelstand" zu fordern. Aber die Frage ist: Wer bedroht eigentlich ständig die Leistungsfähigkeit? Ist es die Untüchtigkeit des Mittelständlers selbst, die seine Leistungsfähigkeit bedroht, oder sind es außerhalb des Mittelstandes stehende Großkonzerne, die einerseits seine Leistungsfähigkeit dauernd bedrohen und die sich andererseits noch die Arroganz erlauben, von ihren Ausplünderungsinteressen aus seine Leistungsfähigkeit zu definieren? Deshalb kommt es darauf an, diese Flexibilität und Anpassungsfähigkeit auf ihre Ausnutzung hin zu untersuchen. Wir stellen fest, die Kehrseite dieser vielgepriesenen Funktionen heißt, daß der Mittelstand „flexibel" sein muß, ich sage es in aller Offenheit, auch zum Untergang. So erscheint der Mittelstand als jenes residuale Exerzierfeld, in dem überhaupt noch Aufstieg und Fall in der Marktwirtschaft trainiert werden.

Dies belegt auch eine vorsichtige Bemerkung, die Otto Schlecht, Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, auf einer vom Ifo-Institut (München) mit Wissenschaftlern und Interessenvertretern durchgeführten Tagung mit dem Titel „Die gesamtwirtschaftliche Funktion kleinerer und mittlerer Unternehmen" angebracht hat: „Ich nehme auch die kritische Frage, die häufig gestellt wird, sehr ernst, ob in der Realität unserer Wirtschaftsordnung die marktwirtschaftliche Sanktion für unternehmerische Fehlleistungen und -planungen — nämlich das Ausscheiden aus dem Markt — bei Großunternehmen noch dieselbe Bedeutung hat wie bei den mittelständischen Unternehmen." Wenn Schlecht auch „nicht ansteht, diese Frage einfach zu bejahen", so gibt er an einer anderen Stelle die Antwort andeutungsweise preis: „Sicherlich ist es aber richtig, daß im allgemeinen die Durchsetzung marktwirtschaftlicher Grundsätze gegenüber Großunternehmern erheblich schwieriger ist als gegenüber kleinen und mittleren Unternehmen. Daher ist und bleibt die Unternehmenskonzentration eine Achillesferse der Marktwirtschaft, in die Systemveränderer auch immer wieder zu stoßen versuchen" [2]). — Ich würde hinzufügen: unter diesen Umständen zwangsläufig stoßen müssen.

Die Insolvenzrekorde der letzten Jahre belegen plastisch, daß vor allem die kleinen und mittleren Betriebe indirekt dieses Exerzierfeld abgeben. Offensichtlich haben nur noch hier die „Markttugenden" die Flexibilität und Anpassung mit Chancen zum Untergang Gültigkeit. Die entsprechende Kehrseite also betrachtet, heißt das, diese „Freiheiten", die dem Mittelstand funktional zugesprochen wer-

[2]) Otto Schlecht, Der wirtschaftspolitische Rang kleiner und mittlerer Unternehmen, in: Die gesamtwirtschaftliche Funktion kleiner und mittlerer Unternehmen (hrsg. v. K. H. Oppenländer), München 1976, S. 20.

den, implizieren im Kern seine Freiheit zum Untergang, gegen den er sich aus eigener Kraft nicht zur Wehr setzen kann.

Es gibt dann noch eine zweite, wesentliche Funktion, die dem Mittelstand zugesprochen wird und die vor allem in der politischen Debatte äußerste Relevanz gewinnt: Der Mittelstand, der letzte Rest in diesem wirtschaftlichen System, für den noch so etwas wie „Selbständigkeit" innerhalb der Marktgesetze gefordert wird, dieser Mittelstand muß dafür herhalten, das gesamtwirtschaftliche System und damit die ihn bedrohenden Monopole selbst zu legitimieren. Biedenkopf, der Generalsekretär der CDU, hat dieses Problem messerscharf erkannt, als er in einem Artikel für die Zeitung „Der Mittelstand" festgestellt hat: „Wo Marktmacht innerhalb der Marktverfassung auftritt, ist nicht nur Leistungsfähigkeit marktwirtschaftlich verfaßter arbeitsteiliger Wirtschaft bedroht. Bedroht ist auch die Plausibilität der privatwirtschaftlichen Zuordnung von Entscheidungsmacht und -risiko und damit letztlich die politische Voraussetzung für die Gewährung unternehmerischer Autonomie" [3]). Im Klartext heißt dies: Der ständig existenz- und selbständigkeitsbedrohte Mittelstand muß gleichzeitig dafür herhalten, seine monopolistische Abhängigkeit zu legitimieren. Damit werden die Verhältnisse völlig auf den Kopf gestellt. Wenn man es ganz deutlich ausspricht: Mit dieser aufpolierten Mittelstandsideologie wird versucht, den Mittelstand als Rechtfertigung dafür zu nehmen, daß die Großkonzerne die Marktgesetze durchbrechen können. Das muß man ganz deutlich sehen, denn in allen Dokumenten aus CDU/CSU-Kreisen dominiert dieses Rechtfertigungsgeschäft: Wer den Mittelstand schützt, schützt dieser Politikpropaganda nach auch die Konzerne. Die scheinbare Paradoxie löst sich auf, derzufolge die CDU/CSU mit ihrer Mittelstandspolitik zugleich Partei der Großkonzerne bleibt. Der Mittelstand ist somit nicht nur ökonomisch-funktional der marktwirtschaftliche Lückenbüßer, sondern er hat zugleich auch noch die ideologische Lückenbüßerfunktion. Der Mittelstand, als eigentlicher Restbestand, der noch das hergibt, was von einer „idealen" Marktwirtschaft erwartet wird, nämlich die marktgesteuerte Versorgung von Verbraucherinteressen, wird nur noch als Objekt ideologischen Geschäfts gehandelt. Dieses Geschäft zu durchschauen, halte ich für wichtig, da die Krise des Mittelstandes im laufenden Bundestagswahlkampf wieder in eine Rechtspolitisierung verkehrt werden wird. Es gibt Kräfte in der BRD, die genau mit der ökonomischen Krisensituation des Mittelstandes Politik im Sinne seiner Rechtsradikalisierung zu betreiben versuchen. Für die Gefahr derartiger Rechtsradikalisierung haben wir bittere Belege. Aus wissenschaftlichen Untersuchungen ist bekannt, daß es vor allem der NSDAP gelungen ist, die existentielle Krise des Mittelstandes für ihre faschistische Politik zu mobilisieren [4]). Wir haben auch das neueste Beispiel aus Chile, wo eine faschistische Funktionalisierung des Mittelstandes dazu beigetragen hat, daß dieser mit das Geschäft der multinationalen Konzerne betrieben hat, die Allende-Volksfront-Regierung terroristisch zu vernichten. Wir wissen heute aus ökonomischen Analysen über Chile, die selbst in gängigen Tageszeitungen der Bundesrepublik nachzulesen sind, daß genau dieser Mittelstand, der für dieses faschistische Geschäft mobilisiert wurde, es ist, der sich jetzt an der Seite der Lohnabhängigen in der schwersten ökonomischen Krise befindet. Diese Erfahrung muß die demokratische Bewegung in der BRD im Auge behalten. Man darf sich in diesem politischen Alltagsgeschäft nicht blenden lassen; es kommt vielmehr darauf an, die Dinge beim Namen zu nennen. Die Krise

3) Kurt H. Biedenkopf, Die große Chance der Kleinen, in: „Der Mittelstand", 6/1976, S. 17.
4) Vgl. dazu vor allem: Seymor M. Lipset, Der „Faschismus", die Linke, die Rechte und die Mitte; in: „Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie", 11/1959. — Günther Frantz, Die politischen Wahlen in Niedersachsen 1867—1949, Bremen 1951, mit Anhang: Die Wahlen 1951—1956, Bremen 1957.

des Mittelstandes beim Namen zu nennen, heißt erstens: Analyse der Auswirkungen des Konzentrationsprozesses auf den Mittelstand und zweitens: radikale Untersuchung der Ursachen dieses Konzentrationsprozesses.

Ich glaube, es wäre müßig, jetzt ausführlich darzustellen, wie dieser Konzentrationsprozeß in der Entwicklung der Bundesrepublik im einzelnen aussieht. Wir wissen, durch alle Vernebelungsversuche hindurch, daß ein Konzentrationsprozeß in der Bundesrepublik stattgefunden hat und weiterhin stattfinden wird. Wir wissen, daß der Konzentrationsprozeß statistisch nachweisbar in den Bereichen des produzierenden Gewerbes, in Handel, Banken, Verkehr und vor allem im Handwerk stattgefunden hat. Ich brauche diese Tendenz, glaube ich, nicht mehr genauer auszuführen. Entsprechende Statistiken lassen sich jederzeit ausbreiten. Jedoch, einen Hinweis muß ich machen: Selbst diese Feststellung, daß ein Konzentrationsprozeß zu Lasten des Mittelstandes in der Bundesrepublik stattfindet, gehört nicht zu den wissenschaftlichen Selbstverständlichkeiten. Es gibt zwar eindeutige Untersuchungen des Bundeskartellamtes und vor allem auch des „Institutes für Mittelstandsforschung", die den Konzentrationsprozeß zu Lasten des Mittelstandes belegen (sowohl nach Umsatz- als auch Beschäftigungsgrößenklassen). Die Bundesregierung, teilweise durch die Mittelstandsvereinigung der CDU aufgefordert, hat aber diesen Konzentrationsprozeß noch einmal einer Analyse durch die Baseler PROGNOS AG unterziehen lassen [5]). Diese Analyse und Prognose kommt zu dem überraschenden Ergebnis: Die Wirtschaft habe sich zwar ein wenig konzentriert, aber die Konzentration sei in unterschiedlichen ökonomischen Bereichen nicht eindeutig, so daß von einem Konzentrationsprozeß insgesamt in der Bundesrepublik nicht gesprochen werden könne. Verständlicherweise beruft sich die Bundesregierung auf diese PROGNOS-Studie in allen Mittelstandsdebatten, um die Relevanz der Mittelstandsprobleme aus Konzentrationsprozessen herunterzuspielen.

Für die Entwicklung der Unternehmensgrößenstruktur bis 1980 erwartet die PROGNOS-Studie geradezu das Gegenteil von Unternehmenskonzentration. Die Rede ist von einer „Tendenzumkehr zugunsten der mittleren Unternehmen", von den „eindeutigen Gewinnern", und zwar den mittleren Unternehmen zwischen 10 und 199 Beschäftigten, deren Anteil sich von 30 auf 32 % erhöhen soll.

Aufgrund der mittelstandspolitischen Relevanz dieser Studie, mit der im Kern der Beweis dafür geführt werden soll, daß der Mittelstand eigentlich „rosigen" Zeiten entgegensieht, müssen wenigstens ihre zentralen Mängel festgehalten werden. Damit soll der leichtfertige, politisch unverantwortliche Umgang mit dieser Studie abgeblockt werden: a) Nach eigenem Eingeständnis der Prognostiker werden die multinationalen Konzerne überhaupt nicht berücksichtigt. b) Der schwerwiegendste Mangel besteht darin, daß bei der Definition selbständiger Unternehmen nur von der „formellen" Selbständigkeit ausgegangen wird. Damit werden die realen, faktischen Abhängigkeiten kleinerer und mittlerer Betriebe in Handwerk und Gewerbe etwa von Großindustrie und -banken, die unabhängig von rechtlich-formeller Selbständigkeit bestehen, schlichtweg geleugnet. c) Das Maß für Unternehmenskonzentration sind Unternehmen, die nach Beschäftigungsgrößenklassen sortiert werden. Da sich aber zunehmend Konzentrationsprozesse

5) Analyse und Prognose der Unternehmensgrößenstruktur — Beurteilung und Prognose der Bedeutung von isolierbaren ökonomischen, wissenschaftlich-technischen und sozialen Einflußfaktoren auf die zukünftige Entwicklung kleiner und mittlerer Unternehmen in der Bundesrepublik Deutschland, v. Heimfrid Wolff und Peter Hofer, Manuskript, Basel, im Januar 1975. — Vgl. die Kurzfassung: Dieter Schröder/Heimfrid Wolff, Veränderungen der Aktionsbereiche der unterschiedlichen Unternehmensgrößen in der deutschen Wirtschaft, in: Die gesamtwirtschaftliche Funktion . . ., a.a.O., S. 337 ff.

nicht mehr in wachsenden Anteilen derartiger Unternehmen an allen Beschäftigten ausdrücken (sondern eher in Umsatzgrößen wegen wachsender Wegrationalisierung von Arbeitsplätzen), muß diese Studie zu fragwürdigen Ergebnissen kommen. d) Die PROGNOS-Studie enthält keinen Satz zur Wirksamkeit bisheriger staatlicher Mittelstandspolitik; damit läßt sich der Einfluß bisheriger staatlicher Politik gegen Unternehmenskonzentration nicht einmal pauschal abschätzen. Diese Kritikpunkte, bei denen von methodischer Verfahrenskritik in der Prognose abgesehen wurde, zeigen die Fragwürdigkeit dieser Untersuchung. Im Kontext der Untersuchungen der von der Bundesregierung eingesetzten „Monopolkommission" müßte vielmehr eine reale „Verflechtungsanalyse" erstellt werden, die die faktische Ausprägung der Abhängigkeiten des Mittelstandes zu erkennen gibt.

Was diese PROGNOS-Studie noch nicht an Verharmlosung leistet, das wird mit dem Hinweis auf die funktionsnotwendigen Selbstreinigungsprozesse in der Marktwirtschaft eingeholt.

Bundeskanzler Helmut Schmidt hat so etwa auch entgegen seiner Regierungserklärung, wo er versprochen hatte, daß sich die Bundesregierung für einen leistungsfähigen Mittelstand einsetzen werde, darauf hingewiesen, man solle sich über die ca. 10 000 Pleiten im Jahr nicht so aufregen. Schließlich sei dies ja beredter Ausdruck für eine funktionsfähige Marktwirtschaft. Diese „Totenliste" der Marktwirtschaft sei nichts anderes als „Flurschaden", der zur Marktwirtschaft gehöre. Das ist vom Prinzip marktwirtschaftlicher Produktion aus richtig, denn zu ihr gehört die Krise als Dauerproblem. Jedoch in diesem Geschäft der Marktwirtschaft gibt es offensichtlich zwei diametral unterschiedene Sektoren: Der eine, der unter dem Stichwort „Flexibilität" diesen Prozeß des Pleitegehens laufend austragen muß, und der andere, der die ökonomische Kraft hat, sich diesem Prozeß des Pleitemachens entziehen zu können. Alle, die behaupten, Insolvenzen gehörten zur Marktwirtschaft, müßten eigentlich fairerweise dazu sagen, daß dies nicht ein Problem der gesamten Marktwirtschaft ist, sondern eines, welches den mittelständischen Sektor in der Marktwirtschaft vorwiegend trifft, während sich der monopolistische Sektor ihm entziehen kann. Würde die Aussage so differenziert, dann hätte man auch politisch richtige Ansatzpunkte einer Mittelstandspolitik im Griff.

Ich will aber, bevor ich dieses Problem näher ausführe, vielleicht doch noch einige wenige Zahlen nennen, die in letzter Zeit ganz offen — sie sind auch nicht mehr verschweigbar — in der Bundesrepublik diskutiert werden. Es handelt sich um Daten aus der sogenannten Statistik der Insolvenzen, bzw. der Konkurse und der Vergleichsverfahren des Statistischen Bundesamtes. Wir müssen für die Entwicklung der Bundesrepublik feststellen, daß die Konkurse, die den Mittelstand besonders treffen, mit dem konjunkturellen Zyklus bis 1970 parallel einhergelaufen sind. Das heißt, also vor allem in konjunkturellen „Talfahrten" hat es übermäßig viele Konkurse und Vergleichsverfahren gegeben. Aber das statistische Bundesamt stellt in seiner Veröffentlichung „Wirtschaft und Statistik" zu Beginn dieses Jahres fest, daß wir seit 1970 einem völlig neuen Phänomen gegenüberstehen [6]). Unabhängig von der konjunkturellen Entwicklung, also unabhängig vom Auf und Ab der Konjunktur, ist die Zahl der Insolvenzen laufend gestiegen. Während man bis 1970 noch feststellen konnte, daß die Konkurse im konjunkturellen Aufschwung deutlich zurückgingen und erst wieder in der Rezession anstiegen, gilt dieser Zusammenhang ab 1970 nicht mehr. Ab 1970 scheint sich zu ergeben, daß nicht einmal der konjunkturelle Aufschwung mehr ein Garant dafür ist, wenig-

[6]) Vgl. etwa dazu die neueste Statistik in: „Wirtschaft und Statistik", Wiesbaden 1976.

stens in dieser Phase die Situation des Mittelstandes zu verbessern. Aus diesem Zusammenhang wage ich auch die Prognose, daß der konjunkturelle Aufschwung, der für dieses Jahr erwartet wird, nicht dazu beitragen wird, den ab 1970 steigenden Trend der Konkurse und Vergleichsverfahren zu brechen. Ohne auf die genauere Analyse hier eingehen zu können, seien wenigstens zwei empirische Befunde belegt:

1. Nachfolgende Zahlen zeigen die Zunahme der Insolvenzen (Konkurse und Vergleiche) für die gesamte BRD-Wirtschaft von 1967 bis 1975. Hieraus ergibt sich eindeutig eine explosive Zunahme der Pleitenraten:

1967: 3930	*1968: 3582*	*1969: 3578*
1970: 3943	*1971: 4255*	*1972: 4410*
1973: 5277	*1974: 7722*	*1975: 9195*

2. Der empirische Beweis für die Behauptung, daß die Konkurse vor allem zu Lasten des mittelständischen Bereichs gehen, ist in der BRD schwer zu führen, da kein offizielles Datenmaterial vorliegt, welches die Insolvenzen den Unternehmensgrößenklassen zuordnet. Hilfsweise — so verfährt etwa auch das „Institut für Mittelstandsforschung" — können nur die Statistiken des Statistischen Bundesamtes herangezogen werden, die die Insolvenzen den jeweiligen Rechtsformen zuordnen. Aus der Zuordnung der Personengesellschaften vor allem zum Bereich der mittelständischen Wirtschaft läßt sich belegen, daß sich der Großteil der Insolvenzen im Bereich des Mittelstandes vollzieht:

Insolvenzen in der BRD 1974 und 1975 nach Rechtsformen

	Konkursverfahren		*Konkursverfahren und Vergleichsverfahren*	
	1974	*1975*	*1974*	*1975*
a) Unternehmen	5628	6709	5976	6953
Nichteingetragene Unternehmen	*1856*	*2381*	*1904*	*2415*
Einzelfirmen	*657*	*823*	*748*	*895*
OHG und KG	*1223*	*730*	*1373*	*811*
GmbH & Co. KG	—	*647*	—	*664*
GmbH	*1869*	*2102*	*1927*	*2141*
AG + KGaA	*13*	*17*	*13*	*18*
EG	*7*	*1*	*8*	*1*
Sonstige Unternehmen	*3*	*8*	*3*	*8*
b) Andere Gemeinschuldner	*1724*	*2233*	*1746*	*2242*
Natürliche Personen	*757*	—	*778*	*1143*
Nachlässe	*958*	—	*959*	*1086*
Sonstige	*9*	*13*	*9*	*13*
Insgesamt	*Insolvenzen (a und b)*		*7722*	*9195*

Für die Krisenentwicklung der BRD stellen wir fest, daß es zwei dominierende Träger der Krisenlasten gibt:

1. Die Gruppe des Mittelstandes, der sich neben explodierenden Insolvenzen immer mehr in den Bereich eines „abhängigen Sektors" entwickelt;

2. die durch konjunkturelle und strukturelle Arbeitslosigkeit und Inflationsraten betroffene Gruppe der abhängig Beschäftigten.

Dementsprechend läßt sich die These belegen, daß es im Kern diese zwei Gruppen sind, die diese Krisenlasten in der Entwicklung der BRD auszutragen haben. Dabei zeigt sich, daß der Begriff „Mittelstand" selbst die ökonomischen Verhältnisse verschleiert. Dieser Begriff vom „Mittelstand" bringt nicht zum Ausdruck, daß er erstens mit den Lohnabhängigen zu der krisenbedrohtesten Schicht dieser Gesellschaft gehört, und zweitens, daß er in dieser Existenzbedrohung, wenn er überhaupt überlebt, in der Gefahr steht, immer mehr in ökonomische Abhängigkeit zu geraten. Ich finde es deshalb richtig, sich auf den begrifflichen Widerspruch einzulassen und an dieser Stelle der Situationsanalyse vom sogenannten „abhängigen Mittelstand" zu reden. Damit kommt der Widerspruch zum Ausdruck, der darin besteht, daß auf einen „selbständigen Stand" einerseits rekurriert wird, dem jedoch andererseits die Tendenz zu wachsender ökonomischer Abhängigkeit gegenübersteht.

Vom Stand des Mittelstandes zum abhängigen Sektor

Nach dieser Situationsanalyse zum „Stand" des Mittelstandes drängt sich die Frage auf: Welches sind eigentlich die Ursachen für die Krise des Mittelstandes? Es gibt je nach politischer Couleur unterschiedliche Versuche, den „Schuldigen" für die Krise des Mittelstandes ausfindig zu machen. In dieser Suche nach dem Schuldigen wird unheimlich viel vernebelt, verschleiert und auf den Kopf gestellt. Es wäre „politischer Aberglauben", zu sagen, der Staat als solcher sei es, der diese Mittelstandskrise verursache. Derartige Ursachenidentifikation ist falsch, weil sie die Verhältnisse nicht richtig zum Ausdruck bringt.

Demgegenüber müssen wir feststellen: Die Ursache der Krise des Mittelstandes, die sich einerseits in seinem absoluten Rückgang durch Konkurse und andererseits in einer zunehmenden Abhängigkeit ausdrückt, kann nur im marktwirtschaftlichen System selbst gefunden werden. Das heißt, das marktwirtschaftliche System hat in sich Tendenzen, die Konzentration hervorzubringen; diese Konzentration vollzieht sich auf dem Rücken des Mittelstandes. Das ist die entscheidende Feststellung. Daraus folgt erst die Frage: Wenn dies so ist, welche Rolle spielt dann der Staat gegenüber den Monopolen einerseits und dem Mittelstand andererseits? Das ist jedoch eine abgeleitete, zweite Frage. Es ist daher ursächlich falsch, von vornherein zu sagen, der Staat sei der eigentliche Verursacher der ökonomischen Krise. Der Staat muß auf die Frage hin beurteilt werden, inwieweit er sich mit seiner Politik vorrangig auf Krisenkonservierung, auf die großen Kapitale, die Großkonzerne konzentriert, oder aber, ob er wirklich eine genuine, ursachenorientierte „Schutzpolitik" des Mittelstandes gegen Ausschaltung und Ausplünderung durch Großkonzerne verfolgt. Mit der verkehrten Feststellung, der Staat „verursache" ökonomische Krisen, wären der gesellschaftsstrukturierende Kern, die Monopole, aus dem Blickfeld verdrängt. Für die Kritik staatlicher Wirtschaftspolitik folgt die Kontrollfrage, inwieweit sie die Tendenzen der Konzentration unterstützt bzw. bekämpft.

Meine These zur Analyse kapitalistisch entwickelter Systeme lautet: In allen kapitalistisch organisierten Ländern haben wir einen Prozeß der Konzentration festzustellen, der dazu führt, daß sich zwei große ökonomische Sektoren herausbilden: Dem dominierenden „monopolistischen Sektor" steht der klassiche „konkurrenzwirtschaftliche Sektor" als Rest gegenüber. Dabei ist wesentlich, daß die klassischen Mechanismen des Marktes, nämlich konkurrenzwirtschaftliche Versorgung der Verbraucher, innerhalb der Marktgesetze, die keine Machtzusammen-

ballung zulassen, im Kern nur noch für den konkurrenzwirtschaftlichen Sektor unserer Wirtschaft, der zugleich den Mittelstand repräsentiert, gilt. Die Monopole versuchen mit allen Mitteln, die Möglichkeit des Profitemachens zu expandieren und damit gesellschaftsbewußte Bedürfnisversorgung unter sich zu begraben. Ihr Feld der Profitmaximierung expandieren sie durch Ausplünderung des Kleinkapitals.

Was sind die Instrumente der Monopole? Die Monopole unterscheiden sich von mittelständischen Unternehmen vor allem dadurch, daß sie sich über ihre ökonomische Macht außerhalb der Marktgesetze stellen und damit diese Marktgesetze auf Dauer durchbrechen können[7]). Der Mittelständler, gleichsam der schwindende klassische Kern des marktwirtschaftlichen Systems, ist streng an die marktwirtschaftlichen Gesetze gebunden. Er hat nicht die Macht, Preise zu setzen, er hat auch nicht die Macht, Verbraucherbedürfnisse zu manipulieren, sondern er steht in einem kontrollierbaren Verhältnis zum Verbraucher auf der Basis seiner Produktionsmöglichkeiten. Demgegenüber haben die Monopole vor allem die Preissetzungsmacht. Ihre Befähigung zur monopolistischen Preissetzung ist übrigens mit dem Begriff „monopolistische Preisbildung" zwischenzeitlich, auch etwa in der einschlägigen wirtschaftswissenschaftlichen Literatur, anerkannt, wenn festgehalten wird, daß in der Tat die Preispolitik der Monopole anders als etwa die des klassischen mittelständischen, marktwirtschaftlichen Bereichs aussieht. Die Monopole, dies konnten wir in den letzten Jahren beobachten, entziehen sich den eigentlichen Marktmechanismen immer deutlicher, nämlich jenem Marktmechanismus, den man als „Klippschulweisheit" in jedem Einführungskurs zur Ökonomie lernt: Wenn die Nachfrage sinkt, müßten eigentlich auch die Preise sinken. Diesem Mechanismus, der immer noch in seiner Allgemeingültigkeit gepredigt wird, widersetzen sich die Monopole mit Erfolg. Wir haben das beste Beispiel dafür in der Automobilindustrie: Sinkender Absatz, also sinkende Produktionsauslastung der Kapazitäten, geht einher mit spürbaren Preiserhöhungen. Dieses Beispiel monopolistischer Preis-Mengen-Politik ist über die Mechanismen des klassisch marktwirtschaftlichen Systems nicht mehr zu verstehen. Offensichtlich, und darauf läuft meine Aussage hinaus, hat die der Marktwirtschaft inhärente Konzentration die Marktmechanismen wesentlich mitverändert.

Man muß das festhalten, was in den einschlägigen Dokumenten und Analysen der Deutschen Friedens-Union zum Mittelstandstag herausgearbeitet wurde: Diese monopolistische Preissetzungsmöglichkeit drückt im Kern die ökonomische Macht der Monopole aus. Die ökonomische Macht der Monopole, die für den Mittelstand größte Relevanz hat, ermöglicht monopolistische Preissetzung an den eigentlichen Verbraucherinteressen vorbei. Diese monopolistische Preissetzungsmacht hat auch den gesamten wirtschaftspolitischen Zusammenhang völlig verändert. Sie erklärt z. B. die uns immer wieder eingepaukte „Lohn-Preis-Spirale", die die Inflationsursache den Gewerkschaften zuschanzen soll. Diese magische „Spirale" funktioniert wegen der Preissetzungsmacht der Monopole, denn selbst die ausgesprochen restriktiven Lohnforderungen von ca. 5 % dieses Jahres werden schnurstracks nach Tarifabschluß, vielleicht gerade noch nach zwei Monaten, bis die Rechnungen umgeschrieben werden können, sofort in den Preisen weitergegeben; also auf diejenigen abgewälzt, die eigentlich mit der Lohnforderung ihre reale ökonomische Situation verbessern sollten. Wir sehen, der klassische, direkte Verteilungskampf zwischen den Tarifpartnern wird durch die Monopole unter-

7) Vgl. zur systematischen Analyse: Jörg Huffschmid, Begründung und Bedeutung des Monopolbegriffs in der marxistischen politischen Ökonomie; in: Zur Theorie des Monopols. Staat und Monopole (I), „Argument"-Sonderbände; AS 6, Berlin (West) 1975.

DAS ARGUMENT

Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften

99 FAUST-DISKUSSION

G. Mattenklott: Literarische Komplexität und der Komplex der Literatur
G. Pickerodt: Geschichte und ästhetische Erkenntnis
H. Schlaffer: Fausts Ende
G. Bauer / H. Schmidt-Noerr: Faust, Ökonomie, Revisionismus und Utopie

* * *

B. Frei / L. Winckler: Exilliteraturforschung
F. Niess: Weltmarkt und USA

Tagungsbericht: Monopoltheorie

Besprechungsschwerpunkte: Film-Theorien; Psychologie der Schule; Novemberrevolution; Gewerkschaften und Mitbestimmung

Einzelpreis 9,– DM, im Abonnement 7,50 DM;
Schüler/Studenten 7,– DM, im Abonnement 6,– DM

Demnächst erscheint:

AS 9 GULLIVER
DEUTSCH-ENGLISCHE JAHRBÜCHER, BD. 1

AS 10 MASSENMEDIEN UND MEDIENPOLITIK
AS 11 BRECHTS TUI-KRITIK

ARGUMENT-VERLAG **Postfach 210730** **7500 Karlsruhe 21**

laufen. Er verschiebt sich zu einem „indirekten" Verteilungsprozeß, der so läuft: Lohnerhöhungen werden mit der Preissetzungsmacht der Monopole auf die Marktpreise überwälzt. Bei unbeeinflußten Profiten entsteht die Bedrohung der Realsituation der Arbeiter. Da wäre es doch Zynismus, zu behaupten, die „Lohn-Preis-Spirale" sei ein Mechanismus, den die Gewerkschaft bedient, sondern genau anders herum, die „Lohn-Preis-Spirale" ist der Mechanismus, der benutzt wird, um selbst produktivitätsorientierte Lohnforderungen der Arbeiter auf den Markt zu überwälzen, um sie damit real wieder zurückzuholen, weil die Preise steigen.

Im Hinblick auf den Mittelstand ergibt sich aber aus der monopolistischen Preissetzung eine seiner wesentlichen Abhängigkeiten. Diese Abhängigkeit besteht darin, daß er, soweit er auf die Zulieferung von den Monopolen angewiesen ist, im Grunde genommen sich dieser Preissetzungsmacht nicht entziehen kann. Für die gesamte staatliche Wirtschaftspolitik, die auf finanzielle Belastung der Wirtschaft abzielt, ist diese monopolistische Preissetzungsmacht bedeutsam. Mit dieser Preissetzungsmacht haben die Monopole auch die Möglichkeit, alle auf sie abgezielten Belastungen durch den Staat zu unterlaufen, indem sie sie schließlich an den Endverbraucher überwälzen. Hier scheint mir der neuralgische Punkt unseres gesamtwirtschaftlichen Systems zu liegen. Die klassischen Mechanismen, die der Staat in seiner Politik immer noch unterstellt, stimmen nicht mit der Wirklichkeit überein. Wir befinden uns in der Situation, wo die Monopole sowohl über ihre Preis- als auch über ihre Mengenpolitik entscheidend den wirtschaftspolitischen Prozeß beeinflussen. Man muß sich dann wieder die Frage stellen: zu wessen Lasten? Ich habe skizzenhaft nachzuweisen versucht, daß die Profitstrategie der Monopole zu Lasten der abhängig Beschäftigten durch reale Lohnreduktionen sowie Arbeitslosigkeit und zu Lasten des Mittelstandes durch das Hinwegkonkurrieren und Steigerung seiner Abhängigkeiten entfaltet werden.

Ich müßte an dieser Stelle noch ausführlich das Problem der „Selbständigkeit" des Mittelstandes bzw. die Kehrseite, seine Abhängigkeit, analysieren. Aus Platzgründen läßt sich das hier nur andeuten. Ein wichtiges Kriterium, faktische Selbständigkeit des Mittelstandes zu beurteilen, ist seine finanzielle Eigenständigkeit bei den Produktions- und Investitionsentscheidungen. Über die Kapitalausstattung des Mittelstandes gibt es in der Zwischenzeit für die BRD mehrere, kontroverse Aussagen. Während z. B. die Deutsche Bundesbank und die „Kreditanstalt für Wiederaufbau" die These belegen, daß die faktische Selbständigkeit des Mittelstandes durch mangelnde Eigenkapitalausstattung und damit genuine Finanzierungsunfähigkeit am meisten bedroht ist, gibt es (die Wissenschaft ist offensichtlich zu allem fähig) demgegenüber eine Untersuchung vom „Institut für Mittelstandsforschung" [8]), wo festgestellt wird, daß eine eindeutige Zuordnung von Größe der Unternehmen und Qualität der Kapitalausstattung gar nicht machbar sei. Diese Studie bezieht sich auf das Jahr 1972. Dabei fällt auf, daß im Vergleich dieser Ergebnisse eben doch für 1969 feststellbar ist: Die Eigenkapitalsituation des Mittelstandes war 1969 wesentlich schlechter als die der großen Konzerne. Die im Vergleich gewonnenen konträren Ergebnisse vermag die Studie nicht zu ergründen. Dabei muß man jedoch sehen, daß die vergleichenden

[8]) Vgl. dazu Heinz Hermann Menzenwerth u. a., Die Kapitalstruktur kleiner und mittlerer Unternehmen — Ansatzpunkte für eine Verbesserung von Kapitalstrukturanalysen, Göttingen 1976. In dieser Studie wird darauf hingewiesen, daß die empirischen Untersuchungen auf strukturellen Verzerrungen beruhen (etwa „positive Auslese" der Firmen durch die erfassenden Institutionen, vor allem Banken). Die Auswirkungen bzw. der Grad der Verzerrung wird jedoch nicht geschätzt, was zur Unbrauchbarkeit dieser Studie führt. — Vgl. dazu weiter die jüngste Studie des industrienahen „Instituts der deutschen Wirtschaft" (Köln), das feststellt, daß mittelständische Unternehmen von 1954—1974 durch eine „unzureichende Kapitaldecke" zu kennzeichnen sind; in: „Frankfurter Rundschau" v. 19. 8. 1976 („Ohne Eigenkapital alles nichts").

Untersuchungen unterschlagen, daß von 1967 bis 1972 etliche Betriebe ja schon herauskonkurriert worden sind und damit praktisch für die Situationsanalyse nicht mehr berücksichtigt werden. Die mangelnde Eigenkapitalausstattung des Mittelstandes begründet im Kern die zinswirksame Kreditabhängigkeit vom Bankensystem.

Mittelstandspolitik der sozial-liberalen Regierungskoalition: Politik mit einer marktwirtschaftlichen Restgröße

Nachfolgend soll noch auf die Untersuchung der parteispezifischen Mittelstandspolitiken eingegangen werden. Wie sieht eigentlich ob der Ursachen für diese ökonomische Krisensituation des Mittelstandes die „Mittelstandspolitik" der Bundesregierung aus, und wie sieht die Mittelstandspolitik aus, mit der sich CDU/CSU in ihrer Oppositionsrolle und im Wahlkampf zu profilieren versuchen?

Wenn ich die Mittelstandspolitik der Bundesregierung analysiere, dann reicht es nicht aus, sich die einschlägigen Mittelstandsberichte und Aktionsprogramme anzusehen. Das wäre töricht, da man an der Restgröße ansetzt, wo nur noch unmittelbar von Mittelstandspolitik die Rede ist. Ganz im Gegenteil, die Mittelstandspolitik der Bundesregierung ist überhaupt nur zu beurteilen, wenn die Auswirkungen ihrer gesamtwirtschaftlichen Politik auf den Mittelstand benannt werden. Meine Hauptthese lautet: Die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung als die Politik, mit der der Aufschwung produziert werden soll, ist im Kern „mittelstandsfeindlich". Man kann das auch so formulieren: Die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung basiert im Grunde genommen auf zwei wackeligen Hilfssätzen. Der eine Hilfssatz heißt: Der Aufschwung läßt sich überhaupt nur über eine unmittelbare Profitsubventionierung erreichen, koste es, was es wolle. Daraus folgt der andere Hilfssatz: Der öffentliche Sektor muß in anderen Bereichen zurücktreten, er muß revidiert und ökonomisiert werden. Diese Hilfssätze lassen den ökonomischen Kern dieser Wirtschaftspolitik erkennen: Sie zielt auf Profitsubventionierung einerseits bei Massenkaufkraftseinschränkung durch den öffentlichen Sektor andererseits. Die Wirtschaftspolitik der letzten Jahre belegt diese Charakterisierung trefflich. Einerseits konstatieren wir die Haushaltssanierung durch das „Haushaltsstrukturgesetz" vom Dezember 1975, das dazu geführt hat, daß schwere Löcher in das so viel beschworene Netz sozialer Sicherung gerissen wurden. Demgegenüber haben wir Profitsubventionierung durch eine 7,5prozentige Investitionszulage Ende 1974 und entsprechende Teile von Eventualhaushalten. Die öffentliche Profitsubventionierung wird mit der unausgewiesenen Folgekette begründet: Profite von heute — Investitionen von morgen — Arbeitsplätze von übermorgen. Mit diesem Mechanismus wird hypostatiert, daß nur *die* Wirtschaftspolitik dem „Allgemeinwohl" nützt, die die Profitsituation der Unternehmen nachhaltig verbessert. Dabei wird völlig unterschlagen, daß gerade die Großkonzerne genau dieser wirtschaftspolitischen Prophetie den Erfolg versagen, die „Erfüllungs"-hilfe verweigern.

In verschiedenen Untersuchungen haben wir festgestellt, daß die Subventionsprogramme genau diesen erhofften Beschäftigungseffekt nicht zeitigen, sondern vielmehr in profitablen Rationalisierungsmaßnahmen mit negativen Beschäftigungswirkungen versickern. Was bedeutet diese Wirtschaftspolitik aber für den Mittelstand? Für den Mittelstand können wir feststellen, daß derartige Investitionszulagen keine gezielte Wirksamkeit haben. Das ist ganz wesentlich, denn da wird verhängnisvoll eine Fiktion aktueller Wirtschaftspolitik zur Wirk-

samkeitsschranke. Wenn man sagt, die gesamte Marktwirtschaft braucht eine bessere Gewinnsituation, und wenn man dabei übersieht, daß die Marktwirtschaft zwei große Sektoren hat, nämlich den existenzbedrohten Mittelstand einerseits und andererseits die wachsenden Großkonzerne, dann ist eine Politik, die diese Differenz nicht zur Kenntnis nimmt, für den Mittelstand völlig unwirksam und läuft natürlich in eine Struktur hinein, die zu einer Bevorteilung der Großkonzerne führt. Dieser Zusammenhang begründet objektiv die Mittelstandsfeindlichkeit der Wirtschaftspolitik.

Betrachten wir einen anderen Bereich, den der Umwelt- und Regionalpolitik. Hierfür gibt es Untersuchungen, daß die Umweltpolitik der Bundesregierung, die ja ständig von Zaghaftigkeit und deutlicher Anbiederung beim Großkapital gekennzeichnet ist, die kleinen und mittleren Unternehmen viel schärfer trifft [9]). Dies kann man damit erklären — deshalb habe ich das vorhin länger ausgeführt —, daß natürlich etwa eine unternehmensspezifische Umweltauflage dazu führt, daß die Monopole durch ihre Macht der Preissetzung diese sofort wieder auf den Verbraucher überwälzen können. Damit tangiert die staatlich auferlegte Umweltabgabe nicht die Gewinne, wie dies beim Mittelstand der Fall ist, sondern nur die Produktpreise. Das alles sind Folgeprobleme einer Politik, die partout die Preisfixierungsmacht der Monopole nicht zur Kenntnis nehmen will und immer noch so tut, als sei das marktwirtschaftliche System so funktionsfähig, wie es in der faktischen Situation nur noch für den Mittelstand gilt. Man könnte diese Fehlwirkung staatlicher Politik an vielen Beispielen demonstrieren. Man könnte die Kartellnovelle und die Steuerpolitik hinzuziehen; ich will dies an dieser Stelle nicht tun.

Mir scheint nur, wenn ich vor allem die sozialdemokratische Regierungsprogrammatik betrachte, daß sie von einem schwerwiegenden Dilemma gekennzeichnet ist. Einerseits unterstreicht sie die Vorteile der Großkonzerne im Hinblick auf technischen Fortschritt, Arbeitsplätze und internationale Konkurrenz und akzeptiert damit ihre Existenz. Den politischen Schutz des Mittelstandes pflanzt sie auf den Humus seiner dauernden Bedrohung, der Monopole. Indem sie die Konzerne funktional legitimiert und fördert, gerät ihre Mittelstandspolitik immer mehr zur Verwaltung einer Restgröße, die konsequenterweise für den Mittelstand längerfristig keine Perspektive darstellen kann. Das Wortspiel zum Verhältnis von Marktwirtschaft und staatlicher Planung innerhalb des Konzeptes der Globalsteuerung, die damals von der Großen Koalition eingeleitet worden ist, läßt sich für die Mittelstandspolitik abwandeln: Das „Soviel Markt wie möglich, soviel Plan wie notwendig" scheint sich im Hinblick auf die Mittelstandspolitik abwandeln zu lassen in: „So viele Konzerne wie möglich, so wenig Mittelstand wie nötig!"

Wenn auch sicherlich der am 21. Mai dieses Jahres vorgelegte „Mittelstandsbericht" [10]) der Bundesregierung ein politisches Kompromißprodukt der sozialliberalen Koalition ist, so ist in mehreren Punkten die sozialdemokratische Handschrift nicht zu übersehen: a) Der Basissatz, daß die Erreichung der wirtschaftspolitischen Ziele — wie Vollbeschäftigung, Preisstabilität, außenwirtschaftliches Gleichgewicht und stetiges, angemessenes Wachstum — die besten Rahmenbedingungen für die ökonomische Situation des Mittelstandes seien, krankt daran, daß die Wirtschaftspolitik aus systematischen Gründen immer weniger in

9) Karl-H. Hansmeyer, Die umweltpolitische Bedeutung kleiner und mittlerer Unternehmen, in: Die gesamtwirtschaftliche Funktion . . ., a.a.O., S. 227 ff.
10) Bericht der Bundesregierung über Lage und Entwicklung der kleinen und mittleren Unternehmen (Mittelstandsbericht), a.a.O., „Grundsätze einer Strukturpolitik für kleine und mittlere Unternehmen", S. 46 ff.

der Lage ist, diese Ziele zu garantieren. b) Die Vorstellung des „Mittelstandsberichts", „durch die Vielfalt von Groß-, Mittel- und Kleinbetrieben im Wettbewerb würde ein breites und flexibles Güter- und Arbeitsplatzangebot gewährleistet", geht von einem „funktionalen Harmonismus" aus, der die faktische Abhängigkeit zwischen monopolistischer und mittelständischer Konkurrenz nicht sehen will. Die Anerkennung staatlicher Mittelstandspolitik trotz dieses unterstellten funktionalen Harmonismus gegenüber der Konkurrenzwirtschaft vollstreckt sich in dem „Leitmotiv aller Förderungsmaßnahmen": „Hilfe zur Selbsthilfe". Ähnlich wie beim Konzept des „Nachteilausgleichs" in der Mittelstandspolitik der CDU/CSU, erfolgt hiermit nichts anderes als Konservierung der Krisenursachen des Mittelstandes bei politischer Verarbeitung der entsprechenden Folgeprobleme. Daraus entsteht das öffentliche Finanzierungsdilemma: Weil die Ursachen der Krise des Mittelstandes nicht angetastet werden, müssen kumulierend öffentliche Mittel aufgewandt werden, um den marktwirtschaftlichen Kern — den Mittelstand — gegenüber den Monopolen zu schützen. Durch derartige Folgelasten fehlen öffentliche Mittel an anderen, wichtigen Stellen.

Politisch-ideologisches Geschäft der CDU/CSU mit dem Mittelstand

Gehen wir dazu über, die sogenannten Alternativen der CDU/CSU zur Mittelstandspolitik zu beurteilen. Vor allem im ideologischen Hintergrundmaterial der CSU, aber auch der CDU, ist erkennbar, welchen Inhalt und welche Perspektive deren Mittelstandspolitik hat. Ich habe vor einigen Tagen einen Aufsatz in die Hand bekommen, den Egon Lampersbach, der Bundesvorsitzende der Mittelstandsvereinigung der CDU/CSU, verteilen ließ. Es handelt sich um einen Aufsatz von einem Herrn Wirth, der als Sonderdruck der Zeitschrift „Der Mittelstand" erschienen ist und sich die Frage stellt: „Was ist denn eigentlich der Mittelstand?" [11]) Dieses Papier, das die CDU vertrieben hat, nehme ich politisch ernst. Wenn es jemand anders vertrieben hätte, wäre es nicht so wichtig, aber die CDU identifiziert sich offensichtlich mit den Aussagen, wenn es ihre Mittelstandsvereinigung verteilen läßt. Dieser Aufsatz definiert den Mittelstand überraschend unorthodox: „Der Mittelstand ist mehr als eine Aufzählung unterschiedlicher Berufstypen mit mittleren Einkommen. Der Mittelstand ist vor allem eine Geisteshaltung." Da verblaßt natürlich jegliche Analyse ökonomischer Art. Da verblassen alle Aussagen zur realen Krise des Mittelstandes. Wer wird schon den Mut haben, einer Gruppe ihre reale Situation vorzurechnen, die sich durch ihre besondere „Geisteshaltung" definiert. Aber diese „Geisteshaltung" muß noch genauer aufgedröselt werden. Wirth grenzt diese Geisteshaltung in einer sehr gefährlichen und eigentlich erschütternden Parallelität zu faschistischen Ideologien in Deutschland ab, wenn er sagt, daß sich der Mittelstand einerseits positiv vom Proletariat, welches sich hinter „Kollektiven" verstecke, und andererseits auch vom Großkapital, „bzw. gegenüber der Oberschicht, die ja international flexibel (sei) und ausweichen könne", abgrenzt. Die Definition dieser mittelständischen „Geisteshaltung" zwischen „Proletariat" und „Oberschicht" — beides sind Begriffe von Herrn Wirth, nicht von mir — impliziert das Interesse, diese „Geisteshaltung" für eine rechte Politik, deren Inhalt ich noch genauer ausführen will, zu mobilisieren. Indem dieser Mittelstand jetzt als „Geisteshaltung" völlig von seinen ökonomischen Problemen abgetrennt wird, erhält er eine „staatstragende" Funktionsbestimmung: „Da der Mittelstand nicht international organisiert, son-

11) Karl B. Wirth, Was ist denn eigentlich Mittelstand, Sonderdruck aus der Zeitschrift „Der Mittelstand", mit Anschreiben verschickt von Egon Lampersbach, MdB, Bundesvorsitzender der Mittelstandsvereinigung der CDU/CSU (ohne Datum); daraus wird fortlaufend zitiert.

dern auf Gedeih und Verderb mit seiner wirtschaftlichen Existenz an den Staat gebunden ist, in dem er lebt, muß er schon aus Gründen der Selbsterhaltung ein reelles Interesse haben, diesen Staat zu schützen." Der Mittelstand wird hier unter der Hand einem monopolistische Abhängigkeit stabilisierenden Staat zugeordnet, ohne daß die wirtschaftspolitische Rolle dieses Staates für den Mittelstand untersucht wird. Dieses entscheidende Problem bleibt im reaktionären Dunst einer „Geisteshaltung" ausgeschaltet. Der rechtsradikale Boden dieser Mittelstandsmobilisierung zeigt sich auch darin: „Das Proletariat kann bei jeder Umwälzung nur gewinnen, wenn seine Funktionäre laut genug schreien. Die Oberschicht und das Großkapital können ausweichen, weil sie international sind" — fehlt nur noch die antisemitische Sprachregelung „jüdisches Großkapital" —, „der Mittelstand muß den Sturm durchstehen, der über seinen Staat kommt." Der Staat wird zu dem des Mittelstandes, der Mittelstand zur einzigen staatstragenden Kraft zurechtstilisiert. Anstatt staatliche Mittelstandspolitik als marktwirtschaftliche „Lückenbüßerpolitik" zu untersuchen, wird einfach von vornherein unterstellt, daß der Mittelstand mit einer instrumentalisierten Eigentumsfixierung genau den seine Abhängigkeit sanktionierenden Staat zu unterstützen habe. Das ganze Problem der Krisenlastenverteilung durch den Staat wird im Nebel dieser „Geisteshaltung" ausgelöscht. Die Frage zu stellen, was das „Proletariat" bei einer Umwälzung nur gewinnen kann, steht genau an. Die Frage ist ergänzend zu stellen, ob bei einer „Umwälzung" der Gesellschaft vielleicht auch der Mittelstand nur gewinnen könnte.

Was ich damit sagen will, ist, daß derartig machtvolle, reaktionäre Töne sehr genau und sensibel zur Kenntnis genommen werden müssen. Sie haben im Grunde genommen nur die Funktion, den Mittelstand entgegen seiner ökonomischen Lage nach rechts zu politisieren, gegen jeden demokratischen gesellschaftlichen Fortschritt, gegen jede die Ursachen wirtschaftlicher Krisen präzis treffende Politik. Das ist der ideologische Hintergrund, den man sehen muß, wenn man die tagespolitischen Mittelstandsforderungen der CDU einer Beurteilung unterzieht. Die Wirthsche, ideologische Mittelstandspropaganda ist von Helmut Schelsky zwischenzeitlich ergänzt worden. Auf dem CSU-Parteitag von 1973 hat Schelsky [12]) das Hauptreferat unter dem Titel „Eine neue Dimension für die Mittelstandspolitik" der CSU gehalten. Interessant ist, daß Schelsky selber noch vor einigen Jahren das Konzept der „nivellierten Mittelstandsgesellschaft" entwickelte, das er wohl durch die CSU-Parteitagsrede abgelöst wissen will. Das Konzept der „nivellierten Mittelstandsgesellschaft" hieß für ihn ursprünglich, daß sich zunehmend gesellschaftsstrukturelle Differenzen im Mittelstand nivellierten. Daß wir alle in dieser Gesellschaft „Mittelständler" sein sollen, das würde dazu führen, die eigentlichen, entscheidenden Machtdifferenzen auszulöschen, vor allem die Unterschiede, die durch Macht des großen Kapitals, der Monopole, gesetzt sind. In seiner CSU-Rede hat Schelsky das Mittelstandsproblem neu gefaßt. Einleitend stellt er fest, die gesellschaftlichen Probleme der Bundesrepublik bestünden darin, daß sich ein explosiver Widerspruch zwischen „Betreuenden" und „Betreuten" ergebe. Wer bei der Suche nach den „Betreuenden", Abhängigkeit schaffenden etwa an Konzerne denkt, der wird durch Schelsky enttäuscht. Nein, ganz im Gegenteil, die „Betreuenden" sind die zunehmenden, vor allem sozialdemokratisch ausgebauten Staatsapparate, die er in einer durchschaubaren Polemik im Komplex von „Gesamtinstitutionen" verortet. Damit hat er spezifisch den Angriff gegen „Gesamtschule" und „Gesamthochschule" gestar-

[12]) Helmut Schelsky, Eine neue Dimension für die Mittelstandspolitik; abgedruckt in: „Der Mittelstand", November 1973; daraus wird fortlaufend zitiert.

tet. Diese gesellschaftlichen „Gesamtinstitutionen" produzierten einen Knäuel von „Betreuenden", die nichts anderes im Sinn hätten als bloße „Wohlstandsdiktatur". Von den Mittelständlern, den „Monopolbetreuten", ist in dieser reaktionären Polemik keine Rede mehr. Wenn man liest, wie er „Selbständigkeit" definiert, dann sieht man erst genau, was das ideologische Anliegen ist. Er sagt nämlich: Selbständig ist jeder, der bei seiner Arbeit den Erfolg kontrollieren kann. Da wird nicht mehr definiert, wer nützt eigentlich Selbständigkeit aus, wem nützt, was „selbstkontrolliert" produziert wird, sondern „Selbständigkeit" verdünnisiert sich zu einer „inneren moralischen Geisteshaltung". Jeder, der arbeitet und die Ergebnisse seiner Arbeit ob ihrer Qualität kontrolliert und dementsprechend modifiziert, der ist „selbständig". Ich glaube, dann gibt es in der BRD viel, viel mehr „Selbständige"; dann ist das Gerede von der quantitativen Abnahme der „Selbständigkeit" eigentlich nicht mehr zulässig. Die Frage bleibt nur, ob ein derart zurechtdefinierter „Selbständigkeitsbegriff", der mehr auf das menschliche Verhalten spekuliert als auf die gesellschaftlichen Verhältnisse, überhaupt ernstzunehmen ist. Aber ich möchte doch noch ein Zitat aus Schelskys Text bringen, weil das den reaktionären Gehalt dieses „Selbständigkeitsbegriffes" zeigt. Verfolgen wir, wie er diesen Selbständigkeitsbegriff als eine „innere Form der Berufstätigkeit" für die Soldaten interpretiert. Dort sagt er: „Wenn der Beruf, der einmal durch den Begriff des ‚Kadavergehorsams' gekennzeichnet war, der des Soldaten, heute den ‚selbständigen Einzelkämpfer' zum Ausbildungsziel erhebt, dann ist das ein sehr ernsthaftes Signal des Wandels der Arbeitsformen." Ich glaube, ich brauche diesen skurrilen Selbständigkeitsbegriff hier nicht länger zu erläutern. Als „innere Form" steht er für reaktionäre Inhalte jeglicher Art zur Verfügung.

Auf dem Hintergrund dieser ideologischen Positionspapiere nun die Beurteilung der pragmatischen Mittelstandspolitik der CDU. Im Vordergrund steht dabei das etwa von Lampersbach und Hauser, den Protagonisten der Mittelstandsbewegung der CDU, Ende des Jahres 1975 eingebrachte „Bundesmittelstandsförderungsgesetz". Wenn man es genau analysiert, läßt sich zusammenfassen: Dieses Bundesmittelstandsförderungsgesetz ist eine Pflichtübung, ein kostenloser Rahmen ohne Perspektive für den Mittelstand. Ich stelle gar nicht in Abrede, daß viele Vertreter der Mittelstandsvereinigung der CDU ihre Schutzpolitik des „Mittelstands" ernsthaft verfolgen. Aber ihr politisches Dilemma besteht darin, daß sie keine eigenständige Perspektive entwickeln können, weil die CDU das geblieben ist, was sie schon immer war, nämlich die Partei der Großkapitale, die sich des Mittelstands nur politisch-legitimatorisch versichert. Ich meine, die Halbherzigkeit des Bundesmittelstandsförderungsgesetz (BMFG) erkennt man an seiner Voraussetzung: Für den Schutz des Mittelstandes wird ein ökonomisch-gesetzlicher Rahmen vorgeschlagen. Wie soll der aussehen? Er soll den allgemeinen globalwirtschaftlichen Rahmen, den noch die Große Koalition im sogenannten „Gesetz für Stabilität und Wachstum" festgelegt hat, ergänzen. Hierin liegt die ganze Crux. Wer ernsthaft sagt, er will ein Bundesmittelstandsförderungsgesetz, und dies auf die Basis des Stabilitätsgesetzes stellt, der handelt sich einen ganz entscheidenden Widerspruch ein. Denn: genau dieses Stabilitäts- und Wachstumsgesetz, welches im Vorspann zur Begründung des BMFG der CDU so lobend zitiert wird, dieses Stabilitäts- und Wachstumsgesetz gibt das Arsenal einer Antikrisenpolitik frei, von dem wir wissen, daß es die Krisenlasten auf den abhängigen Mittelstand und die abhängigen Beschäftigten verteilt. Wir wissen etwa, wie ich bei der Analyse der Wirtschaftspolitik ausgeführt habe, daß die Investitionszulage, die Eventualhaushalte etc. Instrumente dieses Stabilitätsgesetzes sind, die

die ökonomische Situation des Mittelstands zugunsten der Monopole verschlechtern. Es bleibt somit politischer Zynismus, das mittelstandsfeindliche Stabilitäts- und Wachstumsgesetz zur Voraussetzung einer Rahmenpolitik für den Mittelstand im BMFG zu machen.

Es zeigt sich insgesamt: dieses BMFG enummeriert mittelstandspolitische Instrumente, aber es zielt im Kern nicht auf die Ursachen der Mittelstandskrise ab. Das entscheidende Prinzip dieses Gesetzes heißt „Nachteilsausgleich" für den Mittelstand. Dieser „Nachteilsausgleich" setzt bereits begrifflich immer schon voraus, daß es monopolverursachte Nachteile gibt und daß diese „Nachteile" der Staat gefälligst zu kompensieren habe, soweit es jeweils möglich ist. Genau dieser „Nachteilsausgleich" beleuchtet grell die Qualität dieser „Mittelstandspolitik". Anstatt an die Wurzeln der Mittelstandskrise zu gehen und die Verursachung der Nachteile durch die Monopole zu beseitigen, werden die Strukturen „monopolistischer Konkurrenz" und damit die Nachteilsursachen des Mittelstands konserviert. Die nachträglich über „Nachteilsausgleich" vorgenommene Nachteilsreparatur beläßt im Kern die Krise des Mittelstandes.

Ökonomisch-demokratische Perspektive: Für eine demokratische Zukunft des Mittelstandes

Ich komme zum Abschluß, indem ich mir noch eine Frage stelle: Was ist nun eigentlich die politisch-ökonomische Perspektive für eine gesicherte Zukunft des Mittelstands? Man hat ein ganzes Stück Arbeit geleistet, wenn man die Ursachen für die Dauerkrise des Mittelstands richtig identifiziert. Meine Aufgabe war es vor allem, diese Ursachen deutlich und klar erkenntlich zu machen. Nur wer erkennt, daß die Monopole im Zusammenspiel mit dem Staat die eigentliche Ursache für die Existenzkrise des Mittelstands sind, nur der kann überhaupt eine ursachenadäquate Perspektive entwickeln. Aus der Krisenanalyse kann für mich nur folgen, innerhalb eines Konzepts demokratischer Wirtschaftspolitik, die gesellschaftsbestimmende ökonomische Macht der Monopole abzubauen. Für eine langfristige Perspektive wäre es falsch, partiell nur dafür zu sorgen, daß der Mittelstand eine demokratisierte Selbständigkeit gewinnen kann. Die langfristige Perspektive für den Mittelstand muß in eine gesamtheitliche demokratisierte Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung eingebunden werden. Erst innerhalb einer derartigen gesamten Demokratisierung unserer Lebensverhältnisse hat dann die demokratische Selbständigkeit des Mittelstands eine krisenfreie Chance.

Die bisherige „Markttugendpflege" beim Mittelstand, die von seiner „Tüchtigkeit" etwa spricht, muß in einer demokratischen Praxis aufgehen. Es ist nämlich bloß die halbe Wahrheit, zu sagen, daß der Mittelstand sozusagen zu den „tüchtigsten" und „aufopferungsbereitesten" Produktionsgruppen dieser Gesellschaft gehöre. Die ganze Wahrheit erhält man erst, wenn man die Frage beantwortet, wer eigentlich diese ehernen Tugenden ausplündert. Eine politische Perspektive des Mittelstandes muß dazu führen, daß seine jetzt auch schon vorhandene Tüchtigkeit ihm selbst und der gesellschaftlichen Entwicklung zugute kommt. In diesem Zusammenhang darf man auf die teilweise in der Spitze des Handwerkerverbandes, etwa von Schnittker, immer wieder formulierte Rechtspropaganda mit der „Tüchtigkeit" nicht reinfallen. Es kann nicht darum gehen, immer wieder die Leistungsfähigkeit und Tüchtigkeit einerseits zu beschwören und andererseits zu verheimlichen, daß diese „Tugenden" in letzter Instanz von Großkonzernen aus-

geplündert werden und nicht dem Mittelstand selbst zugute kommen. Deshalb meine ich, daß die demokratische Perspektive die Basis für den Mittelstand sein muß. Das heißt, Mittelstandspolitik, die sich an wirtschaftsdemokratischer Praxis orientiert, muß darauf ausgerichtet sein, die Monopole selbst durch demokratische Strukturen aus ihrer unkontrollierten Macht zu entlassen. Das halte ich für eine der wesentlichen Voraussetzungen der Mittelstandspolitik. Alle Mittelstandspolitik, die als „Naturschutz"-Politik in den Schranken ihrer eigenen Probleme stehenbleibt, sich sozusagen auf „ihren" Bereich einzäunen läßt, all diese Mittelstandspolitik trifft die Kernprobleme nicht. Deshalb muß man, wenn man von demokratischer Mittelstandspolitik redet, immer zwei Zusammenhänge fordern:

1. Zur Demokratisierung von Wirtschaft und Politik insgesamt beizutragen, d. h. aktuell Ausbau der Mitbestimmung innerhalb der großen Konzerne und Unterstützung gewerkschaftlich demokratischer Arbeit;

2. auf dieser Basis Entwicklung einer selbständigen, demokratischen Perspektive, die auf die Verbraucher ausgerichtet ist und die die finanz-, kredit-, liefer- und absatzspezifischen Abhängigkeitsverhältnisse einreißt.

Fragen wir uns: Wer sind die politischen Bündnispartner für diese demokratische Wirtschaftspolitik? Die Bündnispartner für eine demokratische Mittelstandspolitik können nur diejenigen sein, die aus unterschiedlicher ökonomischer Situation selbst demokratische Entwicklung in dieser Gesellschaft wollen. Das ist die breiteste Definition, aber in ihrer Breite ganz ernst gemeint. Es gilt also, in dieser demokratischen Perspektive genau die auszuklammern, die als Feinde der Demokratie Rückschritt und Abhängigkeiten konservieren wollen. Das Bündnis zur demokratischen Bewegung ist demgegenüber viel weiter, als wir uns das vorstellen. In der konzernverursachten Krisensituation gibt es zwei gesellschaftliche Gruppen, die bei prinzipiellen Unterschieden die Abhängigkeit eint: einerseits die abhängigen Beschäftigten, abhängig von der Investitionspolitik vor allem der großen Konzerne, und andererseits der abhängige Mittelstand. Ich meine, diese Gemeinsamkeit in der Abhängigkeit von der Gesamtstruktur monopolistischen Kapitals ist die ökonomische Basis für eine demokratische Bewegung in dieser Gesellschaft, innerhalb derer eine Mittelstandspolitik aufgehen muß.

Ich will zu den politischen Tagesforderungen des Mittelstandes, die jetzt eigentlich ausgeführt werden müßten, nichts sagen, da es besser ist, wenn diese aus der Praxis der betroffenen „Mittelständler" entwickelt werden. Ich möchte jedoch meine Ausführungen zur demokratischen Perspektive des Mittelstandes in einer umfassenden Gesellschaftspolitik mit einem treffenden Zitat aus einem Dokument der Deutschen Friedens-Union abschließen:

„Nichts verbindet den Kfz-Meister mit General Motors, nichts den Elektromeister mit dem Kupfergiganten ITT und seinen Machenschaften in Chile und anderswo. Und der Milchhändler hat nichts gemeinsam mit Unilever und Nestlé. Das stets zu betonen, gebietet das Eigeninteresse des einstmals ‚freien' mittelständischen Unternehmers in Produktion und Handel, der heute durch Zulieferungsbedingungen und Handelsketten schon weitgehend in Abhängigkeit von der Großwirtschaft geraten ist. Den Kleinhändler und Handwerker verbindet jedoch alles mit seinem Kunden. Nur gemeinsam können Mittelstand, Arbeitnehmer und Verbraucher die Machtansprüche der Großwirtschaft zurückweisen" [13]).

[13]) Hrsg. von der Deutschen Friedens-Union, Die Lasten der Krise trägt der Mittelstand, Köln 1975, Seite 19 f.

Wirtschaftsinformation

Wirtschafts- und sozialstatistische Daten

Die wirtschaftliche Entwicklung im 2. Quartal 1976

	Mrd. DM	Veränderungen in % gegenüber 1. Quartal 1976	Veränderungen in % gegenüber 2. Quartal 1975
Bruttosozialprodukt (real)	*152,3*	+ *5,1*	+ *6,7*
Bruttosozialprodukt (nominal)	*285,8*	+ *8,3*	+ *10,8*
Einkommen:			
Bruttolohn- und -gehaltssumme (nominal)	*127,5*	+ *9,4*	+ *6,6*
Nettolohn- und -gehaltssumme (nominal)	*91,0*	+ *5,7*	+ *3,6*
Arbeitsproduktivität (je Arbeitsstunde)	—	+ *4,2*	+ *7,2*
Durchschnittsmonatseinkommen (DM)	*1 952*	—	+ *6,3*
Masseneinkommen [1] (nominal)	*135,9*	+ *2,6*	+ *4,2*
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen (nominal)	*67,6*	+ *8,7*	+ *23,2*
Abschreibungen (nominal)	*33,7*	+ *4,0*	+ *6,8*
Einkommensverwendung:			
Privater Verbrauch (real)	*87,5*	+ *5,9*	+ *2,5*
Öffentlicher Verbrauch (real)	*22,2*	+ *6,2*	+ *3,5*
Anlageinvestitionen (real)	*35,5*	+ *14,5*	+ *6,9*
Ausfuhr (real)	*56,4*	+ *3,5*	+ *10,5*
Beschäftigung (in 1000):			
Beschäftigte Arbeitnehmer	*21 164*	+ *89*	— *200*
saisonbereinigt	*21 195*	— *21*	— *267*
Arbeitslose	*990*	— *306*	— *46*
saisonbereinigt	*1 055*	— *31*	— *68*
Preise:			
Lebenshaltungskosten aller Haushalte			+ *4,9*
Arbeitnehmerhaushalte			+ *5,0*
Industrielle Erzeugerpreise			+ *3,8*

Real: In Preisen von 1962. Nominal: In jeweiligen Preisen.
1) Nettolöhne und -gehälter, Sozialeinkommen.
Quellen: „DIW-Wochenberichte", 35/1976 und 39/1976; Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 9/1976.

Die wirtschaftliche Entwicklung im ersten Halbjahr 1976 stand im Zeichen der wirtschaftlichen Belebung nach der tiefsten Nachkriegskrise der Bundesrepublik. Der „Aufschwung" verlangsamte sich jedoch zur Jahresmitte hin zusehends. Während die Industrieproduktion im Vorjahresvergleich immerhin um etwa 6,5 % zugenommen hatte, stieg sie im Zeitraum Juni/Juli gegenüber April/Mai saisonbereinigt nur noch um 0,5 %. Nach den Ergebnissen des Ifo-Konjunkturtests vom August — der Test beruht auf Unternehmensbefragungen — hat sich das „Geschäftsklima" in der verarbeitenden Industrie gegenüber den Vormonaten sogar wieder verschlechtert.

Wie schon im vorangegangenen Vierteljahresbericht („Blätter", 6/1976) hervorgehoben, stellt die Investitionstätigkeit noch immer eine wesentliche konjunkturelle „Schwachstelle" dar. Wenn diese im 2. Quartal auch — wie die Tabelle zeigt — etwa proportional dem Bruttosozialprodukt zugenommen hat, die „Investitionsquote" also nicht weiter zurückgegangen ist, so kann daraus doch keine Belebung der Anlagetätigkeit abgelesen werden. Denn zur Jahresmitte lief die Auslieferungsfrist der Investitionsprämie ab, so daß dadurch das Ergebnis der Monate davor überzeichnet wird.

In Presseveröffentlichungen über die wirtschaftlichen Ergebnisse des ersten Halbjahres wurde die Zunahme der Investitionstätigkeit verschiedentlich mit 15,2 % angegeben. Diese Meldungen stützten sich auf Berechnungen des Statistischen Bundesamtes. Dabei wurden jedoch die Vorratsveränderungen irreführenderweise mit den Anlageinvestitionen zusammengerechnet. Es ist jedoch offensichtlich, daß die Vergrößerung der Rohstoff- und Fertigwarenlager mit der Investitionstätigkeit im eigentlichen Sinne nicht vergleichbar ist. Tatsächlich hat die Auffüllung der Lager — teilweise aus spekulativen Gründen — den bisherigen „Aufschwung" wesentlich mitgetragen. Betrachtet man die Nachfrageseite, so diente im ersten Halbjahr 1976 rund ein Drittel des Produktionszuwachses nur der Aufstockung der Lager.

Die immer noch schleppende Investitionstätigkeit korrespondiert mit der zwar gegenüber dem Vorjahr gestiegenen, aber immer noch niedrigen Kapazitätsauslastung der Industrie. Im Juli ging der Auslastungsgrad sogar wieder etwas zurück.

Kapazitätsauslastung der Industrie in % der betriebsüblichen Vollausnutzung [1]

	Januar	April	Juli	Oktober
1970	*92,1*	*91,7*	*90,0*	*89,2*
1974	*84,0*	*83,1*	*80,5*	*79,0*
1975	*77,3*	*76,2*	*76,1*	*78,5*
1976	*80,2*	*82,2*	*81,4*	

1) Saisonbereinigt.
Quelle: „Ifo-Schnelldienst", 24/1976.

Verlangsamt hat sich in den vergangenen Monaten die Zunahme der privaten Nachfrage. Die realen Einzelhandelsumsätze lagen nach Angabe des Bundesministeriums für Wirtschaft im Zeitraum Juni/Juli saisonbereinigt sogar um 1 % unter dem Wert vom April/Mai. Dieses Ergebnis kann auch kaum überraschen. Denn die „Masseneinkommen" haben real abgenommen, und die von den Konjunkturforschungsinstituten und der Bundesregierung erhoffte deutliche Senkung der Sparquote ist — bei anhaltend hoher Arbeitslosigkeit und sinkenden Reallöhne erwartungsgemäß — nicht eingetreten.

Wenn auch die Inanspruchnahme von Konsumentenkrediten angesichts vergleichsweise niedriger Zinsen vorerst noch kräftig zunimmt — zur Jahresmitte lagen die Ratenkredite mit 47,5 Mrd. DM immerhin um 8,7 Mrd. DM über dem Vorjahresstand —, so ist doch für die nächste Zeit eher mit einer weiteren Beruhigung der privaten Nachfrage zu rechnen.

Auch die Nachfrage der öffentlichen Hand stellt inzwischen eher ein Hemmnis des „Aufschwungs" dar. So lagen die Tiefbauaufträge der öffentlichen Hand im ersten Halbjahr um nominal durchschnittlich 7 % unter dem niedrigen Vorjahresniveau. Im sozialen Wohnungsbau wurden in den ersten 5 Monaten des Jahres nur noch etwa 34 000 Wohnungen gefördert — 10,5 % weniger als im gleichen Vorjahreszeitraum.

Obwohl die Konjunkturprogramme der öffentlichen Hand zum Teil erst jetzt ausgabenwirksam geworden sind, ist der Anteil der öffentlichen Nachfrage am Bruttosozialprodukt insgesamt doch deutlich rückläufig.

Lohnstückkostenunterschiede in % gegenüber dem Ausland [1]

	1974	1975	1976
USA	*+ 1,8*	*— 0,5*	*+ 1,5*
Großbritannien	*+ 9,7*	*+ 21,8*	*+ 12.0*
Frankreich	*+ 6,4*	*+ 6,5*	*+ 5,0*
Italien	*+ 10,1*	*+ 19,0*	*+ 8,5*
Japan	*+ 17,8*	*+ 5,1*	*+ 6,0*
Durchschnitt der 10 wichtigsten kapitalistischen Handelspartner [2]	*+ 4,9*	*+ 8,4*	*+ 5,5*

1) + = stärkerer Anstieg im Ausland gegenüber dem Inland.
2) Gewichtet mit Anteilen am Export der BRD.
Quelle: „Ifo-Schnelldienst", 24/1976.

Allein der Export stellt gegenwärtig eine echte Konjunkturstütze dar. Das mag überraschen, da die Bundesrepublik ohnehin schon über einen erheblichen Exportüberschuß verfügt. Sie hat in den letzten Jahren jedoch international einen derartigen Vorsprung erreicht, daß dieser auch durch die gegenwärtigen Aufwertungstendenzen der DM sicher nicht beseitigt werden wird.

Der Vorsprung im Warenexport beruht in erster Linie auf dem Kostenvorsprung der BRD, verursacht durch niedrige Lohnkosten bei — im internationalen Vergleich — relativ niedriger Inflationsrate.

Die Lohnstückkosten stiegen in der BRD also deutlich langsamer als im Ausland. Dabei enthält diese Größe natürlich alle Steuern und Abgaben, hat also nur wenig mit der Erhöhung der effektiven Nettolöhne zu tun. Der Unterschied widerspiegelt sowohl den erfolgreichen Druck von Staat und Unternehmern auf die Gewerkschaften als auch die relative Begrenzung der Inflationsrate, die allerdings auf Kosten des Wachstums und der Beschäftigung ging. Selbst wenn man die allmähliche Aufwertung der DM im internationalen Vergleich in Rechnung stellt, bleibt ein deutlicher Vorsprung bestehen.

Gefördert wird der Warenexport zudem durch den Kapitalexport, der in den letzten Jahren kräftig zugenommen hat. Dadurch wird verhindert, daß die Handelspartner unter dem Druck sinkender Devisenreserven ihre Importe beschränken müssen, allerdings nur um den Preis der Überfremdung durch BRD-Kapital.

Nach wie vor ist die wirtschaftliche Belebung auf dem Arbeitsmarkt nicht spürbar:

Arbeitsmarkt in 1000

		Veränderung in 1000 gegenüber	
	September 1976	*August 1976*	*September 1975*
Arbeitslose	*899*	*— 41*	*— 106*
Kurzarbeiter	*94*	*+ 28*	*— 555*
Offene Stellen	*233*	*— 31*	*— 2*

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit, zit. in: „Frankfurter Allgemeine Zeitung" v. 2. 9. 1976.

Die wenige Tage vor der Bundestagswahl — früher als gewöhnlich — bekanntgegebenen Arbeitsmarktdaten stellen — entgegen den Behauptungen besonders der Bundesregierung — eher eine Verschlechterung als eine Verbesserung der Situation dar. Denn der September ist der saisonale Tiefpunkt der Arbeitslosigkeit. Tatsächlich ist der Rückgang der registrierten Zahlen kaum größer als im Vorjahr, mitten in der Krise. Die Kurzarbeit hat sogar zugenommen, die Zahl der offenen Stellen ist nicht größer als vor einem Jahr.

Im Jahresdurchschnitt wird die Arbeitslosigkeit im „Aufschwungsjahr" 1976 kaum unter dem Vorjahresstand liegen. Dabei muß berücksichtigt werden, daß die „Arbeitsmarktreserve" — also die nicht registrierte Arbeitslosigkeit — nach Schätzungen der Bundesanstalt für Arbeit 1976 um etwa 200 000 auf 560 000 wachsen wird und zudem immer mehr Ausländer in ihre Heimat zurückkehren müssen. In dem Maße, wie dieses statistische „Polster" schrumpft, werden die offiziellen Arbeitslosenzahlen wieder steigen. Angesichts einer sich eher verlangsamenden Konjunkturentwicklung ist für die absehbare Zukunft also kein Abbau der Arbeitslosigkeit zu erwarten.

Jörg Goldberg

Autoren dieses Heftes

UNGER, Dr. Karl, geb. 1948 in Litzelsdorf (Österreich), Studium der Politik, Soziologie und Geschichte an den Universitäten Wien und Marburg, lebt z. Z. als freier Publizist in Bremen; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *HINZ, Prof. Dr. Manfred O.,* lehrt Öffentliches Recht, Politische Soziologie und Rechtssoziologie an der Universität Bremen. *** LIND, Antonius, geb. 1914 in Werne/Lippe, aktiver Antifaschist, Mitarbeiter in einem sozialwissenschaftlichen Lektorat, an der Herausgabe von Angela Davis' „Materialien zur Rassenjustiz" beteiligt, ist seit Jahren mit Kontakten zur irischen Arbeiterbewegung und mit der Sammlung entsprechender Informationen befaßt. *** *GOLLWITZER, Dr. Helmut,* geb. 1908 in Pappenheim, Professor für evangelische Theologie an der Freien Universität Berlin. *** *GREINER, Bernd,* geb. 1952 in Pirmasens, Studium der Amerikanistik, Geschichte und Politik an den Universitäten Marburg und Frankfurt/M, Studienjahr in den USA. *** *HICKEL, Rudolf,* geb. 1942 in Nürnberg, Professor für Politische Ökonomie an der Universität Bremen; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen.

Bemerkungen

Dieser Ausgabe liegen das Gesamtverzeichnis Herbst/Winter 1976/77 des Pahl-Rugenstein Verlags sowie eine Werbekarte des Monitor-Verlags bei; beide empfehlen wir der Aufmerksamkeit unserer Leser.

Blätter für deutsche und internationale Politik

Monatsschrift · Einundzwanzigster Jahrgang · Heft 10/1976

Herausgegeben von

WILFRIED FRHR. V. BREDOW
JÖRG HUFFSCHMID
URS JAEGGI
GERHARD KADE
REINHARD KÜHNL
KNUT NEVERMANN
REINHARD OPITZ
MANFRED PAHL-RUGENSTEIN
HERMANN RAUSCHNING
HELMUT RIDDER
FRITZ STRASSMANN
GERHARD STUBY

Mitbegründet von

HILDE BENTELE
HERMANN ETZEL
GERHARD GOLLWITZER
HANS RHEINFELDER
ROBERT SCHOLL
KARL GRAF V. WESTPHALEN
ERNST WOLF

Redaktion

KARL D. BREDTHAUER
PAUL NEUHÖFFER
JOHANNES WEIDENHEIM

Pahl-Rugenstein Verlag Köln Vorgebirgstraße 115

Chronik des Monats September 1976

1. 9. — D D R / B R D. Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" berichtet erstmalig über einen Vertragsentwurf der DDR („Vertrag zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland über den Verlauf der zwischen ihnen bestehenden Grenzen"), der auf einer Sitzung der gemeinsamen Grenzkommission Ende Juni 1976 vorgelegt worden sei. Der Entwurf bestehe aus einer Präambel und 15 Artikeln. Der Wortlaut bleibt unveröffentlicht.

3. 9. — A b r ü s t u n g. Mit der Annahme eines Berichts für die bevorstehende 31. UN-Generalversammlung wird in Genf eine weitere Runde der Abrüstungskonferenz beendet (vgl. „Blätter", 7/1976, S. 722); die Konferenz vertagt sich bis zum Februar 1977. Dem Bericht beigefügt sind der Entwurf einer „Konvention über das Verbot der Anwendung von umweltverändernden Techniken für militärische Zwecke", sowie Interpretationen und Vorbehalte einiger Teilnehmerstaaten zu diesem Entwurf. — Am 21. 9. werden in Genf die am 28. Juli 1976 unterbrochenen sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen über eine Begrenzung der strategischen Rüstungen (SALT II) wieder aufgenommen. — Am 27. 9. werden in Wien die Gespräche über einen Truppen- und Rüstungsabbau in Mitteleuropa mit einer 10. Runde fortgesetzt (vgl. „Blätter", 8/1976, S. 843).

4.—6. 9. — A f r i k a. Zur Vorbereitung einer zweiten Reise in verschiedene afrikanische Hauptstädte (vgl. „Blätter", 6/

1976, S. 602) trifft der amerikanische Außenminister Kissinger in Zürich mit dem südafrikanischen Premierminster Vorster zusammen. Kissinger unterrichtet anschließend die Regierungen Großbritanniens, Frankreichs und der Bundesrepublik. — Vom 13.—23. 9. hält sich Kissinger in Afrika auf; zu seiner Begleitung gehört als Berater Richard Samuel, Botschaftsrat an der britischen Botschaft in Washington. Gegenstand der Kontakte mit den Präsidenten Nyerere (Tansania), Kaunda (Sambia), Mobuto (Zaire), Kenyatta (Kenia) sowie mit Premierminister Vorster und dem rhodesischen Regierungschef Smith ist ein amerikanischer Plan für die Übergabe der Macht an eine Mehrheitsregierung in Rhodesien (Zimbabwe). Einzelheiten der Vorschläge werden von Smith am 24. 9. bekanntgegeben. — Am 28. 9. konferieren in Lusaka (Sambia) die Präsidenten Nyerere (Tansania), Khama (Botswana), Machel (Mozambique), Neto (Angola) und Kaunda (Sambia). In einer gemeinsamen Erklärung rufen die fünf Präsidenten „die koloniale Autorität, die britische Regierung, auf, unverzüglich eine Konferenz außerhalb von Zimbabwe mit den wirklichen und rechtmäßigen Vertreter des Volkes" einzuberufen, um Zusammensetzung und Funktion einer Übergangsregierung zu erörtern, diese Regierung einzusetzen und die Modalitäten zur Ausarbeitung der „Unabhängigkeitsverfassung" zu erörtern. Die Annahme der amerikanischen Vorschläge wäre „gleichbedeutend mit einer Legalisierung der kolonialistischen und rassistischen Machtstrukturen". — Am 29. 9. lädt die britische Regierung zu einer Konferenz über die Bildung einer rhodesischen Übergangsregierung ein. Außenminister Crosland erklärt in London, die Konferenz solle unter Vorsitz von Botschafter Ivor Richard (einem früheren Labour-Abgeordneten) innerhalb der nächsten Wochen stattfinden.

6. 9. — *Arabische Liga.* Auf Antrag Ägyptens wird die Palästinensische Befreiungs-Organisation (PLO) als 21. Vollmitglied in die Organisation aufgenommen. Die Entscheidung des Rates der Liga erfolgt einstimmig. Bisher konnte die PLO ohne Stimmrecht an den Beratungen teilnehmen.

11. 9. — *Griechenland/Türkei.* Der Internationale Gerichtshof in Den Haag lehnt einen Antrag Griechenlands ab, der Türkei die Suche nach Erdöl in dem zwischen beiden Staaten umstrittenen Gebiet der Ägäis vorläufig zu untersagen. Gleichzeitig wird die Behauptung der Türkei über die „Nichtzuständigkeit" des Gerichts zurückgewiesen. Die türkische Regierung nimmt den Spruch zum Anlaß, Griechenland die Aufnahme von bilateralen Verhandlungen vorzuschlagen.

14. 9. — *UNO.* Der Sicherheitsrat stellt einen Antrag der Sozialistischen Republik Vietnam um Aufnahme in die Weltorganisation um zwei Monate zurück. Präsident Ford hatte den amerikanischen Chefdelegierten Scranton angewiesen, bei der Abstimmung ein Veto einzulegen. Der Vertagungsantrag war von der Delegation Frankreichs gestellt und von der Delegation Vietnams akzeptiert worden. — Am 21. 9. wird in New York die 31. Generalversammlung der Vereinten Nationen durch den luxemburgischen Ministerpräsidenten Gaston Thorn (Präsident der 30. Generalversammlung; vgl. „Blätter", 10/1975, S. 1062) eröffnet. Zum Präsidenten für die neue Session wird (mit 135 von 140 Stimmen) Botschafter Hamilton Shirley Amerasinghe (Sri Lanka) gewählt. Ohne Abstimmung erfolgt die Aufnahme der Seychellen als 145. Mitglied. Der Lenkungsausschuß legt dem Plenum eine 122 Punkte umfassende Tagesordnung vor. — Am 27. 9. beginnt die Generaldebatte. Redner sind u. a. die Außenminister Kissinger (USA), Gromyko (UdSSR), Genscher (BRD) und Fischer (DDR). Bundesaußenminister Genscher schlägt den Abschluß einer Konvention zur Bekämpfung des Terrorismus vor. Gromyko unterbreitet den Entwurf für ein „Abkommen über die Nichtanwendung von Gewalt in den internationalen Beziehungen".

15. 9. — *IMF.* Der Exekutivrat des Internationalen Währungsfonds (International Monetary Fund/IMF) anerkennt auf einer Sondersitzung mit Mehrheit die Mitgliedschaft der Sozialistischen Republik Vietnam (als Rechtsnachfolgerin von Südvietnam). Die Entscheidung fällt gegen die Stimme der USA.

17. 9. — *Finnland.* Das Koalitionskabinett (im Amt seit November 1975), das sich aus Vertretern des Zentrums, der Sozialdemokraten, der Kommunisten, der Liberalen sowie der Schwedischen Volkspartei zusammensetzt, demissioniert. Ursache des Rücktritts sind Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Koalition über den wirtschaftspolitischen Kurs und das Budget. —

Am 29. 9. bildet Ministerpräsident Martti Miettunen (Zentrum) ein Minderheitskabinett, das sich auf nur 58 der insgesamt 200 Reichstagsmandate stützen kann. Kommunisten und Sozialdemokraten sind in der Regierung nicht mehr vertreten.

18. 9. — China. Die Kommunistische Partei China hält zu Ehren des am 9. 9. verstorbenen Parteivorsitzenden Mao Tse-tung in Peking einer Trauerkundgebung ab. In einer Ansprache erklärt Hua Kuo-feng, Ministerpräsident und Erster stellvertretender Vorsitzender des ZK der KP Chinas, die Volksrepublik China werde den bisherigen politischen Kurs unverändert fortsetzen.

19. 9. — Schweden. Bei den Reichstagswahlen (Wahlbeteiligung über 90 Prozent) gelingt es der Zentrumspartei, zusammen mit den Konservativen und Liberalen eine Mehrheit zu erreichen (180 von 349 Abgeordneten) und damit die sozialdemokratische Minderheitsregierung, die mit parlamentarischer Unterstützung der Linkspartei (Kommunisten) regiert hatte, abzulösen. Die Sozialdemokraten (seit 1932 Regierungspartei) bleiben stärkste Fraktion. Sitzverteilung im Reichstag: Sozialdemokraten 152 (1973: 156; vgl. „Blätter", 10/1973, S. 1031), Zentrum 86 (90), Konservative 55 (51), Liberale 39 (34), Linkspartei 17 (19).

20. 9. — EG. Der Ministerrat der Europäischen Gemeinschaften verabschiedet den Vertragsentwurf über die künftige Direktwahl der Abgeordneten für ein Europäisches Parlament (vgl. „Blätter", 8/1976, S. 842). Die Texte, die anschließend unterzeichnet werden, bedürfen der Ratifizierung durch die nationalen Parlamente. Der Zeitpunkt der ersten Wahlen (geplant ist Mai/Juni 1978), soll vom Ministerrat einstimmig beschlossen werden. Bis zur Ausarbeitung eines einheitlichen Wahlverfahrens gelten die innerstaatlichen Vorschriften eines jeden Mitgliedstaates.

— China/Indien. Nach einer Unterbrechung von 15 Jahren stellen Indien und die Volksrepublik China ihre diplomatischen Beziehungen auf Botschafterebene wieder her. Der chinesische Botschafter Tschen Tschao-yun übereicht dem indischen Präsidenten Fakhruddin Ali Ahmed sein Beglaubigungsschreiben.

21.—28. 9. — IAEA. Die Internationale Atomenergie-Organisation (International Atomic Energy Agency/IAEA) hält ihre 20. Generalkonferenz in Rio de Janeiro (Brasilien) ab. Generaldirektor Sigvard Eklund (Schweden) gibt einen Bericht über die Entwicklung der Organisation seit ihrer Gründung vor 20 Jahren (die Zahl der Mitglieder ist von 60 auf 109 gestiegen) sowie über die Ausdehnung der Sicherheitskontrollen nach Artikel III des Vertrages über die Nichtverbreitung von Kernwaffen vom 1. Juli 1968, dem 100 Staaten beigetreten sind. Eklund weist in diesem Zusammenhang darauf hin, daß das Übereinkommen zwischen der IAEA und einigen Mitgliedsstaaten von EUROTAM, darunter der Bundesrepublik, vom April 1973 (vgl. „Blätter", 5/1973, S. 540 und 6/1975, S. 597) bisher nicht in Kraft getreten sei.

22. 9. — Europarat. Portugal wird als 19. Mitgliedsstaat in den Europarat aufgenommen (vgl. „Blätter", 9/1976, S. 962). Die Aufnahme erfolgt am Sitz der Organisation in Straßburg in Anwesenheit des portugiesischen Außenministers José Medeiros Fereira.

23. 9. — Libanon. Der scheidende Präsident Soleiman Frangie übergibt seinem im Mai 1976 gewählten Nachfolger Elias Sarkis (vgl. „Blätter", 6/1976, S. 602) die Amtsgeschäfte. An der Zeremonie nehmen Minister, Abgeordnete und einige Diplomaten teil. Sarkis leistet den Amtseid in der von syrischen Truppen besetzten Stadt Chtaura (Zentrallibanon).

27. 9. — BRD/UdSSR. Am Rande der UN-Generalversammlung in New York treffen Bundesaußenminister Genscher und der sowjetische Außenminister Gromyko zu einem mehrstündigen Gespräch zusammen. Anschließend heißt es, es sei „das gesamte Spektrum" der bilateralen Beziehungen erörtert worden. Zu den Themen habe auch der geplante Besuch von Generalsekretär Breschnew in der Bundesrepublik gehört.

30. 9. — Großbritannien. Auf dem Labour-Parteitag in Blackpool (27. 9.—1. 10.) wird mit Zweidrittelmehrheit eine Resolution angenommen, die die Verstaatlichung der Banken fordert. Premierminister Callaghan hatte vor den Delegierten erklärt, er werde sich der Aufnahme dieser Forderung in das Wahlprogramm der Partei widersetzen.

Dokumente zum Zeitgeschehen

Erklärung der Weltkonferenz für die Beendigung des Wettrüstens, für Abrüstung und Entspannung vom 23. bis 26. September 1976 in Helsinki

(Wortlaut)

Vom 23. bis 26. September 1976 fand im Konferenzzentrum von Dipoli und der Finnlandia-Halle von Helsinki die „Weltkonferenz für die Beendigung des Wettrüstens, für Abrüstung und Entspannung" statt. Ungefähr 500 Vertreter von 52 internationalen Organisationen und 90 Ländern diskutierten auf der in Anwesenheit von Staatspräsident Kekkonen eröffneten Konferenz über die Verstärkung der Aktivitäten der Öffentlichkeit für den Stopp des Rüstungswettlaufs. Unter den Teilnehmern waren neben zahlreichen Parlamentariern, Ministern und Vertretern konservativer, liberaler, sozialdemokratischer und kommunistischer Parteien auch Repräsentanten der Vereinten Nationen, des Weltkirchenrates, der „Europäischen Föderation der liberalen und radikalen Jugend", der „Europäischen Union junger Christdemokraten" und der „Internationalen Union der sozialistischen Jugend". D. Red.

Die Weltkonferenz für die Beendigung des Wettrüstens, für Abrüstung und Entspannung vom 23.—26. September 1976 in Helsinki fand zu einem entscheidenden Zeitpunkt statt, da die bedeutendste vor der Menschheit stehende Frage, die Schlüsselfrage darin besteht, dem Wettrüsten ein Ende zu setzen.

Wir, die Teilnehmer aus über 90 Ländern und 50 internationalen Organisationen, die Vertreter der öffentlichen Meinung, von verschiedenen politischen Parteien, staatlichen und nichtstaatlichen Organisationen, rufen die Völker aller Länder auf allen Kontinenten auf, sich in einer machtvollen Massenbewegung zusammenzuschließen, nicht nur um dem Wettrüsten Einhalt zu gebieten, sondern auch, um rasche Fortschritte auf dem Wege zur allgemeinen und vollständigen Abrüstung zu erreichen.

Das Wettrüsten stellt für die heutigen und für künftige Generationen und für die Errungenschaften der jahrhundertealten menschlichen Zivilisation eine ernste Gefahr dar. Es hat riesige Ausmaße angenommen und verschlingt menschliche Geisteskraft und Energie, die Früchte schöpferischer Arbeit und die Schätze der Natur.

Umfangreiche menschliche und materielle Ressourcen werden auf dem Rüstungssektor konzentriert; die Militärbudgets werden durch ständig neue Ausgaben erhöht; die Streitkräfte weisen eine für Friedenszeiten nicht gerechtfertigte Stärke auf; die Anhäufung und Entwicklung konventioneller und nuklearer Waffen geht weiter; der wissenschaftlich-technische Fortschritt wird für die Entwicklung und Produktion neuer Waffen angewandt; sich feindlich gegenüberstehende Militärblöcke und -bündnisse bestehen weiterhin, und zahlreiche Militärstützpunkte und Truppen werden auf dem Territorium anderer Staaten unterhalten.

Während in großen geographischen Gebieten jährlich Millionen Menschen hungers sterben, Analphabetentum, Krankheiten und andere Auswirkungen der Unterentwicklung nach wie vor an der Tagesordnung sind, werden gegenwärtig etwa 300 Milliarden Dollar jährlich für Rüstung aufgewandt.

Das Wettrüsten ist eine Hauptursache für die Inflation; es schafft künstliche Barrieren gegen die Zusammenarbeit zwischen den Staaten und trägt zur Störung des ökologischen Gleichgewichts bei.

Die Entspannung kann ohne die Beendigung des Wettrüstens und die Verwirklichung effektiver und konkreter Maßnahmen zur Abrüstung und zum militärischen Disengagement nicht unumkehrbar gemacht werden. Die politische Entspannung schafft günstige Bedingungen für Fortschritte auf dem Wege zur Beendigung des Wettrüstens, während andererseits die Fortsetzung des Rüstungswettlaufs den Entspannungsprozeß untergräbt.

Für jedes Land, für jedes Volk ist der Kampf für ein besseres Leben, für nationale Unabhängigkeit und Souveränität, für Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten, für volle Gleichberechtigung, für den Verzicht auf die Anwendung oder Androhung von Gewalt, für das Selbstbestimmungsrecht eines jeden Volkes, für Entwicklung, Demokratie, Gerechtigkeit und sozialen Fortschritt untrennbar mit dem Kampf für die Beendigung des Wettrüstens und für die Abrüstung verknüpft.

Dieser Kampf kann solange nicht erfolgreich sein, wie die nach Profit strebenden militärisch-industriellen Komplexe die Anhäufung todbringender Waffen bewirken, immer neue Massenvernichtungswaffen herstellen oder entwickeln lassen und zum Waffenhandel ermuntern.

Das Problem der Abrüstung und insbesondere der nuklearen Abrüstung muß Gegenstand entschlossener und entscheidender Regierungsmaßnahmen sein, damit der Rüstung ein Ende bereitet und die Menschheit vor der Gefahr neuer Kriege bewahrt werden kann. Die Sicherheitsinteressen aller Länder und die Notwendigkeit der gleichberechtigten Teilnahme aller Staaten müssen bei der Lösung des Problems der Abrüstung und Sicherheit Berücksichtigung finden.

Wir, die Teilnehmer dieser Konferenz, rufen zu beschleunigten Anstrengungen im Kampf um die Beendigung des Wettrüstens, um Abrüstung und Entspannung auf, und wir fordern dafür vor allen Dingen:

Daß alle Staaten und Länder Abkommen folgenden Inhalts abschließen: Schaffung kernwaffenfreier Zonen; Verzicht auf den Einsatz nuklearer Waffen; Abzug der nuklearen Waffen vom Territorium anderer Staaten; umfassendes Verbot von Kernwaffenversuchen; Reduzierung und schließliche Beseitigung der Vorräte an Kernwaffen und Einstellung ihrer Produktion; Verbot der Erforschung, Entwicklung und Herstellung neuer Arten und Systeme von Massenvernichtungswaffen und neuer Trägermittel für solche Waffen.

Allmähliche Umstellung der Rüstungsindustrie auf friedliche Zwecke als Beitrag zur beschleunigten Beendigung der Herstellung und des Verkaufs von Waffen.

Reduzierung der Rüstungshaushalte und Verwendung der so frei werdenden Mittel zur Lösung dringender sozialer Probleme sowie zur Unterstützung der Völker der Entwicklungsländer.

Abschluß eines internationalen Vertrags über den Verzicht auf die Anwendung und Androhung von Gewalt in den internationalen Beziehungen.

Beseitigung der ausländischen Militärstützpunkte, Abzug der ausländischen Truppen und Demobilisierung von Truppen; Umwandlung verschiedener Teile der Welt in echte Zonen des Friedens und der Zusammenarbeit ohne ausländische Truppen und Militärstützpunkte; Auflösung aller militärischen Blöcke.

Sofortige und strikte Verwirklichung der UNO-Resolutionen über das Verbot des Verkaufs von Waffen an kolonialistische und faschistische Regime.

Strikte Einhaltung der bereits abgeschlossenen Verträge und Abkommen, die der Eindämmung des Wettrüstens und der Herbeiführung der allgemeinen und vollständigen Abrüstung dienen sowie Bemühungen zur Erhöhung der Anzahl ihrer Signatarstaaten mit dem Ziel, ihnen einen wahrhaft universellen Charakter zu verleihen.

Einstellung und Verbot aller Formen von Propaganda, die Aggression und Krieg sowie der Anwendung von Gewalt bei der Lösung internationaler Streitfragen Vorschub leisten.

Diese Weltkonferenz unterstreicht die dringende Notwendigkeit der Einberufung einer Weltabrüstungskonferenz unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen.

Die frühestmögliche Einberufung einer Sondertagung der UNO-Vollversammlung zum Thema Abrüstung wäre ein Schritt in dieser Richtung. Die Weltabrüstungskonferenz wäre ein großer Beitrag zur Beendigung des Wettrüstens und zu Fortschritten auf dem Wege zur allgemeinen und vollständigen Abrüstung bei ausreichenden Garantien, die allen Nationen und Völkern Sicherheit garantieren.

Diese Weltkonferenz appelliert an alle Parteien und Organisationen, an alle Menschen, ihre Kräfte in einer konzertierten Massenbewegung für die Verwirklichung der vielen Initiativen und Vorschläge zu vereinen, die von allen Beteiligten für die Beendigung des Wettrüstens, für Abrüstung und Entspannung vereinbart wurden.

Aufruf des „Internationalen Komitees für Solidarität mit Zypern" zur Weltkonferenz für Solidarität mit Zypern und zur Durchführung der UNO-Beschlüsse über Zypern vom 29. bis 31. Oktober 1976 in Frankfurt/M.

(Wortlaut)

Wir rufen die für die Wahrung des Völkerrechts, für Freiheit, Unabhängigkeit und Humanität eintretenden Menschen in aller Welt auf, eine Weltkonferenz für Solidarität mit Zypern und zur Durchführung der UNO-Beschlüsse über Zypern zu unterstützen, die vom 29.—31. 10. 1976 in Frankfurt/M. stattfinden wird.

22 Monate nach der Aggression gegen Zypern und entgegen den wiederholten Forderungen der Vereinten Nationen,

— alle ausländischen Streitkräfte von der Insel abzuziehen,

— die sichere Rückkehr aller Flüchtlinge in ihre Wohnungen zu garantieren,

— die Unabhängigkeit, Souveränität, territoriale Integrität und Nichtpaktgebundenheit Zyperns zu respektieren,

befindet sich die Bevölkerung der Insel noch immer in einer erschreckenden Lage.

Alle Probleme sind ungelöst. Die Verhandlungen zwischen den beiden Bevölkerungsgruppen, die unter der Schirmherrschaft des UNO-Generalsekretärs durchgeführt werden, sind zum Stillstand gekommen. Die wachsende Einmischung aggressiver Kreise in Form von Militärpakten in diesem empfindlichen Gebiet bedeutet die Teilung der Insel, die Zerstörung ihrer Unabhängigkeit und die Umwandlung ihres Territoriums in ein Netz von Militärstützpunkten.

Infolge der Zypernkrise spitzt sich die ohnehin gespannte Lage im Nahen Osten weiter zu und wird immer mehr zu einer ernsthaften Bedrohung des Friedens.

Wenn der ausländischen Einmischung in die inneren Angelegenheiten Zyperns nicht schnell und wirksam begegnet wird, entsteht die akute Gefahr, daß dieser Präzedenzfall die weitere Mißachtung der Rechte von UNO-Mitgliedern, Übergriffe gegen blockfreie Staaten und Verletzungen von Geist und Inhalt der Schlußakte von Helsinki nach sich zieht.

Diese Gründe machen die Einberufung einer internationalen Solidaritätskonferenz mit Zypern dringend notwendig.

Im Interesse der europäischen Sicherheit, des Friedens und der Gerechtigkeit im Nahen Osten, in Asien, Afrika und der ganzen Welt muß Zypern ein unabhängiger, souveräner, einheitlicher, territorial ungeteilter, blockfreier Staat bleiben, ohne ausländische Truppen oder Stützpunkte, in dem alle Bevölkerungsgruppen — Griechen und Türken — friedlich und freundschaftlich zusammenarbeiten, so wie sie es jahrhundertelang getan haben.

Wir appellieren an alle nationalen, regionalen und internationalen Organisationen, Bewegungen und Gruppen, an alle Menschen, die für Frieden, Freiheit, Menschlichkeit und Wahrung des Völkerrechts eintreten, gemeinsam zu handeln, die gerechte Sache des zypriotischen Volkes zu unterstützen, sich für den Frieden in dieser Region und auf der ganzen Welt einzusetzen, und der öffentlichen Weltmeinung durch diese Veranstaltung machtvollen Ausdruck zu verleihen.

Rettet Zypern — Rettet den Frieden!

Ägypten: Khaled el Moheieldin. — Algerien: Fathia Betahar, Präsidentin der Panafrikanischen Frauenorganisation. — Australien: Ruth Coleman, Senatorin, Arbeiterpartei. — Belgien: Alfred Bertrand, Vorsitzender der Christdemokratischen Fraktion im Europa-Parlament; Léon Defosset, Abgeordneter, Bürgermeister von Etterbeek; Adolphe Ducobu, Abgeordneter der Christlich-Sozialen Partei; Joseph Fievez, Abgeordneter; Ernest Glinne, Abgeordneter der Sozialistischen Partei; Jean Kevers, Senator; Jean-Pierre de Keyn, Generalsekretär der Europäischen Union der Jungen Christdemokraten; Marcel Levaux, Abgeordneter der Kommunistischen Partei, Bürgermeister von Cheratte; René Petre, Abgeordneter der Christlich-Sozialen Partei; Irène Petry, Abgeordnete der Sozialistischen Partei, ehem. Ministerin; Yvan Ylieff, Abgeordneter, Bürgermeister von Andrimont. — Bulgarien: Lubomir Kabaktschew, Präsident der Schauspielervereinigung, Präsident der bulgarisch-griechischen Freundschaftsgesellschaft; Pankratii, Metropolit der bulgarischen orthodoxen Kirche; Slawtscho Wassew, Präsident des bulgarischen Komitees für Verständigung zwischen den Ländern des Balkans. — Bundesrepublik Deutschland: Prof. Dr. W. Abendroth; Prof. Dr. F. Benseler; Prof. Dr. E. Bloch; Peter O. Chotjewitz; Prof. Dr. A. Dress; Dr. Ingeborg Drewitz; Armin Kerker; Helge Knüppel; Prof. Dr. R. Kühnl; Dr. K. Neumann; D. Martin Niemöller; Dr. Karin Priester; Prof. Dr. Dr. h. c. Renate Riemeck; Prof. Dr. H. Ridder; Prof. Dr. P. Römer; Wolfdietrich Schnurre; Günter Wallraff; Josef Weber; Gerhard Zwerenz; Dr. E. von Xylander; Türkisches

Europa-Komitee für Frieden und Freiheit; Verband Griechischer Gemeinden in der BRD und Westberlin; Verband Griechischer Studentenvereine in der BRD und Westberlin. — Chile: Camillo Salvo, Abgeordneter, **Mitglied des Nationalrats der Radikalen Partei**; Jaime Soares, Senator, Mitglied des Zentralkomitees der Sozialistischen Partei, Minister in der Regierung Allende; Volodia Teitelboim, Mitglied des Politbüros der KP Chiles. — Dänemark: Knud Holst, Schriftsteller. — Deutsche Demokratische Republik: Prof. Dr. Günter Drefahl, Mitglied der Akademie der Wissenschaften, Präsident des Friedensrates; Karin Janz, Olympiasiegerin, Welt- und Europameisterin im Turnen; Dr. Gerhard Lotz, Oberkirchenrat, Mitglied der Volkskammer der DDR; Hans-Peter Minetti, Direktor der staatlichen Schauspielschule Berlin; Prof. Dr. Max Steenbek, Vorsitzender des Forschungsrates der DDR. — Finnland: Essi Renvall, Bildhauer; Paavo Rintala, Schriftsteller; Mirjam Vire-Tuominen, Abgeordnete. — Frankreich: Georges-Albert Astre, Professor an der Universität Paris-Nanterre; Nikos Athanassiou, Generalsekretär des Komitees Frankreich—Zypern; Claude Bourdet, Journalist; Daniel Dalbera, Abgeordneter der Kommunistischen Partei; Jacques Debu-Bridel, ehem. Senator; Jean-Marie Domenach, Direktor der Zeitschrift „Esprit"; Pierre Emmanuel, Académie francaise; Joannes Galland, Sekretär der Gewerkschaften C.G.T.; Dominique Gallet, Politischer Sekretär der fortschrittlichen Front; Olivier Germain-Thomas, Direktor der Zeitschrift „L'Appel"; Michael Langignon, Sekretär der Friedensbewegung; Pierre Lefranc, Generalsekretär des Instituts Charles de Gaulle; Jacques Madaule, Schriftsteller; Claude Perroud, Anwalt (Vereinigung der demokratischen Juristen); Anne Philipe, Schriftsteller; Liliane Princet, Professor; René Rognon, Pfarrer; Alain Vivien, Abgeordneter der sozialistischen Partei; Michel Weyl, Generalsekretär des Internationalen Architekten-Verbandes. — Griechenland: Amalie Fleming, Präsidentin der griechischen Wissenschaftlerinnen; Harilaos Florakis, Erster Sekretär der Kommunistischen Partei Griechenlands; Elias Iliou, Präsident der Demokratischen Union der Linken (EDA); Georges Jordanidis, General a. D. und Abgeordneter des griechischen Parlaments; Melina Mercouri, Schauspielerin; N. Papageorgiou, Präsident der griechischen Gewerkschaft; Andreas G. Papandreou, Chef der Panhellenischen Sozialistischen Partei; R. Tziniadi, Präsidentin der griechischen Frauenföderation. — Indien: H. D. Malviya, Mitglied des Parlaments, Kongreß-Partei; V. P. Sathe, Mitglied des Parlaments, Kongreß-Partei; R. L. Bhatia, Mitglied des Parlaments, Kongreß-Partei; Shashi Bhushan, Mitglied des Parlaments, Kongreß-Partei; Sardar Amjad Ali, Mitglied des Parlaments, Kongreß-Partei; Bhupesh Gupta, Mitglied des Parlaments, Kommunistische Partei; Kalyanroy, Mitglied des Parlaments, Kommunistische Partei; Yogendra Sharma, Mitglied des Parlaments, Kommunistische Partei. — Irak: Aziz Sherif, früherer Staatsminister, Präsident des Irakischen Komitees für Frieden und Solidarität. — Israel: Daniel Amit, Professor an der Hebräischen Universität, Jerusalem; David Burstein, Sekretär des Komitees für gerechten Frieden zwischen Israel und den arabischen Ländern; Arthur Goldreich, Architekt; Tawfiq Toubi, Mitglied des Parlaments. — Italien: Giorgio la Pira, Mitglied des Parlaments, Christlich-Demokratische Partei, Präsident der außenpolitischen Kommission des Parlaments (Abgeordnetenkammer); Carlo Fracanzani, Mitglied des Parlaments, Christlich-Demokratische Partei, Sekretär der außenpolitischen Kommission des Parlaments; Michele Achili, Mitglied des Parlaments, Vizepräsident der parlamentarischen Gruppe der Sozialistischen Partei; Maria Magnani Noy, Mitglied des Parlaments, Sozialistische Partei, Sekretärin des italienischen Parlaments; Allessandro Menchinelli, Mitglied des Zentralkomitees der Sozialistischen Partei; Umberto Cardia, Mitglied des Parlaments, Kommunistische Partei, Mitglied der außenpolitischen Kommission des Parlaments; Tulio Vecchieti, Mitglied des Parlaments, Mitglied des politischen Büros der Kommunistische Partei; Vittorio Orilia, Mitglied des Parlaments, Mitglied des leitenden Rates des „Forum Italiano" für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa und im Mittelmeer; Dr. Gorgio Giovannoni, Sekretär des „Forums Italiano". — Marokko: A. Youssoufi, Rechtsanwalt. — Österreich: Prof. Rudolf Weiler, Dekan der theologischen Fakultät der Wiener Staats-Universität. — Polen: Josef Cyrankiewicz, früherer Premierminister, Präsident des polnischen Friedensrates, Mitglied des Parlaments. — Spanien: Anton Canyellas, Generalsekretär der Christdemokratischen Partei. — Sri Lanka: Meruyn Casie Chetty, Richter; Rev Medaxoda, buddhistischer Priester. — Südafrika: Alex La Guma, Schriftsteller, Mitglied der nationalen Befreiungsbewegung. — Schweiz: Dr. Max Habicht, Internationaler Rechtsberater; Kurt Marti, Schriftsteller; Prof. Dr. Adolf Muschg, Dozent für Germanistik, Schriftsteller. — Ungarn: Gyorgy Antalffy, Präsident der ungarischen Vereinigung von Juristen, Rektor der Universität in Szeged; Dr. Tibor Bartha, calvinistischer Bischof, Mitglied des Weltfriedensrates; Ferenc Bessenyei, Kossuth-Preisträger, Mitglied des Nationaltheaters; Dr. Jozef Bognar, Direktor für Weltwirtschaftsforschung der ungarischen Akademie der Wissenschaften; Ivan Boldizsar, Schriftsteller, Chefredakteur, Mitglied des Weltfriedensrates; Laszlonè Erdei, Präsidentin, Nationalrat der ungarischen Frauen; Gabor Garai, Schriftsteller, Generalsekretär des ungarischen Schriftstellerverbandes; Judit Halasz, Jaszai Mari-Preisträger, Mitglied des Vig-Theaters; Janos Hantos, Generalsekretär des ungarischen Komitees der Rot-Kreuz-Vereinigung; Dr. Jozsef Ijjas, Erzbischof von Kalocsa; Dr. Zoltan Kaldy, lutheranischer Bischofspräsident, Mitglied des Weltfriedensrates; Andrasnè Kiraly, Sekretärin des Budapester Komitees der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei; Janosnè Keserue, Ministerin; Dr. Ferenc Marta, Generalsekretär der ungarischen Akademie der Wissenschaften; Dr. Gyula Ortutay, Akademiemitglied, Direktor des Institutes für Völkerkunde der ungarischen Akademie der Wissenschaften; Pal Patzay, Kossuth-Preisträger, Bildhauer; Emil Petrovics, Komponist; Janos Peter, Vizepräsident des Parlaments; Nandornè Sebestyen, Generalsekretärin des ungarischen Nationalrates, Mitglied des Weltfriedensrates; Dr. Mihaly Simai, korrespondierendes Mitglied der ungarischen Akademie der Wissenschaften, Direktor des Forschungsinstitutes für Weltwirtschaft der ungarischen Akademie der Wissenschaft; Gyulanè Szentistvanyi, Mitglied des Zentralkomitees der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei; Sekretärin des Nationalrates der Vaterländischen Volksfront; Dr. Zoltan Zsebok, Kossuth-Preisträger, Professor, Direktor der Strahlenforschungsklinik. — Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken: Evgen Fjodorow, Mitglied der Akademie der Wissenschaften, Abgeordneter; Boris Polewoi, Schriftsteller; Walentina Tereschkowa, erste Kosmonautin der Welt. — Vereinigte Staaten von Amerika: Dr. van Confondakis, Professor an der Indiana-Universität; Prof. Howard L. Parsons, Präsident der Philosophischen Fakultät, Universität von Bridgeport. — Internationale Organisationen: Afro-Asiatische Volks-Solidaritätsorganisation; Asiatische Buddhistische Konferenz für den Frieden; Christliche Friedens-Konferenz; Europäische Union der jungen Christdemokraten; Internationale Föderation der Widerstandskämpfer; Internationale Vereinigung Demokratischer Juristen; Internationales Sekretariat für europäische Sicherheit und Zusammenarbeit; Internationale Journalisten-Organisation; Internationale Union der Sozialistischen Jugend; Internationale Architekten-Union; Internationale Studenten-Union; Internationale Gewerkschaftsorganisation der Landwirtschaft und Forsten; Internationale Gewerkschaftsorganisation der Transportarbeiter; Internationale Gewerkschaftsorganisation der Chemie und Öl; Internationale Demokratische Frauen-Föderation; Internationale Frauen-Liga für Frieden und Freiheit; Union der arabischen Advokaten; Welt-Assoziation der Weltföderalisten; Weltkonföderation der Arbeit; Föderalistische Weltjugend; Weltföderation der demokratischen Jugend; Weltgewerkschaftsbund; Weltfriedensrat; Weltföderation der Lehrer-Gewerkschaften.

Interview der französischen Zeitung „L'Humanité" mit Max Frisch vom 25. September 1976

(Wortlaut)

Die Tageszeitung der Französischen Kommunistischen Partei veröffentlichte am 25. September ein Gespräch zwischen Max Frisch und André Gisselbrecht, das während der Frankfurter Buchmesse aus Anlaß der Verleihung des Friedenspreises des deutschen Buchhandels an den Schweizer Schriftsteller geführt wurde. Wir meinen, daß dieses Gespräch die Aufmerksamkeit auch der deutschen Öffentlichkeit verdient, der wir es nachstehend erstmals in deutscher Sprache zugänglich machen können. Die Frankfurter Rede des Preisträgers Max Frisch werden wir im Dokumentarteil der nächsten „Blätter"-Ausgabe im vollen Wortlaut veröffentlichen; diese Verschiebung wurde aufgrund der Fülle der auf unsere Nachwahlumfrage eingegangenen Stellungnahmen im vorliegenden Heft leider erforderlich. Nachstehend der Wortlaut der „Humanité"-Veröffentlichung. D. Red.

„Die BRD betrachtet sich als Lehrmeister Frankreichs und Italiens", erklärte der Schriftsteller Max Frisch der „Humanité".

Beim Besuch der internationalen Buchmesse in Frankfurt habe ich den großen Schweizer Schriftsteller Max Frisch getroffen, der am Tag darauf in der Paulskirche den „Friedenspreis" des Buchhandels der BRD erhielt. Aus diesem Anlaß hat er eine Rede gehalten, ein kraftvolles Plädoyer gegen die Angriffe auf die Demokratie, gegen die Berufsverbote in der Bundesrepublik Deutschland zugunsten der fortschrittlichen Utopie.

Es ist ihm gelungen, die „Liberalen" der Sozialdemokratie in Verwirrung und die Reaktionäre der Springer-Presse aus der Fassung zu bringen.

Mit seinen kurzen Antworten auf meine Fragen präzisiert er hier die Hauptlinien seiner Rede.

Diese Stellungnahme erhält ihre besondere Konturen im Munde eines Mannes, der in Frankreich besonders durch seine Theaterstücke („Andorra", „Biedermann und die Brandstifter", „Die Chinesische Mauer") bekannt wurde und überdies ein Schriftsteller im vollen Sinne des Wortes ist, Verfasser von Romanen und eines Tagebuchs, das vielleicht sein Hauptwerk ist.

Frage: Sind die Berufsverbote in der BRD, die in Ländern wie Frankreich eine Woge von Protesten ausgelöst haben, in Ihren Augen eine isolierte Erscheinung, ein Randphänomen?

Max Frisch: Absolut nicht. Wir erleben einen rapiden Abbau der Menschenrechte. Das ist in der Schweiz ebenso wie in Bundesdeutschland. Mit nur ungefähr diesem Unterschied, daß man eine Sondergesetzgebung analog dem „Extremisten-Erlaß" noch nicht für notwendig gehalten hat. Vor allem vollzieht sich dieser Abbau in kleinen Schritten, so daß die meisten Leute sich ihrer gar nicht bewußt werden.

Frage: Kann man von einem Faschisierungsprozeß sprechen oder handelt es sich um die aktuelle Form des „Liberalismus"?

Max Frisch: Nein, es handelt sich nicht um Faschismus. Man singt kein Loblied auf Franco... Es wird keine Wiederholung der Vergangenheit geben. Aber eine Psychose der Angst wird gründlich ausgebeutet. Welch wunderbare Gelegenheit bietet der Terrorismus, um den braven Bürger in Ländern wie Bundesdeutschland und der Schweiz zu „beschützen"!

Zugrunde liegt alledem etwas sehr Schwerwiegendes: die Ablehnung, zu diskutieren. In unseren Ländern haben die Worte „links" oder „sozialistisch" ungefähr den gleichen Klang wie das Wort „entartet" unter dem Nazismus. Und für einen Taxifahrer ist das Wort „radikal" (in deutscher Schreibweise wiedergegeben; d. Red.) (gleich „extremistisch") quasi synonym mit „kriminell"... Die Ursache ist zum Teil in den Ressentiments zu suchen, welche der Schock von 1968 hinterlassen hat — ein Schock, der eine Macht ohne Autorität erschütterte, oder, genauer gesagt, eine Macht, die nicht die Autorität verkörpert.

Frage: Ist das eine deutsche Besonderheit? Muß man sich, wenn man diese Erscheinung aufzeigt, den Vorwurf gefallen lassen, das Bild vom „häßlichen Deutschen" wiederzubeleben?

Max Frisch: Nichts von alledem ist spezifisch deutsch. Auch wenn die Situation in einem Land wie Italien grundverschieden ist. Ich bleibe bei Deutschland, es ist das Land, das ich am besten kenne.

Wenn Kanzler Schmidt sagt: „Keinen Pfennig für Italien im Falle einer Beteiligung der Kommunisten an der Regierung", so ist es nicht die „Abhängigkeit von Moskau", die ihn stört, es ist vielmehr der Kommunismus selbst, wie immer er beschaffen sei.

Aber es wäre falsch, den imperialen Ton, den heute das Deutschland Schmidts seinen Nachbarn gegenüber anschlägt, zu verwechseln mit dem alten deutschen Imperilismus, unter dem unsere Vorfahren zu leiden hatten. Die Bundesrepublik Deutschland ist an einem Punkt angekommen, wo sie sich als einen Lehrmeister für Länder wie Italien und Frankreich betrachtet, die von ihr zu lernen hätten, was Demokratie ist.

Eine außerordentliche historische Chance ist 1945 vertan worden. Keiner der beiden heutigen deutschen Staaten hat sein Regime wirklich selbst gewählt. Mit den Worten des Philosophen Jaspers: „Wegen der Besatzungsmächte hat Deutschland [1]) nichts anderes werden können als eine bürgerliche Demokratie. Daraus ist der heftigste Antagonismus erwachsen, den es in Europa gibt, sehr viel heftiger noch als der, welcher in der Vergangenheit zwischen Frankreich und Deutschland möglich war ...".

(Das Gespräch führte André Gisselbrecht)

1) Für den deutschen Philosophen handelt es sich hier offensichtlich um die Bundesrepublik Deutschland (Anmerkung der „Humanité", d. Red.).

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" werden herausgegeben von Prof. Dr. Wilfried Frhr. v. Bredow, Prof. Dr. Jörg Huffschmid, Prof. Dr. Urs Jaeggi, Prof. Dr. Gerhard Kade, Prof. Dr. Reinhard Kühnl, Knut Nevermann, Dr. Reinhard Opitz, Manfred Pahl-Rugenstein, Senatspräsident a. D. Dr. Hermann Rauschning, Prof. Dr. Helmut Ridder, Prof. Dr. Fritz Strassmann, Prof. Dr. Gerhard Stuby. Redaktion: Karl D. Bredthauer, Paul B. Neuhöffer, Johannes Weidenheim; verantwortlich für den Inhalt: Johannes L. Schmidt. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion. Redaktionsanschrift: Vorgebirgstraße 183, 5000 Köln 51, Telefon 36 22 41.

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" erscheinen einmal im Monat. Sie sind direkt vom Verlag, durch die Post und durch jede Buchhandlung zu beziehen. Der Abonnementspreis beträgt DM 3,50 (Studenten, Schüler, Wehrpflicht- und Zivildienstleistende DM 3,—), zuzüglich DM 0,40 Porto. Das Einzelheft kostet DM 5,—. Abonnementsrechnungen sind innerhalb von zwei Wochen nach ihrer Ausstellung zu begleichen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn nicht bis zum 30. September des laufenden Jahres eine Kündigung beim Verlag eingegangen ist. Änderungen der Anschrift sind dem Verlag unverzüglich bekanntzugeben. Der Auslandsabonnementspreis beträgt einschl. Porto (ohne Luftpostzuschläge) halbjährlich/jährlich: sfrs 28,—/56,—; öS 175,—/350,—; hfl 25,—/50,—; bfrs 360,—/720,—; FF 43,—/86,—; £ 3,75/7,50; Lit 5500,—/11 000,—; dkr 55,—/110,—; nkr 50,—/100,—; skr 40,—/80,—; $ 9,50/19,—. Die Abonnementsauslieferung in andere Währungsgebiete erfolgt nach den geltenden Verrechnungsbestimmungen Anschrift von Verlag und Vertrieb: Vorgebirgstraße 115, 5000 Köln 51, Telefon 36 25 01. Konten: Postscheckamt Köln 65 14-503 und Deutsche Bank Köln. Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Köln. Druck: Peter Millard & Co. KG, Köln.

Autoren dieses Heftes

UNGER, Dr. Karl, geb. 1948 in Litzelsdorf (Österreich), Studium der Politik, Soziologie und Geschichte an den Universitäten Wien und Marburg, lebt z. Z. als freier Publizist in Bremen; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen. *** *HINZ, Prof. Dr. Manfred O.,* lehrt Öffentliches Recht, Politische Soziologie und Rechtssoziologie an der Universität Bremen. *** LIND, Antonius, geb. 1914 in Werne/Lippe, aktiver Antifaschist, Mitarbeiter in einem sozialwissenschaftlichen Lektorat, an der Herausgabe von Angela Davis' „Materialien zur Rassenjustiz" beteiligt, ist seit Jahren mit Kontakten zur irischen Arbeiterbewegung und mit der Sammlung entsprechender Informationen befaßt. *** *GOLLWITZER, Dr. Helmut,* geb. 1908 in Pappenheim, Professor für evangelische Theologie an der Freien Universität Berlin. *** *GREINER, Bernd,* geb. 1952 in Pirmasens, Studium der Amerikanistik, Geschichte und Politik an den Universitäten Marburg und Frankfurt/M, Studienjahr in den USA. *** *HICKEL, Rudolf,* geb. 1942 in Nürnberg, Professor für Politische Ökonomie an der Universität Bremen; Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen.

Bemerkungen

Dieser Ausgabe liegen das Gesamtverzeichnis Herbst/Winter 1976/77 des Pahl-Rugenstein Verlags sowie eine Werbekarte des Monitor-Verlags bei; beide empfehlen wir der Aufmerksamkeit unserer Leser.

G 1800 EX
Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt

Pahl-Rugenstein Verlag
Vorgebirgstraße 115
5000 Köln 51

Preisliste für Sonderdrucke

Von allen in der Zeitschrift „Blätter für deutsche und internationale Politik" veröffentlichten Beiträgen können Sonderdrucke bezogen werden. Bestellungen sind bis 30 Tage nach dem Erscheinungstermin jeder Ausgabe beim Pahl-Rugenstein Verlag, 5 Köln 51, Vorgebirgstr. 115, möglich. Die in der untenstehenden Tabelle aufgeführten Preise verstehen sich inclusive MWSt, zuzüglich Versandkosten.

	100 Exempl.	250 Exempl.	500 Exempl.	750 Exempl.	1000 Exempl.	2000 Exempl.	3000 Exempl.	4000 Exempl.
4 Seiten	70,–	78,–	94,–	110,–	117,–	164,–	203,–	242,–
8 Seiten	117,–	133,–	156,–	176,–	195,–	273,–	332,–	390,–
12 Seiten	176,–	195,–	226,–	254,–	289,–	363,–	429,–	499,–
16 Seiten	234,–	254,–	293,–	332,–	371,–	456,–	538,–	632,–
20 Seiten	293,–	324,–	363,–	398,–	437,–	558,–	663,–	788,–
24 Seiten	332,–	371,–	421,–	468,–	507,–	651,–	772,–	975,–
28 Seiten	382,–	421,–	476,–	538,–	585,–	706,–	874,–	1092,–
32 Seiten	429,–	468,–	527,–	585,–	632,–	761,–	983,–	1209,–
36 Seiten	455,–	496,–	554,–	605,–	644,–	850,–	1084,–	1295,–
40 Seiten	476,–	519,–	578,–	636,–	675,–	909,–	1154,–	1334,–